

# Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

## Inhalt

Die Eisenfrachtbasis — ein Standortproblem . . . . .	279	Goldumstellung der Frankfurter Eisenbahn-Banken . . . . .	299
Prof. Dr. Fritz Beckmann, Organisationsformen der Milchversorgung . . . . .	283	Anhaltende Schwierigkeiten bei der Royal Mail . . . . .	299
Rechtsanwalt Prof. Dr. M. Leo, Änderung des ehelichen Güterrechts? . . . . .	287	Abschluß der belgischen Société Générale Revision des mexikanischen Schuldenabkommens . . . . .	300
Dr. Otto Nathan, Vergangenheit und Zukunft der Reparationen . . . . .	289		
<b>Glossen</b>		Der Einkommensteuerrekord von 1928 . . . . .	301
Ein Reichsbestellungsplan für die Landwirtschaft . . . . .	291	13 Prozent der Welttonnage aufgelegt . . . . .	301
Umgestaltung des Osthilfe-Projekts . . . . .	292	Eine Kommission zur Prüfung der Arbeitslosenprobleme . . . . .	302
Der Roggen-Ausschuß — um Publizität und Sachverständnis . . . . .	293	Personalia . . . . .	302
Reform des Lebenshaltungs-Index . . . . .	293	Bilanzen (Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft / Vogtländische Maschinenfabrik AG)	302
Erfolgreiche Preissenkungsaktion für M�rkenartikel . . . . .	294	Literatur . . . . .	305
Das Ende der „Industrie- und Handels-Zeitung“ . . . . .	295	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York) . . . . .	308
Die Finanzkrise der Großstädte . . . . .	295	Statistik (Reichsbank-Ausweis / Preußische Staatsfinanzen im Dezember / Januar-Ausweis der BIZ / Ausweise deutscher Privatnotenbanken / Internationale Wirtschaftszahlen / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Berliner Börsenkurse) . . . . .	314
Der Verkauf der Berliner Werke . . . . .	296		
Gas und Elektrizität in einer Hand? . . . . .	296		
Zementkartelle als Außenseiter . . . . .	297		
Ein Sanatorien-Konzern . . . . .	297		
Sonderabschreibungen in der Mutzenbecher-Gruppe . . . . .	298		

In diesem Heft: Internationale Wirtschaftszahlen des MdW

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131





# DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Akt.-Kap 60 Millionen Reichsmark  
Reserven 60 Millionen Reichsmark

Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

Korrespondenten an allen wichtigen Plätzen der Welt

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

*Rund 400 000 RM  
tägliche Schadenszahlung*

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN  
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESSELLSCHAFT

Aktiva . . über 234 000 000 RM



Bayerische Versicherungsbank  
Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversich.-Anstalt  
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

Globus Versicherungs-Aktien-  
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversichergs.-Bank  
Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-  
clubs von Deutschland in Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-  
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-  
Versicher.-Gesellschaft in Weimar

ALLIANZ UND STUTTGARTER  
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtersicherungssumme über 3 000 Millionen RM

# Grammophon

„DIE STIMME SEINES HERRN“



BRINGT EINZIG UND ALLEIN  
ORIGINALAUFNAHMEN VON

## FURTWÄNGLER

MIT DEM PHILHARMONISCHEN ORCHESTER

\*95410-11/3m „Till Eulenspiegels  
lustige Streiche“ Richard Strauß  
3 Plattenseiten, partiturgefretu; Rückseite:  
Berlioz: „Faust's Verdammnis“  
Ungar. Marsch (Rakoczi-Marsch)

\*95408/3m „Lohengrin“, Vorspiel

\*66925-26/4m „Ein Sommernachts-  
traum“, Ouvertüre Mendelssohn  
Rückseite:

Air aus der Suite D-dur J. S. Bach

\*66935/4m „Rosamunde“, Ballett-  
musik II, G-dur . . . . Schubert  
Air aus der Suite D-dur J. S. Bach

Plattenpreise: Preisklasse 3m RM. 6,—  
4m RM. 7.50

AUSSERDEM

## RICHARD STRAUSS OP. 60

„DER BÜRGER ALS EDELMANN“  
ORCHESTER-SUITE

Dirigent: Generalmusikdirektor Dr. Richard  
Strauss m. Mitgl. d. Kapelle d. Staatsoper Berlin  
Best.-Nr. \*95392 - \*95395 - Die komplette  
Serie im Spezialalbum kostet RM. 30,—  
Einzelpreis der Platten RM. 6,—

## KURZ-OPERN · KURZ-OPERETTEN

„La Bohème“ / „Der Troubadour“  
„Carmen“ / „Hänsel und Gretel“  
„Der Freischütz“ / „Lohengrin“  
„Der Barbier von Sevilla“ / „Zar und  
Zimmermann“ / „Die lustigen Weiber  
von Windsor“ / „Die Csardasfürstin“  
„Die Fledermaus“ / „Der Bettelstudent“  
„Wilhelm Tell“ (als Kurz-Drama)

## TANZ- UND TONFILM-SCHLAGER

von den Tanzorchestern Paul Godwin,  
Ilja Livschakoff, Ben Berlin, Juan  
Lossas sowie den bekanntesten ameri-  
kanischen Kapellen auf „Brunswick“  
In hinreißendem Rhythmus gespielt

Vorspiel bereitwilligst im

## GRAMMOPHON-SPEZIALHAUS G. m. b. H.

Berlin W, Friedrichstr. 189 · Kurfürstendamm 24 · Steglitz, Schloßstr. 25  
Breslau, Gartenstr. 47 · Düsseldorf, Königsallee 38-40 · Eibfeld,  
Herzogstr. 30 · Essen, Kornmarkt 23 „gegenüber Freudenberg“ · Kiel,  
Holstenstr. 40 · Königsberg i. Pr., Junkerstr. 12 · Köln, Höhe Str. 150  
Leipzig, Markgrafstr. 4 · Nürnberg, Königstr. 63, und in sämtl. offiz.  
Verkaufsstellen der Deutschen Grammophon Aktiengesellschaft



### Die Eisenfrachtbasis — ein Standortproblem

*Der Druck der in Mitteleuropa besonders großen Arbeitslosigkeit veranlaßt die mitteleuropäische Eisen verarbeitende Industrie, einen Ausgleich durch Beseitigung der Walzeisenberechnung auf „Frachtbasis Oberhausen“ zu suchen. Sie betrachtet diese Berechnungsart als einen Willkürakt der Eisenkartelle, durch den ihre Existenz bedroht wird. Tatsächlich entsprechen aber die regionalen Preisunterschiede für Walzeisen den Preisverhältnissen, die sich auch bei freier Konkurrenz herausbilden würden. Von der Einführung neuer Frachtgrundlagen wäre deshalb keine wesentliche Änderung der Frankopreise zugunsten Mitteleuropas zu erwarten.*



#### Klagen der mitteleuropäischen Eisenverarbeiter

In den letzten Monaten hat sich die Öffentlichkeit wiederholt mit der „Frachtbasis Oberhausen“, einem Teilproblem der eisenindustriellen Preisberechnung, befaßt. Es handelt sich um die Bestimmung, daß Form- und Stabeisen, die beiden wichtigsten Walzeisensorten, ab Oberhausen oder ab Neunkirchen (Saargebiet) fakturiert werden, wobei der Preis ab Neunkirchen um 6 RM unter dem Preis ab Oberhausen liegt — gleichgültig, woher der Versand in Wirklichkeit erfolgt. Der Verbraucher hat lediglich die Wahl zwischen der Fracht ab Oberhausen oder ab Neunkirchen; er kann diejenige Versandbasis wählen, die frei Verbrauchsort den niedrigsten Gesamtpreis ergibt. Beispielsweise muß ein Verbraucher in Dortmund die Fracht Oberhausen—Dortmund bezahlen, obwohl er sein Walzeisen von der Dortmunder Union bezieht, und ein Verbraucher in Spandau, der von dem Walzwerk der Vereinigte Industrie-Werke AG (Spandau) beliefert wird, zahlt die Fracht Neunkirchen—Berlin.

Stellt diese Frachtberechnung eine Ungerechtigkeit gegenüber den mittel- und ostdeutschen Verarbeitern dar? Handelt es sich um einen Willkürakt der Eisenkartelle, durch den die Lage der Eisen verarbeitenden Industrien außerhalb des Westens verschlechtert wird? Werden künstlich Standortverschiebungen durch die Berechnung der „Frachtbasis Oberhausen“ erzwungen, wandern die verarbeitenden Industrien nach dem Westen, weil sie dort eine niedrigere Fracht zu zahlen haben?

Häufig sind Vorwürfe dieser Art erhoben worden. Um die Jahreswende 1926/27 hat der Bund Niederschlesischer Industrieller gegen die Frachtberechnung Einspruch erhoben. Bald darauf brachte der Abgeordnete Schmidt (Oberschlesien) die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres nahmen die mitteleuropäischen und niederschlesischen Industrie- und Handelskammern, kürzlich auch der Verband Sächsischer Industrieller, zu dieser Frage Stellung, und aus dem neuesten Geschäftsbericht der Maschinenfabrik Wagner & Co. (Köthen) konnte man ent-

nehmen, daß sich etwa 80 Firmen Mitteleuropas zum Kampf gegen die „Frachtbasis Oberhausen“ zusammengefunden haben. Mitte vorigen Jahres sind hingegen in einer Vollversammlung der Industrie- und Handelskammern zu Dortmund die Bestrebungen, die Frachtbasis Oberhausen zu beseitigen, abgelehnt worden.

Die im Westen liegenden Verarbeiterwerke treten für Beibehaltung der Frachtbasis Oberhausen ein, selbst wenn ihnen höhere Frachten berechnet werden als die wirklich entstehenden; Mittel- und Ostdeutschland verlangen dagegen die Beseitigung dieses Berechnungssystems. Die Frage ist dadurch aufgerollt worden, daß die mittel- und ostdeutschen Eisenverarbeiter glauben, die Notlage ihres Bezirks werde durch den Eisenbezug auf Frachtbasis Oberhausen bzw. Neunkirchen zusätzlich verschärft. Diese Notlage wird im wesentlichen auf folgende Gründe zurückgeführt:

1. Durch den Verlust von Ostoberschlesien, Westpreußen und Danzig habe sich der Markt für die Erzeugnisse dieser Gebiete erheblich verkleinert.

2. Die Löhne seien seit der Vorkriegszeit in Ost- und Mitteleuropa viel stärker gestiegen als in Rheinland-Westfalen.

3. Durch den Übergang vom Kilometer tariff der Vorkriegszeit zum Staffeltarif (Abnahme der Frachtkosten mit zunehmender Entfernung) werde die Konkurrenz der westlichen Verarbeiter gegenüber den mitteleuropäischen und östlichen gerade in deren nächstgelegenen Absatzgebiet verschärft.

4. Die Konzernwerke Westdeutschlands können ihr Eisen zu Selbstkosten berechnen, während die freien Werke der Verarbeitung in Mittel- und Ostdeutschland alles Eisen zu Verbandspreisen ab Oberhausen beziehen müßten.

5. Die Verarbeiter in Mitteleuropa erhalten für ihren Abfall, den Schrott, besonders niedrige Preise, nämlich ungefähr die Preise frei Essen minus Fracht Mitteleuropa—Essen, während sie für ihr Neueisen umgekehrt um die Fracht mehr als in Rheinland-Westfalen bezahlen müßten. Das stelle eine schwere Benachteiligung dar, weil die Ver-



arbeiter des Westens sowohl höhere Schrottpreise erzielt als niedriger Eisenpreise zahlen müssen.

Alle diese Gründe sollen dazu geführt haben, daß die Arbeitslosigkeit in Mittel- und Ostdeutschland besonders gestiegen ist. Die Eisenverarbeiter verlegten ihren Standort mehr und mehr nach dem Westen, wo sich die Verarbeitung zusammenballte, was auch aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten unerwünscht sei. —

Diese Faktoren können jedoch nur teilweise die Notlage dieser Gebiete erklären.

Zu 1. Die Schädigung der mittel- und ostdeutschen Verarbeiter durch die *Gebietsverluste im Osten* ist ohne weiteres zuzugeben. Sie wird durch den *Handelskrieg mit Polen*, der den Absatz nach Polnisch-Oberschlesien, dem Industriezentrum des Ostens, erschwert, noch verschärft.

Zu 2. Es ist schwer, exakt die Lohnsteigerungen in den einzelnen Bezirken Deutschlands zu vergleichen; denn die veröffentlichten Löhne in der Vorkriegszeit waren Effektivlöhne, jetzt werden dagegen vom Statistischen Reichsamt Tariflöhne (plus durchschnittliche Akkordzulagen) mitgeteilt. Am genauesten ist ein Lohnvergleich auf Grund der Effektivlohnenerhebung vom Oktober 1928. Da es hier nicht auf das Ausmaß der Steigerung seit 1913, sondern nur auf den *Unterschied* der Steigerung seit 1913 in den einzelnen Bezirken ankommt, und da im Oktober 1928 die Aufwärtsbewegung der Löhne nahezu beendet war, dürften die Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken auch jetzt noch zutreffend sein. In der folgenden Tabelle sind die Löhne für 1913 und Oktober 1928 in den einzelnen Bezirken angegeben:

#### Effektivlöhne der Metallarbeiter

(in Prozent des Reichsdurchschnitts)	Gelernte Arbeiter			Ungelernte Arbeiter		
	1913		Oktober 1928	1913		Oktober 1928
	Zeit- u. Stück-lohn	Zeit-lohn	Stück-lohn	Zeit- u. Stück-lohn	Zeit-lohn	Stück-lohn
Essen .....	99	—	—	108	—	—
Düsseldorf .....	91	—	—	104	—	—
Dortmund .....	95	—	—	101	—	—
Gelsenkirchen .....	88	—	—	99	—	—
Bochum .....	94	—	—	104	—	—
Nordwestliche Gruppe .....	93	93	91	103	93	92
Berlin .....	118	105	103	106	103	99
Halle .....	80	91	94	85	83	85
Magdeburg .....	93	98	93	104	96	108
Chemnitz .....	90	95	102	94	90	104
Breslau .....	82	92	95	82	88	88

Die Löhne der nordwestlichen Gruppe lagen 1928 etwas stärker als 1913 unter dem Reichsdurchschnitt. Die Zahlen aus Mitteldeutschland, Sachsen und Schlesien zeigen, daß diese Gebiete — auch jetzt noch meist unter dem Reichsdurchschnitt liegend — diesen vielfach nahezu erreicht haben. In Berlin wiederum haben die Löhne einen geringeren Abstand vom Reichsdurchschnitt als vor dem Kriege. Ungefähr ebenso, wenn auch nicht so ausgesprochen, ist das Bild bei den ungelerten Arbeitern. Die Tabelle zeigt, daß die Löhne in Mitteldeutschland meist stärker gestiegen sind als im Westen, wodurch aus noch zu erörternden Gründen Mitteldeutschland eine besondere kostenmäßige Benachteiligung erwächst.

Zu 3. Bei der Beurteilung des *Staffeltarifs* muß berücksichtigt werden, daß durch den Staffeltarif beim Bezug des Walzeisens aus dem Westen *Mitteldeutschland*, beim Fertigversand nach dem Osten dagegen *Westdeutschland* begünstigt werden. In der folgenden Tabelle haben wir unter Berücksichtigung des Preisunterschieds ab Versandort (ab Neunkirchen 6 RM billiger als ab Oberhausen) die Gesamtfrachtbelastung für ein Erzeugnis, das nur aus Stab- und Formeisen besteht, errechnet, wobei der Gewichtsverlust bei der Verarbeitung mit 30 % des Fertiggewichts angenommen wurde. Es ergibt sich, daß nach Rohstoffkosten, Eisen- und Fertigfracht der Chemnitzer Verarbeiter vor dem Kriege nach dem Osten zu einem Kostenvorsprung hatte, während er jetzt gegenüber der westlichen Konkurrenz im Nachteil ist. So wenig die Tatsache als solche verkannt werden soll, scheint uns ein Kostenunterschied von wenigen Mark je 1000 kg Ware doch zu geringfügig zu sein, als daß er eine ernsthafte Konkurrenzverschlechterung zur Folge haben könnte. Je größer der Abfall bei der Verarbeitung ist, um so mehr muß sich der Staffeltarif zuungunsten der ost- und mitteldeutschen Verarbeitung auswirken. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß im Durchschnitt Ost- und Mitteldeutschlands wesentlich mehr als 30 % des eingesetzten Walzeisens als Schrott bei der Verarbeitung abfallen.

(RM je 1000 kg)	Gesamtfracht*)			
	1913		1951	
	bei Fertigversand von Dortmund	von Chemnitz	bei Fertigversand von Dortmund	von Chemnitz
nach Görlitz .....	32,30	29,70	56,40	55,10
„ Dresden .....	38,40	37,00	61,50	68,40
„ Gleiwitz .....	45,40	44,10	65,10	78,80
	Die Frachtbelastung von Chemnitz ist			
	kleiner		größer	
nach Görlitz .....	.	— 2,60	.	— 1,30
„ Dresden .....	.	— 1,40	+ 6,90	.
„ Gleiwitz .....	.	— 1,30	+ 13,70	.

\*) Annahme gleicher Eisenpreise ab Werk in Chemnitz und Dortmund, d. h. unter Abrechnung der Minderkosten für Stabeisen auf Basis Neunkirchen für Chemnitz.

Zu 4. Die meist in Westdeutschland gelegenen verarbeitenden Konzernwerke der Eisenindustrie sind gegenüber der freien Verarbeitung tatsächlich im Vorteil, wenn sie — was insbesondere von der Märkischen Kleineisenindustrie behauptet wird — ihr Eisen zu Selbstkosten oder überhaupt unter Verbandspreis einsetzen. Dadurch werden aber *alle* unabhängigen Werke der Verarbeitung benachteiligt, nicht nur die ost- und mitteldeutschen Firmen. Auch eine Änderung der Frachtbasen würde hierin grundsätzlich keinen Wandel schaffen.

Zu 5. Es ist den mittel- und ostdeutschen Verarbeitern zuzugeben, daß sie durch den Staffeltarif, durch die Lohnentwicklung und die Gebietsverluste im Osten unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten als ihre Konkurrenten im Westen. Anders steht es hingegen mit dem Hinweis auf die Nachteile infolge ihrer frachtmäßig schlechteren Lage. Unsere Untersuchungen werden ergeben, daß die Berechnung der Frachten auf westdeutscher Basis *keinen Willkürakt der Eisenkartelle* darstellt; es wäre deshalb bedenklich, einen Ausgleich in einer Differenzierung der



Eisenpreise zu suchen etwa derart, daß die Verbraucher im Westen stets einige Mark mehr ab Oberhausen bezahlen müßten als die mitteldeutschen.

### Die Bedeutung einer einheitlichen Frachtbasis

Unter der Voraussetzung einer freien Konkurrenzwirtschaft auf dem Eisenmarkt würde sich die einheitliche Frachtbasis Oberhausen nur dann durchsetzen, wenn die Erzeugungszentren außerhalb des Westens nicht in der Lage wären, ihren lokalen Bedarf selbst zu decken. Wenn beispielsweise in Riesa so wenig Stabeisen ausgewalzt wird, daß die in der Nähe liegenden Verbraucherwerke regelmäßig aus dem Westen zukaufen müssen, so wird der Preis franko Mitteldeutschland durch den Preis in Westdeutschland ab Werk plus Fracht nach Mitteldeutschland bestimmt. Die westdeutsche Produktion bestimmt dann als Grenzproduktion den Preis in Mitteldeutschland.

Steigt aber die Eisenerzeugung in einem Bezirk außerhalb Westdeutschlands, so daß der lokale Bedarf und mehr gedeckt wird, dann muß der betreffende Erzeuger, um Absatz zu gewinnen, mit seinem Preis unter den Preis ab Westen plus Fracht hinuntergehen. Es würde sich eine neue „Frachtbasis“ herausbilden: In einer gewissen Entfernung von dieser Basis wäre der Frankopreis für den Verbraucher ebenso hoch wie der Preis ab westdeutscher Frachtbasis; in noch größerer Entfernung von dem östlichen Erzeuger würde der Preis ab westdeutscher Frachtbasis plus Fracht niedriger sein als der Frankopreis bei Versand von der neuen mittel- oder ostdeutschen Frachtbasis.

Vor dem Krieg wurde Stabeisen bei freier Konkurrenz aller Stabeisenwalzwerke verkauft, und damals hatten sich die Preise für Stabeisen in den einzelnen Teilen Deutschlands den eben angeführten Grundsätzen entsprechend eingespielt: In *Mittel- und Norddeutschland* war der Westen — Lothringen und das Ruhrgebiet — das letzten Endes den Preis bestimmende Produktionsgebiet. Selbstverständlich wurde im Bedarfsfalle bei mehreren Lieferanten angefragt. Die Händlerfirmen gaben schon damals — das ist heute in Vergessenheit geraten — den Preis vielfach ab Oberhausen oder ab Diedenhofen an, wobei sie sich oft die Wahl des Lieferwerks vorbehielten, wenn es nicht vom Verbraucher vorgeschrieben war. Häufig wurden, auch bei größeren Aufträgen, Frankopreise gestellt. Stets aber lagen die Preise der mitteldeutschen Stahlwerke etwa um die Fracht vom Westen bis Mitteldeutschland über den westlichen Preisen ab Werk.

Anders in *Oberschlesien*. Hier war die Produktionskapazität der Eisenindustrie groß genug, um mehr als den lokalen Bedarf zu decken. Die Preise ab ober-schlesischem Werk lagen dementsprechend von 1909 bis 1915 nur um etwa 5 RM über den Preisen ab Oberhausen, während die Fracht Oberhausen—Gleiwitz 34,80 RM je t betrug (nach „Stahl und Eisen“). Auf der direkten Verbindungslinie Oberhausen—Gleiwitz lag etwa bei Senftenberg der Punkt, wo Stabeisen von

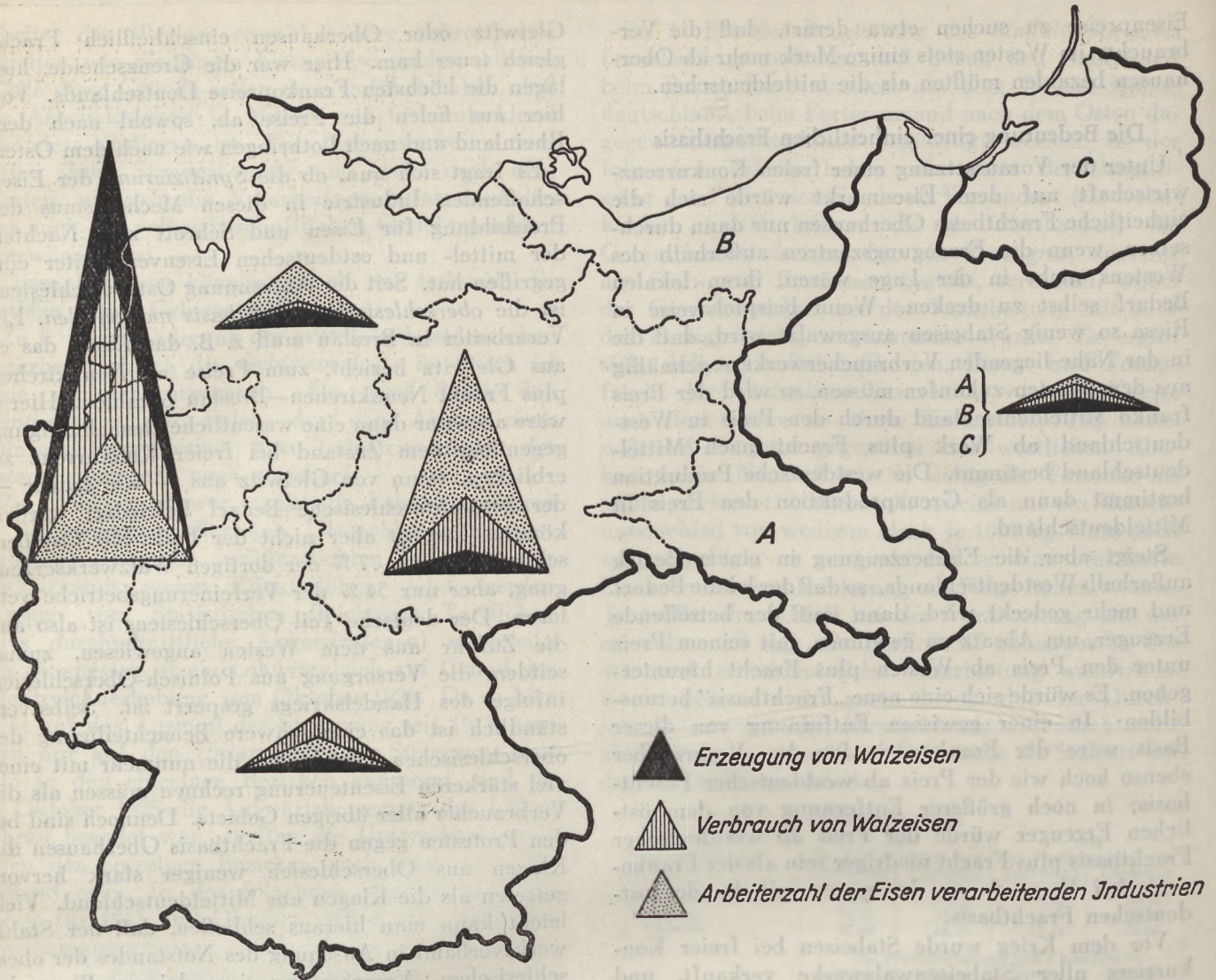
Gleiwitz oder Oberhausen einschließlich Fracht gleich teuer kam. Hier war die Grenzscheide, hier lagen die höchsten Frankopreise Deutschlands. Von hier aus fielen die Preise ab, sowohl nach dem Rheinland und nach Lothringen wie nach dem Osten.

Es fragt sich nun, ob die *Syndizierung* der Eisen schaffenden Industrie in diesen Mechanismus der Preisbildung für Eisen und Schrott zum Nachteil der mittel- und ostdeutschen Eisenverarbeiter eingegriffen hat. Seit der Abtrennung Ostoberschlesiens ist die *oberschlesische Frachtbasis weggefallen*. Ein Verarbeiter in Breslau muß z. B. das Eisen, das er aus Gleiwitz bezieht, zum Preise ab Neunkirchen plus Fracht Neunkirchen—Breslau bezahlen. Hierin wäre aber nur dann eine wesentliche Benachteiligung gegenüber dem Zustand bei freier Konkurrenz zu erblicken, wenn von Gleiwitz aus — wie früher — der gesamte schlesische Bedarf befriedigt werden könnte. Das ist aber nicht der Fall. Mit Ostoberschlesien gingen 77 % der dortigen Walzwerkserzeugung, aber nur 54 % der Verfeinerungsbetriebe verloren. Der deutsche Teil Oberschlesiens ist also auf die Zufuhr aus dem Westen angewiesen, zumal seitdem die Versorgung aus Polnisch-Oberschlesien infolge des Handelskriegs gesperrt ist. Selbstverständlich ist das eine schwere Benachteiligung der ober-schlesischen Verarbeiter, die nunmehr mit einer viel stärkeren Eisenteuerung rechnen müssen als die Verbraucher aller übrigen Gebiete. Dennoch sind bei den Protesten gegen die Frachtbasis Oberhausen die Klagen aus Oberschlesien weniger stark hervorgetreten als die Klagen aus Mitteldeutschland. Vielleicht kann man hieraus schließen, daß der Stahlwerksverband in Ansehung des Notstandes der ober-schlesischen Verarbeitung irgendeinen Weg des Ausgleichs gefunden hat.

Die Frankopreise für Eisen in *Mitteldeutschland* würden auch in der Gegenwart bei freiem Wettbewerb der Produzenten etwa um die Fracht über den Preisen ab westlichem Werk liegen, ebenso wie es nach unseren obigen Ausführungen vor dem Krieg der Fall war. Damals empfand der Abnehmer diesen Zusammenhang als selbstverständlich, weil sich nicht nur die Preise ab westlichem Werk, sondern auch die Konkurrenzofferten ab Mitteldeutschland auf dieses Niveau einspielten. Soweit die mitteldeutschen Erzeuger ab Werk fakturierten, lagen ihre Preise etwa um die Fracht über den westlichen Preisen ab Werk. Genau so ist die Preisgestaltung heute, nur mit dem Unterschied, daß der Verarbeiter in Mitteldeutschland ausschließlich ein Angebot auf der Frachtbasis Oberhausen erhält. Nur die — nicht zutreffende — Annahme, die Preise ab Werk in Mitteldeutschland müßten eben so hoch sein wie ab Oberhausen, erzeugt die Vorstellung, daß Mitteldeutschland durch die Zahlung der fiktiven Fracht ab Oberhausen preismäßig benachteiligt sei.

Die Höhe der in Mitteldeutschland erzielbaren Erlöse in Verbindung mit den niedrigen Schrottpreisen gab seinerzeit den Anreiz zur Errichtung von Stahlwerken in Mitteldeutschland. Die Abrechnung des





Stahlwerksverbandes berücksichtigt diese Standortbedingung der Stahlwerke in Mitteldeutschland, indem der Verrechnungspreis, den diese Werke erhalten, höher ist als der Verrechnungspreis der westdeutschen Stahlwerke. Das dem Reich gehörende Spandauer Werk hat z. B. seinen Beitritt zum Stabeisenverband von der Zahlung eines um 25 RM höheren Verrechnungspreises, des sogenannten „Frachtvorsprungs“, abhängig gemacht.

Soweit die Rohstoffkosten für die Wahl des Standorts der Verarbeitung eine Rolle spielen, tritt also durch die Berechnung der Eisenpreise auf Frachtbasis Oberhausen keine von den Syndikaten erzwungene Benachteiligung Mitteldeutschlands ein. Da die Eisenpreise unter Berücksichtigung der Fracht schon vor dem Krieg etwa in der Mitte Deutschlands am höchsten waren, und da schon damals ein Zentrum der verarbeitenden Industrie gerade in Mitteldeutschland (Sachsen) lag, muß der Standort der mitteldeutschen Verarbeitung trotz der hohen Eisenpreise gewählt worden sein. Die dafür maßgebenden Gründe werden durch das obenstehende Bild verdeutlicht. Die Höhe der Dreiecke entspricht dem Anteil der Walzeisenerzeugung, des Walzeisenverbrauchs und der Arbeiterzahl der verarbeitenden Industrie, der im Verhältnis zu ganz Deutschland

auf die einzelnen Bezirke entfällt<sup>1)</sup>. Aus dem Bild geht hervor, daß außer in Westdeutschland in allen Teilen Deutschlands, besonders in Mitteldeutschland, der Erzeugungsanteil weit unter dem Verbrauchsanteil liegt. Die Verteilung der in verarbeitenden Betrieben tätigen Metallarbeiter auf die einzelnen Gebiete gibt den Schlüssel einmal zur Entstehung der Eisen verarbeitenden Industrie Mitteldeutschlands und zum anderen zu den Klagen dieser Bezirke über ihre Notlage. Auf *Rheinland-Westfalen* entfallen zwar 62 % des Walzeisenverbrauchs, aber nur 27 % der Eisen verarbeitenden Metallarbeiter. Bei den westlichen Eisenverarbeitern spielen also die Löhne eine verhältnismäßig geringere Rolle als die Eisenpreise. In *Mitteldeutschland* (Brandenburg, einschließlich Berlin, Sachsen, Thüringen, Anhalt) hingegen, wo fast die Hälfte der in der Eisenverarbeitung tätigen Personen beschäftigt ist, werden nur 16 % des deutschen Walzeisenverbrauchs verarbeitet. Der Lohnanteil ist also bei den Erzeugnissen dieser Bezirke so groß, der Eisenanteil so klein, daß auch (je Einheit) relativ hohe Rohstoffkosten in Kauf genommen werden können. *Süddeutschland*

<sup>1)</sup> Erzeugung und Verbrauch wurden dem Sonderheft 1 der „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“: *Zur Analyse des Eisenmarkts* (S. 93), entnommen. Die Arbeiterzahl wurde nach der Berufs- und Betriebszählung von 1925 für die Gruppen VI und VII (Eisen-, Stahl- und Metallwaren, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau) ermittelt.



nimmt eine Zwischenstellung ein. Es hat zwar keine nennenswerte eigene Erzeugung, doch ist der Verbrauchsanteil erheblich höher als der Arbeiteranteil. Wahrscheinlich ist dies eine Folge der frachtgünstigen Lage zum Saar- und Minettegebiet.

Da der Lohnanteil in Mitteldeutschland höher ist als im Westen, muß die stärkere Lohnsteigerung seit der Vorkriegszeit die mitteldeutsche Verarbeitung besonders treffen. Die *unterschiedliche Lohnentwicklung* ist also der Hauptgrund für die Verschlechterung der Konkurrenzbedingungen von Mitteldeutschland gegenüber dem Westen. Weder die *Eisenpreise* noch die Art der *Frachtberechnung* ist für diese Wandlung verantwortlich zu machen.

### Ein Parallellfall in Amerika

Der Kampf gegen die Berechnung auf Frachtbasis Oberhausen hat eine interessante Parallele in dem Einspruch der amerikanischen Federal Trade Commission gegen die Eisenberechnung auf Frachtbasis Pittsburgh, gegen das sogenannte *Pittsburgh-Plus-System*. Grundsätzlich liegen die Verhältnisse genau so wie in Deutschland; sie sind auch bereits eingehend dargestellt worden (vgl. *F. A. Fetter: The Economic Law of Market Areas. The Quarterly Journal of Economics, Cambridge, Mass. Vol. 38, 1923/24, S. 520—529*; ferner *J. R. Commons: The Delivered Price Practice in the Steel Market. The American Economic Review, New Haven. XIV, 1924, S. 505—520*). Praktisch ist die Berechnung der Walzeisenpreise ab Pittsburgh, die nicht (wie in Deutschland) nur für Stab- und Formeisen, sondern für fast alle Eisenerzeugnisse galt, durch Befehl der Federal Trade Commission vom 22. September 1924 verboten worden. Bei allen Verkäufen sollten künftighin die Preise am Produktionsstandort und die

Kosten des Transports getrennt aufgeführt werden. In Ausführung dieser Verfügung errichteten der amerikanische Stahltrust und andere Werke an allen bedeutenderen Produktionsstandorten neue Frachtgrundlagen. Da die Grundpreise an den neuen Frachtschnittpunkten fast durchweg um den verbotenen Frachtzuschlag erhöht wurden, besteht jedoch auch nach 1924 im Grunde das Pittsburgh-Plus-System weiter, nur in veränderter und abgeschwächter Form. Die Produktionskapazität des Bezirks Pittsburgh nebst seinen Nachbardistrikten ist eben so groß, daß die Außenbezirke regelmäßig von dort zukaufen müssen, obwohl sie einen Teil ihres Bedarfs selbst produzieren. Auch nach Aufgabe des Pittsburgh-Plus-Systems haben sich die Außenbezirke kaum rascher entwickelt als vorher.

Es sei dahingestellt, ob das völlige Verbot der Frachtbasis Pittsburgh in den Vereinigten Staaten notwendig war. In *Deutschland* jedenfalls wird bei der gegenwärtigen Verteilung der Walzeisenerzeugung auf die einzelnen Produktionsgebiete durch die „Frachtbasis Oberhausen“ keine von der freien Konkurrenzwirtschaft abweichende Preislage geschaffen. Aber nicht nur aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß die Verhandlungen über eine Beseitigung oder Umbildung der Frachtbasis Oberhausen ergebnislos abgebrochen werden mußten. Denn durch eine Änderung des gegenwärtigen Berechnungssystems würden die Eisenpreise in Deutschland *noch undurchsichtiger* werden, als sie es auf Grund der Verbandsbestimmungen jetzt schon sind. Selbst wenn von einer Änderung der Frachtbasis Oberhausen ein kleiner Teil der Verbraucher einen Vorteil hätte, so besteht doch die Gefahr, daß eine derartige Änderung zu einer Erhöhung des deutschen Eisenpreisniveaus benutzt werden könnte.

## Organisationsformen der Milchversorgung

Von Prof. Dr. Fritz Beckmann

*Die Gesundung der deutschen Milchwirtschaft ist in erster Linie eine Organisationsfrage. Für die Frischmilchliefereung sind in Flensburg, Mannheim, München und Hamburg Organisationsformen entstanden, die dem Landbau rentable Preise, dem Konsum hygienisch beste Ware sichern. Das Ziel ist die Hebung des Absatzes durch Qualitätsverbesserung. Dazu ist eine Trennung des Milch- und Buttermarkts erforderlich sowie eine Rationalisierung der Molkereien. Diese Fragen wird ein zweiter Aufsatz erörtern.*

Eine kurze Vorbemerkung, worum es geht. Wenn in Westfalen die als Frischmilch abgesetzte Menge seit 1923 nur 2 Rpf mehr ab Stall gebracht hätte, so wäre diese Summe heute größer als die gesamte Hypothekarverschuldung aller Landwirte dieser Provinz, einschließlich derjenigen, welche ihre Milch verbuttern lassen! Der Frischmilchbedarf des Industriegebiets beträgt rund 800 Mill. Liter jährlich; 2 Rpf mehr ab Stall machen jährlich 16 Mill. RM aus, während die Neuverschuldung bei der Landschaft der Provinz Westfalen in Hypotheken seit 1923 rund 50 Mill. RM beträgt. Bei der heute geltenden Handelsspanne und einem Jahresdurchschnittspreis

ab Stall von kaum 15 Rpf ist eine Spitze von 2 Rpf durchaus möglich und in vielen anderen Gebieten erreicht. Sobald es also gelingt, für einige große Versorgungsgebiete den Preis der Frischmilch nicht monopolistisch, aber um wenige Pfennige zu heben, so entstünden einige innerlich gesunde Enklaven im Landbau. Es ist denkbar, daß man diesen wichtigen Zweig in mehr als einem Dutzend großer Einzugsgebiete für den Landbau rentabel macht und somit zunächst einmal einige gesunde Flächen schafft. Man kann Gebiet nach Gebiet vornehmen, eine Stadt nach der anderen und damit *einen* Betriebszweig errichten, in dem der Landwirt aufatmend sich mit



fester Berechnung restlos der Erzeugung widmen kann.

Es handelt sich hier nur um eine *Organisationsfrage*, also um eine Frage des Wollens. Wenn die Beteiligten wollen, so können sie morgen für jedes Gebiet eine gesunde Organisation herstellen. Man trennt inneres und äußeres Einzugsgebiet. Das *innere* Einzugsgebiet ist derjenige Umkreis um die Stadt oder das Versorgungsgebiet, der den Konsum im Jahresdurchschnitt von Bedarf und Erzeugung decken kann. Der Bedarf schwankt wenig; er steigt — abgesehen von einer geringen Erhöhung gegen Wochenende, etwa 15 % vom Montag zum Sonntag im Ruhrgebiet — im Sommer um etwa 20—25 %, wobei Städte mit hohem Verbrauch eine noch geringere Spitze aufweisen. Die Erzeugung schwankt je nach der Zusammenlegung der Abkalbbezeiten weit stärker, wobei im Mai und Juni eine Spitze zu beobachten ist und häufig schon im Januar eine Milchschwemme kommt. Soll sich die Erzeugung der Einzugsgebiete dem Verbrauch anpassen, wobei die Spitze des Verbrauchs im Sommer, die der Erzeugung im Vorsommer liegt, so ist ein Verhältnis von 1 : 1,5 als Höchst- und Mindestlieferung notwendig. Durch Verlegung der Kalbetermine, Fütterung, Vorsorge haben es einige Einzugsgebiete sogar auf 1 : 1,4 gebracht. Andere Gegenden, die im Frühjahr die ganze Herde mit dem Bullen auf die Weide jagen und alles übrige der Vorsehung überlassen, bringen es auf 1 : 10 oder doch 1 : 5 je nach ihrer Weidetechnik und der Beifütterung im Winter. Je ausgeglichener die Lieferung, desto kleiner kann das innere Einzugsgebiet sein; und je kleiner, desto leichter ist die Organisation. Dabei ist eine gelegentliche Zufuhr mit Abruf bei einer zufälligen Anspannung des Markts durchaus denkbar, ohne daß sie die Organisation stört. Das *äußere* Einzugsgebiet ist der weitere Umkreis, dessen Lieferung über den Bedarf ständig und schlechthin hinausgeht, oder dessen Lieferung, im Winter herangeholt, zur Deckung im Sommer nicht notwendig ist, so daß man sie nicht wieder los werden kann, nachdem sie einmal im Markt ist. Die erste Aufgabe aller Organisationen ist also die *Ausschaltung des äußeren Milchringes*. Das äußere Einzugsgebiet sollte verbuttern, statt Frischmilch über Hunderte von Kilometern nutzlos umherzufahren. Für das innere Einzugsgebiet bedeutet das aber große technische Anstrengung, nämlich die Spitzen der Erzeugung nicht weiter als im Verhältnis von 1 : 1,4 auseinanderfallen zu lassen, stets die *gleiche* Menge bester hygienisch einwandfreier Milch eng dem Bedarf angepaßt zu liefern. Der heutige Stand der Wissenschaft, der angewandten Physiologie, der Fütterungskunde und die Einfuhr eiweißhaltiger Ölkuchen aller Art sowie die Regelung der Abkalbetermine gestatten das durchaus. Im Anfang steht die Technik des inneren Einzugsgebiets. Vorausgesetzt, daß das innere Einzugsgebiet zu jeder Stunde den Bedarf liefern kann, bleibt als Aufgabe die Absperrung des äußeren Einzugsgebiets. Für die Abgrenzung gibt es jedoch kein allgemeingültiges Schema, keine Methode, die in

ganz Deutschland und überall anwendbar wäre; vielmehr hat fast jede Stadt eine ihr eigentümliche Methode entwickelt. Wo man überhaupt von Organisation sprechen kann, sieht sie im Grundzug überall anders aus. Ein Rezept für alle gibt es nicht; man muß in jeder Stadt für sich je nach den Eigenarten des Landbaus vorgehen. Man kann höchstens Gruppen bilden, die ich nachstehend zu bilden versuchen will, unter Anführung je eines Beispiels. In dem Beispiel soll kein Werturteil liegen.

1. *Das natürlich begrenzte Einzugsgebiet*. Schulbeispiel: Flensburg. Die gesamte Milchlieferung geht durch *eine* Stelle, eine Molkereigenossenschaft der umwohnenden Landwirte. Die Verteilung innerhalb der Stadt hat die Molkerei ebenfalls in der Hand; der Handel ist als Gewerbe nahezu verschwunden. Stallpreis und Konsumpreis sind das ganze Jahr hindurch stetig und gleichmäßig; die Molkerei liefert hygienisch einwandfreie Ware, entweder pasteurisiert oder als hygienisch einwandfreie Rohmilch. Der Absatz der Flaschenmilch steigt. Für Schmutz- und Säureprozentage wird der Stallpreis gekürzt; die Schmutzproben zeigen einen hohen Reinheitsgrad. Die Schwankung der Lieferungen hält sich unter dem Satz 1 : 2. Der Milchpreis ist also aus der Not heraus, und die Stadt hat hygienisch beste Milch, auf deren Qualität die Genossenschaft allergrößten Wert legt. Das äußere Einzugsgebiet fehlt infolge *natürlicher* Grenzen. Im Norden sperrt die Grenze die Zufuhr. Im Westen liefert die Geest überhaupt keine Milch oder hat keine Bahnverbindung; im Süden und in Angeln endlich ist die Verbuttermolkerei mit Herstellung von Markenbutter, deren Postversand einen überdurchschnittlichen Butterpreis ergibt, so in Gang gekommen, daß sich der Landwirt bei der Verbuttermolkerei denselben Preis ausrechnet wie bei der Frischmilchlieferung. Angeln hat sich fast restlos *in mustergültigen Molkereien* zusammengeschlossen und der Verbutterung verschrieben. Den Landwirten fehlt auch jede Absicht, die Organisation zu stören oder in sie einzubrechen. Fast alle sind Genossenschaftsmitglieder, so daß die wilde Einfuhr einzelner Landwirte fehlt; statt vieler tausend Landwirte tragen einige Dutzend Genossenschaften das Fundament des einheitlichen Plans. Die nahe liegenden Buttergenossenschaften fallen aber nicht von sich aus in den Flensburger Markt ein, sondern bieten ihre Milch über und durch die genannte Frischmilch-Genossenschaft an. Formell hat diese damit ein Monopol, tatsächlich nur die große Aufgabe, durch beste hygienische Ware und stabilen Preis den Ausbruch der Konsumenten von der Stadt her überflüssig zu machen. Nicht zuletzt beruht dieses System der vollendeten Freiwilligkeit auf der „*Persönlichkeit*“ der Bauern dieser Gegend. Die Masse der Bauern ist hochgebildet, von starkem Solidaritätsgefühl beseelt, durch das dänische Beispiel mit klarem Ziel versehen, dabei fast alle gleichartig: in der Betriebsgröße, der Fütterung, der kaufmännischen Begabung, dem Gebetbuch. Es gibt keine Outsider und keine Bösewichte. Aber alles



das kann sich nur auswirken auf Grund der natürlichen Beschränkung des Einzugsgebiets. Das scheint mir die wesentliche Untermauerung zu sein.

2. *Das künstlich begrenzte Einzugsgebiet.* Schulbeispiel: Mannheim. Mannheim ist ein Begriff, fast ein Schlagwort in der Organisation geworden. Denn diese Stadt erfreut sich eines städtischen Milchhofs, der die gesamte Milchversorgung in der Hand hat. Die Verteilung innerhalb der Stadt ist lokal gegliedert, das Austragen beschränkt, die molkereimäßige Behandlung der Milch mustergültig. Aber das Wesentliche ist nicht dieser städtische Milchhof, an dem jetzt auch Landbau und Handel beteiligt sind, sondern eine Verordnung dieser Stadt, daß alle eingeführte Milch ihr käuflich überlassen werden muß. Damit fällt die freie Einfuhr aus, und die künstliche Begrenzung des Einzugsgebiets ist geschaffen. Kritisch denkende Menschen haben gern die Gesetzmäßigkeit dieser Verordnung angezweifelt, aber nicht den Mut gefunden, sie tatsächlich zu sprengen. Seit dem Reichsmilchgesetz ist sie auch formell legal. Aber dieser Streit ist müßig; denn für eine Organisation genügt es, die Gewalt vorzuzeigen. Solange die Menschen daran glauben, braucht man sie nicht anzuwenden. Dieser Milchhof steht an der Spitze eines Heeres von Lieferanten, nämlich von 5000 Kleinbauern mit kaum 20 Litern Tagesleistung. Aber diese Masse ist festgefügt, steht unter strenger hygienischer Kontrolle, kennt ihre festen Abmachungen; die Schmutz-Zentrifuge in Mannheim dreht kaum 50 kg Schmutz aus 80 000 Litern heraus, eine hohe Reinheit, wenn man bedenkt, daß es sich um 5000 kleine Ställe handelt. Auch hier ist der Milchpreis von großen Schwankungen befreit, aus der Not gehoben. Die Schwankungen der Erzeugung werden von Jahr zu Jahr ausgeglichener; früher hat der Milchhof gelegentlich bei Bedarf Milch aus der Schweiz geholt, nicht dagegen von neuen deutschen Lieferanten, weil er die Schweizer Lieferanten leichter wieder los wurde als die deutschen, die sein System sprengen konnten. Der Milchhandel ist in Mannheim bestehen geblieben, an Zahl geht er zurück, der Umsatz pro Händler steigt dagegen. An die Stelle der Übersetzung tritt die Vergewerblichung und Betriebsvergrößerung. Alles in allem: Mannheim hat seine Stellung ausgenutzt in der festen Organisation der Lieferanten und Händler, in der Hygiene der Milch und der Erziehung von 5000 Kleinbauern, dagegen nicht ausgenutzt in der Preisbildung. Deshalb hört man Klagen der Landwirte, deren Stallpreis im Jahresdurchschnitt unter 20 Rpf liegen dürfte. Sie fühlen, daß diese vollendete Organisation besser bezahlen könnte. Die Organisation Mannheims steht hinter ihrem Ruf nicht zurück.

Übrigens ist das Beispiel Mannheims auch ohne diese städtische Verordnung fast in ganz Baden nachgeahmt worden und findet Parallelen in Karlsruhe und Freiburg. In ganz Baden kann man die Organisation als gelungen bezeichnen; sie befreit den Stallpreis von den Schwankungen, pflegt die Qualität

der Milch und hat hygienischen Ehrgeiz. Allerdings bilden die natürliche Begrenzung des Einzugsgebiets durch die Landesgrenze am Rhein und den Schwarzwald sowie das Fehlen der Ostverbindung die Grundlage, auf der eine einheitliche Leitung von Karlsruhe her mit dem nötigen Nachdruck der Regierungsstelle in diesem kleinen Lande eine tragfähige Organisation aufbauen konnte; die große Organisationsfreudigkeit einiger beweglicher junger Männer kam hinzu.

3. *Örtliche Aufteilung des Einzugsgebiets mit festen Lieferungsverträgen.* Schulbeispiel: München. In München hat eine Reihe von Großhändlern mit Molkereien die örtliche Verteilung und hygienische Verarbeitung der Milch in Händen. Während des Krieges wurde jedem von ihnen ein Ausschnitt aus dem Einzugsgebiet zugewiesen, mit dessen Landwirten feste Lieferungsverträge geschlossen wurden. Diese Verträge sind fortgeführt worden und bilden den Rahmen der Organisation. Jeder Großhändler mit Molkerei hat also ein Segment des Einzugsgebiets als Lieferant hinter sich und mit ihm einen festen Lieferungsvertrag. In der Nachkriegszeit ist diese Aufteilung durch zwei Regelungen befestigt. Zunächst durch die Tiefkühl-Verordnung der Stadt München. Es darf nur tiefgekühlte Milch in die Stadt eingeführt werden; da eine Tiefkühlstation für den einzelnen Landwirt zu teuer ist, so liegt darin ein mittelbarer Organisationszwang, und die Einfuhr jedes beliebigen Landwirts mit unbehandelter unkontrollierter Rohmilch ist unterbunden. Das andere war die Zusammenfassung aller Landwirte in genossenschaftlichen Tiefkühlstationen, so daß als Gegenpartei die Genossenschaft auftritt und die Zahl der Partner wesentlich vermindert ist. Die Spitzenverwertung, d. h. die Verbutterung der überflüssigen Milch, haben die Händler selbst übernommen. Dieses Münchner System hat zwei Schwächen: Bei sinkendem Konsum, besonders in der Faschingszeit, drückt die Spitze auf den Markt und senkt den Preis regelmäßig um 2 Rpf, so daß ganz Oberbayern nichts sehnlicher als das Ende des Faschings herbeisehnt; denn die Milch muß dort das Geld bringen. Des anderen kann jeder Großlandwirt mit eigener Tiefkühlanlage Milch heranzufahren und anbieten, und zuweilen tritt ein Landwirt mit eigener Lieferung auf. Aber in großen Zügen ist auch hier die Verbindung zwischen Händler und Landwirt in feste Bahnen gelenkt, die Hygiene gewährleistet, der Preis berechenbar, und Oberbayern hat für sein Haupterzeugnis, die Milch, einen sicheren Abnehmer. Die Anlage der Tiefkühlstationen ist ein technisches Kleinod geworden und das Werk des Molkerei-Instruktors Schiele, der sich mit diesem freiwilligen Zusammenschluß von Tausenden jeden Tag 24 Stunden abmühen muß.

4. *Feste Lieferungsverträge zwischen organisierter Händlerschaft und zentral organisiertem Landbau.* Schulbeispiel: Hamburg. Handel und Landwirt haben je eine zentrale Organisation, die für ein ganzes Jahr die Lieferungsverträge abschließen. Es fehlt eine Tiefkühlverordnung und die örtliche Auf-



teilung nach strengem Schema. Trotzdem ist dem dringendsten Bedürfnis der Hygiene, der Preisbildung, der Anpassung an den Bedarf geholfen durch eine Reihe anderer Maßnahmen. Der Staat Hamburg hat in seiner Lebensmittelkontrolle und ärztlichen Aufsicht einige rührige Männer, die Auswüchse nicht dulden; sie haben sogar in einem Verein eine neutrale Plattform geschaffen, auf der sich Handel, Landwirte, Aufsichtsorgane regelmäßig treffen und eine wenn auch lose gesellschaftliche Fühlung haben. Der Verein der Milchproduzenten vollends hat die Spitzenverwertung durch die Landwirte selbst in die Hand genommen und unterhält eigene Molkereien zur Verbutterung, um den Markt von der Spitze der Frischmilch zu befreien. Der Preis ist nach der bekannten Formel Butterpreis : 10 geregelt, ohne daß allerdings diese Formel sklavisch gehandhabt wird. Tatsächlich kommt häufig ein günstigerer Preis für den Landwirt heraus. Hamburg erstrebt nur eine einzige Milchmarke, also eine Qualität für alle. Hamburg hat die lockerste Form, die man noch als eine Regelung des Markts ansehen kann. Hygienische und Qualitätsfragen sind dort in guten Händen, die Spitzenverwertung ist ebenfalls geregelt, aber für einen stetigen und rentablen Preis ab Stall genügt die Formel Butterpreis : 10 besonders in Zeit der schwachen Buttermärkte, wie seit Anfang 1930, nicht mehr.

Alle diese Organisationsformen sind natürlich im Fluß; sie ändern sich dauernd, besonders in ihren unwesentlichen Äußerungen, wenn auch nicht in ihren Grundlagen. Aber gemeinsam ist allen die Absperrung des äußeren Einzugsgebiets und feste Verträge zwischen organisiertem Landbau und Handel. Weshalb ist die Absperrung des äußeren Einzugsgebiets ein wichtiges Ziel?

Alle Besserung des Markts geht von der *Steigerung des Verbrauchs* aus. Der Verbrauch in Deutschland ist mit 0,25 Liter pro Kopf mancher Stadt denkbar gering. Nur wenige Städte kommen an 0,30 Liter heran; das Ruhrgebiet mit 7,5 Mill. Menschen braucht an Frischmilch 0,26 Liter pro Kopf; am geringsten ist der Konsum in Arbeiterstädten, etwa im engeren Ruhrgebiet mit 0,24 Liter. Im Ausland sehen wir dagegen einen Verbrauch, der in manchen Städten 0,75, sogar 0,90 und einen ganzen Liter pro Kopf und Tag erreicht. Die Vereinigten Staaten haben den größten Verbrauch; sie verzehren allein in Gestalt von Eis 4% der gesamten Erzeugung an Milch! Außerdem ist die Milch dort salonfähig und in jedem Hotel in feinsten, tiefgekühlter Qualität zu haben und öffentlich zu trinken! Mehr Milch trinken ist bei uns zunächst eine Frage der Milchqualität! Es fehlt in Deutschland noch jede einheitliche Regelung der Qualität; es stehen nebeneinander: Rohmilch ohne und mit Kontrolle, molkeimäßig behandelte und nichtbehandelte Milch in Flaschen und lose, in Kannen offen auf der Straße umgeschüttete, nach Schmutzprozenten und ohne Schmutzprozentage gehandelte Milch. Vieles davon verdient wirklich nicht mehr den Namen Milch oder schreckt vom Verzehr ab. Die strenge hygienische Kontrolle darf nicht

erst in der Stadt, sondern muß im Stall nach einheitlicher Methode beginnen. Dafür ist eine Regelung des Einzugsgebiets unbedingt erforderlich, die um so leichter ist, je enger und übersichtlicher dieser Ring sich selbst schließt. Das weitere Einzugsgebiet mit Verbutterung behält gern die fettreiche Milch zurück und schickt die andere auf den Milchmarkt. *Volkswirtschaftlich* ist ferner das Heranfahren und Umherfahren von überflüssiger Milch ein großer Verlust; diese Menge muß am Ort der Erzeugung verbuttert werden. Jede *Preisstabilität* wird haltlos, sobald das weitere Einzugsgebiet öffentlich den Satz unterbietet. Sobald der rheinisch-westfälische Milchpreis-Ausschuß den Richtpreis festsetzt, erscheinen Angebote des äußeren Gebiets mit 1—3 Rpf unter Richtpreis! Da greift der Handel selbstverständlich sofort zu, und alle Regelung ist zerschlagen. Da das äußere Einzugsgebiet doch nicht dauernd im Markt bleiben kann, so wird es von der Rationalisierung der Verbutterung abgelenkt und erreicht nicht den hohen Stand der Verbutterungstechnik, den heute das Ausland vor uns voraus hat und den höchstens einige Gebiete bei uns in Anspruch nehmen können (Schleswig-Holstein, Oldenburg, Ostfriesland). Es sind also nicht nackte monopolistische Preisbildungen, die hinter der Regelung stehen und das äußere Gebiet ablenken wollen, vielmehr sind es Fragen der Qualität, der Hygiene und der Verbrauchssteigerung, die vorangehen. Vor allem entscheidet die Güte, Schmutzreinheit und der Fettgehalt der Konsummilch für die Masse der Arbeiter; denn hier ist der Absatzmarkt noch längst nicht erobert. Ob der höhere Beamte einen Liter *Vorzugsmilch* in feinsten Qualität mehr kauft, ist für die Rentabilität des Landbaus weniger wichtig.

Je höher die Spanne der Rentabilität zwischen Verbutterung und Frischmilchabsatz, desto stärker der Druck des äußeren Einzugsgebiets; ganz abgesehen von der Bequemlichkeit für die Molkereiverwalter, *keine* Butter herstellen zu brauchen. Der Druck kann bei schlechten Butterpreisen so stark werden, daß jede Organisation des inneren Ringes überrannt wird (bis auf das System Mannheim). Je geringer die Spanne, desto leichter die Regelung des inneren Gebiets bei der Frischmilch. Dabei kann ganz allgemein der Lieferant von Frischmilch einen Vorsprung im Preise beanspruchen, da er bei wirklich hygienisch einwandfreier und bester Milch höhere Kosten hat. Hier wird die Regelung des Milchmarkts zur Aufgabe des Butterzolls, den ich als Erziehungszoll gegen den Kapitalreichtum der dänischen und holländischen Molkereien, erworben auf unsere Kosten während des Krieges, für berechtigt halte. Sie wird aber ebenso sehr zur Frage der Rationalisierung der Buttermolkerei; es ist dringend erforderlich, unrentable Molkereien zu leistungsfähigen Zentralmolkereien zusammenzuschließen. Diese sind, mit besten Maschinen ausgestattet, in der Lage, Standardbutter in großen Mengen zu liefern, die allein dem Ausland begegnen können. Dank der Entwicklung des Kraftfahrver-



kehrts ist es billiger, große Molkereien statt kleine zu haben; die Provinz Limburg in Holland hat in dem letzten Jahrzehnt 184 Betriebe zu 50 zusammengelegt. Kleinmolkereien unter 1½ Mill. Liter im Jahr arbeiten um 20—25 % teurer, ganz abgesehen davon, daß ihre Butter mangels großer Massen keinen Markt bildet. Ostfriesland, Oldenburg, zum Teil Schleswig haben den Siegeszug der Großmolkerei bewiesen, ferner Rotenburg in der Lüneburger Heide. Alle diese Fragen hat Prof. Dr. Brandt in dieser Zeitschrift lehrreich behandelt; wenn das

amerikanische Ideal, das er offenbar mit sich herumträgt, auch nicht ohne weiteres übertragen werden kann, so gilt es doch, bei der Rationalisierung der Verbutterung noch ganz große Fragen zu lösen. Die Vereinigten Staaten haben eine völlige *Trennung der Märkte* erreicht; Butterpreis und Milchpreis sind losgelöst voneinander; die Schweiz hat das Ziel erkannt und bei einem Verbrauch von 0,75 Litern beinahe erreicht. In Deutschland ist die Trennung der Märkte vorläufig das Ziel, Rationalisierung der Molkereien der Weg.

## Aenderung des ehelichen Güterrechts?

Von Rechtsanwalt Prof. Dr. M. Leo, Hamburg

*Ein Ersatz des gegenwärtigen gesetzlichen Güterstandes der sogenannten Verwaltungsgemeinschaft durch den der Gütertrennung läßt sich im Interesse der Frau vertreten. Dagegen ist der von manchen Seiten erstrebte Einführung der Errungenschaftsgemeinschaft zu widersprechen. Sie ist zu verwickelt und unhandlich, um für die Praxis brauchbar zu sein, und ist deshalb mit Recht bei der Beratung des BGB abgelehnt worden. Sie eignet sich namentlich nicht für kaufmännische Unternehmungen, weil sie bei Todesfällen und Scheidungen oft deren Zertrümmerung zur Folge haben würden.*

Der Versuch, eine zeitgemäße Reform des Ehescheidungsrechts herbeizuführen, ist vorläufig gescheitert. Nunmehr richten sich die Bestrebungen der Verfechterinnen und Verfechter der Frauenrechte auf eine Umgestaltung des ehelichen Güterrechts. Daß der im BGB als gesetzlich zugrunde gelegte Güterstand der sogenannten *Verwaltungsgemeinschaft* vielen Frauen nicht genehm ist, ist kein Wunder. Seitdem das BGB in Kraft getreten ist, hat sich die ganze Struktur der Wirtschaft geändert; die Frauen haben gezeigt, daß sie zur selbständigen Vermögensverwaltung in ganz anderer Weise in der Lage sind, als es vor dreißig Jahren der Fall war. Außerdem kommt bei einer Mißwirtschaft des Mannes die Abhilfe meist zu spät. Zwar können Eheleute durch Ehevertrag Gütertrennung vereinbaren. Das wird aber in der Öffentlichkeit vielfach als Maßnahme gegen Gläubiger des Mannes und Zeichen ungünstigen Vermögensstandes angesehen. Nach geltendem Recht ist dieser Schluß freilich unberechtigt, da das Frauenvermögen beim gesetzlichen Güterstand ohnehin nicht für die Schulden des Mannes haftet, aber diese psychologische Wirkung ist nun einmal hinderlich. So wäre es erwägenswert, wenn der Ersatz der Gütergemeinschaft durch *Gütertrennung* verlangt würde.

Das Bestreben der Frauenrechtlerinnen geht heute aber in anderer Richtung. Sie nehmen daran Anstoß, daß der Erwerb des Mannes ganz diesem zufällt, auch wenn er durch Mitarbeit der Frau im Geschäft erzielt ist oder wenn die Frau durch ihre hauswirtschaftliche Tätigkeit die Ansammlung von Vermögen erleichtert hat. Man wünscht deshalb an Stelle des jetzigen gesetzlichen Güterstandes den der *Errungenschaftsgemeinschaft* einzuführen.

Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß dieser für manche Fälle eine billige Lösung herbei-

führen würde. Für andere Fälle, namentlich die, in denen einer der Ehegatten Inhaber eines kaufmännischen Geschäfts ist, gilt aber das Gegenteil. Die Schäden einer solchen Änderung würden weitaus größer sein als die Vorteile.

Der Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft, den das BGB für etwaige Eheverträge ausgearbeitet und zur Wahl gestellt hat, ist der verwickeltste unter allen. Bei ihm gibt es drei, unter Umständen vier Vermögensmassen: Gesamtgut, eingebrachtes Gut jedes der beiden Ehegatten und möglicherweise Vorbehaltsgut der Ehefrau. Zum Gesamtgut gehören die Nutzungen des eingebrachten Guts. „Gemeinschaftliches Vermögen beider Ehegatten“ wird alles, was der Mann oder die Frau erwirbt. Zum Gesamtgut gehören auch alle Nutzungen, also Kapitalerträge. Für Erwerbsgeschäfte wird die Sache noch verschärft: sonst wird vermöge des sogenannten Surrogationsprinzips Ersatz für Gegenstände des eingebrachten Guts wieder eingebrachtes Gut des betreffenden Ehegatten; bei Erwerbsgeschäften aber fällt auch er in die gemeinsame Masse. Gehört also ein Handelsgeschäft oder sonstiges Erwerbsgeschäft zum eingebrachten Gut des Mannes oder der Frau, so ist alles, was mit ihm erworben ist, wiederum Gesamtgut, alle Forderungen, alle eingehenden Gelder, alle neu angeschafften Waren. Nur die noch unverändert vorhandenen Sachen, die von Anfang an als Eigentum des betreffenden Teils vorhanden waren, bleiben sein eingebrachtes Gut. Hat eine Ehe Jahre, vielleicht Jahrzehnte lang bestanden, so ist kaum zu unterscheiden, was nun eigentlich eingebrachtes Gut und was Gesamtgut ist. Stirbt ein Teil, so muß eine Auseinandersetzung stattfinden und erhalten seine Erben die Hälfte des Gesamtguts. Zwar gehört der überlebende Ehegatte mit zu den gesetzlichen Erben, aber auch wenn man das berücksichtigt,



würde die Pflicht zur Herausgabe unter Umständen bedeuten, daß er das Geschäft nicht mehr aufrecht erhalten kann. Ebenso ist es bei der Scheidung. Wirtschaftliche Betrachtung aber erfordert, daß der ideelle und materielle Wert, der in einem Geschäft enthalten ist, tunlichst erhalten und zusammengehalten wird. Auf die Möglichkeit vertraglicher oder letztwilliger Verfügungen darf man demgegenüber nicht verweisen; sie helfen nicht in allen Fällen, und das Recht soll auch ohne solche Nothilfen praktisch brauchbar sein. Die deutsche Gesetzgebung legt in ihrem Bestreben zur logisch genauen Ausgestaltung ohnehin auf Einfachheit und Faßlichkeit des Rechts zu wenig Gewicht. Um zu erkennen, wie verwickelt diese Verhältnisse sind, braucht man nur etwa Abhandlungen über die Ausgleichspflicht unter Ehegatten beim Güterstand der Errungenschaft zu lesen, wie sie namentlich für das Württembergische Recht, in dem für alte Ehen Errungenschaftsgemeinschaft besteht, geschrieben sind. Bezeichnend ist auch, daß in dem alten Frankfurter Güterrecht zwar der Erwerb aus einem Handwerksbetrieb zur Errungenschaft gehörte, nicht aber, was ein Gatte „aus der unter seiner alleinigen Firma und Leitung betriebenen Hantierung oder Handlung“ gewonnen hat, also nicht der Erwerb aus einem Handelsgeschäft. Für die Praxis einer großen Handelsstadt erschien also die Errungenschaftsgemeinschaft als nicht geeignet. Für ein kaufmännisches Unternehmen mit seinem sich stetig verändernden Bestand ist die Errungenschaftsgemeinschaft meines Erachtens sogar schlechthin unmöglich. Bei einem dem Manne gehörenden kaufmännischen Unternehmen wird man auch — abgesehen von Detailgeschäften kleinsten Umfangs, wie etwa Gemüsehandlungen und dergl. — selten sagen können, daß der Erwerb aus dem Geschäft mit auf die Tätigkeit der Frau zurückgehe und gar, daß diese Tätigkeit der des Mannes gleichwertig gewesen sei, so daß hier der zugunsten der Frau angeführte Grund für die Einführung des Systems meist versagen wird; für die Fälle, wo der Frau ein Erwerbsgeschäft gehört, wird der entsprechende Gedanke erst recht nicht angeführt werden können.

Wenn man ein Anrecht der Frau auf eine Vermögensvermehrung während der Ehe auf ihre Tätigkeit im Haushalt stützen will, so paßt auch dieses Argument nur für einen Teil der Fälle. Wenn eine Frau sich etwa Dienstboten hält und ihr Leben mit aller Bequemlichkeit ausgestattet ist, so kann man nicht sagen, daß sie durch ihre Tätigkeit im Haushalt eine Art Zahlungsanspruch erworben habe.

Die hier vor allem ins Gewicht fallende Gefahr, daß eine Auseinandersetzung zur Zertrümmerung von Handelsunternehmungen führt, besteht bei jeder Art von Gütergemeinschaft. Bei der allgemeinen Gütergemeinschaft wird sie aber für die Mehrzahl der Fälle dadurch beseitigt, daß die Möglichkeit der Fortsetzung der Gütergemeinschaft beim Tode eines Ehegatten die Zerreißung des Vermögens ausschließt. Im Falle von Scheidungen tritt diese Folge aber bei jeder Art von Gemeinschaftsehe unweigerlich ein; sie hat unter Um-

ständen zur Folge, daß trotz Treulosigkeit eines Teils oder sonst durchschlagender Scheidungsgründe die Ehe aufrechterhalten werden muß, — was für Anhänger eines modernen Eherechts als schwerer Nachteil zu bezeichnen ist. Hachenburg berichtet in seinen Lebenserinnerungen (S. 94) von einem Fall dieser Art: die Frau hat nichts mitgebracht, der Mann kann sich trotz erwiesenen Ehebruchs der Frau nicht scheiden lassen, denn „das Geschäft hält das nicht aus“. Hachenburg sagt, er wolle nicht behaupten, daß der Fall typisch sei; er ist es aber doch wohl: auch in Hamburg, wo allgemeine Gütergemeinschaft galt, hat es ähnliche Fälle gegeben. Auch diese Erfahrung spricht gegen die Errungenschaftsgemeinschaft.

Wenn man erkennen will, wie wenig geeignet die Errungenschaftsgemeinschaft als allgemeines deutsches Recht ist, braucht man nur die noch heute zutreffenden sorgfältigen, gerade die praktische und wirtschaftliche Sachlage betonenden Erwägungen zu lesen, mit denen man sie bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgelehnt hat.

Die Motive zum BGB geben unumwunden zu, daß die der Errungenschaftsgemeinschaft zugrunde liegenden Gedanken einfach und natürlich erscheinen und ansprechend für das Gemüt sind. Ihrer Durchführung stellten sich aber doch sehr erhebliche Schwierigkeiten und Bedenken entgegen (M IV, 152). Maßgebend für die Ablehnung der Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterrechtssystem war neben der hier wie bei jeder Gütergemeinschaft nahe liegenden Gefährdung des Vermögens der Frau durch Leichtsinns und Mißwirtschaft des Mannes die *Kompliziertheit des Verhältnisses der Ehegatten* nach außen und die *Schwierigkeit der Feststellung*, ob eine Errungenschaft vorhanden ist und worin sie besteht. „Die unerläßliche Bedingung für ein in ganz Deutschland einzuführendes eheliches Güterrecht ist, daß es *einfach, klar und praktisch leicht* zu handhaben ist. Das aber gerade ist es, was dem System der Errungenschaftsgemeinschaft fehlt“: eine dem Recht entsprechende Auseinandersetzung sei nicht anders möglich, als daß die Ausgaben und Einnahmen sowohl der beiderseitigen Sondergüter als der gemeinsamen Errungenschaft durch die ganze Ehe verfolgt und festgestellt würden. In den Gebieten, wo Errungenschaftsgemeinschaft gelte, sei eine einfachere Handhabung nur dadurch möglich, daß unter Verzicht auf eine dem Recht entsprechende Auseinandersetzung die Verhältnisse vergleichsweise geordnet würden. Auf der Hoffnung, daß unter dem Druck eines unhandlichen Gesetzes Vergleiche geschlossen werden, könnte man aber kein allgemeines Recht aufbauen!

Alle diese Schattenseiten der Errungenschaftsgemeinschaft beruhen auch nicht etwa auf der Art, wie das BGB diesen Güterstand ordnet, sondern sie sind ihrem Wesen nach mit ihm verbunden.

Gewiß, Fälle, wie sie diesen Ausführungen zugrunde gelegt sind, mögen nicht die an Zahl häufigsten sein. Am häufigsten sind aber leider jene Ehen, bei denen — wie bei Handarbeitern — von einem Vermögen und von einer Errungenschaft überhaupt



nicht die Rede sein kann. Für solche Ehen wird es also der angeregten Gesetzgebung nicht bedürfen. Sie wird nur für eine beschränkte Zahl von Ehen überhaupt in Betracht kommen, und da muß der Gedanke entscheiden, daß die Gesetzgebung alles zu vermeiden hat, was dahin führt, Einheiten, wie ein im

Betrieb befindliches Geschäft, gewaltsam aufzulösen. Dieser wirtschaftliche Gedanke muß bei allen Erörterungen über die Reform des ehelichen Güterrechts in erster Linie berücksichtigt werden, und er muß, wenn sonst noch Zweifel bestehen sollten, gegen die Errungenschaftsgemeinschaft entscheiden.

## Vergangenheit und Zukunft der Reparationen

Von Dr. Otto Nathan, z. Zt. Washington

*Die Literatur über das Reparationsproblem hat durch eine Arbeit von Sir Andrew Mc Fadyean eine wertvolle Bereicherung erfahren. Mc Fadyean hat als hoher Beamter beim Reparationsagenten die Geschichte der Reparationszahlungen aus nächster Nähe beobachten können. Die wirtschaftliche Durchführbarkeit der bisherigen Reparationslösung wird von ihm sehr skeptisch beurteilt.*

Obwohl das Reparationsproblem und damit verbunden die Frage der interalliierten Schulden seit jetzt mehr als einem Jahrzehnt die internationale politische und politisch-wirtschaftliche Diskussion in ganz besonderem Maße beherrscht haben, ist die darüber erschienene Druckliteratur auffallend gering und dürftig. Zwar ist das rein ökonomische Problem — von den deutschen Veröffentlichungen der letzten Jahre abgesehen — in den englischen und amerikanischen Zeitschriften schon recht frühzeitig sehr ausgiebig und teilweise sehr scharfsinnig erörtert worden. Aber es hat doch in den letzten Jahren in der ausländischen Literatur an guten Büchern gefehlt, die dem Gesamtproblem gewidmet wären. Wer Gelegenheit hatte, sich im Auslande selbst oder in der Unterhaltung mit Ausländern davon zu überzeugen, wie gering im allgemeinen die Kenntnisse über das Reparationsproblem sind, wie selten die Zusammenhänge richtig gesehen und wie selten die gesamten politischen und wirtschaftlichen Begleitumstände voll gewürdigt werden, wird daher ein *neues Buch* sehr begrüßen, das jetzt in englischer Sprache veröffentlicht wurde und dem weiteste Verbreitung zu wünschen ist<sup>1)</sup>.

Der Verfasser des Buches hat zunächst als Sekretär der Reparationskommission und dann als hoher Beamter beim Reparationsagenten in Berlin mehr als ein Jahrzehnt allen Reparationsvorgängen besonders nahegestanden und als einer der Wenigen Gelegenheit gehabt, die Geschichte der Reparationszahlungen in all ihren Phasen und all ihren oft sehr verwickelten Wegen aus nächster Nähe zu verfolgen. Sein Urteil muß daher für alle, die mit der schwierigen und — politisch und weltwirtschaftlich gesehen — immer noch ungelösten Frage der Kriegsschulden zu tun haben, besondere Bedeutung beanspruchen.

Das Buch will keine wissenschaftliche Abhandlung sein; es verzichtet auf den „gelehrten Ballast“, der häufig derartige Bücher für eine breitere Leserschicht unzugänglich macht, und ist äußerst sparsam mit Anmerkungen, Fußnoten und Zahlen. Es wendet sich offenbar bewußt an einen größeren Leserkreis, um

— was so dringend notwendig ist — die öffentliche Meinung in den angelsächsischen Ländern für wichtige und weittragende Entscheidungen in den nächsten Jahren vorzubereiten. Hierfür aber scheint die Arbeit in besonderem Maße geeignet zu sein; denn sie erörtert die teilweise doch sehr verwickelten politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in einer fast vorbildlichen Einfachheit und Klarheit und schält mit großer Bestimmtheit, aber doch leidenschaftslos und nicht mit der Haltung eines Anklägers die Fehler *aller* Beteiligten aus den früheren Jahren heraus, deren Kenntnis für das Verständnis der gegenwärtigen Lage und der möglichen Entwicklung nicht entbehrlich ist.

Mit Recht knüpft der Verfasser an das große Keynesche Buch an, dessen revolutionierende Bedeutung er unterstreicht. Daß er dann zunächst die politischen Zusammenhänge mit einiger Ausführlichkeit untersucht und daß er in allen Teilen der Arbeit immer wieder die politischen Bindungen hervorhebt, gibt dem Buch einen besonderen Wert. Viel zu häufig ist das Kriegsschuldenproblem als ein rein wirtschaftliches Problem betrachtet worden; viel zu oft hat man — besonders auch bei uns in Deutschland — geglaubt, die Reparationsfrage nur von der ökonomischen Seite behandeln zu müssen. Man war der Meinung, daß man nur mit Aus- und Einfuhrstatistik, mit Kapitalbildung und Lohnbewegung, mit internationalem Steuer- und Budgetvergleich die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Reparationszahlungen zu beweisen habe, um zu einer für alle Teile erträglichen Lösung zu kommen; dabei hat man die großen politischen Zusammenhänge vielfach unterschätzt. Wie wichtig sie auch gerade für die Zukunft des Reparationsproblems sind, beweist die *politische* Geschichte der Reparationsfrage, die der Verfasser — augenscheinlich in besonders intimer Vertrautheit mit den Dingen — gibt: der große Gegensatz zwischen Frankreich und England, der zunächst weniger ein sachlicher Gegensatz als eine prinzipielle Verschiedenheit in der französischen und englischen Mentalität war, die verhängnisvolle Aktivität Frankreichs, die zeitweise gefördert wurde durch die mindestens ebenso verhängnisvolle In-

<sup>1)</sup> Sir Andrew Mc Fadyean, *Reparation reviewed*. London. Ernest Benn Limited. 220 Seiten.



aktivität Englands, die entscheidende Schwächung, die die Reparationskommission dadurch erlitt, daß die Vereinigten Staaten, die an der Fassung gerade der Reparationsparagrafen großen Anteil gehabt und ihre Auffassung durchgesetzt hatten, den Friedensvertrag nicht unterzeichneten und dadurch die Verteilung der Gewichte innerhalb der Kommission sehr ungünstig beeinflussten („a serious derangement of the balance of power in the Commission“); die plötzliche und für die ganze weitere Entwicklung entscheidende Wendung in der Haltung Englands durch die Balfour-Note, die die Höhe der deutschen Zahlungen nicht mehr von der deutschen Zahlungsfähigkeit, sondern von den interalliierten Schuldenabkommen abhängig machte, sich damit zwar weitgehend dem französischen Standpunkt näherte, aber doch auch gleichzeitig die französische Gewaltpolitik förderte, da nun auch Frankreichs Zahlungen an England um so geringer wurden, je mehr aus Deutschland herausgeholt werden konnte; und schließlich die fast groteske Gegensätzlichkeit politischer und wirtschaftlicher Betrachtungsweise in Frankreich, aber auch in England, daß man hohe Reparationszahlungen nur von einem erstarkenden Deutschland erwarten konnte, aber gerade diese Kräftigung Deutschlands fürchtete und zu verhindern suchen wollte.

Mit großer Sachkenntnis untersucht dann der Verfasser die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die wirtschaftliche Bedeutung und die wirtschaftlichen Folgen von Reparationszahlungen. Teilweise gehören die ökonomischen Betrachtungen, die McFadyean anstellt, mit zu dem Besten, was im Ausland über diese Dinge in so einfacher und klarer Sprache geschrieben wurde. Wie Keynes vor 11 Jahren, gestützt auf seine theoretisch-ökonomische Schulung, die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages meisterhaft voraussah, so schildert McFadyean jetzt auf Grund seiner praktischen Erfahrungen während all dieser Jahre und seiner großen Vertrautheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands die ökonomische Bedeutung der Reparationsfrage für Deutschland. Eine Reihe kluger Bemerkungen beweist, daß ein guter Beobachter, der sich ohne Voreingenommenheit und objektiv über die deutschen wirtschaftlichen Vorgänge zu unterrichten sucht, ohne jegliche „Propaganda“ die Schwierigkeiten erkennen muß, mit denen Deutschlands Entwicklung zu kämpfen hat. Er sieht die Schäden, die der deutschen Wirtschaft durch die alliierte Reparationspolitik der ersten Jahre zugefügt wurden, er sieht auch, daß die Inflation (wenn sie auch vielleicht Deutschlands Volksvermögen und Volkseinkommen als Ganzes weniger geschädigt hat, als manchmal angenommen wurde) durch die Umschichtung der Vermögen („the most terrific redistribution and maldistribution of wealth in history“) und durch falsche Kapitalinvestitionen die deutschen Wirtschaftsgrundlagen stark geändert und die deutsche Wirtschaftstätigkeit außerordentlich beeinträchtigt hat. Der Verfasser weiß auch, daß man sich bei der Beurteilung der deutschen Wirtschafts-

kraft nicht auf die Erholung seit der Stabilisierung stützen darf, weil es falsch wäre, das Jahr 1928 mit den Jahren 1923/24 zu vergleichen, die eben infolge wirtschaftlicher und politischer Vorgänge für jeden Vergleich untauglich sind; und ebenso hebt er — was für das Ausland ganz besonders wertvoll ist, weil dort diesem wichtigen Problem längst nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird — die mangelnde Kapitalbildung Deutschlands und die infolgedessen vergleichsweise außerordentlich hohen Zinssätze hervor. Sehr viel mehr ist im Ausland schon seit Jahren, zeitlich viel früher als bei uns, über das Transferproblem geschrieben und gestritten worden; diese Diskussion, hauptsächlich in den angelsächsischen Ländern geführt, deren ökonomisches Denken stark durch die klassische Schule beeinflusst ist, hat freilich häufig eine zu optimistische Haltung eingenommen, weil sie zu wenig die Grenzen sah, die der klassischen Transfertheorie in der modernen Industrielandschaft, besonders Deutschlands, gezogen sind. Was McFadyean über das Transferproblem schreibt, gehört mit zu dem Besten des Buches und zweifellos mit zu dem Besten, was überhaupt über diese Frage in den letzten Jahren in „populären“ Darstellungen geschrieben wurde. Weil er den Zwang Deutschlands zur Kapitaleinfuhr kennt, kennt er auch die Gefahr, die der Transferierung droht, falls Deutschland nicht mehr die nötigen Kapitalien im Ausland sollte aufnehmen können: „Das Transferproblem entsteht, wenn das Ausland zu glauben beginnt, daß ein Transferproblem vorhanden ist“ (S. 152). Die Zahlungsbilanz eines Landes sei gewiß nicht unelastisch; aber es sei falsch, anzunehmen, daß ihre Elastizität unbegrenzt sei. Und es sei gefährlich, auf Grund früherer Erfahrungen an den für die Transferierung nötigen Anpassungsprozeß der deutschen und der ausländischen Wirtschaften unbedingt zu glauben; denn die Wirtschaftsgeschichte kenne keine Parallelen zu diesen Zahlungen unter den jetzt gegebenen Umständen.

Die große Skepsis, die an vielen Stellen des Buches über die Zukunft der Reparationszahlungen deutlich wird, hat offenbar ihren wesentlichsten Grund in der skeptischen Haltung des Verfassers zur Transferfrage, obwohl er auch die Aufbringungsschwierigkeiten bei mangelhafter Kapitalbildung nicht verkennt. Wenn er auch — mit Recht — Cassels Ansicht nicht teilt, daß Deutschland eines Tages den ausländischen Kreditgebern keine Sicherheiten mehr anzubieten habe, weil alles, was dafür in Betracht kommen könne, bereits verpfändet sei, hält er es für unmöglich, daß Deutschland noch für lange Zeit ein sich immer weiter verschuldendes Land sein und sich die nötigen Kapitalbeträge durch ausländische Anleihen beschaffen könne; die Zinssätze könnten leicht eine Höhe erreichen, die nicht nur für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit äußerst gefährlich sei, sondern die auch für die ausländischen Geldgeber wie ein Abschreckungssignal wirke: Man könne unmöglich davon überzeugt sein, daß die verschiedenen wirtschaftlichen Faktoren die erforderliche Elastizität für den



unter solchen Umständen notwendigen Anpassungsprozeß besäßen; der Verfasser sieht die innerpolitischen Schwierigkeiten, die infolge des ständigen Lohndrucks für dauernde Preisherabsetzungen für die dann notwendige starke und rasche Steigerung der Ausfuhr entstehen können; und er sieht auch die Schwierigkeiten von außen, weil die übrige Welt politisch und wirtschaftlich noch nicht bereit ist, die Zahlungen ohne große Erschütterungen möglich zu machen, weil große und wichtige Teile der Welt einer Ausfuhrsteigerung noch verschlossen sind und weil sich viele andere durch immer neue Zollerhöhungen, die in einigen Ländern zu „Wolkenkratzern“ zu werden drohen, der Einfuhr von Waren verschließen. Diese Skepsis kann auch nicht durch die deutsche Ausfuhrsteigerung der letzten Jahre abgeschwächt werden, weil man ihre Bedeutung für die künftige Entwicklung noch nicht beurteilen könne; sie wird im Gegenteil noch erhöht, weil Deutschlands Zahlungen nach dem Young-Plan, falls der Preisfall an den Weltmärkten nicht eine vorübergehende Entwicklung sein sollte, nach Ansicht des Verfassers, in Gütern ausgedrückt, vielleicht größer sein können, als sie nach dem Dawes-Plan gewesen wären.

Diese Befürchtungen, die McFadyean hinsichtlich der wirtschaftlichen Durchführbarkeit der jetzigen Reparationslösung hegt, lassen ihn zu den politischen Bedingtheiten der Reparationsfrage zurückkehren. Das Buch wurde, wie in dem im September 1930 geschriebenen Vorwort ausdrücklich hervorgehoben wird, im Herbst 1929 abgeschlossen. Dies erklärt vielleicht, daß der Verfasser nicht scharf genug unterstreicht, daß die wirtschaftliche Durchführbarkeit für Deutschland von außerordentlich starken politischen Faktoren beeinflusst wird, deren Entwicklung mit ernster Sorge beurteilt wird, und die — das haben die Vorgänge des letzten Jahres gezeigt — in der internationalen Erörterung nicht übersehen werden dürfen; und andererseits hebt er — vielleicht auch deshalb — nicht genügend scharf hervor, daß die politischen Zusammenhänge des Auslands in der Reparationsfrage durch wirtschaftliche Überlegungen und wirtschaftliche Entwicklungen stärker bestimmt werden, als es zunächst vielleicht scheinen mag. Mit größerer Zurückhaltung, als er sie in anderen Teilen des Buches übt, spricht er über die politische Zukunft

der Reparationen; aber er bringt deutlich genug zum Ausdruck, daß er sich eine Erleichterung dieser vielseitigen internationalen Verpflichtungen nur von einer Verminderung der Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika denken könne; die interalliierten Schulden seien de facto notwendigerweise mit den Reparationen verbunden (was ja übrigens im Young-Plan nun auch de jure — allerdings nicht von amerikanischer Seite — bis zu einem gewissen Grade festgelegt ist). Es ist vielleicht eine der wichtigsten Feststellungen, die man über dieses Buch machen kann, daß ein Engländer, der die frühere Haltung der verschiedenen Regierungen in der Reparationsfrage und insbesondere auch die Balfour-Note scharf kritisiert, die politische Lage heute so sieht, daß er nur von einem etwaigen Verzicht der Vereinigten Staaten auf Teile der ihnen geschuldeten Beträge eine Ermäßigung der deutschen Leistungen für möglich hält. Wie sehr eine derartige Politik der Vereinigten Staaten nicht nur an außenpolitische, sondern besonders an innerpolitische, aber vor allem auch an wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden ist, wird von McFadyean nicht erörtert; er spricht auch nicht davon (weil das Buch zu früh abgeschlossen wurde), wie sehr die wirtschaftliche Entwicklung seit Herbst 1929 die Vorbereitung einer weltwirtschaftlich vernünftigen und weltwirtschaftlich gesunden Kriegsschuldenregelung erschwert hat. Diese gleiche Wirtschaftsentwicklung wird allerdings vielleicht auch die Konversion von Teilen oder der Gesamtheit der amerikanischen, englischen und französischen inneren Kriegsschulden zu niedrigeren Zinssätzen gestatten und damit möglicherweise nicht unwesentlich einer neuen Reparationsregelung, die vielleicht schon durch den Preisfall notwendig wird, politisch vorarbeiten, da ja die Zusammenhänge zwischen der inneren Verschuldung der Hauptgläubiger Deutschlands und den Reparationszahlungen, die McFadyean leider nicht erörtert, von erheblicher Bedeutung für das Problem sind.

Man wird häufig noch auf diese Arbeit einer englischen Autorität, die sich gegen den etwaigen Vorwurf zu großer Deutschfreundlichkeit im voraus verwahrt, zurückkommen müssen; und man wird hoffen dürfen, daß sie im Ausland ihrer wirtschaftlichen Darlegungen und in Deutschland ihrer politischen Ausführungen wegen viel Beachtung findet.

## Glossen

### Ein Reichsbestellungsplan für die Landwirtschaft

Bei verschiedenen Gelegenheiten hat der Reichsernährungsminister in den letzten Wochen einen Reichsbestellungsplan entwickelt. Dabei geht es anscheinend von folgenden Überlegungen aus. Der Überproduktion an Roggen kann auf die Dauer nur durch eine Einschränkung der Anbaufläche Einhalt geboten werden. Die Landwirtschaft hat den Roggenanbau auch bereits um rund 10 % = rund 500 000 ha vermindert — der Erfolg des Mißerfolgs der Roggenstützung. Der fortwährende Rückgang des

Pferdebestands um jährlich 100 000 Stück auf zunächst 3 Mill. Stück macht eine jährliche Einschränkung des Haferanbaus um mindestens 100 000 ha auf höchstens 3 Mill. ha, also um rund 400 000 ha erforderlich. Die internationalen Vereinbarungen über die Zuckerwirtschaft und die inländische Zuckerkontingentierung ziehen eine Reduktion der Anbaufläche um rund 100 000 ha nach sich. Dieser einen Million ha (vor dem Roggenstützungsausschuß hat der Minister von 550 bis 600 000 ha, vor dem Haushaltsausschuß sogar von 1,5 Mill. ha gesprochen; wir glauben, daß die richtige Zahl etwa in der Mitte



liegt) steht eine Ausdehnung des Weizenanbaus um zunächst 100 000 ha Winterweizen gegenüber. Der Minister fordert sodann eine erhebliche Ausdehnung des Sommerweizenanbaus. Je 100 000 ha schlägt er (vor dem Roggenausschuß) für den Sommergerstenanbau vor und für die Vermehrung des Leguminosenanbaus (Steigerung um 25 %). Vor dem Haushaltsausschuß lauten die Zahlen insgesamt 1 Mill. ha für Weizen- und Sommergerstenanbau. Der Rest (vor dem Roggenausschuß 250 000 ha, vor dem Haushaltsausschuß 500 000 ha) soll für Grünlandkulturen und Futterrübenanbau (oder phrasenhafter: „zur Verstärkung der nationalwirtschaftlichen Futtermittelbasis der deutschen Veredelungswirtschaft“) verwandt werden. Die zwei Reichsbestellungspläne, die wir nebeneinander dargestellt haben, hat der Reichsernährungsminister im Abstand von zwölf Tagen vor zwei verschiedenen Reichstagsausschüssen vorgetragen. Aus dem raschen Wechsel seiner Darstellung darf man wohl schließen, daß diese Pläne noch recht unreif sind. Sieht man aber selbst von der Unklarheit ab, so kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, daß der Reichsbestellungsplan im Rahmen unserer Agrarpolitik ein Novum und außerdem einen unorganischen Bestandteil darstellt. Ein Novum insofern, als die Lehre von der Zwangsläufigkeit der bisherigen landwirtschaftlichen Betriebsführung preisgegeben wird (der Reichsbestellungsplan lehnt sich bemerkenswerterweise an Darlegungen an, die vor einem halben Jahre in den vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung herausgegebenen „Blättern für landwirtschaftliche Marktforschung“, Heft 2, S. 33 standen). Einen unorganischen Bestandteil insofern, als die für Roggen und Hafer vorgesehenen Schutzmaßnahmen die Preise erheblich in die Höhe treiben würden (zumal wenn die Einschränkung des Anbaus das vor dem Haushaltsausschuß vertretene Ausmaß erreichen würde), was eine erneute Ausdehnung des Anbaus, d. h. die Nichtbefolgung des Reichsbestellungsplans zur Folge hätte. Die Möglichkeit eines *Roggenzyklus* (vgl. Nr. 5, S. 237) rückt in bedrohliche Nähe. Der Reichsbestellungsplan ist aber nicht nur dank seiner Konstruktion von Anfang an gefährdet, er ist nicht weniger gefährlich. Der Plan, den man schon mit dem russischen Fünfjahresplan verglichen hat, trägt in bedenklicher Weise *zwangswirtschaftlichen* Charakter. Wir haben an dem Beispiel der Zuckerrwirtschaft erlebt, wie die Übertreibung der agrarischen Preispolitik zur vollständigen Zwangswirtschaft geführt hat. Es ist zu befürchten, daß der zwangswirtschaftliche Gedanke von der Zuckerbewirtschaftung auf die gesamte Bodenbestellung übergreift, daß der agrarische Staatssozialismus, der dem Landwirt eine Rente sichern will, dem einzelnen Betrieb die Bestellung der Felder vorschreibt und damit die unternehmerische Initiative in der Landwirtschaft völlig abtötet. Wir haben schon zu oft in der deutschen Agrarpolitik erlebt, daß der „Wahnsinn Methode hatte“, als daß man nicht an solche phantastisch klingenden Möglichkeiten glauben sollte. Wir glauben daher, daß der Reichsernährungsminister seinen zwei skizzenhaft und großzügig vorgetragenen — und immerhin nicht ganz übereinstimmenden — Reichsbestellungsplänen möglichst bald einen dritten endgültigen folgen lassen sollte, der Einblick in die Begründung seiner Vor-

schläge und Klarheit über ihre wirtschaftspolitische Tragweite gibt. Wir hoffen, daß dann die Befürchtungen wegen etwaiger neuer zwangswirtschaftlicher Experimente auf dem Gebiet der Ackerkultur gebannt werden. Vor allem aber glauben wir, daß eine Anpassung der Agrarpolitik an den Reichsbestellungsplan folgen muß, also eine definitive und formelle Senkung des sogenannten Richtpreises für Roggen auf höchstens 160 RM je t (= etwa 140 % des Vorkriegsweltmarktpreises für Roggen) und die Öffnung der Grenzen für ausländische Futtermittel. Nur dann wird der Reichsbestellungsplan Anregungen für eine Gesundung der deutschen Landwirtschaft geben können.

#### Umgestaltung des Osthilfe-Projekts

Noch steht die endgültige Gestaltung der Osthilfe nicht fest. Was zu den neuen Projekten ihrer Erweiterung unter *finanzpolitischen* Gesichtspunkten zu sagen ist, haben wir bereits in der vorigen Nummer ausgeführt (Nr. 5, S. 251). Gegen die agrarpolitische Orientierung der Osthilfe hat in den letzten Wochen eine heftige Opposition eingesetzt, im wesentlichen eine Folge der vom Reichslandbund und den ihm nahestehenden Kreisen getragenen Propaganda für „generelle Maßnahmen“ und „Entschuldung statt Umschuldung“. Man hat offenbar zunächst beabsichtigt, den „generellen“ Charakter der Umschuldung dadurch sicherzustellen, daß als ausschlaggebende Träger der Umschuldungsaktion an die Stelle der Landstellen Selbstverwaltungsorgane der Landwirtschaft treten sollten in der etwas seltsamen Form von *Haftungsverbänden* der umgeschuldeten Betriebe. Nach einem in der Öffentlichkeit kolportierten Wort würden diese Haftungsverbände aber „die Blinden und die Lahmen“ vereinen; sie stellen kaum ein geeignetes Organ für die Sanierung der ostdeutschen Landwirtschaft dar. Wir glauben nicht, daß man wirklich neue Zwangshaftungs-Korporationen der Großlandwirtschaft — denn Klein- und Mittelbauern sollen tunlichst von den Haftungsverbänden ausgeschlossen bleiben — in dieser Weise schaffen wird. Dagegen mag vielleicht eine etwas weitergehende Beteiligung der Landwirtschaft an der Durchführung der Umschuldung erwünscht sein. Der Grundgedanke der „individuellen Umschuldung“, die Verbindung von Umschuldung und Sanierung, darf unseres Erachtens nicht preisgegeben werden. Als eine Konzession an die Hugenbergsche Entschuldungspropaganda ist die Absicht zu betrachten, die umgeschuldeten Betriebe keine Zinsen, sondern nur Tilgungsraten bezahlen zu lassen. Das Reich wird dann praktisch den größten Teil der Zinslast tragen, das neu zu bildende Zweckvermögen der Bank für Industrieobligationen soll sich mit einer nominellen Verzinsung begnügen. Wir halten diese Konstruktion nicht nur ihrer Kosten wegen für bedenklich, sondern befürchten vor allem, daß hiermit der Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht gedient wird, die zwanzig Jahre lang unter unnatürlichen Zinsbedingungen arbeiten sollen. Die erforderlichen Reichsmittel — es handelt sich dabei im Laufe der Jahre um insgesamt etwa 200 Mill. RM — wären besser für Maßnahmen der agrarischen Umstellung zu verwenden, wie wir sie vor vielen Monaten als integrierenden Bestandteil der Osthilfe empfahlen (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 19). Eine „Brechung



der Zinsknechtschaft“ für die Landwirtschaft zu Lasten des Steuerzahlers ist auch mit den Grundsätzen unseres Wirtschaftssystems nicht vereinbar. Schließlich scheint man wieder einmal eine neue Organisation des ländlichen *Siedlungswesens* vom Reiche aus zu planen, die neben dem bisherigen, in der Siedlungsbank endlich vereinheitlichten Siedlungswerk geschaffen und zum Teil als Aufnahmeorganisation fungieren soll. Dieser Gedanke erscheint uns sehr unglücklich. Zweifellos bedarf es gerade im Zusammenhang mit der Osthilfe der Einführung neuer Gedanken in das Siedlungswesen (Neuregelung des Realkredits bei der Aufteilung und Ermöglichung der Pachtsiedlung nach den von uns in Nr. 19 des vorigen Jahrgangs gemachten Vorschlägen), nicht aber einer neuen Doppelorganisation. Endlich hängt das ganze Osthilfeprojekt finanziell noch in der Luft; es disponiert zwar großzügig über Einnahmen aus den Jahren 1932—1936, für die Gegenwart verfügt es aber zunächst nicht über mehr Mittel als das Projekt der „kleinen Osthilfe“. Auch die „Vorfinanzierung“ ist noch nicht geklärt. Ob es zweckmäßig ist, zum Träger dieser Vorfinanzierung die *Bank für Industrieobligationen* zu machen, und ob man wirklich in der Zeit der Rationalisierung des arg übersetzten Bankwesens noch ein neues Spitzeninstitut für den landwirtschaftlichen Kredit schaffen soll, diese Zweifelsfragen seien hier nur angedeutet.

#### Der Roggen-Ausschuß Um Publizität und Sach- verständnis

Der Ausschuß zur Untersuchung der Roggenstützung ist mit seinen Arbeiten vorläufig noch nicht weit gekommen. Einige grundsätzliche wichtige Dinge sollen hier nur festgehalten werden. Der Ausschußvorsitzende hat das Zugeständnis gemacht, daß die Reden des Ministers und seines Staatskommissars nicht stenographisch aufgenommen werden konnten, weil „auf Anhieb“ keine Stenographen zur Verfügung gestanden hätten (vgl. den Leitartikel in Nr. 4). Das ist sicherlich richtig, und es hat jedem Beurteiler — uns auch — völlig fern gelegen, dem Abgeordneten Dr. Weber daraus einen persönlichen Vorwurf zu machen, oder etwa aus der Tatsache, daß die geschlossen eröffnete Sitzung plötzlich öffentlich weiter ging. Der Eindruck ist aber nicht zu verwischen, daß Dr. Schiele und Dr. Baade die nur theoretische Öffentlichkeit und die nachträgliche Niederschrift der Reden in der Form, in der sie sie gehalten haben wollen, außerordentlich sympathisch waren. Wie wichtig die Feststellung des Wortlauts der Referate und Verhandlungen ist, das zeigen deutlich die von allen Seiten kommenden Äußerungen von Ausschußmitgliedern, die insbesondere sofortiges Festhalten des Wortlauts Baadescher Äußerungen verlangten, weil dieser Wortlaut im weiteren Verlauf der Untersuchung von Bedeutung werden könnte. Grundsätzlich interessant war die sehr ausgedehnte Erörterung, die der *Bestellung von Sachverständigen* galt. Man stritt sich nicht nur um die Persönlichkeit dieser Sachverständigen, man stritt sich noch mehr um den Begriff des Sachverständnisses überhaupt. Mit bemerkenswerter Offenheit wurde die Gleichung: Interessent = Sachverständiger ausgesprochen. In England, dem Mutterland der Untersuchungs-

schüsse, im wesentlichen auch beim deutschen Enquête-Ausschuß, hat man den Grundsatz befolgt, unterrichtete Wissenschaftler oder Beamte als Sachverständige an den Ausschußstisch zu setzen, die „Sachverständigen“ der Beteiligten dagegen vor diesen Tisch zu stellen — nämlich als Zeugen. Dort gehören sie hin, und es ist bedauerlich, daß sich das ABC der Untersuchungstechnik in Deutschland nur ganz allmählich herumspricht. Ginge das etwas rascher, so würde wohl auch die Arbeit der Untersuchungsausschüsse schneller und fruchtbringender sein.

#### Reform des Lebenshaltungs-Index

Die „Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten“ ist eine der bekanntesten und meist benutzten Zahlenreihen. Mit Recht wird ihre Bewegung von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr beobachtet, um — durch Vergleich mit den Lohnsätzen — die Entwicklung der *Reallöhne* zu verfolgen. Gelegentlich muß sie auch dazu dienen, die *Überhöhung* der Lebenshaltungskosten (Index im Dezember 1930: 141,6) über die Großhandelspreise (Index: 117,8) im Vergleich zur Vorkriegszeit zu beweisen. Sehr zu Unrecht wird an ihr zuweilen sogar die Bewegung des „*Existenzminimums*“ abzulesen versucht, und noch zu zahllosen anderen Zwecken muß sie herhalten, so z. B. zur Errechnung der *Einzelhandelsspanne*, indem die jeweiligen Zahlen des Großhandelsindex von ihr subtrahiert werden. Sinnvoll ist von diesen Verwendungsarten nur die erste: Die Bewegung des Lebenshaltungs-Index über relativ kurze Zeiträume kann einen Einblick in die Gestaltung der Reallöhne gewähren. Daß nur ein kurzer Zeitraum richtige Erkenntnisse zu geben vermag, folgt aus den Wandlungen der *Konsumgewohnheiten*, deren Erfassung einem Preisindex begrifflich und technisch nicht möglich ist (vgl. den Aufsatz von Fritz Soltau im MdW, Jahrg. 1930, Nr. 42, S. 1941). Nun beruht aber der vom Statistischen Reichsamt berechnete Index auf einem Verbrauchsschema aus dem Jahre 1907! Kein Wunder, daß bei fast allen Lohnkämpfen — bei Lohnerhöhungswünschen der Arbeitnehmer, solange der Index stieg, bei Lohnsenkungsanträgen der Arbeitgeber, seitdem er sinkt — starke Bedenken gegen die Berechnungsgrundlage des Index laut wurden. Es ist erfreulich, daß diese Bedenken endlich berücksichtigt werden können: Die Untersuchungen der *Wirtschaftsrechnungen von Arbeiterhaushalten* (vgl. MdW, Jahrg. 1930, Nr. 7, S. 342) ermöglichen eine Korrektur der Rechnungsgrundlagen. Dabei erweist es sich nicht nur als notwendig, gewisse Waren, die heute kaum noch gebraucht werden, durch neue Bedarfsgegenstände (Kunstseidenstrümpfe, Tabak, Bubikopfschneiden usw.) zu ersetzen und zu ergänzen; vielmehr muß auch das *Gewicht* der einzelnen Bedarfsgruppen stark geändert werden; denn der Anteil der Ausgaben für Ernährung und Wohnung ist nach den Haushaltsrechnungen weit geringer, der Anteil der Bekleidung und der sonstigen Ausgaben dagegen viel größer, als bisher angenommen wurde. Da die einzelnen Bedarfsgruppen häufig entgegengesetzte Preisbewegungen aufweisen, wird diese Korrektur der Wägung die Entwicklung des Gesamtindex wahrscheinlich stark beeinflussen. Außerdem muß die *Kopfzahl* der „Normalfamilie“ herabgesetzt werden.



Während bisher, auf Grund der Zählung von 1907, eine fünfköpfige Familie (drei Kinder im Alter von 14, 7 und  $1\frac{1}{2}$  Jahren) den Berechnungen zugrunde lag, muß man an Hand der Ergebnisse der Berufszählung von 1925 (4,1 Personen je Arbeiterhaushalt in der Industrie) und an Hand der Haushaltstatistik von 1927/28 (3,6 Personen bei der wichtigsten — untersten — Einkommensgruppe, 4,2 Personen im Durchschnitt der erfaßten Arbeiterhaushalte) in Zukunft eine niedrigere Zahl, nämlich 4 Personen, einsetzen. Diese Veränderungen in der Zusammensetzung des Verbrauchs und in der Struktur der Normalfamilie erscheinen uns als wichtig genug, um die Beziehung der Indexzahlen auf das Jahr 1913/14 als Basis aufzugeben. Abgesehen davon, daß es sinnlos wäre, z. B. die Preise kunstseidener Strümpfe aus dem Jahre 1913 in irgendeiner Form bei der Indexkonstruktion zu verwenden, sollte das Statistische Reichsamt dazu beitragen, daß die unergiebigsten und schiefen Vergleiche der Nachkriegszeit mit den Zuständen „im Frieden“ endlich aus der Wirtschafts- und Lohndiskussion verschwinden. Eine nicht lösbare Aufgabe scheint es zu sein, einen befriedigenden Preisindex für die *Kulturausgaben* aufzustellen. Die bisher im Index vertretenen Bleistifte und Reklamheftchen zeichnen sich durch eine bemerkenswerte Stabilität der Preise aus, und nur das Kinobillet vermag eine nennenswerte Preisschwankung dieses Indexteils zu erzeugen. Die Einsicht, daß ein Preisindex für den Kulturbedarf ein höchst problematisches Gebilde ist, sollte auch endgültig davon abhalten, Lebenshaltungsindizes für andere Berufsgruppen als die industrielle Arbeiterschaft aufzustellen; denn bei fast allen anderen Gruppen spielen die „Kulturausgaben“ eine weit größere Rolle als bei den Arbeitern, deren Ausgaben zum weitaus größten Teil physiologisch und sozial bestimmt sind, so daß wenig Raum für die Befriedigung jener individuell verschiedenen Kulturausgaben bleibt, deren Erfassung einem Index kaum möglich ist. Die weite Verbreitung des Abzahlungsgeschäfts legt außerdem die Frage nahe, ob nicht auch gewisse „Kapitalausgaben“ in den Index einzubeziehen sind. Wie die soeben veröffentlichten Untersuchungen der freien Gewerkschaften über „Die Lebenshaltung des deutschen Reichsbahnpersonals“ zeigt, ist das Abzahlungsgeschäft wahrscheinlich von weit größerer Bedeutung (176 RM jährlich bei den Eisenbahnern gegen 20 RM bei den vom Statistischen Reichsamt erfaßten Haushalten), als man bisher annahm. Besonders die Anschaffung von Möbeln geschieht heute weniger denn je aus „Kapital“ und auch nur zum Teil aus „angesammeltem Einkommen“, sondern in großem Umfang aus regelmäßigen Einnahmen. Es müßte deshalb die Frage geprüft werden, ob nicht — mit einem geringen Gewicht — die Preise einzelner Möbelstücke in den Index aufzunehmen wären. Mindestens sollten wichtige *Gebrauchsgegenstände*, wie elektrische Birnen, Besen usw., die bisher im Index fehlten, berücksichtigt werden. Hingegen wird man auf die Einbeziehung von *Steuern und sozialen Abgaben*, vielleicht sogar auf die Berücksichtigung der Verbandsbeiträge, wohl auch in Zukunft verzichten; denn eine Erhöhung dieser „Lasten“ stellt schwerlich eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten dar. Sehr erfreulich wäre es jedoch, wenn diese Leistungen in einem Sonderindex erfaßt würden, der dann — durch Vergleich mit einem

Effektivlohn-Index — einen Einblick in die Bewegung des tatsächlichen Einkommens gestatten würde. Mit Bedauern muß man allerdings bei dieser Gelegenheit wieder feststellen, daß es einen Effektivlohn-Index in Deutschland bisher nicht gibt. Diesen schweren Mangel unserer Statistik endlich zu beseitigen, wird die dringendste Aufgabe des Statistischen Reichsamts sein, wenn es die Reform des Lebenshaltungs-Index abgeschlossen hat.

#### Erfolgreiche Preissenkungsaktion für Markenartikel

Die Wirkungen der Notverordnung über die Markenpreise vom 16. Januar lassen sich jetzt einigermaßen übersehen. Die Frist zur Durchführung der 10 %igen Preissenkung bei den Markenartikeln, die unter die Verordnung fielen, ist Ende Januar abgelaufen. *Fast durchweg sind bis zu diesem Termin die Verbraucherpreise um 10 %, teilweise auch darüber hinaus gesenkt worden.* Nur in wenigen Fällen, die verhältnismäßig unwichtige Markenartikel betreffen, haben die Fabrikanten einer Preisermäßigung die drohende Durchlöcherung der Preisbindung vorgezogen, ein Beweis für den hohen Wert, der im allgemeinen der Preisbindung beigelegt wird. Die Verteilung der Preissenkung auf die einzelnen Wirtschaftsstufen ist für die *Machtverhältnisse im Markenartikelvertrieb* bezeichnend. Der Handel beklagt immer wieder, daß der Markenvertrieb ihn degradiere, weil ihm der Fabrikant dabei wichtige händlerische Funktionen abnehme. Das trifft bis zu einem gewissen Grade zu, hindert aber nicht, daß der Handel, da er über die Absatzkanäle verfügt, gegenüber der Markenindustrie meistens eine sehr starke Machtposition inne hat. Auch die Regelung, die man jetzt im einzelnen für den Preisabbau traf, läßt diese Machtstellung des Handels erkennen. Bei Erlaß der Verordnung hatte man daran gedacht, daß sich die verschiedenen Wirtschaftsstufen (Industrie, Großhandel, Einzelhandel) in das Opfer des Preisabbaus teilen würden; vom Handel insbesondere erwartete man, daß er nicht nur die Erlösminderung auf sich nehmen würde, die beim Rabattsystem mit jeder Senkung des Verbraucherpreises automatisch verbunden ist, sondern auch in eine Ermäßigung der Rabattsätze willigen würde. Tatsächlich ist es dem Handel aber in den meisten Fällen gelungen, bei den Verhandlungen, die im Anschluß an die Notverordnung über die Verteilung der Preissenkung stattfanden, die Aufrechterhaltung seiner Rabatte durchzusetzen. Nach Ansicht des Handels ist mit einer gleichmäßigen Erlösminderung bei allen Wirtschaftsstufen der Forderung nach gerechter Verteilung der Preisermäßigungen genügt. In der *Schokoladenbranche* ist es über diese Frage zu einem Konflikt gekommen, bei dem die Industrie schließlich nachgeben mußte, wollte sie nicht auf den Preisschutz verzichten. Dabei sind gerade die Handelsrabatte für Markenschokolade verhältnismäßig hoch (30 % für den Einzelhandel, 15 % für den Großhandel, wozu unter Umständen noch Mengenrabatte kommen). — Während der direkte Erfolg der Regierungsaktion gegen die Markenpreise feststeht, lassen sich weiterreichende Wirkungen auf das gesamte Preisniveau selbst in den betreffenden Branchen noch nicht feststellen. Da die Markenpreise auf allen Gebieten in einem gewissen Verhältnis zu den



Preisen für Konsumware stehen, sind solche Wirkungen zweifellos zu erwarten; sie werden sich wohl erst bemerkbar machen, wenn sich die Verbraucher auf das neue Preisniveau für die Markenartikel eingestellt haben.

#### Das Ende der „Industrie- und Handels-Zeitung“

Die Ungunst der Zeiten hat ein Blatt zum Erliegen gebracht, das — im Gegensatz zu anderen Tageszeitungen — in den letzten Jahren eine recht erfreuliche Entwicklung nahm. Die „Industrie- und Handels-Zeitung“ hat Ende Januar ihr Erscheinen eingestellt. Das Blatt stand erst im zwölften Jahrgang, hatte aber eine recht bewegte Geschichte. Es wurde von Reimar Hobbing begründet, und zwar war es zur Aufnahme der amtlichen Wirtschaftsnachrichten bestimmt, die bis in den Krieg hinein in den „Nachrichten für Handel und Industrie“ veröffentlicht worden waren und danach eine Zeitlang nur Interessenten zugänglich gemacht wurden. Sehr bald nach ihrer Begründung gelangte die „I und H“ — gleichzeitig mit der ebenfalls im Verlag Reimar Hobbing erscheinenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ — in den Besitz von Hugo Stinnes, der damals Unternehmungen aller Branchen aufkaufte, Presseorgane aber für den Absatz seiner Papier- und Zellstofffabriken und zur Propagierung seiner wirtschaftspolitischen und geschäftlichen Ziele gebrauchen konnte. Als der bunt zusammengewürfelte Stinnes-Konzern im Jahre 1925 zusammenbrach, ging die „Industrie- und Handels-Zeitung“ in den Besitz des Reichs über, das sie in eine besondere Verlagsgesellschaft einbrachte. Die Veröffentlichung der Nachrichten zur Außenhandelsförderung gewährte der Zeitung weiter die wirtschaftliche Basis. Daneben aber wurde ein wirtschaftskritischer Teil aufgebaut, der — in den letzten Jahren unter Leitung von Dr. Hans Gestrich — zunehmendes Ansehen gewann. Mit großer Energie und Konsequenz und stets unter Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit trat die Redaktion an die Seite derer, die die verhängnisvolle Fesselung unseres Wirtschaftslebens durch eine unverständige Kapitalpolitik, durch Subventionen und durch kartellmäßige Bindungen aller Art bekämpfen. Mit dem Eingehen der „I und H“ verliert der ökonomische Liberalismus eine der wenigen Positionen, die er in der deutschen Presse noch inne hatte. Freilich ist es heutzutage kein Geschäft, ein den Einflüsterungen der Interessenten unzugängliches, freiheitliches Blatt herauszugeben, und so fiel die „I und H“ der Sparaktion der Regierung zum Opfer. Soweit sie der Verbreitung von Außenhandels-Nachrichten diente, wurden ihre Funktionen von einer ebenfalls der öffentlichen Hand gehörenden Korrespondenz übernommen, die unter dem Namen „Industrie und Handel“ erscheint.

#### Die Finanzkrise der Großstädte

Anlässlich der Sanierungsverhandlungen für die Berliner Finanzen sind vom Berliner Stadtkämmerer genauere Angaben über die Finanzlage der Reichshauptstadt gemacht worden. Besondere Beachtung verdienen seine Ausführungen über die Anleihepolitik der Reichsbank. Es war bisher nicht be-

kannt, daß noch im Jahre 1930 die alte Auslandsanleihepolitik fortgeführt worden ist. Man hat vielmehr im allgemeinen angenommen, daß vom Ausland deutschen, insbesondere kommunalen Kreditnehmern gegenüber besondere Zurückhaltung geübt würde. Nun hat der Berliner Stadtkämmerer mitgeteilt, daß im Juni 1930 der Stadt Berlin die Aufnahme einer Auslandsanleihe von 10 Mill. Dollar verwehrt worden sei, weil das zugrunde liegende Angebot eine um 0,06 % höhere Verzinsung erfordert habe, als den Wünschen der Reichsbank entsprach. Ebenso sei der Stadt im November 1930 die Aufnahme einer Auslandsanleihe von 12 Mill. Dollar verweigert worden. Beide Fälle sind nach der Darstellung des Stadtkämmerers so unglaublich, daß die Reichsbank eigentlich alle Veranlassung gehabt hätte, sich schleunigst dazu zu äußern; auch das Reichsfinanzministerium hätte diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen dürfen. Nichts ist geschehen. Wenn wirklich um einer Zinsdifferenz von 0,06 % willen die Fundierung von 40 Mill. RM schwebender Schuld verhindert worden ist, so würde diese Maßnahme wieder zeigen, daß die Behandlung von Kreditfragen an Hand starrer Richtlinien, Höchstzinssätze und dergleichen, nur zu einer Einschränkung der Kreditdecke führen kann. Wenn vollends unmittelbar nach der Vertrauenskrise des vergangenen Herbstes im November 1930 die Aufnahme eines langfristigen Auslandskredits für Berlin, also eine sichtbare Vertrauenskundgebung großer internationaler Finanzkonsortien gegenüber Deutschland und seiner Reichshauptstadt, verhindert worden ist, so fragt man sich vergeblich, wie dergleichen zu einer Zeit möglich war, in der die Gefahr unserer kurzfristigen Auslandsschuld und die Notwendigkeit ihrer Fundierung so allgemein erkannt war. Halten Reichsbank und Reichsfinanzministerium die Verlängerung der „unsichtbaren Besetzung Deutschlands“, wie Melchior es genannt hat, für so notwendig, daß sie eine Transaktion dieser Art verhindern zu sollen glaubten? In wieviel Fällen sind noch in ähnlicher Weise entgegen den Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft einzelnen Kommunen vernünftige Maßnahmen zur Erleichterung ihrer Kassenlage verwehrt worden? Sicher ist jedenfalls, daß sich jetzt auch Köln in ernstesten Liquiditätsschwierigkeiten befindet und — ähnlich wie Berlin — an den Verkauf seines erben erst an die Ruhrgas AG angeschlossenen Gaswerks denkt. — Interessante Einzelheiten hat der Stadtkämmerer auch über die *schwebende Schuld Berlins* mitgeteilt. Danach zerfallen die Berliner Schulden in vier Hauptgruppen. Die Seehandlung und die Preag haben als eine Art Vorschuß auf die geplanten Transaktionen mit den städtischen Versorgungsunternehmen Ende Dezember und Ende Januar insgesamt rund 70 Mill. RM hergegeben. Weitere 170 Mill. RM, zum Teil Devisenschulden, werden im Laufe des ersten Halbjahrs 1931 fällig. Am 31. Juli 1931 ist ferner der von der Darmstädter und Nationalbank der Berliner Verkehrsgesellschaft eingeräumte Kredit von rund 150 Mill. RM zurückzuzahlen. 220 Mill. RM Schulden bei der Girozentrale, Stadtbank und Sparkasse können nach der Ansicht des Kämmerers prolongiert werden. Nach diesem Finanztableau besteht also im Laufe der nächsten sechs Monate ein Fundierungsbedarf der Stadt Berlin in Höhe von rund 400 Mill. RM.



---

**Der Verkauf der Berliner Werke**


---

Für die Deckung dieser 400 Mill. RM besteht anscheinend bisher nur ein skizzenhaftes Projekt, das man wohl als Gemeinschaftsarbeit der Preußischen Staatsbank, der Elektrowerke AG und der Preag (vgl. auch Nr. 5, S. 253) ansehen darf. Nach diesem Plan soll die städtische *Gasversorgung* Berlins ähnlich organisiert werden wie der von der Dessauer Gasgesellschaft beherrschte Teil der Berliner Gaswirtschaft. Für diesen Teil bestehen nebeneinander die Deutsche Gasgesellschaft als Besitz- und die Gasbetriebsgesellschaft als Betriebsunternehmen. Ähnlich soll in dem bisher städtischen Bereich der Gasversorgung neben die Berliner Städtische Gaswerke AG als Betriebsgesellschaft eine neue Besitzgesellschaft gestellt werden, die von der Stadt das Eigentum an den von der Betriebsgesellschaft bewirtschafteten Anlagen erwirbt. Diese neue Gesellschaft soll mit 60 Mill. RM Aktienkapital und etwa 120 Mill. RM Obligationenkapital ausgestattet werden. Die Preag soll aus dieser Transaktion der Stadt alsbald 60 Mill. RM zuführen, und zwar 7,5 Mill. für die Hälfte des Aktienkapitals der Betriebsgesellschaft, 30,0 Mill. für die Hälfte des Aktienkapitals der Besitzgesellschaft, 22,5 Mill. für unmittelbar zu übernehmende Schuldverschreibungen der Besitzgesellschaft. Weitere 97,5 Mill. RM Obligationen sollen tunlichst auf andere Weise flüssig gemacht werden. Abzüglich der entstehenden Kosten würden also der Stadt aus dieser Transaktion rund 150 Mill. RM zufließen. Eine auch nur 8 %ige Verzinsung des Nominalkapitals von insgesamt 195 Mill. RM herauszuwirtschaften, wird schwierig, aber nicht undurchführbar sein. Allerdings würden wir es für erforderlich halten, daß mindestens ein Teil der Pensionslasten des Gasunternehmens von der Stadt getragen würde, wenn das Geschäft für die Preag nicht mit allzu hohem Risiko verbunden sein soll; denn noch für 1930 sieht der Haushaltsplan Berlins aus den Gaswerken nur einen Überschuß von 10 Mill. RM vor. Die Einschaltung der Thüringer Gasgesellschaft in das Berliner Gasgeschäft wird auch nur unter Schwierigkeiten durchführbar sein, da die relativ geringe bisherige Rente des Berliner Gasgeschäfts wohl kaum den Verlust des Steuerprivilegs tragen könnte. — Für die *Elektrizitätswerke* soll ein einheitliches Unternehmen geschaffen werden. Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke AG, bisher ebenfalls eine reine Betriebsgesellschaft, soll gegen Übernahme der Anlagen ihr Aktienkapital von 15 Mill. RM auf 150 Mill. RM erhöhen und weitere 150 Mill. RM Schuldverschreibungen ausgeben. 60 % des Kapitals sollen je zur Hälfte von der Elektrowerke AG und der Preag übernommen werden, 40 % der Stadt verbleiben; die Obligationen will man veräußern. Der Stadt würde also aus der Transaktion schließlich ein Barerlös von 240 Mill. RM zufließen. Die 390 Mill. RM aus Gas und Elektrizität zusammen entsprechen dem dringendsten Kreditbedarf Berlins. Während die Übernahme der Gaswerke finanziell nicht besonders lockend erscheint, würde man bei den Elektrowerken wohl auf eine gesicherte Rente rechnen können; die Bewag wird im Jahre 1930 mit rund 26 Mill. RM für den städtischen Finanzbedarf herangezogen. Offen ist noch die Regelung der *Finanzierung*. Der Gesamtleistung

der Preag von rund 105 Mill. RM, die erforderlich ist, stehen Vorleistungen von rund 70 Mill. RM durch die Preag und die Seehandlung gegenüber. Es sind also noch weitere 35 Mill. RM flüssig zu machen und die ersten 70 Mill. zu fundieren. Ob dabei eine neue Kapitalerhöhung der Preag erwogen wird, wie man gelegentlichen Andeutungen in der Öffentlichkeit entnehmen kann, soll dahingestellt bleiben; angesichts der Expansion des Unternehmens durch die Gründung der ausländischen Finanzierungsgesellschaft (Continental Elektrizitäts-Union, Basel) und die Übernahme der Aktienmajorität der Thüringer Gasgesellschaft erscheint eine Stärkung des Eigenkapitals geboten. Die Elektrowerke AG wird unmittelbar nur mit 45 Mill. RM herangezogen, von denen sich 25 Mill. RM vielleicht gegen den bereits im Vorjahr über die Bewag der Stadt gewährten Kredit aufrechnen lassen, der in den nächsten Monaten fällig wird. Am schwierigsten dürfte die Unterbringung von rund 250 Mill. RM Obligationen sein. Selbst wenn ein Teilbetrag hiervon noch im Rahmen der kommunalen Umschuldungsaktion über die Girozentrale geleitet werden könnte, wird die vollständige Placierung im Laufe des nächsten halben Jahres ohne große internationale Finanztransaktionen nicht durchführbar sein. Um die Tragfähigkeit der schweizerischen Finanzierungsgesellschaft der Preag, der Continental Elektrizitäts-Union, für die bevorstehenden Finanzgeschäfte zu erhöhen, hat man zunächst die volle Einzahlung des Kapitals von 20 Mill. Schweizer Franken beschlossen (bisher zu 50 % eingezahlt). Ferner soll das autorisierte Grundkapital auf 50 Mill. Fr erhöht werden.

---

**Gas und Elektrizität in einer Hand?**


---

Unter dem Gesichtspunkt der Versorgungswirtschaft ergeben sich aus den Berliner Projekten zahlreiche interessante Probleme, von denen einige schon vor einer Woche angedeutet wurden (Nr. 5, S. 253) und hier nur eins noch herausgegriffen werden soll. Es entspricht der historischen Entwicklung, daß sich in den deutschen Gemeinden Gasversorgung und Elektrizitätswirtschaft in einer Hand befinden. Die Zweckmäßigkeit dieser Zusammenfassung ist jedoch keineswegs unumstritten. Es steht fest, daß in den Gemeinden vielfach die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft hintangehalten wird, um den Gasverbrauch nicht zurückzudrängen und so die der Gaserzeugung und -verteilung dienenden Anlagen vor Entwertung zu bewahren. Gleichzeitig wird dadurch dem Gas eine monopolartige Stellung gesichert — meistens auf dem Wege über die Preispolitik —, die jedenfalls nicht allzuviel Initiative für die Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten für das Gas aufkommen läßt. Dem steht der Vorteil gegenüber, daß die mit stärkerer Konkurrenz verbundenen zusätzlichen Kapitalinvestitionen in der Gas- und in der Elektrizitätswirtschaft unterbleiben. Die mit jedem Wettbewerb verbundene Aufwendung von Kapital wird durch die Abgrenzung der beiden Monopolbereiche unnötig. Diese Abgrenzung ist natürlich niemals absolut, reicht aber ziemlich weit, und es war charakteristisch, daß trotz der gerade entgegengesetzt verlaufenden Rentabilitätsentwicklung bei der Ende 1929 vorgenommenen Berliner Tarifierhöhung der Gaspreis in bedeutend geringerem Ausmaß erhöht



wurde als der Strompreis. Außer der Ersparnis an Kapitalaufwand spricht für die Beibehaltung einer gewissen Besitzgemeinschaft, also für die Durchführung des Berliner Werksverkaufs in der oben skizzierten Weise, das überragende Interesse an einer Gesamtanierung Berlins. Immerhin werden die an der Transaktion beteiligten Unternehmungen gut tun, die kurz gekennzeichnete Problematik, die sich aus dem Konkurrenzverhältnis von Gas und Elektrizität ergibt, zu bedenken und insbesondere unter diesem Gesichtspunkt die reichlich hoch erscheinende Kapitalisierung der Berliner Gaswerke nochmals zu prüfen.

### Zementkartelle als Außenseiter

Die nach mühseligen Verhandlungen zustande gekommene Erneuerung des Westdeutschen Zement-

Verbandes — der Kartellvertrag wurde bis Ende 1932

zum 31. Dezember dieses Jahres kündbar — er-

innert an die Friedensverträge der Hellenen, die auf

eine Reihe von Jahren abgeschlossen wurden, weil der

Krieg Normalzustand war und der Frieden nur eine

Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Mit

politischen Mächten lassen sich die Zementverbände

um so eher vergleichen, als in diesem Wirtschaftszweig

Kampfmittel zur Anwendung gelangen, die von

denen des üblichen Wettbewerbs weit abweichen. Es

wurde an dieser Stelle vor längerer Zeit geschildert,

mit welch brutaler Rücksichtslosigkeit die Syndikate

gegen die immer wieder auftauchenden Außenseiter

vorgehen (vgl. Jahrg. 1929, Nr. 27). Und wie es im

staatlichen Leben vorkommt, daß sich Nachbarn mit

Methoden bekämpfen, die sie den Bürgern des eigenen

Landes nicht gestatten würden, schikanieren sich die

Zementkartelle — der westdeutsche Konflikt zeigt

es —, indem sie Außenseiter im Herrschaftsgebiet

des gegnerischen Verbandes züchten. Vom Wicking-

Konzern wird behauptet, daß ihm eine Außenseiter-

firma in Norddeutschland nahestehe (diese ver-

schwommene Ausdrucksweise ist nicht zu umgehen,

weil derartige Verbindungen natürlich nicht öffent-

lich bekanntgegeben werden), und bis in die jüngste

Zeit unterhielt er Beziehungen zu dem Zementwerk

ist. Ob die Beziehungen nur darin bestanden, daß die

Zürcher Tochtergesellschaft des Wicking, die Cement-

und Handels AG, ein Optionsrecht gegenüber der

Hausener Gesellschaft hatte oder ob die umfang-

reichen und modernen Anlagen an der schweizerisch-

deutschen Grenze vom Wicking in irgendeiner Weise

finanziert wurden, ist ungeklärt und auch nicht von

entscheidender Bedeutung. Jedenfalls bereitete das

Hausener Werk dem Schweizer Syndikat empfind-

liche Konkurrenz, und gleichzeitig belieferte es das

Gebiet des Süddeutschen Zement-Verbandes. Zusam-

men mit der neuen großen Wicking-Fabrik in Neu-

wied umklammerte es das Territorium des süddeut-

schon Kartells. Das schweizerische Syndikat, die E. G.

Portland in Zürich, schritt nun zur Gegenoffensive.

Eine ihr nahestehende Brüsseler Firma gründete in

Essen eine Zementverkauf GmbH, die mit den

bedeutenden Portland-Zementwerken „Atlas“, einer

abschloß. Im übrigen kam es, „wie es kommen

mußte“. Die beiden Gegner gaben ihre Positionen im

fremden Verbandsgebiet auf. Das Hausener Werk geht auf eine dem Schweizer Kartell nahestehende Gruppe über und soll stillgelegt werden. Gleichzeitig wird die Zementverkauf GmbH liquidiert und die Paderborner Firma in den Westdeutschen Zement-Verband aufgenommen. (Auch die übrigen westdeutschen Portlandzement-Außenseiter schließen sich dem Kartell an.) Durch die Aufgabe der Hausener Gesellschaft wurde anscheinend die Verständigung zwischen Wicking und den süddeutschen Firmen erleichtert; es wurde vereinbart, daß im Rahmen bestimmter Kontingente Zementlieferungen von Neuwied (und von einigen der bisherigen Außenseiterfabriken) nach Süddeutschland erfolgen dürfen. Ähnliche Abmachungen wurden über die Ausfuhr nach Holland und Belgien getroffen. Es ist zunächst nur möglich, die neue Regelung in großen Zügen darzustellen, denn Einzelheiten über die Quotenbemessung sind bisher nicht bekanntgeworden. Voraussichtlich wird nun der fehlerhafte Zirkel von neuem durchlaufen werden: die geringe Ausnutzung der Produktionskapazität (teilweise werden die Anlagen jetzt nur zu einem Viertel verwertet!) wird nicht durch radikale Stilllegungen und Abschreibungen beseitigt, sondern durch Preiserhöhungen ausgeglichen werden (vorerst werden alle Kampfpreise in Fortfall kommen). Unter diesen Umständen wird es vorteilhaft werden, neue Werke zu errichten, die — dank guter Ausnutzung der Leistungsfähigkeit — unter dem Verbandspreis liefern können. Von neuem werden Kapitalien vergeudet, werden die Abnehmer überteuert werden, und das Ergebnis wird eine Wiederholung der jetzt glücklich beigelegten Verbandskrise sein.

### Ein Sanatorien-Konzern

Ein etwas merkwürdiges neuartiges Gebilde ist auf dem Gebiete des Sanatorienbetriebs in Süddeutschland entstanden. In der letzten Zeit sind mehrere deutsche Sanatorien, darunter solche von Weltruf, in einer Hand vereinigt worden. In Frankfurt a. M. wurde mit dem verhältnismäßig niedrigen Gesellschaftskapital von 550 000 RM die *Gemeinnützige Wohlfahrtsgesellschaft mbH* errichtet, die sich wiederum an der ebenfalls neu gegründeten „Klisa“ *Gemeinnützige Gesellschaft klinisch geleiteter Sanatorien Deutschlands mbH* interessiert hat; die letztgenannte Gesellschaft besitzt ein Stammkapital von 210 000 RM; über zwei Drittel davon verfügt die *Gemeinnützige Wohlfahrts-GmbH*, der Rest ist anscheinend in Händen eines *Vereins zur Förderung klinisch geleiteter Sanatorien in Berlin*. Die ganze Gruppe wird von dem an der Gemeinnützigen Wohlfahrts-GmbH maßgebend beteiligten Generaldirektor Hermann Böcking in Frankfurt a. M. geleitet. Diese Gesellschaft besitzt die bekannte ehemals Professor von Noorden'sche Klinik in Frankfurt a. M., an diese anschließende Erweiterungsbauten, ein ebenfalls benachbartes größeres Krankenhaus (Privatkrankenhaus Sachsenhausen), und aus neuester Zeit ein größeres Gartenterrain, das an diese Bauten anstößt. Die „Klisa“ ist die Basis für die zentrale Zusammenfassung einer ganzen Reihe von Sanatorien, sie besitzt zur Zeit das Sanatorium Allec-Kurhaus in Baden-Baden, das bekannte von Dapper-Saalfels-Sanatorium in Bad Kissingen, ferner die drei Kasseler Sanatorien Dr. Goßmann, Gersons



Diät und Kurhaus Dr. Rohrbach. Dieser ganze Sanatorien-Konzern ist als gemeinnützige Institution aufgezogen. Das Ziel ist, den bisherigen — durch die Schrumpfung der Vermögen in allen Ländern bedingten — großen Leerlauf (durchschnittliche Belegung der Privatkliniken etwa 40—50%) zu beseitigen. Man will die Häuser auch Minderbemittelten erschließen und auf diese Weise die geschwundene Rentabilität wiederherstellen. Zentrale Verwaltung, zentraler Einkauf und verschärfte Kalkulation sollen vorhandene Fehlbeträge beseitigen und den durch Aufnahme von Minderbemittelten entstehenden Einnahmefall ausgleichen. Dem stehen allerdings die hohen Spesen gegenüber, die nicht nur durch die hypothekarischen Belastungen bedingt sind, sondern auch durch die Einstellung der meisten Sanatorien auf Luxusbetrieb und durch die im Hinblick darauf geschaffenen teuren Anlagen. Man denkt an Verträge mit wirtschaftlichen Organisationen, durch welche die Patienten in die Sanatorien der „Klisa“ geleitet werden sollen. Die Steuerfreiheit der gemeinnützigen Anstalten soll deren Betrieb erleichtern. Gegen diese Grundlagen des Konzerns, die in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 85 vom 1. Februar mitgeteilt werden, ist nichts einzuwenden. Bedenklicher sind die *Finanzierungsmethoden*. Besonders bei den Frankfurter Betrieben ist ein reichlich kompliziertes Hypothekensystem aufgebaut worden; die Verbindung mit einer Bausparkasse (Deutsch-Evangelische Heimstätten-Gesellschaft) soll die Weiterfinanzierung ermöglichen. Ein irgendwie in Betracht kommendes verantwortliches Kapital ist nicht vorhanden; das Grundkapital der Gesellschaften ist im Verhältnis zu dem Ausmaß der Geschäfte unbedeutend und zudem nur teilweise bar belegt. Die Finanzierung erfolgt in der Hauptsache auf der Grundlage der Beleihung. Daraus ergibt sich, daß trotz der Steuererleichterungen bei Ertragsschwankungen leicht Komplikationen eintreten können. Dieser erste Versuch, in größerem Stil eine Anzahl von Sanatorien konzernmäßig zusammenzufassen, stellt also — bei aller Anerkennung der gemeinnützigen Motive — ein Wagnis dar.

**Sonderabschreibungen in der Mutzenbecher-Gruppe**

Der Abbau von Beteiligungen, den der Mutzenbecher-Versicherungskonzern im vergangenen Jahr vornahm (vgl. zuletzt Jahrg. 1950, Nr. 48, S. 2207), hat offenbar nicht ausgereicht, um die Bilanz des Konzerns und besonders seiner *Albingia Versicherungs-AG* in Hamburg befriedigend zu gestalten. Daß ein erhebliches Bedürfnis nach Abschreibungen vorlag, ergab sich neben der Dividendenlosigkeit für die vorangegangene Geschäftsperiode aus der Tatsache, daß schon beim letzten Abschluß gewisse Reserven in Anspruch genommen wurden. Inzwischen hat sich die Lage der Gruppe zwar, soweit das laufende Versicherungsgeschäft in Betracht kommt, anscheinend nicht unbefriedigend entwickelt — die *Albingia* zeigt für 1929/30 einen Gewinnsaldo des Assekuranzgeschäfts von etwa 650 000 RM —, indessen haben Revisionen, die sowohl von einer privaten Hamburger Treuhand-Gesellschaft als auch vom Reichsaufsichtsamt vorgenommen wurden, gezeigt, daß ältere Unterlassungen in bezug auf Dotierung der technischen Reserven —

neben weiteren Abschreibungserfordernissen — Sonderabschreibungen von nicht weniger als annähernd 2½ Mill. RM notwendig machen. Die Deckungsreserven für das Transport- und das indirekte Haftpflicht-Versicherungsgeschäft müssen nach den jetzt getroffenen Feststellungen um nicht weniger als 867 000 RM verstärkt werden; auf Grundstücke (Europahaus, Hamburg) sind direkt abzuschreiben oder in Reserve zu stellen 774 000 RM, auf Wertpapiere, Beteiligungen, Außenstände bei Agenten und Rückversicherern 567 000 RM abzubuchen. Da diesen Erfordernissen nur eine Kapitalreserve von 350 000 RM gegenübersteht, mußte die Deckung anderweitig gesucht werden. Der Überschuß des Versicherungsgeschäfts wird absorbiert, die Kapitalreserve völlig aufgezehrt, den Restbetrag von etwa 1,40 Mill. RM decken die Großaktionäre, die — es handelt sich im wesentlichen um die Familie Mutzenbecher — 1 Mill. RM bar zuschießen (um gleichzeitig auch die Liquidität der Gesellschaft zu verbessern) und der Gesellschaft ferner den auf etwa 400 000 RM bewerteten Anteil von Mutzenbecher senior am Europa-Haus in Hamburg, dem Sitz der Gesellschaft, überlassen. Zu diesem großen Opfer hatte die Familie Mutzenbecher nicht nur Anlaß, weil lediglich auf diese Weise eine Kapitalrekonstruktion der *Albingia* mit ihren Folgen für das laufende Geschäft vermieden werden, sondern auch, weil nur dadurch die Versicherungs-Gesellschaft Hamburg, die gleichzeitig Holdingfirma des ganzen Konzerns ist, vor Verlusten aus ihrer Majoritätsbeteiligung an der *Albingia* bewahrt werden kann. Sehr merkwürdig ist das umfangreiche Abschreibungsbedürfnis auf die Grundstücke, in erster Linie auf das Europa-Haus; offenbar hätte man schon im vergangenen Jahre darauf Abschreibungen machen sollen, ebenso wie die Sonderauffüllung der technischen Reserven nicht gerade erst jetzt sich als notwendig erwiesen haben kann. Zu hoch bewertet war auch u. a. die Beteiligung an der Konzernfirma *Europäischer Lloyd*. Es liegt also eine „Generalbereinigung“ vor, ein Vorgang, der zeigt, daß auch an dieser Stelle des privaten Versicherungswesens die notwendige Vorsicht gefehlt hat. Wiederum war es in erster Linie das Transportversicherungsgeschäft, das zum großen Teil die Schwierigkeiten herbeiführte; dabei mag das Schwergewicht der Schuld auf dem Konto der früheren Generaldirektion lasten. Die Vorgänge im Mutzenbecher-Konzern rechtfertigen jedenfalls erneut das Verlangen nach verschärfter Kontrolle der Versicherungsgesellschaften, gerade auch in bezug auf die Transportversicherung (die als solche nicht aufsichtspflichtig ist oder werden soll, sondern vom Reichsaufsichtsamt nur dann kontrolliert wird, wenn sie im Rahmen einer Gesellschaft zusammen mit aufsichtspflichtigen Geschäftszweigen betrieben wird). Das Reichsaufsichtsamt sollte deshalb seine bisherige Auffassung, die Transportversicherung sei aufsichtsfrei zu lassen, einer nochmaligen Prüfung unterziehen. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Transportversicherung nicht beaufsichtigt werden soll, wenn dieser bisher geltende Grundsatz schon in den zahlreichen Fällen — ohne Schaden für die Entwicklung des Versicherungszweigs — durchbrochen wird, in welchen Transportdeckung neben anderen Versicherungsgeschäften betrieben wird.



**Goldumstellung der Frankfurter Eisenbahn-Banken**

Erst jetzt, sechs Jahre nach der Währungsstabilisierung und viereinhalb Jahre nach der Aufwertungsregelung, gehen die *Eisenbahn-Bank* und die *Eisenbahn-Renten-Bank* in Frankfurt a. M. an eine Goldumstellung ihres Kapitals heran. Dabei handelt es sich wohl um die letzten größeren Institute, die formell noch das alte Aktienkapital und die alten hohen Obligationenschulden in Papiermark auswiesen. Die Verhältnisse liegen bei beiden Gesellschaften so kompliziert, daß es fraglich erscheint, ob die *Obligationenabwertung* und die *Vorbereitung der Goldbilanz* nicht sogar jetzt noch immer zu früh kommen. 80 % von den rund 64 Mill. M Obligationen der beiden Institute sind bei keiner anderen Gesellschaft erreichter Prozentsatz. Außerdem steht die Höhe der Schulden der Institute noch keineswegs fest; es ist völlig unklar, wie die hohen Genußrechte behandelt werden sollen, zumal die neue Aufwertungsregelung diesen Rechten die Stellung echter, innerhalb von zehn bis fünfzehn Jahren zu tilgender Verpflichtungen der Gesellschaften geben wird, anstatt sie (wie bisher) auf einen bestimmten Reingewinnanteil nach Erzielung einer Mindestdividende zu beschränken. Die Einsetzung der Genußrechte als Passiva würde bei beiden Instituten sofort zur Überschuldung führen; die Verwaltung glaubt sich jedoch darauf verlassen zu können, daß die neue gesetzliche Behandlung der Genußrechte einen Härteparagrafen bringen wird, der den Banken die Aufstellung einer aktiven Bilanz ermöglicht. Unsicherheit herrscht auch über die Bewertung wichtiger *Aktiven*. Um die Wiederaufbauqualität der Gesellschaften zu erhalten und dadurch die Obligationenaufwertung von 1—2 % auf 8½ % bei der Eisenbahn-Bank und auf 11 % bei der Eisenbahn-Renten-Bank (zuzüglich 23 % abgelaufener Zinsen) erhöhen zu können, haben beide Firmen die Finanzierung des Elektrizitätswerks von Memel, der Memeler Kleinbahn AG, vorgenommen, indem sie ein 25jähriges Darlehen gaben. Anscheinend sind dort nicht viel weniger als 5 Mill. RM investiert worden, was für Institute, deren Goldkapital noch nicht feststeht, ein großes Risiko bedeutet. Diesen komplizierten Verhältnissen standen die *Obligationäre und Aktionäre* auf den letzten Versammlungen recht unbeholfen gegenüber. Beide Gruppen genehmigten schließlich den Spruch des Aufwertungsrichters der ersten Instanz, der zu den erwähnten Abwertungsätzen für die Obligationen (8½ bzw. 11 %) gekommen war, und verzichteten auf die Einlegung einer Beschwerde; allerdings waren dabei erhebliche Stimmenthaltungen und zum Teil auch Gegenstimmen festzustellen. Der offizielle Obligationenvertreter behielt sich die Entscheidung darüber vor, ob er sich der „Verzichts-Anregung“ in bezug auf den Beschwerdeweg anschließen werde. Die Situation scheint dadurch noch weiter kompliziert zu werden, daß sich zwei Obligationärgruppen (vor allen Dingen der Michael-Konzern) formell dem Aufwertungsverfahren angeschlossen haben. Falls auch der Obligationenvertreter das Aufwertungsverfahren nicht weiterführt, sondern sich bei dem Spruch der ersten Instanz beruhigt, wollen anscheinend diese Gruppen das Aufwertungsverfahren weiter betrei-

ben. Geht alles gut, so wird man es bei der Eisenbahn-Renten-Bank bei einem Goldkapital von 1 Mill. RM, bei der Eisenbahn-Bank von 750 000 RM belassen (bei beiden Gesellschaften betrug das alte Kapital 10 Mill. M). Außerdem sind *Wertminderungsreserven* in beträchtlicher Höhe (zusammen etwa 800 000 RM.) vorgesehen; offenbar sind die Verhältnisse noch äußerst unsicher. Daß die Banken trotzdem die Aufwertung und Umstellung betreiben, geschieht wohl aus zwei Gründen: Die Obligationäre sollen nicht länger auf die rückständigen Zinsen (annähernd 1½ Mill. RM) warten, und zweitens will die Verwaltung endlich die Hände für neue Geschäfte frei bekommen. Immerhin hätte man wohl besser getan, mit Aufwertung und Goldumstellung zu warten, bis man wirklich über die Bilanzen klar sah. (Eine Fristverlängerung seitens des Handelsministeriums wäre bei vernünftiger Begründung wohl zu erreichen gewesen. Die Dresdner Bank, die Hauptinteressentin bei beiden Instituten, hat sich übrigens sehr loyal verhalten, und ihrem Vorbild sind andere Banken gefolgt: Alle Depot-Obligationäre sind einzeln darüber befragt worden, in welchem Sinne sie sich vertreten lassen wollten; je ein Bevollmächtigter der Institute vertrat in der Versammlung die Stimmen pro und contra. Eine solche Behandlung der Depottitel sollte allgemeiner Brauch werden.

#### **Anhaltende Schwierigkeiten bei der Royal Mail**

Nach den verschiedenen City - „Affären“ erlebt England jetzt eine Krise seines mächtigsten Schifffahrtskonzerns, der Royal Mail-Gruppe. Die Schwierigkeiten dieses größten Schifffahrtskonzerns der Welt, der insgesamt mit einem Kapital von 80 Mill. £ arbeitet, haben eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Zusammenbruch der Stinnes-Gruppe in Deutschland. Hier wie dort war es eine ungezügelter Überexpansion, die zu Illiquiditätsschwierigkeiten geführt hat. Schon im Sommer 1930 waren die Schwierigkeiten des Konzerns so eklatant geworden, daß eine Art Moratorium nachgesucht werden mußte. Es wurde ein Gläubigerausschuß unter Führung des früheren Handelsministers Walter Runciman eingesetzt, der eine Reorganisation versuchen sollte. Insbesondere hatte dieser Gläubigerausschuß die Aufgabe, die unorganische Zusammensetzung des Konzerns infolge der wahllosen Aufkaufspolitik des bisherigen Leiters, Lord Kysant, zu beseitigen. Seiner Sanierungsarbeit haben sich sehr große Schwierigkeiten entgegengestellt. Eine Reederei des Konzerns, die Lamport & Holt Ltd, mußte sich unter Geschäftsaufsicht begeben, und um einen dadurch möglichen Zusammenbruch des ganzen Konzerns zu vermeiden, sah sich die Konzernleitung genötigt, ihre Mehrheitsbeteiligung an einer argentinischen Reederei, der Argentina Navigation Company, zu verkaufen. Das Objekt stellte einen Marktwert von 1,35 Mill. £ dar. Schien es zunächst, als ob es gelingen würde, mit Hilfe dieses Notverkaufs, denen noch andere Abstoßungen folgen sollten, eine krisenhafte Erschütterung des Konzerns zu vermeiden, so hat sich das Bild neuerdings erheblich verschlechtert. Die Royal Mail Steam Packet Co. hat eine Verlängerung ihres Moratoriums bis Ende 1931 beantragen müssen, gleichzeitig hat die Gesellschaft den Ausfall der am 1. Januar fällig ge-



wesenen Halbjahrsdividende auf die Vorzugsaktien angekündigt. Es handelt sich um einen Betrag von insgesamt 116 250 £. Auch die zum Konzern gehörende White Star Line will zur Überraschung der City die Dividende auf die Vorzugsaktien ausfallen lassen. Hier waren 162 500 £ fällig. An sich hätte die Royal Mail diese Summe aufbringen müssen, da sie eine Garantieverpflichtung gegenüber den Aktionären der White Star Line übernommen hat; dementsprechend war auch die im Juli fällige Halbjahrsdividende bereits von der Royal Mail bezahlt worden. Diesmal hat es aber die Royal Mail abgelehnt, ihren Garantieverpflichtungen nachzukommen. Nach englischem Recht ist bei dieser Sachlage jeder Vorzugsaktionär der White Star Line befugt, im Klagewege von der Royal Mail die Einhaltung ihrer Garantieverpflichtung zu verlangen. Das würde bedeuten, daß ein einzelner Aktionär unter Umständen eine Zwangsvollstreckung gegen den Konzern erzwingen kann. Um dies zu vermeiden, hat man für den 12. Februar eine Versammlung der Vorzugsaktionäre der White Star Line und der Obligationäre der Royal Mail einberufen, um ein halbjähriges Moratorium für die ausgefallenen Halbjahrsdividenden der White Star Line und der Royal Mail zu erlangen. Dieses Moratorium bedarf der Zustimmung der Majorität der Vorzugsaktionäre und Obligationäre. Gelingt es nicht, zu einer Verständigung zu gelangen, so muß mit einer sofortigen Liquidierung des Konzerns begonnen werden. Der den Obligationären vorgelegte Moratoriumsplan sieht zwecks Erleichterung der Geldbeschaffung die Aufnahme einer 4½ %igen Anleihe von 250 000 £ durch die Royal Mail vor, für die dieselben Sicherheiten verpfändet werden sollen, die den jetzt schon umlaufenden Schuldverschreibungen zugrunde liegen. Kommt es zur Annahme des Moratoriums, so wird dennoch die Abstoßung zahlreicher Gesellschaften notwendig sein; ebenso wird man um scharfe Kapitalschnitte nicht herumkommen. Ein Verkauf der White Star Line an die Cunard Line, von dem in der City gerüchtweise die Rede ist, ist recht unwahrscheinlich, da diese Gesellschaft durch den Bau ihrer beiden Riesendampfer finanziell sehr stark angespannt ist. Größere Wahrscheinlichkeit hätten schon Verhandlungen mit der Furness Withy-Gruppe oder — last not least — Regierungssubventionen.

#### Abschluß der belgischen Société Générale

Die Société Générale de Belgique ist nicht nur die größte Depositen- und Kreditbank Belgiens, sie ist zugleich ein Muster für den Typus der „banques d'affaires“, wohl die größte unter den bedeutenden Finanz- und Beteiligungsunternehmen des so rührigen kleinen Landes. So kann man ihren Abschluß nicht nur als eine beliebige Großbankbilanz betrachten, sondern darüber hinaus als ein besonders deutliches Symptom für die Entwicklung der belgischen Wirtschaft. Unter diesem Gesichtspunkt fällt zunächst eines auf: das Institut kann für 1930 wieder einen größeren Gewinn ausweisen als im Jahr vorher; der Bruttogewinn stieg von rund 295 auf 319 Mill. belg. Fr und der Reingewinn von 167 auf 234 Mill. Allerdings war auch das arbeitende Eigenkapital im Jahresdurchschnitt etwas größer, denn die Kapitalerhöhung von 1929 wurde jetzt erst voll wirk-

sam. Aber der Aktionär, der seinerzeit auf zwei alte Aktien für noch nicht einmal 10 % ihres damaligen Börsenkurses drei neue bekam, bezieht jetzt doch auf 5 Aktien 1282 Fr Dividende, während er 1928 auf seine zwei Aktien nur 800 Fr, 1929 900 Fr bekam. Die Gewinnausschüttung ist also wesentlich höher geworden. Aus welchen Geschäften das Institut seinen Hauptverdienst und vor allem die wachsenden Einnahmen zog, das erfährt man leider nicht, weil die Einnahmen im Gegensatz zu der Gewohnheit der Großbanken in anderen Ländern überhaupt nicht spezifiziert werden. Allem Anschein nach hat man die Gewinnausweisung der Dividendenpflicht angepaßt. Es ist zu vermuten, daß die Gewinnsteigerung zum größten Teil auf der raschen Expansion der letzten Jahre beruht. Das Zusammentreffen der belgischen Stabilisierung mit dem Beginn des internationalen Aufschwungs hat den belgischen Banken 1927 und 1928 eine sehr kräftige Ausdehnung ihrer Geschäfte gestattet, zumal einige ihrer Hauptinteressengebiete in der letzten Konjunkturperiode eine besonders günstige Entwicklung nahmen, so z. B. die Elektrizitätsversorgung, die chemische und die Metallindustrie, die Eisenbahnen und einige Zweige des Kolonialgeschäftes. Im Jahre 1930 hat sich auch die Société Générale in ihren Hauptgeschäftszweigen weit weniger aktiv betätigen können. Das Institut hat 1929 bei 17 Gesellschaften Bezugsrechte ausgeübt, 1930 nur bei 5; die Zahl der neuen Beteiligungen ging von 6 auf 4 zurück, die der Aktienemissionen sogar von 39 auf 10, und es ist natürlich kein Ausgleich dafür, daß die Anleiheemissionen von 2 auf 11 zunahmen. Das Aktienportefeuille, das 1929 um netto 216 Mill. zugenommen hatte — ein Jahr zuvor sogar um 303 Mill. — ist in der jetzigen Bilanz nur um 103 auf 1098 Mill. gestiegen, obwohl die Abschreibungen vom Erwerbspreis zum Nominalwert, der bei dem Institut traditionell als Buchwert gewählt wird, diesmal nur 18 Mill. ausmachten, im Vorjahr aber 57 Mill. Beträchtlich erhöht — von 282 auf 385 Mill. — haben sich allerdings die Konsortialbeteiligungen, unter denen sich auch manche reguläre Beteiligung verbergen mag, die man nicht gerne auf dem Aktienkonto ausweisen wollte, weil dieses genau spezifiziert wird. Unter den übrigen zinstragenden Aktiven stiegen die Debitoren, die aber auch die Bankguthaben umfassen, um 320 auf 3780 Mill. und das Obligationenportefeuille um 39 auf 45 Mill. Aber eine Verminderung des Wechselbestandes um 250 auf 931 Mill. hält fast die Waage, und andererseits erhöhten sich die Kreditoren um 344 auf 4341 Mill.; damit stieg wohl auch der Anteil der zinspflichtigen Einlagen. Die Betrachtung der Bilanz bestätigt also die Vermutung, daß auch in Belgien das Bankgeschäft im Jahre 1930 keine besonders üppigen Erträge abwarf, daß aber die Société Générale in der vorangegangenen Entwicklungszeit Dividendenquellen von länger-dauernder Ergiebigkeit erschließen konnte.

#### Revision des mexikanischen Schuldenabkommens

Im Juli vorigen Jahres schloß Mexiko mit dem internationalen Bankenkommitee einen Vertrag ab, der die Wiederaufnahme des seit Jahren stockenden Schuldendienstes für rund 500 Mill. Dollar Vorkriegsanleihen regelte (vgl. MdW Jahrg. 1930, Nr. 31, S. 1457). Nach Vereinheitlichung der zahlreichen



Emissionen sollte die Zinszahlung bereits 1931 wieder aufgenommen werden, zunächst mit einem niedrigen Zinssatz. Von 1935 an war die Normalverzinsung von 5 % vorgesehen. Schon bald nach der Unterzeichnung dieses Abkommens tauchten Nachrichten auf, die Ratifikation stoße in Mexiko auf Schwierigkeiten. Das Land berief sich auf die durch den Preisfall von Silber und Petroleum hervorgerufene Wirtschaftverschlechterung, die bei der Erfüllung des Abkommens auch Transferschwierigkeiten erwarten lasse. Nach langwierigen Verhandlungen ist nunmehr ein *Zusatzabkommen* unterzeichnet worden, das unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Vereinbarungen vom Juli 1930 auf zwei Jahre ein *bedingtes Transfer-Moratorium* für die mexikanischen Schuldzahlungen zugesteht. Zunächst darf Mexiko bis Ende 1932 die vertragsmäßigen Zahlungen auf Grund des am Tage der Unterzeichnung des vorjährigen Abkommens (25. Juli 1930) gültigen Silberpreises bewirken. Da sich das Silber seitdem um rund 15 % entwertet hat, bedeutet bereits diese Klausel eine nicht unbedeutende Erleichterung für das Land. Wichtiger aber ist, daß die Zahlungen bis Ende 1932 nur in

*Silberpesos* geleistet zu werden brauchen und daß eine Transferierung in Auslandsvaluta nur erfolgen darf, wenn sich der Silberpreis über den Stand vom 25. Juli 1930 erholt. Sogar den von Mexiko gezahlten Vorschuß von 5 Mill. U. S. A.-Dollar gibt das Bankenkomitee zur Umwandlung in Silberpesos frei. Hand in Hand damit laufen Bestrebungen, die *mexikanische Währung unter Zuhilfenahme eines amerikanischen Kredits zu stabilisieren*. Da das neue Abkommen die Aussichten der Anleihehaber für die beiden nächsten Jahre völlig mit dem Schicksal des Silberpreises verknüpft, für den die Aussichten einseitigen recht ungünstig sind, ist es nicht erstaunlich, daß die Börsen es mit *neuen Kursverlusten* für die mexikanischen Anleihen beantwortet haben. Selbst die am höchsten bewertete 5 %ige Goldanleihe von 1899 steht nur noch etwa 11½ %, während sie sich 1930 (nach Bekanntwerden des ersten Abkommens) zeitweise bis auf 25 % erholt hatte. Die Interessenten fragen mit einem gewissen Recht, warum das Bankenkomitee nicht darauf bestand, daß wenigstens ein Teil der im vorjährigen Abkommen vorgesehenen Summen bedingungslos transferiert würde.

### Der Einkommensteuerrekord von 1928

Das Statistische Reichsamt hat vor kurzem die Ergebnisse der Einkommensteuererklärung für das Jahr 1928 veröffentlicht (Wirtschaft und Statistik, Jahrg. 1931, Nr. 2). Sie stellen den Rekord in der Nachkriegsgeschichte der Einkommensteuer dar; sowohl für 1929 wie für 1930 sind wesentlich ungünstigere Resultate zu erwarten. Wie groß die Ertragschwankung der veranlagten Einkommensteuer zwischen Krisen- und Konjunkturjahr sein kann, lehrt ein Vergleich der Einkommensteuerergebnisse von 1926 und 1928. Während für rund 2,95 Millionen Steuerpflichtige 1926 eine Einkommensteuer von rund 1285 Mill. RM festgesetzt wurde, wurden für 1928 3,2 Millionen Pflichtige mit rund 1611 Mill. RM Steuer veranlagt. Obwohl sich also — in erster Linie wegen der Steuermilderungsmaßnahmen — die Zahl der Pflichtigen nur um weniger als 10 % erhöhte, stieg der Sollbetrag des Einkommensteueraufkommens um über 25 %. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Depression für 1930, auch abgesehen von den Änderungen der Gesetzgebung, ein niedrigeres Aufkommensoll als für 1926 festgestellt werden wird. In der Zusammensetzung der der Einkommensveranlagung zugrundeliegenden Einkünfte hat die in den letzten Jahren zu beobachtende Entwicklungstendenz insofern angehalten, als auch 1928 absolut und relativ die Einkünfte aus Kapitalvermögen und Vermietung und Verpachtung die stärkste Steigerung zeigen (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 38, Seite 1463). Es wurden 1928 etwa 540 000 Einkommensteuerpflichtige (1925 noch etwa 200 000) mit einem Einkommen aus Kapitalvermögen von insgesamt rund 1100 Mill. RM (1925 noch 480 Mill. RM) zur Einkommensteuer veranlagt. Der Durchschnittsbetrag des auf einen Pflichtigen fallenden Einkommens hat dabei im Gegensatz zu der Entwicklung der Jahre 1925—1927 keine Senkung, sondern eine kleine Steigerung erfahren. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung erhöhte sich auf rund 1 040 000 (1925 noch 760 000) und die Summe ihrer Einkünfte auf rund 855 Mill. RM (1925 noch 545 Millionen RM). Der auf einen Pflichtigen entfallende Durchschnittsbetrag hat sich mithin weiter auf rund 800 RM erhöht. Der Anteil dieser beiden Einkommensarten an den Gesamteinkünften steigerte sich seit 1925 wie folgt:

1925 . . . . .	7,50 %	1927 . . . . .	10,09 %
1926 . . . . .	9,17 %	1928 . . . . .	11,33 %

Auf sogenanntes „unearned income“ entfällt also eine von Jahr zu Jahr steigende Quote des steuerpflichtigen Ein-

kommens. Weniger die absolute Höhe dieser Erträge als ihr relatives Gewicht dürfte auch in den Jahren 1929 und 1930 zugenommen haben. Eine nennenswerte absolute und relative Steigerung zeigt neben dem „unearned income“ gegenüber 1927 nur noch das veranlagte Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit. Hier stieg die Zahl der veranlagten Steuerpflichtigen um rund 60 000, also um über 30 %, und in gleichem Ausmaß die Summe der Einkünfte um über 700 Mill. RM. Der Anteil dieser Einkommensgruppe an den veranlagten Gesamteinkünften entwickelte sich seit 1925 folgendermaßen:

1925 . . . . .	12,63 %	1927 . . . . .	13,90 %
1926 . . . . .	13,35 %	1928 . . . . .	17,20 %

Keine der anderen Einkommensgruppen zeigt eine ähnlich steigende Entwicklung wie diese drei. Zudem entfielen 1928 etwa 23 % der Einkünfte aus diesen Quellen auf die höchsten Einkommensgruppen (über 50 000 RM jährlich); sie machten von diesen Einkünften der obersten 17 000, deren Zahl sich trotz aller behaupteter Steuerhinterziehungen seit 1925 (damals noch 12 400) um rund 40 % erhöht hat, etwa 45 % aus.

### 13 Prozent der Weltonnage aufgelegt

Die Krise in der Weltschifffahrt verschärft sich mit dem andauernden Rückgang des Welthandels. Die Frachtraten sind auf ein Niveau gesunken, das bis zu 20 % unter dem des Jahres 1913 liegt. Der Durchschnittsindex der englischen Schifffahrtskammer beträgt für das Jahr 1930 81,8 (1913 = 100); im Jahre 1929 stand er noch auf 106,7, 1928 auf 110,2. Infolge des Drucks auf dem Frachtenmarkt haben sich die Rentabilitätsverhältnisse in der Weltschifffahrt erheblich verschlechtert. Immer mehr Reeder gehen dazu über, ihre nicht hoch qualifizierte Tonnage stillzulegen, weil die Liegekosten geringere Aufwendungen erfordern als die oft nur mit großen Verlusten durchzuführenden Reisen. Die englische Schifffahrtskammer hat es unternommen, den aufgelegten Schiffsraum statistisch zu erfassen. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß in der ganzen Welt 7,65 Mill. Br.-Reg.-To. stillgelegt sind, d. h. nicht weniger als 13 % der gesamten seefähigen Weltonnage. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahl nicht etwa die gesamte Beschäftigungslosigkeit der Weltschifffahrt widerspiegelt, denn ein großer Teil der im Liniendienst tätigen Schiffe fährt mit unzulänglicher Ladung, ohne daß es möglich wäre, diese Dienste entsprechend dem Ladungsangebot einzuschränken. Über die Verteilung der aufgeleg-



ten Welttonnage gibt die englische Schifffahrtskammer folgende Zahlen:

	BRT		BRT
USA Privatreeeder .....	891 165	Schweden .....	125 684
US Shipping Board ..	1 417 646	Dänemark .....	100 000
Großbritannien und		Italien .....	476 845
Irland .....	2 549 198	Griechenland .....	47 260
Japan .....	296 237	Deutschland .....	444 209
Frankreich .....	199 584	Spanien .....	102 906
Norwegen .....	533 333	Australien .....	119 507
Holland .....	325 380		
		zusammen	7 628 952

Daß fast eine halbe Million Br.-Reg.-To. deutschen Schiffsraums beschäftigungslos im Hafen liegt, sollte angesichts der immer wieder geäußerten Wünsche nach einer Subventionierung deutschen Schiffbaus zu denken geben.

### Eine Kommission zur Prüfung der Arbeitslosenprobleme

Die Reichsregierung hat eine Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die zahlreich auftauchenden Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu prüfen. Neben dem Vorsitzenden, dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. *Heinrich Brauns*, gehören dem Ausschuß folgende Persönlichkeiten an: Dr. *Bernhard Dernburg*, Prof. Dr. *Hermann Dersch* (Senatspräsident am Reichsversicherungsamt), Dr. *Wilhelm Engler* (Präsident des Landesarbeitsamts Hessen), Ministerialdirektor a. D. *Hans Frick*, Prof. Dr. *Eduard Heimann*, Frau *Antonie Hopmann*, Prof. Dr. *Wilhelm Polligkeit*, Oberpräsident Dr. *Adolf Portilowicz von Batocki-Friebe* und der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts, Dr. *Friedrich Zahn*. Durch die Einsetzung der Kommission soll wohl in der Hauptsache eine politische Beruhigung erreicht werden; eine Generallösung des Arbeitslosenproblems wird niemand von ihr erwarten. Vielleicht aber wird es der Kommission gelingen, auf einigen Sondergebieten vernünftige Projekte auszuarbeiten.

### Personalia

Am 4. Februar wurde Dr. *August Weber*, der den Vorsitz in der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei führt und u. a. im Blumenstein-Textilkonzern eine maßgebende Stellung einnimmt, 60 Jahre alt.

Der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. *Heinrich Schnee*, Präsident des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, des Bundes der Auslandsdeutschen und der Deutschen Kolonialgesellschaft, wurde am 4. Februar 60 Jahre alt.

Der stellvertretende Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Geh. Oberfinanzrat *Wilhelm Glaeser*, ist am 4. Februar gestorben.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie und des Arbeitgeberverbandes im rheinischen Braunkohlenrevier, Dr. ing. e. h. *Wilhelm Oellerich*, vollendete am 29. Januar sein 60. Lebensjahr.

Am 31. Januar starb *Hugo Schoeller*, Aufsichtsratsmitglied des Gerling-Konzerns und der Dürener Bank.

Das Aufsichtsratsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, *Max Freiherr von Bassus*, ist gestorben.

Am 30. Januar wurde *Moritz Silberberg*, Inhaber der gleichnamigen Berliner Bankfirma und Mitglied des Berliner Börsenvorstandes, 60 Jahre alt.

Commendatore *Troisa*, Generaldirektor der italienischen Zollämter, wurde zum Generaldirektor der Banca d'Italia ernannt an Stelle des Commendatore *Azzolini*, der Gouverneur der Bank geworden ist.

Die Technische Hochschule in Aachen hat Generaldirektor a. D. *Robert Brenner* in Essen wegen seiner Verdienste um die Bergbautechnik zum Ehrenbürger ernannt.

Die Generalversammlung der Gothaer Waggonfabrik AG wählte Generaldirektor *Alfred Orenstein*, Rechtsanwalt Dr. *Richard Landsberger* und Direktor *Gustav Wolfsohn*, sämtlich Vorstandsmitglieder der Orenstein & Koppel AG, in den Aufsichtsrat.

Die Dozenten der Handelshochschule in Leipzig, Dr. *Kirchberger*, Dr. *Geyler* und Justizrat Dr. *Wünschmann*, sind zu nichtplanmäßigen außerordentlichen Professoren ernannt worden.

Der Privatdozent für Nationalökonomie und Versicherungslehre an der Leipziger Universität, Dr. *W. Grosse*, hat einen Ruf als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftspolitik an die Herderhochschule in Riga erhalten.

Die Handelshochschule Leipzig hat Dr. *Erich Egner* die *venia legendi* für Volkswirtschaftslehre erteilt.

## Bilanzen

### Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft

Verringerter Umsatz — Gute Liquidität — 7 % Dividende

Der Abschluß der AEG für das Geschäftsjahr 1929/30 steht im Zeichen des allgemeinen Konjunkturverfalls, und er ist gleichzeitig gekennzeichnet durch die Durchführung der Transaktion mit der General Electric Company. Die internationale Wirtschaftskrise kommt zunächst in den Umsatzzahlen zum Ausdruck. Der Umsatz, der in den Jahren 1926/27 bis 1928/29 von 400 über 500 auf 580 Mill. RM gestiegen war, erfuhr einen Rückgang von etwa 10 % auf 520 Mill. RM. Im Inlandsgeschäft war der Rückgang prozentual noch größer, denn es wird mitgeteilt, daß sich der Auslandabsatz gegenüber dem vorhergehenden Geschäftsjahr um rund 8 % habe steigern lassen. Er beträgt etwa 30—38 % des Gesamtumsatzes.

Unter der Wirtschaftskrise litt besonders stark die Abteilung für *Kraftwerksbauten*, da die Produktionskapazität der Elektrizitätsunternehmungen für die Stromversorgung im allgemeinen ausreichte. Die im Vorjahr bereits in Arbeit befindlichen Kraftwerke — das Kraftwerk der Mitteldeutsches Kraftwerk Magdeburg AG, das Kraftwerk „Else“ der Bayernwerk AG in Schwandorf, das Rheinkraftwerk Ryburg-Schwörstadt — wurden fertiggestellt und dem Betrieb übergeben; außer einer Reihe von Auslandsaufträgen war die AEG durch die Ausrüstung des Kraftwerks Eichholz der Schluchseewerk AG beschäftigt. Das *Bahngeschäft*

war selbstverständlich ebenfalls stark rückläufig. Für die Reichsbahn konnte die Gesellschaft eine größere Anzahl von Triebwagen der Berliner Stadt- und Ringbahn ausrüsten. Drei elektrische Gebirgsbahnen wurden fertiggestellt: in Costa Rica, in Guatemala und die Zugspitzbahn der Bayerische Zugspitzbahn AG. Aus den einzelnen Industrien lag eine Vielzahl von Aufträgen vor, so daß die Beschäftigung auf diesen Gebieten im allgemeinen befriedigend war.

Der amerikanische Großaktionär, die *General Electric Company*, hat von dem von ihr erworbenen Aktienposten von 30 Mill. die noch verbliebenen nom. 15 Mill. RM am 31. März 1930 zu dem vereinbarten Kurse von 200 % übernommen. Mit den auf dem freien Markt bereits früher aufgekauften Aktien dürfte die General Electric Company nunmehr schätzungsweise 30 % des gesamten Kapitals von 200 Mill. RM in ihrem Besitz haben. Für das Unternehmen bedeutete die volle Durchführung dieser Transaktion einen Zufluß von neuen — und zwar sehr billigen — Mitteln in Höhe von rund 30 Mill. RM, die nach neuer Verwendung drängten.

Dieser Gegensatz — Umsatzrückgang auf der einen Seite, neue Mittel auf der anderen — gibt der soeben veröffentlichten Bilanz ihr Gepräge.

Die typischen *Umsatzkonten* zeigen durchweg einen recht bemerkenswerten Rückgang. Auf der Aktivseite haben die gesamten *Außenstände* um rund 30 Mill. RM



## Bilanz

(Mill. RM)	30. 9. 26	30. 9. 27	30. 9. 28	30. 9. 29	30. 9. 30
<b>Aktiva</b>					
Konto der Aktionäre .....	—	22,500	—	—	—
Grundstücke .....	—	22,578	22,626	27,189	27,723
Gebäude .....	72,001	58,266	65,584	72,240	73,995
Maschinen .....	20,944	22,769	22,616	19,929	20,859
Werkzeuge, Modelle, Inventar, Patente .....	—	—	—	—	—
Warenbestände .....	4 RM	4 RM	4 RM	4 RM	4 RM
Kontokorrent .....	91,024	66,412	93,542	104,545	88,575
Bankguthaben .....	23,324	56,500	71,790	65,314	44,381
Vorratsaktien .....	3,253	0,703	0,703	0,703	0,414
Zweigniederlassungen <sup>1)</sup> .....	14,190	25,675	43,774	—	—
Guthaben bei befreund. Ges. .....	35,924	59,246	68,992	46,299	44,792
Laufende Rechnungen .....	31,493	38,833	49,842	125,318	101,101
Hypotheken .....	0,530	0,559	0,705	0,861	0,951
Effekten .....	63,650	69,414	—	—	—
Beteiligungen .....	34,012	32,190	—	—	—
Eigene Gesellschaften .....	—	—	14,795	15,423	15,473
Beteiligungen .....	—	—	90,411	104,026	142,240
Wertpapiere .....	—	—	8,424	9,516	7,910
Kasse .....	0,191	0,295	0,167	0,287	0,333
Wechsel .....	10,007	15,069	20,264	16,274	14,714
Disagio aus Amerika-Anleihen .....	5,700	4,000	8,000	5,000	5,000
<b>Passiva</b>					
Aktienkapital .....	—	—	—	—	—
Stammaktien .....	120,000	150,000	150,000	178,750	200,000
Vorzugsaktien .....	17,500	17,500	17,500	10,000	—
Vorzugsaktien Lit. B .....	18,750	18,750	18,750	11,250	—
Reservefonds .....	16,120	22,120	22,620	46,000	61,400
Schuldverschreibungen .....	15,635	—	—	—	—
Aufgewertete Markanleihen .....	—	—	—	—	—
Serie I—VIII .....	—	14,346	14,346	14,346	14,346
7% Amerika-Anleihe .....	42,000	42,000	42,000	42,000	40,559
6½% .....	29,400	28,867	27,586	27,586	27,397
6% .....	—	—	63,000	63,000	63,000
Hypotheken .....	4,059	4,052	4,049	4,014	3,831
Wohlfahrts-Einrichtungen .....	4,321	4,500	4,640	6,879	7,283
Gekündigte Markanleihe Serie IX (noch nicht eingelöst) .....	—	0,415	0,264	0,203	0,175
Noch nicht eingelöste Dividendscheine .....	0,189	0,190	0,192	0,157	0,184
Noch nicht eingelöste Zins-scheine auf Markanteilen .....	0,155	0,101	0,115	0,122	0,151
Noch nicht eingelöste Zins-scheine .....	—	—	—	—	—
Guthaben der Sparkasse .....	—	0,013	0,025	0,028	0,031
Kontokorrent .....	—	18,442	21,593	24,873	27,856
Bankschulden .....	—	—	—	—	—
Anzahlungen der Kundschaft .....	20,091	30,075	33,795	33,459	16,743
Guthaben der Lieferanten .....	28,745	20,933	20,993	31,625	24,970
„befreund. Gesellsch.“ .....	11,490	17,701	20,847	23,559	15,269
Verschiedene Kreditoren .....	33,110	56,792	64,384	31,572	30,897
Reingewinn .....	31,919	35,859	39,033	44,350	39,839
—	10,761	12,351	16,503	19,173	14,231

<sup>1)</sup> Für 1929 ist der Betrag für die Zweigniederlassungen auf die jeweils in Frage kommenden Konten verbucht worden. Dadurch erklären sich die teilweise erheblichen Veränderungen einzelner Posten.

auf etwa 174 Mill. RM abgenommen. Der Hauptanteil hierbei entfällt auf das Konto „Laufende Rechnungen“, das sich um 24 Mill. auf 101 Mill. RM ermäßigt hat. Die Guthaben bei befreundeten Gesellschaften haben nur eine Verringerung um rund 1,5 Mill. RM und die nach Saldierung mit den Bankschulden eingesetzten Bankguthaben um etwa 4 Mill. RM erfahren. (Tatsächlich sind die Bankguthaben von 63,2 Mill. — sie waren am 30. September 1929 infolge der ersten Einzahlung der General Electric relativ hoch — auf 44,4 Mill. RM zurückgegangen; dem steht eine Abnahme der Bankschulden von 33,5 Mill. auf 16,7 Mill. gegenüber.) Bei den Vorräten zeigen die „Anlagen in Arbeit“ eine über den Umsatzrückgang weit hinausgehende Verringerung von etwa 33% (25,4 Mill. gegenüber 37,7 Mill.), während die Lager trotz der erheblichen Rohstoffbaisse um nur 3,5 Mill. verringert mit 63,2 Mill. RM ausgemessen werden. Es hat den Anschein, als ob die Vorräte Passivseite der Bilanz sind die gesamten kurzfristigen Verbindlichkeiten um 20 Mill. auf rund 110 Mill. RM zurückgegangen. Der größte Anteil entfällt auf „Anzahlungen der Kundschaft“ und „Guthaben der Lieferanten“, d. h. auf Konten, die von der Höhe des Umsatzes abhängen. Die Guthaben bei befreundeten Gesellschaften werden nur wenig verringert ausgewiesen. Bleibt die Verringerung der kurzfristigen Schulden auch etwas hinter der Abnahme der flüssigen Mittel zurück, so muß die Liquidität doch als gut bezeichnet werden, da die Verpflichtungen schon allein durch die Außenstände um einen erheblichen Betrag überdeckt werden.

Das Kapitalkonto hat in diesem Jahre durch die Transaktion mit der General Electric Company keine weitere Veränderung in der Höhe, sondern nur eine andere Zusammensetzung erfahren. Die im Vorjahr noch ausgewiesenen Vorzugsaktien sind durch Umtausch in Stammaktien völlig verschwunden. Die nicht freiwillig umgetauschten Vorzugsaktien waren zur satzungsmäßigen Rückzahlung zum 30. Juni 1930 zum Kurse von 115% gekündigt. (Die Rückzahlung erfolgte mit 2,76 Mill. RM aus dem Gewinnvortrag des vorhergehenden Jahres.) Nach diesem Umtausch und einer Erhöhung des Kapitals um 2,4 Mill. weist die AEG ein einheitliches Stammaktien-Kapital von 200 Mill. RM aus. Der Zufluß der neuen Mittel aus der Aktienbegebung nach Amerika zeigt sich in dem Anwachsen des Reservefonds, dem nach Rückstellung für die noch zu erwartenden Restkosten insgesamt 15,4 Mill. zugeführt werden, so daß er mit 61,4 Mill. mehr als 30% des Kapitals ausmacht.

Soweit sich aus der Aktivseite der Bilanz ein Bild über die Verwendung der neuen Mittel gewinnen läßt, sind diese nur zum geringsten Teil in Anlagen investiert worden. Die Grundstücke sind nur wenig erhöht mit 27,7 Mill. ausgewiesen; der Zugang auf dem Gebäudekonto ist fast ausschließlich auf die Fertigstellung der im Jahre 1928/29 begonnenen Bauten zurückzuführen; die Maschinen stehen nur mit 1 Mill. höher zu Buch. Eine bemerkenswerte Zunahme zeigen dagegen die „Effekten“, die mit zusammen 165,5 Mill. (= mehr als ¼ der Bilanzsumme) gegenüber 128,9 Mill. RM im Vorjahre ausgewiesen sind. Da die „eigenen Gesellschaften“ ziemlich unverändert bewertet sind und die Wertpapiere — wahrscheinlich infolge der Kursrückgänge — sogar mit einem geringeren Werte zu Buch stehen, entfällt die Zunahme ausschließlich auf die Beteiligungen. Über die wichtigsten Veränderungen unterrichtet der Geschäftsbericht. Auf dem eigensten Gebiet der AEG, dem Starkstromgeschäft, hat die Gesellschaft eine Reihe von Angliederungen vorgenommen. Bei der Sanierung der Pöge Elektrizitäts AG in Chemnitz hat die Gesellschaft junge Aktien in Höhe von 3 Mill. und gleichzeitig einen Posten alter Stamm- und Vorzugsaktien übernommen. Für diese Aktien erhielt die AEG bei der Fusion der Sachsenwerk, Licht und Kraft-AG mit der Pöge AG im Verhältnis von 1:1 Sachsenwerk-Stammaktien, nachdem sie von dieser Gesellschaft schon vorher ein größeres Aktienpaket erworben und mit ihr ein Arbeitsabkommen getroffen hatte. Sodann hat die AEG ihre Mix & Genest-Aktien gegen 3,1 Mill. Stammaktien und 5,9 Mill. Genußscheine der mit 25 Mill. RM kapitalisierten neuen Standard Elektrizitäts-Gesellschaft AG umgetauscht. (Diese Gesellschaft hat außer Mix & Genest die Schwachstrombetriebe von Schuchardt, Telefon-Berliner und Lorenz übernommen.) Die Osrarn-Gesellschaft, an deren Kommanditkapital von 38 Mill. RM die AEG nach früheren Angaben mit 33% beteiligt war, hat ihr Kapital um 5 Mill. RM erhöht; entsprechend ihrer Quote ist die AEG an dieser Erhöhung beteiligt. Nicht unmittelbar in das Gebiet der Elektrotechnik fällt die Beteiligung an der AEG-Deutsche Werke, die ihren Namen in „Europa Schreibmaschinen AG“ änderte, nachdem der 50%ige Kapitalanteil der Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG an dieser Gesellschaft auf die AEG übergegangen ist, so daß diese nun das gesamte Kapital dieser Gesellschaft besitzt. Außerdem vergrößerte die AEG ihren Besitz an Aktien der Bank Elektrischer Werte, der Hartung AG Berliner Eisengießerei und Gußstahlfabrik sowie der Deutsche Werft AG.

Eine weitere Veränderung des Portefeuilles, die jedoch schon das neue Geschäftsjahr betrifft, brachte die Sanierung der NAG. Die Gesellschaft legte ihr Kapital im Verhältnis von 10:1 auf 1,7 Mill. zusammen und beschloß gleichzeitig eine Wiedererhöhung auf 6 Mill. RM, wobei die 4,3 Mill. jungen Aktien von der AEG übernommen wurden und die NAG-Aktionäre ein Umtausch ihrer alten Aktien in AEG-Aktien im Verhältnis von 10:1 angeboten wurde. Gleichfalls in das laufende Geschäftsjahr fällt die Grün-



derung der Borsig Lokomotivwerke GmbH, an deren Kapital von 1 Mill. die AEG mit 60 % beteiligt ist und die durch den Kauf der Lokomotivquote von Borsig die Aufrechterhaltung der Lokomotivproduktion bei der AEG bezweckte. —

Die Rentabilität des Unternehmens war wohl fast ausschließlich von dem Konjunkturverlauf und damit von dem Umsatzrückgang bestimmt; hier kommt der Transaktion mit der General Electric Company nur eine untergeordnete Rolle insofern zu, als die Kosten der neuen Mittel relativ gering sind; wie weit darüber hinaus durch die Erweiterung des Aufsichtsrats durch die fünf Vertreter der General Electric auch ein mehr oder weniger aktiver Einfluß auf die Dispositionen der Gesellschaft und damit auf deren Gewinngestaltung ausgeübt wird, läßt sich von einem Außenstehenden nicht beurteilen.

#### Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	30. 9. 26	30. 9. 27	30. 9. 28	30. 9. 29	30. 9. 30
<b>Einnahmen</b>					
Vortrag .....	0,458	0,465	0,479	0,515	0,645
Geschäftsgewinn .....	14,671	17,305	34,955	39,685	29,752
<b>Ausgaben</b>					
Steuern .....	—	—	9,781	12,114	12,356
Abschreibungen .....	—	—	—	—	—
Gebäude .....	1,016	1,189	1,358	1,474	1,511
Maschinen .....	2,327	2,550	2,756	2,457	2,319
Sonderabschreib. auf Masch. auf Disagio aus Amerika-Anl. ....	—	—	2,000	2,000	—
Reingewinn .....	10,761	12,351	16,503	19,173	14,231
<b>Dividende in %</b>					
Stammaktien .....	7	8	8	9	7
Vorzugsaktien .....	6	6	6	6	—
Vorzugsaktien Lit. B .....	5	5	5	5	—

Über die Entwicklung des Gewinns sagt leider die völlig summarisch aufgemachte Gewinn- und Verlustrechnung sehr wenig. Der Rohgewinn wird — wie im Vorjahr — in einer Summe ausgewiesen und nicht nach den Einnahmen aus Beteiligungen und der eigenen Fabrikation gegliedert. Nach der Zunahme in den beiden letzten Jahren um 40 % bzw. 15 % wird er in diesem Jahre um 25 % verringert ausgewiesen und übertrifft somit den Umsatzrückgang um das Zweieinhalbfache. Wenn es trotzdem möglich war, von dem um 10 Mill. auf 29,7 Mill. RM verringerten Rohgewinn nur einen gegenüber dem Vorjahr um 5 Mill. verminderten Reingewinn von 14,3 Mill. auszuweisen, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß nach Vornahme der laufenden Abschreibungen von 2 % auf Grundstücke und 10 % auf Gebäude und nach Abzug der ziemlich unverändert ausgewiesenen Steuern in diesem Jahre Sonderabschreibungen von 5 Mill. unterblieben. Nur so war es möglich, daß die Dividende auf das Stammaktienkapital von 200 Mill. — 15 Mill. waren nur für das halbe Jahr, 1,1 Mill. eigene Aktien überhaupt nicht dividendenberechtigt — nur von 9 auf 7 % ermäßigt wurde.

In den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahrs hat sich die Geschäftslage weiter verschlechtert. Der Auftragsbestand betrug Anfang Januar 250 Mill. RM gegen 350 Mill. im Vorjahr; die entsprechenden Belegschaftszahlen betragen 50 000 gegen 60 400. (Vgl. die letzte Bilanzbesprechung, Jahrg. 1930, Nr. 7.)

### Vogtländische Maschinenfabrik AG

#### Starker Umsatzrückgang — Verlustabschluß als Folge eines Streiks?

Bis Anfang vorigen Jahres war der Geschäftsgang der Vogtländische Maschinenfabrik AG (Vomag) in Plauen befriedigend. Die Firma konnte ihre Dividende in den drei vorhergehenden Geschäftsjahren von 0 auf 4, 6 und 8 % steigern. Der Konjunkturückschlag in der ersten Hälfte des Jahres 1930 führte jedoch zu einer derartigen Verminderung der Umsätze, daß die Anlagen teilweise nur zur Hälfte ihrer Kapazität ausgenutzt werden konnten. Infolgedessen sank der Rohgewinn um 27,6 % auf 1,17 Mill. RM. Da sich die Generalunkosten nicht in demselben Verhältnis, sondern nur um 0,21 Mill. RM (8,4 %) verringern ließen, schließt die Bilanz nach Aufzehrung des Gewinn-

vortrags vom Vorjahr mit einem Verlust von 206 000 RM ab; eine Dividende wird nicht verteilt.

#### Gewinn- und Verlustrechnung

(1000 RM)	30. 6. 26	30. 6. 27	30. 6. 28	30. 6. 29	30. 6. 30
<b>Einnahmen</b>					
Vortrag .....	36	51	41	58	60
Rohgewinn .....	3 807	3 183	3 516	4 246	3 074
Verlust .....	—	—	—	—	202
<b>Ausgaben</b>					
Generalunkosten .....	185	1 853	2 061	2 593	2 378
Mieten .....	19	18	4	—	—
Zinsen .....	136	252	207	237	224
Gebäude-Reparaturen .....	26	10	10	—	—
Abschreibungen .....	1 201	608	723	783	734
Gewinn .....	51	490	543	690	—
<b>Dividende in %</b>					
Stammaktien .....	—	4	6	8	—
Vorzugsaktien .....	—	6	6	8	—

Der Geschäftsbericht ist außerordentlich knapp gehalten. Der Satz, daß sich die Fabrikate der Firma nach wie vor einer starken Beliebtheit erfreuten und daß die Vomag auch bezüglich der Höhe des möglichen Umsatzes in den einzelnen Branchen (Automobilbau, Rotationsmaschinen und Textilmaschinen) mit an der Spitze marschiere, ließe eigentlich ein besseres Ergebnis vermuten. Der Ertrag scheint durch einen fast zweimonatigen Streik stark geschmälert worden zu sein; eine Mitteilung darüber hätte man im Geschäftsbericht erwarten dürfen.

#### Bilanz

(1000 RM)	30. 6. 26	30. 6. 27	30. 6. 28	30. 6. 29	30. 6. 30
<b>Aktiva</b>					
Grundstücke .....	800	800	799	799	799
Gebäude .....	3 244	3 801	2 927	2800	2 724
Betriebsmaschinen .....	525	284	243	220	227
Werkzeugmaschinen .....	676	531	391	409	440
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen .....	87	58	49	32	49
Waren, Material .....	7 994	6 927	7 867	6 910	7 218
Kasse .....	18	20	25	37	22
Postschek .....	1	1	0	4	0
Wechsel .....	28	1 178	832	1 499	2 364
Außenstände .....	3 948	4 050	4 665	6 974	4 791
Wertpapiere .....	75	42	26	25	26
Beteiligungen .....	105	106	101	1 015	101
Verlust .....	—	—	—	—	206
<b>Passiva</b>					
Stammaktien .....	7 200	7 200	7 200	7 200	7 200
Vorzugsaktien .....	900	900	900	900	900
Reservefonds .....	810	810	810	810	810
Rückstellungen .....	458	674	683	1 166	721
Obligations-Anleihe .....	205	262	251	232	219
Obligations-Zinsen .....	5	7	11	15	14
Nicht eingelöste Dividende .....	—	—	9	7	9
Hypotheken .....	23	23	92	92	93
Verbindlichkeiten .....	5 025	4 538	4 892	6 613	7 521
Laufende Akzepte .....	1 416	877	1 221	1 052	1 035
Anzahlungen .....	1 206	1 348	1 317	1 037	441

Anz der Gesellschaft ist, wie die Steigerung des Wechselportefeuilles um 58 % zeigt, der Kundschaft auch weiter durch Kreditgewährung entgegengekommen. Dafür spricht auch, daß die Anzahlungen der Kundschaft um 57 %, die Außenstände der Firma hingegen nur um 31 % zurückgegangen sind. Der Rückgang der Außenstände von 6,97 auf 4,79 Mill. RM ist wohl eine Folge des Umsatzrückgangs. Die Bewertung der Warenbestände, die einer genauen Durchsicht unterzogen wurden, erfolgte nach dem Geschäftsbericht in vorsichtiger Weise. Um so auffälliger ist es, daß der Buchwert dieser Bestände nicht verkleinert wurde; die Vorräte sind sogar von 6,9 auf 7,2 Mill. RM gestiegen. Wenn die Bewertung der Vorräte wirklich so vorsichtig erfolgt ist, wie angegeben wird, wurde hier wohl eine stille Reserve aufgelöst, das im Vorjahr besonders niedrig bewertete Vorratskonto also seinem wahren Werte angenähert. Durch die Zunahme des Vorratskontos bei gleichzeitigem Rückgang der flüssigen Mittel von 8,5 auf 7,2 Mill. RM hat sich der Liquiditätsgrad der Aktiven etwas verschlechtert. Auch dadurch, daß auf der Passivseite die kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht, wie die flüssigen Mittel, abgenommen haben, sondern von 8,7 auf 9 Mill. RM gestiegen sind, ist eine Liquiditätsverschlechterung eingetreten. Die Bankschulden sind in dem um 0,9 Mill. RM gestiegenen Posten „Verbindlichkeiten“ enthalten; sie werden nicht getrennt ausgewiesen.



## Literatur

### Der Fayolismus

Von Dr. Rudolf Schwenger

Mit dem Begriff der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ wurde die planmäßige Organisation der ausführenden Arbeit geradezu gleichgestellt. Durch sorgfältige Analyse der einzelnen Arbeitselemente und ihre rationelle Anordnung soll der Wirkungsgrad des Betriebs gehoben werden. Die an den Namen Taylor anknüpfende Bewegung in der industriellen Betriebsführung beschränkte sich im Wesen auf den unmittelbaren Arbeitsvollzug, auf die technisch vorteilhafte Gestaltung der Arbeit. Die leitende Arbeit wurde systematisch kaum erfaßt, man begnügte sich, soweit die leitenden Funktionen im Betrieb in Betracht kamen — insbesondere in Deutschland — mit einer normativ-ethischen, bestenfalls psychologischen Behandlung der erforderlichen Eigenschaften eines Betriebsleiters. Bei uns wurde die Frage der leitenden Arbeit im Rahmen der sog. „Menschenführung“ erörtert, und man kann nicht behaupten, daß dies immer mit der nötigen Unvoreingenommenheit geschah, vielmehr ist es unschwer, hinter all dieser Führermoral, die des öfteren gepredigt wird, eine bestimmte, sehr oft „militärische“ Weltanschauung aufzudecken. Von der Arbeitnehmerseite wurde diese Führerideologie als verkappte Herrenmoral abgelehnt. Auch die psychologische Methode erweist sich als ungenügend, da sie sich auf das einzelne Subjekt beschränkt, aber die sozialen Zusammenhänge zwischen den Subjekten der Betriebsführung nicht erfaßt.

In Frankreich hat sich eine Richtung mit Erfolg durchgesetzt, die den Namen „Fayolismus“ trägt und den Versuch einer wissenschaftlichen Erfassung der Funktionen der Betriebsleitung darstellt. Sie geht auf ihren Begründer Henri Fayol zurück<sup>1)</sup>, der im Jahre 1925 im Alter von 74 Jahren in Paris gestorben ist. Fayol war im Kohlenbergbau tätig und vom Jahre 1888 bis 1918 Generaldirektor der Société de Commentry Fourchambault et Decazeville; seine Lehre stützt sich also auf langjährige unmittelbare Erfahrung in leitender Stellung. 1916 veröffentlichte er sein grundlegendes Werk „Administration Industrielle et Générale“, das unter dem Titel „Allgemeine industrielle Verwaltung“ 1929 vom Internationalen Rationalisierungs-Institut Genf herausgegeben wurde. Fayol nennt seine Wissenschaft „Verwaltungs“-Lehre, obwohl sie im Grunde mehr ist als das: nämlich eine Lehre von der *Verfassung* des Betriebs, seiner formalen Struktur und der inhaltlichen Verteilung der betrieblichen Aufgaben.

Die wesentlichste Befähigung innerhalb der Betriebsleitung ist nach Fayol die *administrative*. Sie stellt eine selbständige Funktion neben den technischen, kommerziellen, finanzwirtschaftlichen und anderen Funktionen des Betriebs dar und hat die Aufgabe, „den allgemeinen Wirtschaftsplan der Unternehmung aufzustellen, sie zu einer sozialen Gemeinschaft zu machen, die Kräfte zuzuordnen und die Tätigkeiten untereinander in Einklang zu bringen“. Verwalten wird definiert als vorausplanen, organisieren, Aufträge erteilen, zuordnen und kontrollieren. Bemerkenswert ist, daß Fayol die administrative Befähigung nicht nur der obersten Spitze der Leitung zuspricht, sondern in verhältnismäßiger Abstufung allen Gliedern des sozialen Betriebsorganismus bis herunter zur ausführenden Arbeit, für die (im Gegensatz zu Taylor!) ein gewisses Maß administrativer Befähigung gefordert wird. Die einzelnen Glieder der sozialen Hierarchie nehmen also an den verschiedenen Betriebsfunktionen mehr oder weniger teil, die administrative Funktion verringert sich zwar, je mehr man sich der ausführenden Arbeit nähert, ist aber nie völlig unentbehrlich; jedes Glied im Betrieb ist (wenn auch nur minimal) an der Verwaltung beteiligt.

Fayol stellt eine Reihe von Verwaltungsprinzipien auf, die praktisch auch Merkmale der Betriebsverfassung sind: Arbeitsteilung, Autorität, Verantwortlichkeit, Disziplin, Einheit der Auftragserteilung, Einheit der Leitung, Unterordnung des Sonderinteresses unter das Interesse der Gesamtheit, Zentralisation, Rangordnung usw. Die Analyse dieser (zahlenmäßig nicht begrenzten) Prinzipien enthält eine Reihe von interessanten Gedanken, die sich teilweise wie staatsrechtliche Abhandlungen anhören. Bezeichnend für die spezifisch französische Geistesart des Verfassers ist auch die Neigung, einzelne Prinzipien, z. B. Arbeitsteilung und Zentralisation als Naturgesetz, naturgegeben anzusehen. Für Fayol ist der Betrieb in seiner Struktur im Grunde ein „ordre naturel“ und was seiner Lehre zugrunde liegt, das ist die Auffassung von einer natürlichen, notwendigen, unveränderlichen Ordnung des Betriebs, eine Art von *betrieblichem Naturrecht*. Trotzdem kommt Fayol nicht zu einem starren Formalismus (das geht schon aus der Betonung der Aktivität der einzelnen Glieder an der Realisierung der Verwaltungsprinzipien, des Betriebszwecks überhaupt, hervor), er betont vielmehr stets, daß die Anwendung der Prinzipien eine Frage des „Maßes“ ist, denn „ohne Erfahrung und ohne Kenntnis des richtigen Maßes bleibt man dauernd gehemmt, selbst wenn man über die besten Prinzipien verfügt“.

Ausschlaggebend ist immer die lebendige Praxis, und diese kommt bei Fayol in besonderem Umfang gelegentlich der Darstellung der fünf Elemente der Verwaltung zum Ausdruck. Einen wichtigen Bestandteil der leitenden Tätigkeit stellt die *Vorausplanung* dar, der Wirtschaftsplan sichert die Einheit der Kontinuität des Betriebs; die *Organisation* der sozialen Gemeinschaft hängt in ihrem Aufbau von den Größenverhältnissen des Betriebs ab, doch betont Fayol mit Recht, daß der gleiche allgemeine Aufbau noch nicht gleichzusetzen ist mit einer gleichen inneren Beschaffenheit der sozialen Gemeinschaft. Die Beschaffenheit der *Menschen* ist ausschlaggebend für die Funktion der Organisation. Deswegen ist der Vergleich mit dem Mechanismus im Sinne einer „Verwaltungsmaschine“ abwegig, da beim sog. Verwaltungsmechanismus jedes Zwischenglied an der Verwirklichung der Betriebsaufgabe beteiligt ist, neue Bewegungen und Gedanken hervorbringen und jedes Glied eigene initiative Kraft entwickeln muß. Fayol gibt damit dem Wort „Kooperation“ einen prägnanten Sinn; eine Kasernenhierarchie im Betriebe, die sich formalistisch auf die strenge Trennung von Befehl und Gehorsam, Anleitung und Ausführung stützt, ist verfehlt. Disziplin ist eine Voraussetzung der Verwaltung, aber lange nicht die einzige. Deshalb betont auch Fayol immer wieder die Notwendigkeit einer guten Menschenbehandlung und Personenauswahl. Gerade in den höheren Stellen ist die richtige Auswahl ausschlaggebend.

Die Ausführungen über die *Auftragserteilung*, deren Aufgabe es ist, die Betriebsgemeinschaft „in Tätigkeit zu

---

Dieses Heft enthält auf Seite 318 bis Seite 328

*Internationale Wirtschaftszahlen des MdW, eine Übersicht über Produktion, Arbeitsmarkt, Außenhandel, Verkehr, Groß- und Einzelhandelspreise, Umsätze und Geschäftsgang, Geld- und Kapitalmarkt, Börse, Staatsfinanzen, Wanderungsbewegung sowie über die wichtigsten Monatsdaten für eine Reihe von Welthandelswaren.*

---

<sup>1)</sup> Fayol, Henri: *Allgemeine und besondere Verwaltung*. München 1929, Verlag R. Oldenbourg. 94 Seiten. — Preis 8 RM.



setzen“, decken ein wichtiges Gebiet der sozialen Betriebsführung auf, das bisher viel zu wenig beachtet wurde. Auf die Form und die Methode der Auftragserteilung geht allerdings Fayol nicht näher ein, er begnügt sich mit der Aufstellung einiger Grundsätze, wie die genaue Kenntnis des Personals, das gute Beispiel des Leiters, periodische Prüfung der Betriebsgemeinschaft usw. Die *Zuordnung*, durch welche alle Vorgänge in der Unternehmung miteinander in Einklang gebracht werden, und die Kontrolle als Nachprüfung der Durchführung des Wirtschaftsplans gemäß den Prinzipien der Verwaltung schließen das Bild ab, das Fayol von der administrativen Tätigkeit gibt.

Fayols Buch stellt den ersten bedeutsamen Versuch dar, die Aufgaben des Betriebsleiters zu analysieren und von der ausführenden Arbeit scharf abzugrenzen. Die Lehre enthält sicherlich Unvollkommenheiten, die in der oft nur rudimentären Behandlung wichtiger Fragen bestehen; was wir aber Fayol in erster Linie verdanken, ist der Versuch einer streng methodischen Behandlung dieses wichtigen Sachgebietes innerhalb der Betriebsführung, das bisher entweder völlig übersehen oder nur rein psychologisch erörtert wurde. Daß auch in neuester Zeit die Bedeutung der leitenden Arbeit praktisch erfaßt wurde, zeigen manche modernen Zeitstudien-systeme, die, soweit sie Kontrollsysteme sind, ein Werkzeug der Betriebsleitung darstellen, durch das sie von aller nebensächlichen Belastung befreit wird, so daß sich die rein administrative Arbeit desto reiner und erfolgreicher durchsetzen kann.

*Schacher, Gerhard, und Adam, Leonhard: Der Gründeranteil des französischen Aktienwesens.* Stuttgart 1930. Verlag Ferdinand Encke. 88 Seiten. — Preis 7 RM.

Der Gründeranteil ist ein formales Übertragungsinhaberpapier, das, ohne einen Nennwert aufzuweisen, einen Anspruch auf quotenmäßige Beteiligung an den Gewinnen einer Gesellschaft verbrieft. Solche Wertpapiere werden zumeist den Gründern einer Gesellschaft zugewiesen, stellen also eine Gegenleistung für die Verdienste dar, die sich der Gründer eines Unternehmens um dieses erwirbt.

Der Gründeranteil spielt im französischen Aktienwesen eine hervorragende Rolle. Die Verfasser haben es ausgezeichnet verstanden, dieses Wirtschaftsinstitut dem deutschen Leser in seiner wirtschaftlichen und rechtlichen Bedeutung näherzubringen. Besonders verdienstvoll ist an ihren Ausführungen die Klarheit, mit der sie die Technik des Instituts, ihre Unterschiede gegenüber verwandten Instituten des Auslands (z. B. gegenüber der deutschen Mehrstimmaktie und der amerikanischen Vorzugsaktie) hervorheben. Der Gründeranteil hat sich als Wertpapier besonders in den letzten Jahren in Frankreich steigender Beliebtheit erfreut. Er verdankt diese Beliebtheit wohl zweifellos dem Umstande, daß sein Wert durch eine Verwässerung des Aktienkapitals nicht verändert wird. Die Verfasser glauben infolgedessen, daß das Rechtsinstitut des Gründeranteils auch bei einer deutschen Aktienreform nicht unberücksichtigt bleiben sollte.

Hier wird man allerdings eine gewisse Skepsis walten lassen müssen; denn zweifellos hat der Gründeranteil auch erhebliche Nachteile, weil er eine mißbräuchliche Verwendung ermöglicht. Das geben auch die Verfasser (auf S. 55 ff.) zu, wobei sie allerdings hervorheben, daß diese Mißbräuche weniger auf die Natur des Wertpapiers zurückzuführen sind als auf die Inflation, als deren Folgeerscheinung sie auftraten. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Der französische Gründeranteil gibt, wie das im Wesen der Sache liegt, seinem Inhaber kein Mitwirkungsrecht an der Verwaltung des Unternehmens. Die Verfasser haben zwar in einer psychologisch sehr feinen Weise die Quellen aufgespiert, aus denen in tatsächlicher Beziehung trotzdem gewisse Einflüsse der Partsinhaber resultieren. Sie haben auch den Nachweis geführt, daß selbst in der Konzentrationsbewegung, besonders bei den Holding-Gesell-

schaften, die Gründeranteile eine gewisse Rolle als machtpolitisches Instrument spielen. Aber wesentlich bleibt es doch, daß ein *rechtlicher* Anspruch auf Mitwirkung an den Geschicken des Unternehmens für den Partsinhaber nicht gegeben ist, daß im Gegenteil das Unternehmen auch die Möglichkeit hat, die Rechte der Partsinhaber zu bestimmen, einzuschränken oder zu erweitern. Man braucht also nur an die Politik der stillen Reserven zu erinnern, um den Beweis zu führen, daß die Stellung eines Gründeranteils doch sehr stark von der Taktik abhängt, welche die herrschende Majorität des Unternehmens verfolgt. Infolgedessen wird man der Möglichkeit, das im französischen Aktienwesen bewährte Instrument des Gründeranteils auf das deutsche Aktienrecht zu übertragen, mit einer gewissen Zurückhaltung begegnen müssen. Ebenso unrichtig wäre es aber auch, wenn man den gesunden Gedanken, welcher der Schaffung eines Gründeranteils zugrunde liegt, bei der Reform des deutschen Aktienrechts ganz ausschalten würde.

Man muß den Verfassern der mit ausgezeichnete Klarheit geschriebenen Schrift dafür Dank wissen, daß sie das deutsche Aktien-Schrifttum durch ihre vorzügliche rechts- und wirtschaftsvergleichende Studie bereichert haben.

Berlin Rechtsanwält Dr. Reinhold Wolff

*Zachau-Mengers, Dr. G.: Subventionen als Mittel moderner Wirtschaftspolitik.* Berlin 1930, Verlag Junker & Dünnhaupt. 48 S. — Preis 2,50 RM.

Die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hat, ist so aktuell wie nur irgend möglich. Hätte er sich bemüht, aus dem Thema einen Wälzer herauszulassen, so wären wohl keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entstanden. Um so dankbarer kann man dem Verfasser sein, daß er seine Gedanken in einer kurzen Broschüre zusammenfaßt. Die Schwierigkeit der Materialbeschaffung, auf die eingehend hingewiesen wird, kennt jeder, der sich jemals mit Fragen der Subventionswirtschaft hat vertraut machen wollen. Trotzdem hätten die Einzelfälle, die in den Zahlenübersichten des Anhangs verzeichnet sind, als Beispiele im Verlauf der prinzipiellen Untersuchung herangezogen werden können. Dadurch wären nicht nur die Darlegungen eindrucksvoller geworden, sondern das Urteil des Verfassers zu der prinzipiellen Seite des Problems hätte sich zwangsläufig geklärt und verschärft. Jetzt entsteht bei der Lektüre der Eindruck, daß der Verfasser mit dem Widerstreit zwischen der *ökonomisch gegebenen Beurteilung* (d. h. *Verurteilung*) der Subventionen und dem, was er als „Eigengesetzlichkeit des staatlichen Lebens“ oder im Anschluß an Max Weber als „Staatsraison“ bezeichnet, nicht recht fertig geworden ist. Auf der anderen Seite erfährt manche wichtige Teilfrage des Subventionsproblems eine gute Beleuchtung, so z. B. der Zusammenhang bzw. der Gegensatz von eigentlichen Subventionen und Schutzzöllen. Man wird also in der Broschüre Anregungen zur Intensivierung des Problems finden.

Berlin

Dr. Otto Veit

*Hantos, Professor Elemér, Staatssekretär a. D.: Die Rationalisierung der Weltwirtschaft* (Schriftenreihe: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 1930, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 48 Seiten. — Preis 1,50 RM.

Die Schrift propagiert eine bewußte Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft, eine planmäßige Bewirtschaftung der Rohstoffe, eine zweckmäßigere Organisation der Märkte, also eine wirtschaftlichere Verwaltung der Erde. Die Rationalisierung des Wirtschaftsprozesses in der Weltwirtschaft wird als das höchste Ziel aller Wirtschaftspolitik dargestellt. Da dieses Ideal nicht ohne Übergang verwirklicht werden kann, sollen als Zwischenstufe Erdteil-Wirtschaften eingeschaltet werden. Hierfür komme in erster Reihe eine selbständige Europawirtschaft in Betracht.





# TURMAC

## ROUGE

›DIE TÜRKISCHE ZIGARETTE‹

von jeher ohne Mundstück. In der Schweiz, in Holland, Belgien, in England und Frankreich, in Spanien, Italien, in Ungarn und in Übersee, überall raucht man TURMAC. Jetzt führen auch die guten deutschen Fachgeschäfte die Standard-Marke:

TURMAC ROUGE

PACKUNG **60** PFENNIG



*Wagenführ, Dr. Horst: Forschungsstätten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im deutschen Sprachgebiet.* Nürnberg 1930. Verlag der Hochschulbuchhandlung Kriese & Co. 111 S. — Preis 3,50 RM.

Um die wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit zu fördern und die Öffentlichkeit mit den deutschen Forschungsstätten bekannt zu machen, sind in der Broschüre die wichtigsten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institute und Seminare (über 200) zusammengestellt worden. Die Angaben, die das Ergebnis einer Rundfrage darstellen, beziehen sich u. a. auf: Gründungsjahr, Zweck, Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Büchereien, Archive und Jahresetat.

*Feuchtroenger, Rechtsanwalt Dr. oec. publ. Sigbert: Der Staat und die freien Berufe. Staatsamt oder Sozialamt?* Königsberg i. Pr. 1930. Ostpreußische Druckerei und Verlagsanstalt. 86 S. — Preis 1,50 RM.

Die freien Berufe in ihrer Beziehung zur Wissenschaft, zum Gesetzgeber und zur Rechtsprechung — Das Wesen des Sozialamts — Der Anwalt, der Arzt, der Notar — Tatsache und Grundsätze der Konkurrenz zwischen Staat und freien Berufen — „Kalte“ oder „trockene“ Verstaatlichung — Unlauterer behördlicher Wettbewerb — Das Verstaatlichungsproblem — Der Gerichtsvollzieher — „Rentabilität“ und „Wirtschaftlichkeit“ im Staatshaushalt; Staatsmonopole — Die freien Berufe als Glied im System der modernen Selbstverwaltung — Pressefreiheit, richterliche Unabhängigkeit und Selbstzucht — Bücherrevisoren, Patentingenieure, Landmesser.

*Möring, Dr. Oswald, dipl. agr.: Neue Ziele und Wege der Mechanisierung.* Berlin 1930. Verlag Carl Schmalfeldt GmbH. 55 S. — 2,30 RM.

Voraussetzungen der Mechanisierung der Landwirtschaft — Dungfahrten und Streuen — Dreschen — Pflug- und Bestellarbeiten — Kartoffelbearbeitung und -ernte — Rübenernte und -ernte — Heu- und Getreideernte — Der Mähdrescher.

## Zeitschriften - Literatur

*Landmann, Julius: Kurzfristige Auslandsverschuldung — ein Problem der inneren Kapitalpolitik?* Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 63. Band, 1930, S. 1.

Zur Erklärung von plötzlichem Geldmarktkrisen, wie sie in Deutschland im September vorigen Jahres, im Frühjahr 1929 und vor dem Krieg bei der Marokkokrise von 1911 einsetzten, zieht man meistens politische Machenschaften des Auslands durch ökonomisch unmotiviertes und die außenpolitische Stellung gefährdendes Zurückziehen der kurzfristigen Gelder heran. Landmann bestreitet diese These. Im Mai 1911 hat das Scheitern lang vorbereiteter Auslandsemissionen in Frankreich die Banken aus Liquiditätsrücksichten zu stärkeren Abziehungen der im Ausland (nicht allein in Deutschland) untergebrachten Kurzkredite gezwungen. Die geringen Mittel des deutschen Geldmarkts wurden darüber hinaus durch eine große preußische Schatzscheinemission in Anspruch genommen, und da die Reichsbank aus Prestigerücksichten eine not-

wendige Diskonterhöhung lange Zeit verschleppte, wurde eine Katastrophe erst durch eine beruhigende Erklärung des Auswärtigen Amtes über prinzipielle Einigung im Marokkokonflikt vermieden, von der man aber aus den neuen Aktenpublikationen weiß, daß sie nicht aus Rücksichten auf den Geldmarkt erfolgt ist. — Im Jahre 1929 ist der Reichsbankdiskont trotz dagegensprechender Entwicklung der Zahlungsbilanz gesenkt worden. Das Resultat waren normale Goldabzüge, verschärft erst durch stärkere deutsche Devisennachfrage für die Kapitalflucht. Das Gesamtangebot an kurzfristigem Auslandskapital ist nach Angaben von Banken in der kritischen Zeit nicht kleiner gewesen als zu Beginn des Jahres, so daß auch damals nicht die französischen Kreditzurückziehungen entscheidend für die Verwirrung auf dem deutschen Geldmarkt und für die Schwenkung der deutschen Reparations-Delegation waren. Ganz allgemein wird der Devisenmarkt in einer Vertrauenskrise nicht nur von kurzfristigen Auslandsschulden bedroht, sondern auch von Devisenkäufern im Inland und langfristigen Auslandsverpflichtungen, soweit sie mobilisierbar sind. Daraus ergibt sich die Pflicht zu erhöhter Liquidität für die inländischen Banken, die ihrerseits wieder vom Umfang der inländischen Kapitalbildung in Form von Bankguthaben — und damit auch von der inneren Kapitalpolitik — abhängig ist. Soll die kurzfristige Auslandsschuld eingeschränkt werden, so ist dies weitgehend möglich durch Änderung der Anlagevorschriften der staatsbeaufsichtigten Kreditinstitute in Richtung stärkerer Bevorzugung kurzfristiger Anlagen. Darüber hinaus bietet die Emission von Bankobligationen Gelegenheit, die Beanspruchung der für eigentliche Kurzkredite in Deutschland zur Verfügung stehenden Gelder zu vermeiden.

E. D.

*Liefmann: Zur Beurteilung der Kapitalanlage-Gesellschaften. (Investment Trusts.)* Sparkasse, 51. Jahrgang, Nr. 2 vom 15. Januar 1931, S. 25.

Liefmann tritt der regen literarischen Propaganda für Erleichterung der Gründungen von Investment Trusts entgegen. Er leugnet, daß diese Einrichtungen anderswo von Nutzen sein können als in kapitalgesättigten Ländern — dort mit Rücksicht auf die Kapitalanlage im Ausland. Es besteht Gefahr, daß sie zu Übernahmegesellschaften für zweifelhafte Gründungen, Finanzierungsgesellschaften oder Effektenhandelsgesellschaften mit starkem Risiko ausarten. Die Gleichmäßigkeit der Erträge durch zeitlichen Risikoausgleich ist nicht erwiesen. Allenfalls in der Depression sind die Investment Trusts von gewissem Wert, während sie in der Hochkonjunktur zu Übersteigerungen und Kurstreibern führen. Auch für die besonderen deutschen Verhältnisse hält Liefmann diese Art von Effektsubstitution (durch Industrieschaften u. ä.) für wenig aussichtsreich; sie ist weder geeignet, etwa antikapitalistische Kreise in stärkerem Maße zur industriellen Kapitalbildung heranzuziehen, noch kann sie die Kapitalflucht hemmen. Der Kleinkapitalist hat heute in hochverzinslichen Pfandbriefen und Obligationen auch ohne diese neu zu schaffenden Organisationen Auswahl genug.

E. D.

## Marktberichte

### Die Konjunktur

Am 3. Februar ist der Reichstag wieder zusammengetreten. Die Nervosität, mit der allgemein seine Sitzungen verfolgt werden, ist ein Kennzeichen dafür, daß sich die politische Atmosphäre in den langen Wochen seiner Ferien keineswegs geklärt hat. Auch die geschickten Ergänzungen der Geschäftsordnung des Reichstags schließen die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums gegen das Kabinett Brüning nicht aus. Die Börse allerdings, die auf Stimmungsmomente prompt und deutlich zu reagieren pflegt, hat sich in den letzten Tagen wesentlich erholt. Sie rechnet anscheinend mit einer ruhigen Entwicklung der politischen Verhältnisse.

Anders ist die Lage auf sozialpolitischem Gebiet. Die wachsende Arbeitslosigkeit und die Bestrebungen nach weiteren Lohnsenkungen verschärfen die sozialen Spannungen immer mehr. In wichtigen Industriezweigen (z. B. in der Holz- und der Schuhindustrie) sind die bestehenden Tarifverträge gekündigt worden; neue Lohnverhandlungen



haben begonnen. In anderen Gruppen und Bezirken sind offene Lohnkämpfe ausgebrochen, die z. T. erst nach längerer Dauer beigelegt werden konnten (so z. B. bei den Bembergfabriken in Barmen). Am schwersten ist gegenwärtig der Konflikt in *Duisburg-Meiderich*. Der Betrieb der dortigen Hütte der Vereinigte Stahlwerke AG sollte Mitte Februar stillgelegt werden. Auf Anregung der Stadtverwaltung haben sich aber die Stahlwerke bereit erklärt, das Werk acht Monate hindurch in Betrieb zu halten und sogar nicht mehr als höchstens 10 % Feierschichten einzulegen; Bedingung für dieses Angebot war jedoch, daß eine *Lohnsenkung um 20 %* durchgeführt würde. Da die Hütte bisher 7000 Personen beschäftigt, und da eine Lohnsenkung zur Voraussetzung hat, daß der Bezirk Meiderich aus dem Tarifgebiet der „Nordwestlichen Gruppe“ herausgenommen wird, haben sich die Gewerkschaften scharf gegen diesen Plan zur Wehr gesetzt. Sie befürchten, daß eine Durchführung des Projekts — so schmackhaft es auch durch die Garantie der Beschäftigung gemacht wird — als Präzedenzfall für Lohnsenkungen ähnlichen Ausmaßes und als Beginn einer Bewegung zur Lockerung der großen einheitlichen Tarifgebiete aufgefaßt werden könnte. In dem Vorgehen der Vereinigten Stahlwerke erblicken sie einen Verstoß gegen die bisher geltenden Grundsätze des Tarifsystems.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Regelung der Arbeitszeit sind zwei Ereignisse, die kurz nacheinander bekannt wurden: In der Tabakindustrie ist die Fünftage-*Woche* eingeführt worden, und in der Berliner Metallindustrie wurde ein Abkommen über Kurzarbeit für Angestellte abgeschlossen. Der Übergang von der 48-Stunden-*Woche* zur *42 1/2 stündigen Arbeitszeit* ist nicht nur deshalb interessant, weil er in einem ganzen Industriezweig einheitlich durchgeführt wird — ähnliche Regelungen finden sich bisher nur bei einzelnen Betrieben —, sondern vor allem deshalb, weil ein wenigstens partieller *Lohnausgleich* mit ihm verbunden ist: Die Arbeiter verdienen zukünftig in *42 1/2 Stunden* ebensoviel wie bisher in *45 Stunden*. Die Regelung wurde — nach dem Muster der Ford-Betriebe — so getroffen, daß Sonnabends nicht gearbeitet wird. Mit der „Fünftage-*Woche*“, wie sie in *Rußland* eingeführt wurde, hat dieses System übrigens nichts zu tun: In *Rußland* ist aus dem doppelten Bestreben, die Kapitalien (Anlagen) besser auszunutzen und gleichzeitig das Sonntagsfest abzuschaffen, eine Regelung der Art getroffen worden, daß an jedem Tag des Monats ohne Unterschied jeweils fünf Sechstel der Arbeiter tätig sind, während das restliche Sechstel umschichtig frei hat. In Deutschland (und Amerika) ist gerade eine *geringere* Ausnutzung der Betriebsanlagen die notwendige Folge der Fünftage-*Woche*.

Zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Angestelltengewerkschaften wurde ein Abkommen über die Einführung der *Kurzarbeit für Angestellte* mit entsprechender Gehaltskürzung getroffen. Es ist durch ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts veranlaßt, nach dem Gehaltsminderungen bei Kurzarbeit nicht gegen die Unabdingbarkeit von Tarifverträgen verstoßen. Das vereinbarte Monatsgehalt stellt also nicht — wie bisher nach allgemein herrschender Auffassung — ein Mindestgehalt dar. Die Begründung dieses wichtigen Urteils, das für die Lage der Angestellten von größter Bedeutung werden kann, ist noch nicht veröffentlicht worden. In dem neuen Abkommen der Berliner Metallindustrie sind gewisse Hemmungen gegen eine allzu weite Anwendung der Kurzarbeit und Gehaltsminderung vorgesehen; insbesondere darf der Abzug vom Gehalt 15 % nicht überschreiten. —

Die Zahl der *Insolvenzen* lag im Januar wesentlich über dem Stand vom Dezember vorigen Jahres. Man wird mit einer Erhöhung der Konkurszahl um 25 % und der Zahl der Vergleichsverfahren um etwa 8 % rechnen müssen. Diese Steigerung entspricht jedoch ungefähr dem saisonüblichen Anstieg; sie ist ebenso hoch wie im vorigen Jahr. Eine konjunkturelle Erhöhung der Insolvenzzahlen ist

nicht eingetreten: Die Zahlen halten sich etwa auf demselben Niveau wie im vorigen Jahr. Eine „Reinigungskrise“ größeren Umfangs hat jedenfalls seit dem letzten Konjunkturumschwung nicht stattgefunden. Es bestätigt sich der Eindruck, daß die großen Gläubiger, insbesondere die Banken, keine umfangreichen Kreditkündigungen vornehmen, um ihre Kunden nicht in den Konkurs zu treiben.

## Der Geld- und Kapitalmarkt

### Der Januar-Ultimo

Der *Januar-Ultimo* ist entgegen der saisonmäßigen Tendenz infolge der vorangegangenen Devisenabzüge nicht leicht verlaufen. Trotz eines weiteren Rückgriffs auf die Giroguthaben, durch den das Konto weiter um 188 auf 267 Mill. RM vermindert wurde, ergab sich die Notwendigkeit, 287 Mill. Wechsel, 105 Mill. Lombards und 76 Mill. Reichsschatzwechsel hereinzunehmen, also die *Ausleihungen* um 468 (im Vorjahr um 364) Mill. zu vermehren. Außerdem haben die *sonstigen* Aktiven nach Abzug der Rentenbankscheine, die darunter verbucht sind, um 80 (im Vorjahr um 53) Mill. zugenommen. Gleichwohl blieb der Geldmarkt bis in den Februar hinein *angespannt*. Noch am 4. Februar zahlte man für *tägliches Geld* 6—8 und für *Monatsgeld* 6—7 %. Auch die vor dem Ultimo auf 4 % erhöhte *Privatdiskontnotierung* konnte noch nicht wieder herabgesetzt werden. Allerdings war es zu diesem Satze möglich, einige Schatzwechsel zum 15. Mai zum Verkauf zu bringen.

1931	Berlin				Frankfurt a.M.		
	Privatdiskont lange Sicht	Privatdiskont kurze Sicht	Tägliches Geld	Monats- geld	Waren- wechsel	Scheck- tausch	Waren- wechsel
29. 1.	4 7/8	4 7/8	4 1/2 — 6	6 — 7 1/4	5 1/4	4 1/2	5 1/4
30. 1.	4 7/8	4 7/8	5 1/2 — 7	5 3/4 — 7	5 1/4	5	5 1/8
31. 1.	4 7/8	4 7/8	6 — 7 1/2	6 1/2 — 7	5 1/4	5 3/4	5 1/8
2. 2.	4 7/8	4 7/8	6 — 7 1/2	6 1/2 — 7	5 1/4	6	5 1/8
3. 2.	4 7/8	4 7/8	6 — 7 1/2	6 1/2 — 7	5 1/4	5	5 1/8
4. 2.	4 7/8	4 7/8	5 3/4 — 6	5 3/4 — 7	5 1/4	4 1/2	5 1/8

### Geldverknappungspolitik der Bank von England

Die Devisenabziehungen waren Ende Januar nach der eingetretenen *Erweiterung des Abstands zwischen deutschen und ausländischen Zinssätzen* zum Stillstand gekommen. Der Reichsbank-Ausweis von Ende Januar zeigt sogar eine kleine Zunahme um 4 auf 199 Millionen bei unverändertem Goldbestand. Nachdem die Rückzahlungen fälliger Auslandskredite erfolgt waren, trat im neuen Monat sogar eine *Entspannung der Devisenkurse* ein. Der Dollar fiel in Berlin bis zum 4. Februar auf 4,2040, der Franc auf 16,4840. Nur das Pfund behauptete sich auf 20,4280 als Folge seiner internationalen Festigkeit, die dadurch herbeigeführt wurde, daß die Bank von England durch *Wechselverkäufe* aus ihrem Portefeuille den Markt verknappte und den Privatdiskont bis auf 2 % versteifte. Es ist ihr auf diese Weise gelungen, das Pfund gegenüber dem französischen Franc auf 123,92 zu heben und damit die *Goldabflüsse zum Stillstand zu bringen*. Französische Banken wurden durch die erhöhte Zinsfußdifferenz bewogen, ihre Guthaben in England wieder zu verstärken, und entfalteten zu diesem Zwecke eine Pfundnachfrage. In Paris sank der Privatdiskont gleichwohl auf 1 1/2 %, in Holland auf 1 3/16, in Zürich auf 1 %, und nur in den Vereinigten Staaten trat teilweise infolge der Anziehungskraft des englischen Privatdiskontsatzes eine *Wiedererhöhung der Bankakzepte* um 1/2 % auf 1 1/2—1 3/4 % ein.

Berlin Mittelkurs:	29. 1.	30. 1.	31. 1.	2. 2.	3. 2.	4. 2.
New York.....	4.209	4.209	4.208	4.207	4.206	4.204
London.....	20.44	20.44	20.43	20.43	20.43	20.43

### Kurzfristiger Reichskredit mit französischer Beteiligung

Für Geldmarkt und Reichsbankstatus in Deutschland könnte eine Transaktion Bedeutung gewinnen, die jetzt in Vorbereitung ist und darauf hinausläuft, die Übernahme von 150 Mill. RM *Reichsbahn-Vorzugsaktien* aus



der Hand des Reichs durch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte kurzfristig zu bevorschussen. Es handelt sich um einen Kredit von 32 Mill. \$, der sich auf sechs Länder verteilen soll. Die Laufzeit beträgt bis zu anderthalb Jahren. Diesmal werden voraussichtlich auch wieder *französische Banken* beteiligt sein, und zwar mit annähernd einem Drittel. Allerdings wünschen die Franzosen selbst für einen so geringen Betrag und auf eine so kurze Frist eine Art *Rediskontierbarkeit*. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß der Kredit an diesen Wünschen noch scheitert, zumal die neue französische Regierung bereits ihr Einverständnis mit der Beteiligung französischer Banken erklärt hat.

#### Ausgebliebene Anleiheaison

Im Januar sind nur 28,5 Mill. Anleihen in Deutschland begeben worden. Dabei handelt es sich ausschließlich um *mittelfristige* Papiere, und allein auf die im letzten Geldmarktbericht erwähnte Schatzanweisungsemission der Stadt Frankfurt a. M. entfallen davon 20 Mill. RM. Trotz der anfänglichen Belegung auf dem Anleihemarkt, die infolge des Kupontermins eingetreten ist, haben sich die Anleihekurse auch im Januar nicht verbessert. Die Rendite ist im Laufe des Monats noch einmal um  $\frac{1}{2}\%$  gestiegen. Nur auf den ausländischen Rentenmärkten ist im Zuge der internationalen Rentenhausse eine stärkere Erholung auch der deutschen Werte eingetreten.

## Die Warenmärkte

Während der letzten Wochen haben auf allen

#### Kolonialwarenmärkten neue Rückschläge

stattgefunden. Sie sind beim *Zucker* wohl in erster Linie damit zu erklären, daß der sogenannte Chadbourne-Plan trotz aller Nachrichten aus Europa und Amerika immer noch nicht fertig geworden ist. Die Zustimmung der beteiligten europäischen Länder dürfte (unter Vorbehalt des Beitritts Kubas und Javas) endgültig sein; aber die javanischen Außenseiter haben sich noch nicht geäußert, und auch ein förmlicher Beschluß der Pflanzervereinigung liegt noch nicht vor. Berechnungen, wie etwa die folgende, daß ohne das Chadbourne-Abkommen jährlich rund  $7\frac{1}{2}$  Mill. t für den Weltmarkt verfügbar werden, während es nach seiner Annahme nur  $4\frac{1}{2}$ — $4\frac{3}{4}$  Mill. t sein würden, blieben deshalb um so mehr ohne Eindruck, als die letzte Willett & Gray'sche Weltermteschätzung zu dem Ergebnis kommt, daß selbst unter Einsetzung Kubas mit einer auf  $3\frac{1}{2}$  Mill. t eingeschränkten Erzeugung die Gesamt-Weltermte um  $1\frac{1}{4}$  Mill. t höher ist als im vorigen Jahr. Dabei ist überdies Rußland noch nicht berücksichtigt, das kürzlich durch eine Londoner Maklerfirma große Posten Zucker nach Indien verkauft haben soll — ein Vorgehen, das auf den Weltmarkt selbstverständlich sehr verstimmend gewirkt hat. Nach einer Meldung aus Havana ist das Dekret des Präsidenten Machado über eine Einschränkung der Zuckerproduktion um 3,12 Mill. t (= 33 %) in Kraft getreten.

Auch die letzten Meldungen über die brasilianische *Kaffeestützung* sind wieder reichlich unklar. Eine der in Frage kommenden Drahtungen erklärte übrigens, daß der Handel in der neuen Ernte ab Juli frei sein werde. Der Markt ist unsicher und neigt zur Schwäche.

Dasselbe gilt von *Kautschuk*. Während der letzten Wochen haben sich zwar die Verhältnisse sichtbar nicht geändert; aber man glaubt aus der Tatsache, daß die Ausfuhr der großen Pflanzungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 gegenüber der ersten Hälfte und gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, schließen zu müssen, daß die vielversprochenen Einschränkungen vorläufig ohne Erfolg seien. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Umlegung von Eingeborenland von Kautschuk auf Reis kaum in großem Umfang durchgeführt werden könne, weil sie schwierig und teuer sein würde; überdies ist freies Land reichlich vorhanden.

Während der Berichtswoche war

#### eine gewisse Festigkeit der Getreidemärkte

unverkennbar. Zum Teil hing sie wohl mit stärkeren Käufen Ostasiens in Australien zusammen, zum Teil hatte sie einen mehr technischen Grund, der für die Zukunft auch einmal nach der anderen Seite wirken könnte: In den *kanadischen* Hafenplätzen macht sich nämlich eine gewisse *Weizenknappheit* bemerkbar, die man mit schlechten Dispositionen des Pools und des Handels in der besonders verworrenen Zeit des Frühherbstes erklärt; beim Aufgehen der Wasserwege, also etwa im April, würde sich aber der Verkaufsdruck des kanadischen Weizens auf einmal und besonders stark bemerkbar machen. In der *Union* stützt das Farmamt die Sichten der alten Ernte weiter. Es hat aber anscheinend in der letzten Zeit das Bedürfnis verspürt, sich sozusagen ein „Alibi“ zu schaffen: Seine Leiter haben mehrfach erklärt, daß sich eine Stützung des Marktes selbstverständlich nicht durchführen lasse, wenn der Weizenanbau nicht eingeschränkt werde. Über den Anbau ist aber die Entscheidung eigentlich schon im Herbst gefallen (die Anbaufläche blieb unverändert); denn im Gegensatz z. B. zu Kanada tritt der Sommerweizenbau in der *Union* hinter dem Winterweizen stark zurück. Übrigens hat einer der bedeutendsten internationalen Sachverständigen, Georg Broomhall, erst in diesen Tagen dem Stützungsversuch des Farmamts ein böses Ende prophezeit.

In *Deutschland* sind die Vermahlungsquoten für die zweite Hälfte des Erntejahres auf einmal, und zwar von 75 auf 50 % absteigend, festgelegt worden. Das ist für die Verarbeiter zweifellos angenehmer als die bisher übliche Feststellung von Monat zu Monat. Den Weizenmarkt hat diese Maßnahme deutlich befestigt, weil bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zolls noch eine beträchtliche Spanne bis zur Rentabilität der (irgendwann sicher einmal nötigen) Einfuhr überwunden werden muß. Gelegentlich soll der Markt allerdings auch wieder leicht gestützt worden sein, ähnlich wie das — infolge des ungewöhnlich schlechten Mehlgeschäftes — beim Roggen ohne merkbaren Erfolg geschehen sein soll.

#### Die Schwäche der Metallmärkte

hat in der Berichtswoche angehalten, die Kurse aller wichtigen Metalle sind langsam und fast ohne Rückschlag abgebrockelt. Bemerkenswert war die Entwicklung des *Kupferpreises*. Das Kartell hatte versucht, den Markt durch ganz kleine Aufschläge für Abladung in späteren Monaten etwas anzuregen; dieser Versuch ist jedoch völlig mißglückt, so daß die Aufschläge bei der letzten allgemeinen Preisermäßigung wieder fallen mußten. Besonders schlecht soll der Absatz in der *Union* sein; aber auch die europäischen Käufe waren sehr gering. Es ist bezeichnend für den Wandel der Lage gegenüber früheren Jahren, in denen häufig Standardkupfer zur Umwandlung in Elektro nach Amerika genommen wurde, daß jetzt in steigendem Maße Best-Selected und sogar Elektro-Kupfer gegen Lagerschein in die englischen Lagerhäuser geht. Eine englische Fachzeitschrift bemerkt dazu: „Im Augenblick sieht es so aus, als ob für einige Zeit raffiniertes Kupfer die Grundlage des Standardmarktes bilden würde.“

Einem besonderen Druck scheint zur Zeit auch der *Blei*-markt zu unterliegen, wo große Verladungen mit kleiner Nachfrage zusammentreffen; vor allem wird auch auf das schlechte Geschäft der Kabelwerke verwiesen. Wieder wird ziemlich viel Blei auf Lager genommen, und dem Pool wird es anscheinend schwer, seine Herrschaft über den Markt aufrechtzuerhalten.

Beim *Zink* war der Preisrückgang nicht gerade groß, aber doch recht merkbar. Überdies sollen nach der Fachpresse zahlreiche Hausse-Positionen auf diesem Markt bestehen.

Der *Zinn*markt war bei kleinen Schwankungen ausgesprochen lustlos. Hier scheinen die Hütten insbesondere Ostasiens ihre Verkäufe zu forcieren, um möglichst gefüllte Auftragsbücher zu haben, wenn es zu einer all-



gemeinen Betriebseinschränkung kommt. Auch Silber, Antimon usw. standen unter Druck, der sich allerdings auf dem Quecksilbermarkt bisher in den Notierungen noch nicht hat auswirken können. — Von der

### Londoner Wollversteigerung

wird berichtet, daß die Kauflust in der letzten Woche etwas größer geworden sei. Das könnte aber durchaus mit dem früheren Schluß der Versteigerung zusammenhängen; denn das sonstige Marktbild zeigt keine Zeichen wesentlicher Erholung. Dagegen hat sich

### die leichte Besserung der Baumwollpreise

weiter fortgesetzt, ohne daß allerdings neue Tatsachen zu ihrer Erklärung bekanntgeworden wären. Der Markt wartet ab, über die Haltung des Farmamtes sieht man nicht klar. Auch bei dieser Ware scheint es nicht zu der gewünschten großen Einschränkung der Anbaufläche zu kommen.

## Die Effektenmärkte

### Berliner Börse

*Fest auf Deckungen und optimistische Beurteilung der Innenpolitik*

Die Berliner Börse verkehrte fast die ganze Woche hindurch in fester Haltung. Am Mittwoch konnte man sogar von einer ausgesprochenen Hausse sprechen. Hauptanlaß dafür war eine bessere Beurteilung der innenpolitischen Lage. Die Börse glaubt, daß es der Regierung gelingen werde, den Etat von 1931 auf parlamentarischem Wege durchzubringen und daß ein solcher Erfolg nicht ohne günstige Rückwirkung auf die kreditpolitische Beurteilung der deutschen Verhältnisse durch das Ausland sein werde. Schon jetzt scheint sich namentlich in Frankreich eine bessere Stimmung für Geschäfte mit Deutschland zu zeigen. Als symptomatisch dafür sieht man die Beteiligung französischer Banken an der bekannten Zwischenfinanzierung von Reichsbahn-Vorzugsaktien durch das Reich an, die jetzt wohl als gesichert betrachtet werden kann. Auch sonst scheinen mancherlei Fäden zum französischen Kapitalmarkt neu angeknüpft zu werden, so z. B. von der Prag-Gruppe anlässlich der Finanzierung der von der Stadt Berlin zu übernehmenden Gas- und Elektrizitätsbeteiligungen (vgl. S. 296). Diese bessere Stimmung führte für eine ganze Reihe internationaler Werte zu Käufen des In- und Auslands, die vielfach nicht unbeträchtlich waren. Soweit die ausländischen Käufe aus Holland, Österreich und der Tschechoslowakei erfolgten, sah die Börse darin in der Hauptsache Deckungen, da in diesen Ländern eine rege Baisse-Spekulation bestand. Aber auch aus Paris und aus der Schweiz liefen Kaufordern ein, so namentlich in Elektrizitätswerten. Der Zusammenbruch zweier Berliner Bankfirmen (Paul Krause & Co. und S. Walter & Co.) blieb gegenüber diesen anregenden Momenten ohne Eindruck, da die Firmen nur unbedeutende Börsenpositionen unterhielten. Auch aus einigen kleineren Bankinsolvenzen im Reich (z. B. I. Hermann, Würzburg) kam nicht viel Effektenangebot auf den Markt. Da sich in vielen Papieren erheblicher Materialmangel geltend machte, waren die Kurssteigerungen zum Teil beträchtlich.

Besonders fest waren Elektrowerte, und hier namentlich Siemens, die bis 170 % stiegen und damit über 20 % gewannen. Die Beibehaltung der Dividende von 14 %, an der man noch bis zuletzt gezweifelt hatte, regte an. AEG-Aktien konnten dagegen nur wenig in Kurse gewinnen, da die Bilanz mit ihren starken Gewinnrückgang andererseits und dem erheblichen Effekenzugängen einerseits nicht sehr günstig beurteilt wurde. Bergmann, Gesfürel und Licht und Kraft überschritten nach längerer Pause am Mittwoch wieder den Paristand. Auch Schuckert befestigten sich, obwohl die Dividende, entsprechend dem Dividendenrückgang bei Siemens-Schuckert, nur auf 9 bis 10 % geschätzt wird, gegen 12 % für das letzte Jahr.

Stark erholt waren ferner Kunstseidenwerte, weil die Börse von günstigerer mengenmäßiger Entwicklung des Absatzes wissen wollte; die dabei erzielten Preise dürften aber noch unbefriedigend sein. AKU lagen mit 58 um über 10 % höher. Wesentlich befestigt waren ferner Schiffahrtswerte. Auch Linoleum überschritten wieder den Paristand.

Auf dem Markt für Bankwerte waren vor allem Berliner Handelsgesellschaft befestigt. Die Dividende wird jetzt auf 9 % geschätzt, gegen 12 % für 1929, nachdem man vor kurzem nur noch mit 8 % rechnen zu können glaubte.

Montanwerte machten von der allgemeinen Befestigung keine Ausnahme, obwohl die Vereinigten Stahlwerke ihre Dividende auf 4 % ermäßigt haben (gegenüber 6 % im Vorjahr) und die nach der Eisenpreis-Ermäßigung einsetzende Absatzbelebung schon wieder abzuflauen scheint. Besonders fest lagen Mitteldeutsche Stahlwerke, wobei wohl immer noch die geplante Abstößung des Oberhütten-Paketes nachwirkt (vgl. Nr. 5, S. 252).

Auch auf dem Rentenmarkt herrschte eine freundliche Stimmung. Aus dem Ausland wurden Reichsschuldbuchforderungen gefragt, die daraufhin größere Kursgewinne erzielen konnten. Auch zeigte sich gute Nachfrage für 8 %ige Hypothekenspfandbriefe. Die Banken berichten von einem ziemlich günstigen „Schaltergeschäft“.

### Frankfurter Börse

Die Erholung des Frankfurter Markts hat sich mit einigen durch Gewinnmitnahmen der Kulisse bedingten Schwankungen — besonders zu Ende der Berichtszeit — in sehr schnellem Tempo fortgesetzt, so daß es schließlich zu einer seit langem nicht mehr erlebten Hausse kam, die sich auf alle Großmärkte erstreckte; es traten Kurssteigerungen von 5—10 % ein. Neben Deckungen der noch immer stark engagierten Kontertermine waren Käufe und Prämientransaktionen (auf kurze Sicht) der Inlandskundschaft die Ursache dieser überraschenden Bewegung; auch das Ausland kaufte. Das Vertrauen in die weitere Entwicklung der Politik und der Wirtschaft ist im Wachsen. Man hofft auf französisches Kapitalinteresse und kam später zum Bewußtsein des Tiefstandes der deutschen Aktienkurse.

Dabei wirkte auf dem Elektromarkt der Siemens-Abschluß nach, ebenso die Dividende der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft. Die Farben-Aktie zog erheblichen Nutzen aus günstigen Nachrichten über die amerikanische Konzernfirma, ferner aus der möglichen Interessierung an der italienischen Acna. In Linoleum-Aktien gab es zunächst einen Rückschlag, da sich der Abschluß der Aktientransaktion zwecks Lombardauslösung verzögerte; doch soll dieser Abschluß nun für die nächste Woche bevorstehen, so daß das Papier den Parikurs wieder überschreiten konnte. Die Aktie der Scheideanstalt zog nach dem Dividendenabschlag von 117 auf etwa 122 % an. Hochtief waren fest bis 63 nach 59½ % in Erwartung von wieder 7 % Dividende (bei vermindertem Inlands-, aber erhöhtem Auslandsgeschäft). Eßlinger Maschinenfabrik kamen nach Briefstreichung mit 50 nach 34 % wieder zur Notiz (später 32 %). Thüringer Elektrizitäts-Lieferung fanden nach langer Vernachlässigung plötzlich Interesse, die Nachfrage konnte am 4. Februar bei 70 nach 65½ % nur mit etwa 50 % befriedigt werden.

Auf dem Einheitsmarkt war für einige Werte Interesse, so unverändert für Chemische Goldenberg auf die bekannte Liquidationsfrage, (85 nach 80 RM), ferner u. a. für Unterfranken, die nach Geldstreichung mit 87 nach 85 % (später aber wieder nachgebend) notiert wurden. Auch in Voigt & Haeffner, deren Kursverhältnisse dauernd von besonderen Umständen beeinflusst werden, war eine leichte Erhöhung von 146 auf 148 % zu verzeichnen. Mangels Angebot blieben Strohstoff, Dresden, bei 120 % Taxe nach 114¼ % ohne Kurs. Ohne Interesse bei fehlender Aufnahme waren erneut Frankona-Versicherung; die Schätzung ging auf 93 RM gegen zuletzt 100 RM zurück. Auf dem Markt der kleineren und mittleren Industrierwerte waren ohne



Aufnahme dauernd oder zeitweilig gestrichen Voltom (später 30 %), Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, Schnellpressenfabrik Frankenthal (später 17½%), Tricotwarenfabrik Besigheim (später 32 nach 44 %), Zementfabrik Karlstadt, Emelka, Werger Brauerei (später 102 nach 114,20 %), Schneider & Hanau, Ludwigshafener Walzmühle (später 62 nach 63 %), Broncefarbenwerke Schlenk, Vereinigte Werkstätten. Im freien Verkehr waren Wronker-Aktien angeboten. Auf dem Rentenmarkt wirkte sich das neue Transfer-Moratorium Mexikos (vgl. S. 300) in wiederholtem Angebot aus, besonders der Kurs der 5%igen Silberanleihe war erheblich gedrückt.

	29. 1.	30. 1.	31. 1.	2. 2.	3. 2.	4. 2.
<b>Dt. Effecten- u. Wechselbank</b>	94 1/2	94 1/2	91 1/2	91 1/2	91 1/2	95
Frankfurter Bank	91	91	91	91	91	91
Frankfurter Hypotheken-Bank	138 1/2	138 1/2	138 3/4	138 3/4	140 1/2	141
Cementwerk Heidelberg	65 1/2	65	61/4	61/2	61/2	69
Schleifanstalt	115	—	117	120	121	122
Frankfurter Hof	41 1/2	4 1/2	—	40	40	40
Hanfwe. Püßen-Immenstadt	45	—	—	44 1/2	44 1/2	45
Henniger Brauerei	—	112	113	115	60 1/2	68
Bochler	69 1/2	69 1/2	69 1/2	69 1/2	69 1/2	73
Holzmann	68 1/2	69 1/2	70	70	—	68
Main-Kraftwerke	—	66	68	69	68	68
Metallgesellschaft	—	62 3/4	65	—	68	68 1/2
Maschinenfabrik Moens	21	21	22	22	22	23
Ludwigshafener Walzmühle	—	63	—	B	B	62
Tellus. Bergbau u. Hüttenind.	46	41	46	46	45	45
Verein f. chem. Industrie	61	62	62 1/2	62	62	63 1/2

## Hamburger Börse

Auf dem *Schiffahrtsmarkt* waren die Umsätze anfangs recht unbedeutend. Gelegentlich traten zwar die früheren Käufer wieder in Erscheinung; das angebotene Material war aber nicht groß. Erst am Mittwoch setzte starke Nachfrage ein, die den Kurs für Hapag auf 62½, für Lloyd auf 64 trieb, so daß die beiden führenden Schiffahrtswerte gegenüber der Vorwoche 5 bzw. 6 % aufholen konnten. Offenbar ging der Anstoß zu dieser Bewegung von Deckungskäufen aus; sie wurden durch umfangreichere Käufe maßgebender Firmen unterstützt. An der Börse versucht man das Interesse bestimmter Kreise für Hapag- und Lloyd-Aktien damit zu erklären, daß die billig aufgenommenen Aktien dazu dienen sollen, die Freigabeansprüche der Aktionäre abzufinden. Wie weit diese optimistischen Überlegungen berechtigt sind, läßt sich kaum übersehen; es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß die Großreedereien, die ja bereits für das vorige Jahr einen gewissen Dividenerersatz aus der Freigabe zahlen, jetzt schon an eine darüber hinausgehende endgültige Ablösung der Freigabeansprüche denken. In *Hamburg-Süd Aktien* kam es nur zu geringfügigen Umsätzen. Der Kurs wurde gegen Schluß mit 128 um 13 % höher geschätzt, ohne daß eine Notiz zustande kam. Auch vorher kamen nur gelegentlich kleinere Beträge auf den Markt; die Nachfrage überwog stets das Angebot. *Hansa-Aktien* waren mit 100 nom. 5 % höher. Es besteht der Eindruck, daß der Kurs von Bremen aus künstlich zurückgehalten wird. Für *Woermann* und *Ostafrika-Linie* wurden verschiedentlich Geldkurse von 35 % genannt. Anscheinend haben sich die nahestehenden Banken für diese stark vernachlässigten Papiere interessiert. Der Briefkurs liegt unverändert bei 40. In *Flensburger* Werten kam keine Notiz zustande; für Flensburger von 1869 soll bei 58 Nachfrage vorhanden sein. — Von den sonstigen Verkehrswerten waren *Lübeck-Büchener* mit 49 etwas höher. Das herauskommende Material wird stets von derselben Seite aufgenommen, so daß sich die Gerüchte von Käufen für Rechnung der Reichsbahn verditet haben. *Hochbahn* waren mit 66¼ um 2 % höher. *Bergedorf-Geesthachter* wurden im freien Verkehr mit 35 angeboten.

*Bankwerte* waren kaum verändert. *Vereinsbank*, für die zur Zeit wenig Interesse besteht, waren mit 95 gut behauptet. Dasselbe gilt von *Hamburger Hypothekenbank*, die mit 137 gesucht waren. *Westholsteinische Bank* waren unverändert mit 172 gesucht; der günstige Abschluß, der bei unveränderten Rückstellungen und Abschreibungen wieder 12 % Dividende und 2 % Bonus gestattet, wurde allgemein beachtet. Schwächer waren *Schleswig-Holsteinische Bank*, die um 1½ auf 107½ nachgaben, und *Liquidations-Casse Hamburg*, die 5 % niedriger mit 60 gesucht waren.

*Karstadt-Aktien* waren wieder erheblichen Schwankungen unterworfen. Der Kurs ging anfangs um 4 % auf 54½ zurück, da Gerüchte von einem Dividendenausfall und von der Realisation eines größeren süddeutschen Aktienpakets auftauchten. Für beide Nachrichten fehlt aber bisher jede Bestätigung. Die Verwaltung weigert sich, etwas über die Dividendenaussichten zu sagen, nachdem sie sich im vorigen Jahr durch etwas impulsive Mitteilungen vorzeitig auf eine unveränderte Dividende festgelegt hatte. Diese Haltung dürfte aber keineswegs die Kombination über einen Dividendenausfall erlauben, der schon wegen der finanziellen Struktur und der etwa noch zu verfolgenden Pläne der Verwaltung keineswegs erwünscht wäre. Auch die süddeutschen Verkäufe sind wenigstens nicht in dem behaupteten Umfang beobachtet worden. Es kamen von verschiedenen Seiten einige hunderttausend RM Aktien auf den Markt, die von den Banken ziemlich glatt aufgenommen wurden. Am Schluß stieg der Kurs auf Deckungen wieder auf 60½.

*Brauereien*, die anfangs unter gewissem Druck lagen, konnten sich gegen Schluß leicht erholen. Holsten Brauerei waren mit 117 um 5 % höher, Elbschloß 81 (+ 3 %), Bavaria 135 (+ 2 %), Bill Brauerei 205 (+ 1 %). Recht fest lagen *Zementwerte*: Zement Hemmoor 115 G (+ 9 %), Alsen 105 G (+ 4 %) und Breitenburger 64 G (+ 3 %). Fester waren ferner Markt und Kühlhallen 108 (+ 7 %), Kühltransit 106 (+ 4 %), Harburg Phönix 48 (+ 3 %), Nordsee 131 (+ 3 %), HEW 104 ¾ (+ 2½ %), Wiemann Leder 105 (+ 1 %), Ruberoid 35 G (+ 1 %); niedriger lagen hingegen Nagel & Kaemp mit 82 (— 3 %).

Von den *Kolonialwerten* waren Ncu-Guinea mit 170 um 10 %, Dekage mit 33½ um 1 % und Samoa Kautschuk mit 49 um 1 % höher; niedriger lagen dagegen Deutsche Togo 92 (— 4 %), Doag 48 (— 3 %), Salitrera 90 (— 3 %). Von den sonstigen *Unnotierten* waren fester Deutsche Werft (auf voraussichtlich unveränderte Dividende) 86 (+ 5 %), Deschimag 21 (+ 2 %), Kaffee Hag 144 (+ 1 %); niedriger lagen Sloman 70 (— 5 %), Deutsche Petroleum 55 (— 3½ %), Deutsche Gasolin 36 (— 2 %) und Getreidelagerhaus 98 (— 2 %).

	29. 1.	30. 1.	31. 1.	2. 2.	3. 2.	4. 2.
Deutsch-Ostafrika-Linie	—	35G	—	—	30G	40B
Woermann-Linie	35G	35G	—	—	35G	—
Flensburger Dampfercomp.	135F	135F	139G	139G	130G	135G
Bavaria u. St. Pauli-Brauerei	215B	205B	205B	205B	205B	205B
Bill-Brauerei	—	—	—	—	—	—
R. Dolberg	89B	83B	82H	82B	82B	83B
Eisenwerk Nagel & Kaemp.	—	—	—	—	—	—
Flensburger Schiffsbau G.	—	—	—	—	—	—
Lederwerke Wiemann	15B	104G	105B	105B	105	105
Chem Hell & Stamer	—	—	—	—	—	—
Chem. Fabr. Harburg-Stadtfuri	341 1/2G	35	341 1/2G	341 1/2G	341 1/2G	341 1/2G
H. Schlinck & Cie.	80G	80G	80G	80G	80G	80G
Transp.-AG. (vorm. Hevecke)	41	43G	—	44G	44G	44G
Schwarzlauer Werke	100R	100R	100R	100R	100R	100R
Malzfabrik Hamburg	24B	24B	24B	24B	24B	24B
Schwarzlauer Werks.	50G	50G	50G	50G	50G	50G
Isalt-Gesellschaft	30G	30G	30G	30G	30G	30G
dt. Genußscheine	60G	60G	60G	60G	60G	60G
Deutsche Hand. u. PlanL. Ges.	40	40G	40G	40	40G	40G
dt. Genußscheine	—	—	—	—	—	—

## Pariser Börse

Die Situation auf der Pariser Börse hat in der abgelaufenen Woche eine bemerkenswerte *Konsolidierung* erfahren. Die stürmische Aufwärtsbewegung, die unmittelbar nach der Medioliqidation das gesamte Kursniveau in Fluß gebracht hat, scheint zwar für den Augenblick zum Stillstand gekommen zu sein; namentlich gegen Wochenende haben Gewinnrealisierungen zu einer leichten Abschwächung geführt. Dagegen blieb der Börse der Rückschlag, den man in den Finanz- und Bankkreisen nach dem stürmischen Tempo der Hausse befürchtet hatte, erspart. Die Abwicklung des Ultimos hat erneut die außerordentlich günstige Verschiebung der technischen Situation bestätigt. Die Baissepositionen haben zwar erheblich abgenommen, gehen aber noch immer über das normale Volumen beträchtlich hinaus. Das zeigte sich u. a. darin, daß das überreichlich angebotene Reportgeld wieder nur ¾ % erzielen konnte und daß für zahlreiche Werte auch diesmal recht bedeutende Depots notiert wurden. Unter diesen Umständen ließ — nachdem schon tags zuvor die Abwicklung der Prämien-Geschäfte auf die Tendenz stimu-



lierend gewirkt hatte — die Liquidation die Kurse noch weiter in die Höhe klettern. Am Montag folgte zwar eine leichte Reaktion, die zum Teil in dem Bedürfnis nach einer Atempause, zum Teil in den weniger günstigen Berichten aus London und New York ihre Ursache hatte. Schon am Dienstag setzte aber eine neue Haussewelle ein, so daß die Kurse durchweg über dem Niveau der Vorwoche schlossen. Ohne ein Dementi durch die weitere Entwicklung befürchten zu müssen, wird man die Angstpsychose, die mit dem Oustric-Krach eingesetzt und die besten französischen Papiere weit unter ihren effektiven Wert herabgedrückt hat, als endgültig überwunden ansehen können.

Die Lage auf dem Geldmarkt zeichnet sich weiter durch außerordentliche Flüssigkeit aus. Tägliches Geld kann kaum mehr als 1 % erzielen; Monatsgelder sind zu 1½ bis 1¾ %, Dreimonatsgelder zu 2 % reichlich angeboten. Die Pariser Großbanken haben infolgedessen den Zinsfuß für Kontokorrentguthaben neuerdings von 1 auf ½ % herabgesetzt. Der Goldbestand der Bank von Frankreich ist nach dem letzten Ausweis von 54,4 auf 55,04 Milliarden Fr angewachsen. Da jedoch gleichzeitig der Pfundkurs mit 123,91 leicht über den Goldpunkt gestiegen ist, dürften neue Goldimporte, für den Augenblick wenigstens, nicht zu erwarten sein. Jedenfalls hat man an maßgebender französischer Stelle die Nachteile der bisherigen Goldpolitik erkannt; in der dieser Tage abgehaltenen Generalversammlung der Bank von Frankreich hat Generaldirektor Moret mit allem Nachdruck die Notwendigkeit unterstrichen, Ventile für den Kapitalabfluß zu schaffen. Er erklärte, daß es nicht nur der Pflicht Frankreichs, sondern auch seinem eigenen Interesse entspräche, seinen Kapitalüberfluß den kreditbedürftigen Ländern zugänglich zu machen. Auch die französische Presse vertritt seit einiger Zeit mit erfreulicher Entschiedenheit die Forderung nach einer produktiven Anleihepolitik, die — wenn erst die Beruhigung der politischen Atmosphäre die Voraussetzung dafür geschaffen haben wird — sicher auch Deutschland zugutekommen wird. Schon jetzt macht sich bei den französischen Großbanken stärkeres Interesse für den deutschen Kapitalmarkt bemerkbar. Französisches Geld war an der Aufbringung des im Zusammenhang mit der Begebung von Reichsbank-Vorzugsaktien dem Reich gewährten Zwischenkredits beteiligt; auch im freien Verkehr zwischen den Banken sind neuerdings wieder mehrfach Kreditgeschäfte zustande gekommen.

Weniger günstig ist gegenwärtig die allgemeine wirtschaftliche Lage in Frankreich. Das neue Kabinett Laval, das in der Kammer eine Mehrheit von 54 Stimmen erhalten hat, mußte in seiner Regierungserklärung feststellen, daß Frankreich die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise gerade in dem Augenblick zu spüren bekommt, da anderwärts wieder Anzeichen einer beginnenden Besserung sichtbar werden. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist in der letzten Woche auf über 50 000 gestiegen; da aber nur wenige Gemeinden Subventionen zahlen, dürfte ihre Gesamtzahl mit 180 000 bis 200 000 kaum zu hoch gegriffen sein. Dazu kommen mehrere hunderttausend Kurzarbeiter, die sich vor allem auf die Automobil-, Textil-, Leder-, Schuh-, Papier- und Luxusindustrien verteilen. Der Rückgang des Eisenbahnverkehrs hat sich im abgelaufenen Jahr bei den großen Verkehrsgesellschaften in einem Betriebsdefizit von 1,2 Milliarden Fr ausgedrückt, das sich durch die Rückzahlung eines früher vom Staate gewährten Vorschusses auf 1,7 Milliarden erhöht. Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben beabsichtigt die Regierung, eine Erhöhung der Gütertarife um 10 %, der Personentarife um 24 % vorzuschlagen; es ist jedoch schon wegen der Rückwirkungen auf das Preisniveau wenig wahrscheinlich, daß das Parlament diese radikalen Vorschläge annehmen wird.

Die Börse hat diesen weniger günstigen Faktoren in der abgelaufenen Woche keinerlei Rechnung getragen. 3- und 4 %ige Renten haben neue Kursgewinne erzielt. Dagegen waren die höher verzinslichen auf die Ankündigung ihrer

baldigen Konvertierung gedrückt. Banken haben die in den Vorwochen erzielten Gewinne nicht nur konsolidieren, sondern teilweise noch erhöhen können. Chemische und elektrische Werte zogen nach vorübergehender Abschwächung kräftig an. Industriewerte waren ebenfalls befestigt, Petroleum- und Kautschukwerte hingegen vernachlässigt.

	28. 1.	29. 1.	30. 1.	31. 1.	2. 2.	3. 2.
3% Staatsrente <sup>1)</sup> .....	88,70	87,10	87,80	87,10	87,00	87,55
5% (1927) .....	108,00	108,20	108,30	106,35	106,95	108,70
Banque de France <sup>2)</sup> .....	18750	18950	19220	19210	18750	19000
Crédit Lyonnais <sup>3)</sup> .....	2665	2575	2640	2635	2600	2620
Banque de Paris et des Pays-Bas <sup>4)</sup> .....	2255	2255	2360	2325	2290	2360
Paris-Lyon-Méditerranée <sup>5)</sup> .....	1540	1535	1555	1500	1550	1564
Acieries de Longwy <sup>6)</sup> .....	1250	1275	1280	1310	1300	1335
Schneider & Cie (Creusot) <sup>4)</sup> .....	1730	1730	1739	1745	1730	1755
Mines de Lens <sup>3)</sup> .....	813	833	875	832	835	875
Cie. Paris. de Distrib. d'Électr. <sup>5)</sup> .....	2240	2230	2300	2350	2230	2335
Thomson-Houston <sup>3)</sup> .....	680	689	620	625	605	640
Établissements Kuhlmann <sup>4)</sup> .....	685	690	715	724	695	715
l'Air Liquide <sup>1)</sup> .....	1088	1084	1150	1163	1110	1175
Péchiney <sup>3)</sup> .....	2160	2200	2285	2250	2180	2265
Citroën <sup>3)</sup> .....	670	684	710	786	670	705

Nominalwert der Stücke: <sup>1)</sup> Fr 100, <sup>2)</sup> Fr 1000, <sup>3)</sup> Fr 500 <sup>4)</sup> Fr 400, <sup>5)</sup> Fr 250

## Londoner Börse

Der Ausweis der Bank von England vom 28. Januar gibt ein Bild davon, in welcher Weise diese Bank eine Erhöhung des Privatdiskonts durchgesetzt hat. Die Regierungssicherheiten haben sich um mehr als 8 Mill. £, Wechsel und Vorschüsse um 1,2 Mill. £ und Wertpapiere um 4,1 Mill. £ vermindert. Das erste Ergebnis der offenen Marktpolitik, die in diesen Veränderungen zum Ausdruck kommt, war tatsächlich ein Anziehen der Marktsätze. Indessen haben sich sehr bald die Grenzen dieser Politik gezeigt. Zunächst ist die Emission von Schatzwechseln zwar zu einem Durchschnittssatz von 2½ % vor sich gegangen; aber da die Firmen, die sonst überwiegend als Abnehmer der Schatzwechsel in Frage kommen, auf Wunsch der Bank von England ihre Angebote zu höheren Sätzen einreichen als normalerweise, ging ein Teil der Anlagen an Außenseiter verloren. Außerdem ist die Herrschaft der Bank von England über den Geldmarkt nicht mehr ganz so stark wie in der Woche vorher. Das hängt einmal mit der Tatsache zusammen, daß die Erhöhung der Rate für Bankakzepte durch die New Yorker Federal Reserve Bank um ½ % die Zinsdifferenz zwischen beiden Orten etwas herabgemindert hat. Sodann hat sich wiederum eine stärkere Devisennachfrage bemerkbar gemacht; der Pfundkurs ist gegenüber dem Franc wieder schwächer. Es ist fraglich, wieweit die Verknappung des Geldmarkts, die die Bank von England jetzt verfolgt, auf die Dauer durchzuführen sein wird, zumal das Angebot an Handelswechseln bei der herrschenden Depression gering ist. Immerhin fand die Bank einigen Ersatz für die privaten Wechsel in den Regierungssicherheiten, von denen nach dem jetzigen Stand über 40 Mill. £ in ihrem Portefeuille liegen. Jedenfalls ist es ihr zum erstenmal seit langer Zeit gelungen, Goldzuflüsse vom Ausland nicht sofort nach Paris weiterzugeben, sondern für sich zu behalten. Die Posten von über 1 Mill. £ südafrikanischen Goldes, die Frankreich kürzlich auf dem offenen Markt erworben hat, stammen noch aus den früheren Verkäufen.

Das Börsengeschäft war äußerst gering; politische Erwägungen führten zu größerer Zurückhaltung. Der englisch-französische Aufwertungsstreit ist jetzt endgültig zuungunsten Englands entschieden worden. Es handelt sich dabei um die englische Anregung, den britischen Besitzern französischer Krieganleihestücke die Einlösung in Gold zu gewähren. Die Anregung wurde damit begründet, daß die Engländer, im Gegensatz zu den französischen Anleihegläubigern, ausschließlich Nachteile aus der Frankeninflation gehabt hätten, und die Anleihe, wenn sie auch keine Goldklausel enthielte, tatsächlich doch in englischen £ bezahlt worden sei. Frankreich hat sich auf den formalen Standpunkt gestellt, daß es keine Diskriminierung zwischen einzelnen Besitzergruppen schaffen könnte und daß die Goldrückzahlung an die Engländer das Grundprinzip der Stabilisierung von 1928 zerstören würde. Auch die Regelung der Angelegenheit durch einen Schiedsrichter, den die englische Regierung



in einer zweiten Note vorgeschlagen hatte, ist jetzt von Frankreich abgelehnt worden. Mehr noch als dieser an der Peripherie spielende Vorgang hat die Aussicht auf ein großes Defizit im Etat, das zwischen 15 und 20 Mill. £ liegen dürfte, den Markt beunruhigt und speziell den Kursstand der englischen Staatsanleihen getroffen. Von den fremden Anleihen lagen insbesondere Peruanerwerte schwach, da die Moratoriumsmaßnahmen im Lande stark verstimmt. Auch die Valuta wurde davon in Mitleidenschaft gezogen. In ähnlicher Weise wiesen brasilianische Anleihen nach Revolten im Innern des Landes zeitweise rückgängige Tendenz auf. Lebhaft wie in den letzten Wochen, jedoch ohne die großen Kursgewinne dieser Zeit, war der Markt der Minenwerte. Ein Kursrückschlag ist in den Werten der Royal Mail-Gruppe eingetreten, bei denen die Sanierungsverhandlungen schwieriger verlaufen waren, als man gerechnet hatte.

	28. 1.	29. 1.	30. 1.	2. 2.	3. 2.	4. 2.
40% Funding Loan.....	95 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	95 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	94 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	95 <sup>15</sup> / <sub>16</sub>	94 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	94 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
London Midl & Scot Ord.	31 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	31 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	30 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	29 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	29 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	29 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Central Argentine Ord.	52	51	51	50	48	47 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
De Beers Cons. Mines Def	47 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	51 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	51 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	50	48	47 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Burmah Oil Co. ....	31 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	31 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	30 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	31 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	31 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	31 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Anglo Dutch Plantation ..	20	20 0	20 0	19 6	19 3	19 0
Courtauld .....	33 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	32 6	30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	31 3	31 3	31 <sup>10</sup> / <sub>16</sub>
Imperial Chemical Industr	16 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	16 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	16 6	16 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	15 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	16 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Vickers .....	7 0	6 <sup>10</sup> / <sub>16</sub>	6 9	6 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6 9	6 9
Rio Tinto Ord. ....	27	27 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	28	26 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	26 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	27 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Aktienindex 1928=100 ..	70.1	69.7	70.0	69.0	68.8	—
Abschüsse total .....	5444	5438	5786	6845	5173	—
Staats- u. Kommunalanl.	1471	1414	1444	1767	14 6	—
Verkehr u. Public Utilities	904	938	858	1170	942	—
Handel u. Industrie .....	1739	1694	1820	2017	1611	—
Bank. Versicherung .....	672	616	570	664	503	—
Minenwerte .....	531	586	827	1028	478	—
Ölwerte .....	149	137	148	163	97	—
Gummi, Tee, Kaffee .....	98	113	119	138	126	—

New Yorker Börse

Die Börse wurde in der letzten Woche durch den Plan beunruhigt, eine große Regierungsanleihe auf den Markt zu bringen, wie sie von einzelnen Senatsmitgliedern zur Auszahlung der Polizen verlangt wird, die in den Händen der amerikanischen Kriegsteilnehmer liegen. Sie gewähren bei Erreichung eines bestimmten Alters einen Anspruch auf Auszahlung von rund 1000 \$, und ihre Umwandlung in eine Anleihe soll angeblich den Betrag von 3½ Milliarden \$ erfordern. Mellon weist gegenüber diesem Plan auf das Defizit von 375 Mill. \$ bis Ende Juni hin, und er ist mit dem Senat über diese Frage in einen Konflikt gekommen. Die Opposition gegen das Anleiheprojekt ist allgemein im Wachsen, aber schon die mögliche Aussicht, daß eine solche Anleihe, wohl mit 4½ % Verzinsung, in absehbarer Zeit den Markt belasten könnte, hat einen starken Druck auf den Bondmarkt ausgeübt, der die nicht unerheblichen Gewinne der letzten Wochen wieder rückgängig gemacht und über den Kreis der Staatsanleihen hinaus auch andere Werte erfaßt hat. Mitchell von der National City Bank hat im Bankenausschuß des Senats darauf hingewiesen, daß der neue Plan zur Vernichtung weiterer hunderter kleiner Banken führen müsse.

In der Tat ist die Konsolidierung auf diesem Gebiet noch nicht erreicht. In der letzten Woche haben wiederum mehrere Institute in der Provinz nach überstarken Abhebungen ihre Schalter geschlossen, und der endlich veröffentlichte Geschäftsbericht der Bank of United States ist noch schlimmer ausgefallen, als man befürchtete. Für die Depositeneinhaber werden kaum mehr als zwei Drittel ihrer Einlagen zur Rückzahlung gelangen, denn von den Darlehen von rund 150 Mill. \$ sind 100 Mill. ohne Sicherheit gegeben worden, von den 33 Aufsichtsratsmitgliedern hat über die Hälfte Darlehen bei der Gesellschaft beansprucht, und 67 Mill. \$ der Aktiven werden als völlig wertlos bezeichnet.

Im übrigen lauten die Konjunkturnachrichten etwas hoffnungsvoller. In der Eisen- und Stahlindustrie ist eine weitere Belebung festgestellt, ebenso in einzelnen Zweigen der Konsumgüterproduktion. Die Januar-Emissionen des New Yorker Kapitalmarkts haben mit 615 Mill. \$ den vierfachen Betrag des Dezember erreicht. Hinzu kommt eine

weitere Abnahme der Maklerdarlehen und der Wertpapierkredite. Andererseits haben die Geldsätze in New York etwas angezogen, da einzelne Banken die Zinserhöhung in London zu Anlagen in der City ausnutzten. Trotzdem ist der Markt für tägliches Geld immer noch flüssig, und seine Sätze sind nicht über 1½ % gestiegen.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
28. 1. 31	166,95	107,88	31. 1. 31	167,44	108,15
29. 1. 31	168,63	107,68	1. 2. 31	164,18	108,26
30. 1. 31	169,01	108,25	2. 2. 31	169,88	108,54

Die Börsentendenz war uneinheitlich. Der Wochenschluß war matt, während die neue Woche verschiedene Erholungen aufwies. Eisen- und Stahlwerte erzielten einige Kursgewinne, da nach den Erklärungen der Bethlehem Steel der Beschäftigungsgrad im Februar eine Besserung erfahren werde und überdies die Verbraucher sich nicht spekulativ eindeckten, sondern ihre reguläre Nachfrage befriedigten. Ölwerte lagen zeitweise schwächer nach der Reduktion der Jahresdividende der Standard Oil Co. of Indiana. Rückgängig waren Kupfer-Aktien nach dem erneuten Sinken des Kupferpreises (Chile Copper 28 statt 30, Anaconda 32¼ nach 33%). Unter den Warenhauswerten erfolgten in Sears Roebuck auf ihren nicht sehr günstigen Einnahmebericht hin Abgaben, während der Ausweis der Montgomery Ward besser beurteilt wurde. Worthington Pump setzten unter starken Schwankungen ihre Sonderbewegung fort. Sie befestigten sich schließlich nach der Meldung, daß der Gesellschaft größere Beträge zugegangen sein sollen. Auf dem Bondmarkt überwogen, wie erwähnt, die Kursrückgänge. Auch die Young-Anleihe war von ihnen betroffen; sie notierte zuletzt 74¼.

	28. 1.	29. 1.	30. 1.	31. 1.	2. 2.	3. 2.
U. S. Steel Corporat.	140 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	140 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	140 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	139 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	140 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	140 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>
American Can Co. ....	119 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	111	111 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	110 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	110 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	111 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Anaconda Copper .....	32 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	33 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	33	32 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	32 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	33
General Motors .....	37 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	38 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	38 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	37 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	38 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	38 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Chrysler .....	168 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	171 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	17	167 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	167 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	17
General Electric .....	43 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	44 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	44 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	43 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	44 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	44 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Am. Tel. & Telegr. ....	185 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	187 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	187 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	187	187 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	188 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Radio Corporation .....	137 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	15	15 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	15 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	15 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	15 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Allied Chemical .....	157	157 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	158 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	158 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	158	157 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Standard Oil N. J. ....	47 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	47 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	47 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	47 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	47 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	47 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Woolworth .....	57	58	58 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	57 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	58 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	59 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Pennsylv.-Railr. Co.	62 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	62 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	61 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	61 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	61	60
Aktienumsatz (1000)	1600	1800	2200	800	1200	1200

Statistik

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	31. 1. 1931	23. 1. 1931	31. 12. 1930	31. 1. 1930
<b>Aktiva</b>				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile .....	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Funde teils zu 1922 RM berechnet .....	2 244,228	2 244,358	2 215,781	2 267,050
und zwar:	2 036,590	2 036,704	1 993,551	2 147,282
Goldkassenbestand .....	207,638	207,654	222,230	149,788
Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken .....	199,359	195,536	469,243	397,094
3. Deckungsfähige Devisen .....	86,020	10,250	206,010	24,970
4. a) Reichsschatzwechsel .....	1 912,241	1 655,533	2 385,556	2 027,865
b) Sonstige Wechsel und Scheine .....	171,867	207,334	136,888	136,186
5. Deutsche Scheidemünzen .....	4,288	2,2 4	3,990	4 152
6. Noten anderer Banken .....	173,786	63,890	256,013	169,601
7. Lombardforderungen .....	0,001	0,001	0,001	2 453
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel .....	1) 102,518	1) 102,519	1) 102,454	92,617
8. Effekten .....	566,643	627,657	496,658	606,014
9. Sonstige Aktiva .....				
<b>Passiva</b>				
1. Grundkapital:	122,788	122,788	122,788	122,788
a) gegeben .....	177,212	177,212	177,212	177,212
b) noch nicht gegeben .....				
2. Reservefonds:	53,915	53,915	53,915	48,797
a) gesetzlicher Reservefonds .....	46,224	49,234	46,224	45,811
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung .....	271,000	271,0 0	271,000	225,100
c) sonstige Rücklagen .....	4 383,413	3 755,960	4 778,259	4 665,242
3. Betrag der umlaufenden Noten .....	286,558	454,798	651,819	356,844
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten .....	337,032	339,757	328,568	303,067
5. Sonstige Passiva .....	5,7	57,0	7,4	13,8
Bestand an Rentenbankscheinen .....	440,5	389,2	439,1	372,9
Umlauf an Rentenbankscheinen .....	55,7	65,0	58,2	57,9
Deckungsverhältnis % .....	6	6	6	6,9
Diskontsatz % .....	6	6	6	7,5
Lombardsatz % .....				

1) Darunter ca. 3 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil der für Bank für internationalen Zahlungsausgleich.



Preußische Staatsfinanzen im Dezember 1930

Monatsausweis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

(Mill. RM)	Haus- halts- soll + Vor- jahrs- reste	Dez. 1930	Nov. 1930	1. April bis 31. Dez. 1930
<b>A. Ordentliche Einnahmen und Aus- gaben<sup>1)</sup></b>				
Aus dem Vorjahr:				
a) Zur Deckung restlicher Verpflich- tungen aus dem Vorjahr zurück- gestellte Restbestände .....	177,872			
b) Zur Deckung des Fehlbetrages des Rechnungsjahres 1929 sind er- forderlich .....	17,640			
Bestand .....	160,032			
<b>I. Einnahmen</b>				
1. Steuern:				
a) Landesteile (ohne b) <sup>2)</sup> .....	1 840,170	114,578	150,500	1 191,054
b) Anteile der Gemeinden (Gemeinde- verbände) usw. ....	1 686,567	98,840	130,618	1 093,363
Steuern insgesamt .....	3 526,737	211,413	281,118	2 284,417
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe .....	69,985	0,280	0,251 <sup>3)</sup>	29,491
davon Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe .....	1,799	0,375	—	0,375
3. Sonstige Einnahmen:				
Verbleiben:				
Justiz .....	68,186	— 0,095	0,251	29,116
Wissenschaft, Kunst und Volks- bildung .....	217,753	16,463	15,899	132,619
Übrige Landesverwaltung <sup>4)</sup> .....	31,328	1,981	1,561	16,043
	4 751,6	44,402	5 993	324,217
Einnahmen insgesamt .....	2 014,953	179,324	219,204	1 693,049
(abzüglich der Steuerüberweisungen an Gemeinden usw. und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)				
<b>II. Ausgaben</b>				
1. Justiz <sup>5)</sup> .....	380,535	31,895	31,107	265,338
2. Wissenschaft, Kunst und Volks- bildung .....	797,212	59,066	58,998	548,821
3. Wertschaffende Arbeitslosenfür- sorge .....	—	—	—	—
4. Wohnungswesen .....	183,778	13,285	12,125	104,044
5. Schuldendienst .....	83,738	1,736	1,338	33,660
6. Versorgungsgebühren .....	209,116	18,442	18,499	163,713
7. Sonstige Ausgaben <sup>6)</sup> .....	935,291	81,691	76,623	637,993
Ausgaben insgesamt .....	2 589,670	206,565	198,690	1 787,544
Mithin:				
Mehrausgabe .....	—	27,241	—	74,495
Mehreinnahme .....	25,283	—	20,514	—

(Mill. Schweizer Fr)	31. 1. 1931		31. 12. 1930		30. 11. 1930	
	Fr	%	Fr	%	Fr	%
<b>Aktiva</b>						
Kasse und Bankguthaben .....	5,7	0,3	6,1	0,4	4,3	0,2
Zinsgelder .....						
a) auf Sicht .....	85,5	5,0	74,8	4,7	71,4	3,8
b) bis zu 3 Monaten .....	722,1	42,3	653,0	41,4	1050,8	56,0
c) 3 bis 6 Monate .....	162,2	9,5	145,3	9,2	134,4	7,2
Rediskontierbare Anlagen (Ein- standspreis)						
a) Handelswechsel und Bank- akzepte .....	346,9	20,3	319,6	20,3	240,0	12,8
b) Schatzwechsel .....	185,4	10,9	177,2	11,2	170,8	9,1
Andere Einlagen (Einstandspreis)						
a) bis zu einem Jahr .....	150,5	8,8	153,8	9,7	190,5	10,2
b) von 1 bis 2 Jahren .....	37,1	2,2	—	—	—	0,0
c) über 2 Jahre .....	—	—	37,0	—	—	0,5
Sonstige Aktiva .....	12,2	0,7	11,3	0,7	13,6	0,7
<b>Passiva</b>						
Stammkapital 500 000 000 (begeben 410 250 000)						
davon eingezahlt .....	102,8	6,0	102,9	6,5	102,6	5,5
Besondere Einlagen .....						
a) Treuhänderannuitäten .....	154,3	9,0	154,4	9,8	154,5	8,2
b) Einlage der deutschen Regie- rung .....	77,1	4,5	77,2	4,9	80,0	4,3
c) Garantiefonds der französi- schen Regierung .....	68,8	4,0	68,7	4,4	68,7	3,7
Einlagen auf Sicht .....						
a) Zentralbanken .....						
für eigene Rechnung .....	237,8	13,9	199,0	12,6	99,7	5,3
für Rechnung Dritter .....	183,0	10,7	140,6	8,9	193,2	10,3
b) Sonstige Einlagen .....	0,2	0,0	0,2	0,0	0,1	0,0
Einlagen bis zu höchstens 3 Monat.						
a) Zentralbanken .....						
für eigene Rechnung .....	580,4	34,0	605,0	38,3	481,8	25,7
für Rechnung Dritter .....	150,6	8,8	154,3	9,8	665,0	35,4
b) Sonstige Einlagen .....	8,7	0,5	8,7	0,5	—	—
Einlagen von 3 bis zu höchstens 6 Monaten .....						
Zentralbanken .....						
für eigene Rechnung .....	6,2	0,4	—	—	15,6	0,8
für Rechnung Dritter .....	124,6	7,3	55,1	3,5	—	—
Sonstige Passiva .....	13,2	0,8	12,0	0,8	15,0	0,8
Bilanzsumme .....	1707,9	100,0	1578,1	100,0	1876,2	100,0

<b>B. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von An- leihegesetzen</b>				
Aus dem Vorjahr:				
Mehrausgabe .....	RM 22,580			
<b>I. Einnahmen</b>				
Insgesamt .....	—	—	—	43,110
darunter: (Anleihen) .....	—	—	—	(43,110)
<b>II. Ausgaben</b>				
1. Landeskulturwesen .....	0,906	0,485	—	32,043
2. Verkehrswesen .....	0,815	0,406	—	4,538
3. Wertschaffende Arbeitslosenfür- sorge .....	2,054	2,150	—	26,892
4. Wohnungswesen .....	—	—	—	—
5. Sonstige Ausgaben der Hoheitsverwaltungen Zuschüsse und Neuinvestitionen für Unter- nehmungen und Betriebe, sowie Vermögen ..	0,820	0,291	—	6,246
darunter: Domänen und Forsten .....	0,821	0,291	—	6,156
Bergwerke .....	—	—	—	—
Verkehrsunternehmungen .....	—	—	—	—
Elektrizitätswerke .....	—	—	—	—
Ausgaben insgesamt .....	4,604	3,332	—	69,719
Mithin: Mehrausgabe .....	4,604	3,332	—	26,609
Mehreinnahme .....	—	—	—	—

<b>C. Abschluß</b>				
<b>I. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben</b>				
Bestand aus 1929 .....				160,032
Mehreinnahme April bis Dezember 1930 .....				47,495
zusammen Mehreinnahmen				85,537
<b>II. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen</b>				
Vorschuß aus 1929 .....				22,580
Mehreinnahme April bis Dezember 1930 .....				26,609
zusammen Mehreinnahme				49,189
bleibt Bestand .....				36,348
<b>D. Stand der schwebenden Schulden Ende Dezember 1930</b>				
Schatzanweisungen .....				198,523

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
23. Januar 1931				
<b>Aktiva</b>				
Gold .....	28,559	21,032	8,124	8,179
Deckungsfähige Devisen .....	7,189	10,365	2,803	6,104
Sonstige Wechsel u. Schecks .....	52,808	59,102	21,383	21,949
Deutsche Scheidemünzen ..	0,045	0,100	0,010	0,047
Noten anderer Banken .....	0,819	3,264	0,765	0,479
Lombardforderungen .....	2,241	2,586	0,878	3,190
Wertpapiere .....	5,402	0,475	8,379	3,622
Sonstige Aktiva .....	7,118	11,292	33,644	33,254
<b>Passiva</b>				
Notenumlauf .....	66,384	60,513	21,849	23,647
Sonstige täglich fällige Ver- bindlichkeiten .....	3,922	17,534	21,322	8,677
Verbindlichkeiten mit Kün- digungsfrist .....	0,102	5,635	17,431	29,350
Sonstige Passiva .....	4,776	4,035	3,584	5,817
Weitergegebene Wechsel ..	2,493	0,001	1,540	1,384

Bayerische Vereinsbank



Kredit- und Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern



# Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Einheit	1930				1930				1931					
	Januar			Febr.	Dezember				Januar					Febr.
	3. Woche	4. 27. 1.	5. 27. 1.	6. Woche 3.-8.	49. 1.-6.	50. 8.-13.	51. 15.-20.	52. 22.-27.	1. 29.12.30	2. 5.-10.	3. 12.-17.	4. 19.-24.	5. 26.-31.	6. Woche 2.-7.
<b>Produktion</b>														
<b>Kohle</b>														
Deutschland	1000 t	438,3	421,5	402,9	390,6	347,8	344,6	357,1	329,7	318,3	334,4	358,4	337,2	—
Ruhrrev. Steinkohle <sup>1)</sup>		38,5	37,6	37,7	35,4	31,2	31,6	31,4	36,9	37,9	38,4	39,8	39,3	—
Oberschlesien Steinkohle <sup>1)</sup>		76,2	64,3	61,4	56,3	65,9	65,5	69,8	52,9	56,9	57,7	65,0	61,5	—
Großbritannien		5 677	5 633	5 635	5 537	4 716	5 222	5 450	3 385	3 587	4 797	4 365	—	—
Ver. Staaten von Amerika		9 671	10 617	10 545	9 921	8 715	7 969	8 487	6 252	7 592	8 329	—	—	—
Bituminöse Kohle		1 284	1 687	1 688	1 584	1 539	1 103	1 234	881	995	1 329	—	—	—
Pennsylvania Anthrazit														
<b>Petroleum (Rohöl)</b>														
Ver. Staaten von Amerika <sup>2)</sup>	1000 bbls <sup>2)</sup>	2 662	2 616	2 595	2 614	2 229	2 232	2 202	2 127	2 082	2 085	2 994	2 110	2 085
<b>Arbeitslosigkeit</b>														
<b>Deutschland<sup>4)</sup></b>														
Verfügbare Arbeitssuchende <sup>5)</sup>	1000	3 139		3 259				4 047		4 439		4 823		
Hauptunterstützungsempfänger i. d. Arbeitslosenversicherung <sup>6)</sup>		2 064		2 233				1 947		2 166		2 396		
i. d. Krisenunterstützung <sup>6)</sup>		230		260				603		667		739		
<b>Großbritannien<sup>7)</sup></b>														
Registrierte Arbeitslose		1 476	1 473	1 492	1 509	2 307	2 300	2 408	2 643	2 618	2 638	2 636	2 608	2 593
<b>Umsätze und Geschäftsgang</b>														
<b>Güterumstellung</b>														
Deutschland gesamt	1000	763,4	754,8	750,4	740,3	802,1	775,9	755,4	427,5	526,0	628,5	646,2	631,8	—
arbeitstäglich		128,5	125,5	125,1	123,4	133,7	129,3	125,9	108,9	105,2	104,7	107,7	105,8	—
Ver. Staaten von Amerika		847	863	899	887	787	744	714	638	615	714	726	716	—
<b>Einnahmen aus dem Güterverkehr</b>														
Großbritannien <sup>8)</sup>	1000 £	2 028	2 026	2 028	1 968	1 885	1 925	1 932	1 170	1 471	1 635	1 764	1 860	—
<b>Postcheckverkehr</b>														
Deutschland (Lastschriften) <sup>9)</sup>	Mill. RM	1 533	1 419	1 491	1 332	1 230	1 252	1 258	1 028	1 496	1 483	1 394	1 222	—
<b>Abrechnungsverkehr</b>														
Großbritannien	Mill. £	931	790	802	911	839	715	687	752	605	930	776	905	795
London, gesamt <sup>10)</sup>		11 289	10 125	10 105	11 621	9 993	8 063	10 501	7 738	8 034	11 491	8 358	—	—
Ver. Staaten von Amerika <sup>11)</sup>	\$	408	432	308	389	245	247	282	249	—	—	—	—	—
<b>Wechselproteste Deutschland<sup>12)</sup></b>														
Anzahl		560,6	626,4	428,7	679,4	306,8	289,4	334,0	291,9	—	—	—	—	—
<b>Vergleichsverfahren Deutschland</b>														
Konkurse	Anzahl	22	23	24	20	17	20	17	24	22	19	19	18	22
Deutschland <sup>1)</sup>		44	48	43	49	35	32	39	39	33	31	49	46	43
Ver. Staaten von Amerika <sup>12)</sup>		638	644	645	619	598	552	604	457	642	927	796	491	—
<b>Preise</b>														
<b>Großhandelsindizes</b>														
<b>Deutschland<sup>13)</sup></b>														
I. Gesamtindex	1913=100	132,4	131,7	131,1	130,1	118,6	118,3	117,9	117,4	117,1	116,6	115,6	114,9	113,9
II. Agrarstoffe		122,0	120,2	118,9	117,1	110,6	110,4	110,9	110,0	109,4	109,1	107,0	106,4	104,5
III. Kolonialwaren		114,6	115,3	116,4	115,7	106,3	106,0	105,4	104,1	102,4	101,9	102,0	102,0	101,6
IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren		128,4	128,2	127,8	127,2	111,1	110,4	109,6	109,3	109,3	108,4	107,9	107,0	106,8
V. Industrielle Fertigwaren .. Produktionsmittel		156,9	155,9	155,9	155,6	143,8	143,3	142,9	142,4	142,4	142,2	142,1	141,2	140,6
Konsumgüter		139,5	139,5	139,5	139,4	135,0	135,3	135,1	134,8	134,8	134,7	134,6	134,0	133,3
Großbritannien <sup>14)</sup>	1913=100	123,6	124,2	122,9	122,1	100,8	100,1	99,6	98,7	98,4	98,3	97,5	96,4	96,4
Frankreich <sup>15)</sup>	Juli 1914=100	57,8	57,4	57,5	57,2	50,4	50,4	50,0	49,8	49,7	49,7	49,5	49,1	—
Ver. Staaten von Amerika <sup>16)</sup>	1926=100	93,2	93,7	93,3	93,4	80,7	79,8	78,4	79,0	78,5	78,3	77,9	77,6	77,2
<b>Großhandelspreise<sup>17)</sup></b>														
Weizen, Chicago, nächst. Termin	cts je bu <sup>18)</sup>	125 3/4	124 1/4	120 3/4	115	76 1/4	73 3/4	76 1/2	77	76 3/4	80 1/4	82	80 3/4	79 1/2
märk., Berlin	RM je 1000 kg	247,50	246,50	245,50	237,50	251,50	246,50	246,00	247,00	249,00	259,00	254,50	258,25	264,50
nächst. Term.		266,25	263,25	260,25	249,25	263,00	261,00	262,00	264,00	270,00	280,75	274,50	276,50	280,50
Roggen märk.		181,00	181,00	181,50	180,00	158,00	155,50	156,75	155,00	157,00	157,50	153,50	154,50	160,00
nächst. Term.		181,00	174,25	181,50	175,00	177,50	174,50	176,50	173,50	172,00	179,50	175,50	178,50	178,00
Weizenmehl, ..	RM je 100 kg	32,75	32,50	32,25	31,50	33,13	34,88	32,88	32,75	37,75	33,66	33,27	33,18	38,75
Roggenmehl, ..		24,00	23,33	23,50	23,00	25,55	25,30	25,13	25,18	25,18	25,20	25,40	25,10	25,23
Maiz, New York	cts je bu <sup>19)</sup>	99 3/4	97 3/4	94 3/4	100	95 3/4	91 3/4	87 3/4	81 1/4	80 3/4	85 1/4	84 3/4	81 3/4	79,00
Chicago, nächst. Termin		92 1/4	90 1/4	87 1/4	88	78	73 3/4	68 3/4	64	62 3/4	71 3/4	70 3/4	67	64 3/4
Füttergerste, Berlin	RM je 1000 kg	167,00	164,00	162,50	145,00	182,50	182,00	182,00	181,00	191,00	191,00	191,00	191,00	184,50
Hafer, ..		143,50	137,00	136,00	130,25	141,00	141,50	144,00	143,00	143,00	143,00	138,50	141,50	141,50
Zucker, New York, nächst. Term.	cts je lb <sup>20)</sup>	1,89	1,69	1,80	1,75	1,92	1,27	1,15	1,20	1,18	1,25	1,26	1,26	1,28
London, ..	sh je cw <sup>21)</sup>	6,6	5,83	5,8	6,5	5,3	6,4	5,10 1/2	6,5 1/2	5,29 1/2	5,16	6,0	5,11 1/2	5,8 1/2
Magdeburg	RM je 50 kg <sup>21)</sup>	28,25	26,25	26,50	25,25	25,25	25,25	25,50	25,50	25,00	25,00	25,00	25,00	26,85
Kaffee, Rio 7, New York	cts je lb <sup>22)</sup>	10,13	10,63	10,63	10 1/4	7 3/4	7 1/2	7 1/4	7 1/2	7	6 3/4	6 1/2	6 1/2	6 3/4
nächst. Term.		7,70	8,37	8,70	8,53	6,53	6,70	6,65	7,15	6,05	6,05	6,07	6,12	5,78
Hamburg <sup>23)</sup>	Rpf je 1/2 kg	38,38		41,87	40,25	33,75	34,50	33,50	35,50	30,38	29,00	30,38	30,00	30,13
Kakao, Acora <sup>24)</sup> , London	sh je cw <sup>21)</sup>	89,6	40,3	40,9	40,0	24,6	25,0	26,3	26,0	26,0	25,6	24,0	22,6	23,6
nächst. Termin		42,9	42,9	42,9	44,0	29,6	29,6	30,3	30,3	30,3	30,3	27,6	27,6	28,0
Hamburg	sh je 50 kg	14,0	14,0	14,0	14,0	12,6	12,6	12,6	12,6	12,0	12,0	11,9	11,9	11,9
Reis, Burma II., London	£ per lg <sup>25)</sup>	22 7/8	22 7/8	19 1/2	18 7/8	12 1/2	13 0	12 1/2	12 1/2	12 2/8	12 0	12 0	11 1/2	11 5/8
Leinsaat <sup>26)</sup> , nächst. Term. London		22 10/0	22 10/0	23 10/0	22 7/8	16 7/8	16 7/8	16 0	15 3/0	15 0	14 7/8	15 7/8	15 7/8	15 8/0
Kopra <sup>27)</sup>	cts je lb <sup>20)</sup>	10,62 1/2	10,62 1/2	10,55	10,72 1/2	9,75	9,55	9,02 1/2	9,0 1/2	8,90	8,90	8,60	8,50	8,40
Sohmalz Chicago, nächst. Termin		7,12 1/2	7,87 1/2	7,42 3/4	7,37 1/2	6,25	6,25	7,26	6,00	6,00	6,05	6,12 1/2	6,37 1/2	6,25
Baumwollöl, roh. N. Y.	cts je lb <sup>20)</sup>	14 5/8	15 5/8	15 3/4	15 3/8	9 1/2	9 1/2	9 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8
Gummi, first latex crepe, N. Y.	sh je lb <sup>20)</sup>	0 7/8	0 7/8 1/2	0 7/8 1/2	0 7/8	0 4 1/2 1/2	0 4 1/2	0 4 1/2	0 4 1/2	0 4 1/2	0 4 1/2	0 4 1/2	0 4 1/2	0 4 1/2
London	RM je 1000 kg	137,50	137,50	137,50	137,50	90,60	87,50	82,50	77,50	77,50	77,50	77,50	77,50	75,00
Hamburg, nächst. Term.														
Baumwolle, middling, New York	cts je lb <sup>20)</sup>	17,45	17,40	17,05	16,20	10,80	10,30	9,80	9,80	10,00	10,15	10,05	10,50	10,50
Liverpool	d je lb <sup>20)</sup>	6,60	6,45	6,25	5,66	5,66	5,28	5,28	5,28	5,31	5,33	5,32	5,36	5,64
30)		14,55	14,40	14,40	13,90	8,80	8,80	7,75	7,85	7,70	7,75	8,05	8,25	8,75
30)		7,40	7,30	7,10	6,50	4,45	4,35	3,95	4,05	4,05	4,10	4,10	4,24	4,44
Wolle <sup>30)</sup> , dt. Inlandspreis <sup>31)</sup>	RM je kg	6,88	6,88	6,88	6,52	5,20	5,20	6,03	5,03	5,08	5,00	5,00	4,80	4,80
Kammzug <sup>32)</sup> , ..	sh je lb <sup>20)</sup>	21,00	21,00	21,00	19,00	14,50	14,50	14	14	14	14	14	13,60	13,50
Jute, London, nächst. Termin	£ je lg <sup>32)</sup>	27,00	26,10	26,10	26,17	16,50	16,50	16,00	16,00	15,10	15,76	15,00	14,17	18,50
Hanf, Manila, London		35,50	35,00	33,76	33,00	22,15	24,00	23,50	23,00	22,15	22,10	20,10	19,15	19,15
Erdöl, roh, New York	bb <sup>14)</sup>													







# Internationale Wirtschaftszahlen

(vgl. die letzte Veröffentlichung in Nr. 49, S. 2265)

	Einheit	1929			1930											
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Produktion</b>																
<i>Indizes<sup>1)</sup></i>																
Deutschland <sup>2)</sup> : Gesamt	1928 = 100	101,4	101,4	96,0	94,8	93,0	93,5	94,8	90,0	84,3	81,6	80,9	79,7 <sup>13)</sup>	79,5 <sup>13)</sup>	76,7	—
Steinkohle		110,4	116,6	114,9	112,6	101,9	97,1	96,2	92,5	92,3	84,4	88,7	90,7	91,3	—	—
Rohisen		115,7	112,9	110,1	109,2	106,7	100,8	93,1	85,9	79,4	77,2	73,8	67,6	68,9	—	—
Rohstahl		107,7	108,8	101,8	103,7	103,7	97,6	91,0	84,1	75,6	71,0	72,9	66,1	66,9	—	—
Zement		104,4	88,4	68,7	51,1	51,7	84,1	102,7	104,1	93,9	85,5	82,7	78,2	74,2	—	—
Kali		107,9	114,3	106,0	124,5	123,6	104,8	91,3	90,4	82,1	91,4	92,6	98,0	—	—	—
Maschinen		96,3	97,3	111,2	85,6	89,8	99,5	94,1	92,0	96,3	97,3 <sup>13)</sup>	99,5 <sup>13)</sup>	95,2	—	—	—
Baumwollgarn		95,3	97,4	100,4	99,2	100,3	96,6	107,5	92,3	79,4	89,1	81,8	82,1	84,2	—	—
Schuhe		120,7	115,4	104,8	105,4	106,4	103,2	115,9	122,0	95,4	80,2	91,9	102,7	—	—	—
Porzellan		90,7	95,5	87,7	88,8	90,3	89,9	93,6	89,6	80,6	75,6	73,1	75,2	—	—	—
Papier		100,8	103,8	102,0	103,6	100,1	99,4	97,8	96,9	97,1	91,1	88,6	88,5	89,6	—	—
<b>Großbritannien<sup>3)</sup>: Gesamt</b>																
Bergbau			107,6			105,1			97,7			94,3				
Verarb. Industrie Gesamt			112,4			114,3			98,0			94,4				
Eisen und Stahl			106,8			103,5			97,9			94,5				
Textilien			109,7			110,3			93,4			78,5				
Nahrungsmittel (Getränke und Tabak)			100,8			92,5			78,3			71,4				
Leder und Schuhe			103,7			95,1			102,9			106,3				
Nichteisenmetalle			98,0			106,4			101,8			97,7				
Eisen- und Stahlkonstruktion und Schiffbau			103,1			88,1			103,7			107,8				
<b>Frankreich<sup>4)</sup>: Gesamt</b>																
Bergbau		111,0	112,6	113,1	113,4	112,6	113,4	113,4	113,4	111,0	109,4	107,9	107,1	106,3		
Eisen- u. Stahlverhüttung		107,7	110,3	107,7	112,0	111,1	107,7	108,0	103,4	101,7	103,4	102,6	102,6	102,6	103,4	
Textilien		103,2	106,4	104,0	100,8	104,0	105,6	103,2	105,6	102,4	99,2	100,0	98,0	96,0	95,2	
*Baugewerbe		90,9	91,9	91,9	87,9	89,9	85,9	87,9	86,9	87,9	82,8	80,8	80,8	84,8	85,9	
Leder		136,1	142,3	144,3	142,3	143,3	147,4	148,5	147,4	144,3	143,3	142,3	141,2	138,1	136,1	
Kautschuk		76,9	79,2	80,8	83,1	85,4	87,7	89,2	90,0	89,2	86,9	84,6	81,5	80,0	80,0	
Papier		158,4	163,0	163,9	159,8	156,4	155,5	154,9	155,5	149,2	146,7	144,3	145,8	150,6	151,8	
Mechan. Industrien: Gesamt		127,6	133,3	139,1	150,6	157,5	162,1	166,7	169,0	163,2	160,9	144,8	139,1	131,0	127,6	
*Automobile		115,2	115,2	115,2	117,4	115,9	116,7	116,7	116,7	117,4	116,7	115,2	113,0	110,1	108,0	
<b>*Polen<sup>5)</sup>: Gesamt</b>																
Bergbau		100,5	98,0	96,7	90,3	83,9	79,6	79,7	80,4	79,6	80,2	82,1	84,4	85,0	82,0	78,6
*Steinkohle		117,9	112,6	116,1	105,9	90,3	82,6	86,2	82,1	84,4	86,4	92,5	97,2	98,1	99,2	98,6
*Petroleum		89,1	89,7	90,0	85,8	84,8	80,0	86,6	82,3	85,7	85,9	92,5	93,7	90,9	95,3	93,1
*Eisenerz		101,3	102,0	97,8	86,1	79,8	85,1	59,7	65,4	64,1	64,0	61,0	65,0	71,1	69,2	60,8
*Zink und Bleierz		105,9	93,7	104,6	99,5	101,4	100,1	97,2	98,1	97,2	94,6	95,7	89,0	94,8	92,9	93,6
Hüttenwesen																
*Eisen und Stahl		86,4	87,1	79,1	90,7	87,2	82,8	81,0	91,8	80,8	87,3	84,1	84,3	82,5	84,3	71,5
*Zink		108,3	99,0	100,2	103,9	107,9	106,3	109,1	107,7	106,8	109,2	109,9	107,2	108,3	109,4	111,1
Fertigwarenindustrie																
*Holz		100,4	95,9	91,3	90,7	84,8	84,5	87,3	83,3	81,4	80,3	81,1	79,1	80,7	76,0	67,9
*Textilien		90,7	88,0	79,6	66,2	64,4	62,7	63,4	67,3	66,3	69,5	72,4	78,9	80,1	72,3	78,7
*Bekleidung		108,4	111,3	113,6	98,7	92,6	91,6	92,9	101,8	90,2	71,1	89,0	92,1	90,0	87,3	87,4
*Nahrungsmittel		103,6	99,8	113,0	110,9	95,7	95,1	94,2	96,5	94,2	91,9	91,6	91,1	96,2	97,5	95,6
*Produktivgüter <sup>6)</sup>		97,2	95,7	93,4	90,5	86,0	79,4	78,6	77,4	78,6	77,7	77,6	78,3	77,2	74,0	67,9
*Konsumgüter <sup>7)</sup>		95,5	91,9	91,6	81,8	76,5	75,1	75,3	78,9	76,8	77,6	80,1	84,1	86,1	81,6	81,5
<b>Schweden<sup>8)</sup>: Gesamt</b>																
*Vereinigte Staaten <sup>9)</sup> : Gesamt		121,8	124,5	118,2	137,3	139,9	135,5	135,5	127,3	111,8	118,2	109,1	115,5	114,5	110,0	—
Bergbau		106,3	96,4	90,0	94,6	97,3	94,5	80,4	94,5	90,6	85,5	83,6	82,7	80,0 <sup>15)</sup>	78,4	—
*Bitumin. Kohle		111,3	102,8	110,4	104,7	102,8	90,6	98,1	96,2	94,3	91,5	90,6	88,7	92,4 <sup>15)</sup>	86,8	—
*Anthrazit		109,6	104,3	110,6	106,4	97,1	86,2	103,2	97,9	94,7	91,5	87,2	90,4	92,6	91,5	—
*Rohöl		122,1	96,8	127,4	111,6	106,5	72,6	76,6	85,8	82,1	86,3	82,1	84,2	110,6	87,4	—
*Kupfer		115,6	107,4	103,3	103,2	110,7	102,5	104,6	104,1	101,6	93,4	95,9	93,4	94,3	93,4	—
*Zink		107,0	102,6	100,0	87,8	82,6	76,6	78,5	78,5	74,8	72,2	73,0	77,4	72,2	72,2	—
*Blei		106,2	94,7	87,6	92,6	87,5	85,7	83,6	83,6	88,4	82,2	83,9	83,9	80,4	62,5	—
*Silber		108,5	107,5	99,1	86,8	100,0	100,9	104,7	93,1	93,4	97,2	100,0	95,3	88,7	78,3	—
*Verarb. Industrie: Gesamt		106,8	129,5	98,9	100,0	111,4	101,1	100,0	90,9	85,2	78,4	79,5	83,0	79,5	86,4	—
*Eisen und Stahl		105,4	94,6	86,5	91,8	96,4	94,6	96,4	93,7	91,0	83,8	82,0	81,1	77,5 <sup>15)</sup>	73,8	—
*Textilien		104,2	84,0	75,6	83,2	100,0	95,0	95,8	93,3	92,4	78,2	78,2	72,3	63,0	54,6	—
*Nahrungsmittel		110,3	100,9	89,7	96,8	92,7	91,6	89,7	84,1	78,5	75,7	82,2	85,6	86,9	86,9	—
*Papier und Druckerel		98,0	98,0	96,5	98,0	95,1	91,8	99,0	100,0	94,9	95,9	92,9	98,0	95,0	95,9	—
*Automobile		107,7	105,1	100,5	104,3	104,1	103,4	104,3	101,7	100,0	94,9	92,3	93,2	90,4	88,0	—
*Leder und Schuhe		100,0	71,7	43,4	91,2	97,7	96,5	96,5	92,0	86,7	66,4	59,3	58,4	39,8	44,2	—
*Nichteisenmetalle		110,8	103,0	91,2	94,1	94,1	97,1	97,1	92,2	98,0	98,0	100,0	98,0	88,2	76,5	—
*Petroleumraffinerie		105,2	103,5	99,1	91,3	87,8	90,4	92,2	87,8	83,5	84,3	83,5	84,3	82,6	76,5	—
*Gummireifen		117,1	112,5	109,2	107,2	110,1	110,5	114,5	113,3	111,8	109,2	107,9	108,6	105,3	99,3	—
*Tabakwaren		79,2	65,3	55,8	73,6	74,3	85,4	72,9	84,0	82,6	64,6	66,7	53,3	61,1	53,5	—
<b>*Kanada<sup>10)</sup>: Gesamt</b>																
Bautätigkeit		108,9	104,8	107,3	105,0	107,3	103,2	109,7	108,1	113,7	110,5	104,8	100,8	104,0	96,0	—
Deutschland <sup>11)</sup>		114,5	113,3	98,3	108,7	95,1	96,8	98,3	108,0	97,2	95,3	90,3	89,4	90,3	90,0	—
Gebäude für öffentl. gewerblich und sonstige wirtsch. Zwecke	Anzahl	902	729	614	664	641	817	614	644	547	583 <sup>14)</sup>	547 <sup>14)</sup>	577 <sup>14)</sup>	568 <sup>14)</sup>	478	—
Bauerlaubnisse		683	538	408	474	381	593	464	504	372	441 <sup>14)</sup>	440 <sup>14)</sup>	456 <sup>14)</sup>	481 <sup>14)</sup>	392	—
Angefangene Bauten		774	769	824	728	510	524	677	619	503	505 <sup>14)</sup>	509 <sup>14)</sup>	507 <sup>14)</sup>	583 <sup>14)</sup>	598	—
Bauvollendungen <sup>12)</sup>																
Wohngebäude		3 296	2344	1576	1348	1 100	1 603	2 225	1 941	2 313	2 527	2 476	2 461	2 443	2 017	—
Bauerlaubnisse		2 756	1953	1021	975	818	1 317	2 119	2 560	2 276	2 504	2 510	2 58			



	Einheit	1929			1930											
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>noch: Bautätigkeit</b>																
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>																
Wohnungen	Anzahl	13 914	11 523	7 259	5 672	5 239	5 903	8 500	8 683	10 856	12 796	11 917	12 996	12 191	10 896	—
Bauerlaubnisse <sup>2)</sup>	—	13 181	8 839	4 556	4 829	4 644	5 782	8 205	11 109	10 917	12 408	12 850	13 526	11 337	12 380	—
Angefangene Bauten	—	18 547	19 239	19 471	19 957	9 821	15 020	9 389	13 308	12 761	11 793	11 649	12 553	14 345	11 449	—
Bauvollendungen <sup>3)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Vereinigte Staaten<sup>4)</sup></b>																
Genehmigte Bauvorhaben	Mill. \$	445,6	391,0	316,4	324,0	317,1	459,1	483,3	457,4	600,6	367,5	347,3	331,9	337,3	253,6	249,9
Wohngebäude	—	137,7	113,5	114,1	66,6	74,8	101,5	123,1	116,6	96,8	84,3	82,7	98,5	104,7	80,8	70,9
Bürohäuser	—	67,7	101,8	33,4	54,1	72,9	80,0	73,2	59,1	46,9	50,9	31,1	35,7	31,8	25,1	
Oeffentliche Werke	—	85,1	72,4	51,8	112,1	85,8	105,4	149,7	134,9	251,9	114,9	124,2	101,4	111,2	71,7	76,4
Industriebauten	—	60,9	37,9	67,4	88,3	33,5	74,3	38,1	54,6	93,6	35,2	20,7	31,7	16,2	16,1	15,2
<b>Elektrizitätsproduktion</b>																
Deutschland <sup>5)</sup>	Mill. kWh	1 585	1 576	1 576	1 556	1 393	1 426	1 292	1 296	1 170	1 269	1 273	1 311	1 404	1 399	—
Schweiz	—	316	306	300	300	268	273	297	330	313	336	332	332	340	316	—
Italien <sup>6)</sup>	—	847	804	789	816	736	784	795	845	835	886	829	840	856	770	—
Vereinigte Staaten <sup>7)</sup>	—	8 708	8 243	8 513	8 652	7 618	8 175	8 000	8 015	7 752	7 869	7 878	7 765	8 173	7 692	8 000
Kanada <sup>8)</sup>	—	1 594	1 595	1 535	1 546	1 391	1 508	1 494	1 538	1 425	1 415	1 403	1 428	1 549	1 485	—
<b>Arbeitsmarkt</b>																
<b>Arbeitslosigkeit</b>																
<b>Deutschland<sup>9)</sup></b>																
Verfügbare Arbeitssuchende <sup>10)</sup>	1000	1 627	2 101	2 895	3 259	3 408	3 091	2 840	2 601	2 696	2 820	2 988	3 088	3 323	3 763	4 438
Arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder <sup>11)</sup>	%	11,0	13,8	20,3	22,5	23,7	21,8	20,5	19,8	19,8	20,8	22,0	22,8	24,0	26,3	31,8
Kurzarbeiter <sup>12)</sup>	%	6,7	7,3	8,2	10,6	12,5	12,1	11,7	11,7	12,3	13,5	14,2	14,5	14,8	15,6	16,3
Großbritannien <sup>13)</sup> Vers. Arbeitl. <sup>14)</sup>	1000	1 254,5	1 325,6	1 344,2	1 520,4	1 583,1	1 694,0	1 780,5	1 855,9	1 911,7	2 070,1	2 119,6	2 188,4	2 318,9	2 368,8	2 509,0
Frankreich, nicht erl. Stellenges. <sup>15)</sup>	1000	10,8	10,9	11,0	12,4	12,9	13,7	14,2	15,0	15,4	16,7	17,2	17,6	18,7	19,1	20,2
Versicherte Arbeitslose	Anzahl	398	577	817	1 424	1 651	1 630	1 203	859	1 019	856	904	988	1 069	4 893	11 952
Belgien <sup>16)</sup> Versicherte Arbeitslose <sup>14)</sup>	1000	17,2	20,0	45,1	48,3	47,4	42,5	50,3	50,9	53,6	63,8	70,9	84,3	81,9	—	—
Niederlande <sup>15)</sup> Versich. Arbeitslose	1000	12,8	20,3	47,7	55,5	47,7	34,2	27,6	26,2	23,7	28,0	32,0	34,8	40,2	—	—
Italien, Vollarbeitslose <sup>17)</sup>	1000	2,7	4,2	9,8	11,7	9,8	6,7	5,4	4,9	4,3	6,7	7,6	8,2	9,7	—	—
Tschechoslowakei	1000	297,4	332,8	408,7	466,2	456,6	385,4	372,2	367,2	322,3	342,1	375,5	394,6	446,5	534,4	642,2
Nichterledigte Stellengesuche <sup>18)</sup>	1000	34,7	38,3	52,8	73,9	86,2	88,0	79,7	77,1	73,5	77,3	88,0	104,5	122,4	154,6	230,0
Polen, Erfasste Arbeitslose <sup>19)</sup>	1000	91,0	125,1	185,3	242,0	274,7	289,5	271,2	224,9	205,0	193,7	173,6	170,5	165,2	209,9	295,0
Österreich, Unterst. Arbeitslose <sup>20)</sup>	1000	125,9	167,5	226,6	273,2	284,5	239,1	192,5	162,7	150,0	153,2	156,1	163,9	192,7	237,7	294,8
<b>Beschäftigungsgang</b>																
Vereinigte Staaten	1928=100	98,3	94,8	91,9	90,2	90,3	89,8	89,1	87,7	85,5	81,6	79,9	79,7	78,6	76,5	75,1
<b>Streiks und Aussperrungen</b>																
<b>Deutschland<sup>21)</sup></b>																
Streiks und Aussperrungen	Anzahl	—	82	—	—	61	—	—	88	—	—	70	—	—	—	—
Verlorene Arbeitstage	1000	—	212	—	—	115	—	—	546	—	—	444	—	—	—	—
<b>Großbritannien</b>																
Streiks	Anzahl	70	51	32	41	42	44	40	55	45	52	45	38	38	41	50
Verlorene Arbeitstage	1000	190	139	41	45	79	51	1 305	1 600	429	89	49	41	41	64	547
Niederlande: Streiks u. Aussperrg.	Anzahl	15	13	9	9	15	22	23	19	16	28	18	17	18	8	—
Belgien: Streiks u. Aussperrungen	—	23	12	10	15	14	18	19	16	19	15	11	4	5	—	—
Tschechoslowakei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Streiks und Aussperrungen	—	10	20	16	19	20	21	19	22	22	17	21	9	7	9	—
Verlorene Arbeitstage	1000	83	36	58	106	114	88	29	32	18	22	23	7	7	16	—
<b>Außenhandel<sup>17)</sup></b>																
<b>Deutschland</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. RM	1 106,7	1 161,0	1 020,3	1 304,8	981,6	883,8	888,9	829,8	813,5	909,2	795,4	736,3	833,6	734,3	681,3
Lebende Tiere	—	16,9	16,3	12,0	15,4	11,6	9,1	8,5	8,1	7,5	7,1	8,7	11,6	11,3	7,9	
Lebensmittel u. Getränke	—	299,0	315,6	316,4	480,8	278,4	213,6	208,9	215,0	273,4	213,0	195,9	248,6	206,8	192,4	
Rohstoffe u. halbfertige Waren	—	600,9	652,2	527,6	634,3	523,8	493,2	479,6	453,5	440,6	478,3	437,2	396,1	430,2	358,7	
Fertige Waren	—	189,9	176,9	164,3	174,3	167,8	167,9	169,0	159,3	150,4	150,4	136,5	132,7	143,5	123,3	
Ausfuhr: Gesamt <sup>18)</sup>	1 247,3	1 153,6	1 063,5	1 092,3	1 026,3	1 104,0	978,7	1 096,5	910,2	956,7	970,8	1 001,0	1 073,0	993,3	902,9	
Lebende Tiere	—	1,8	2,2	3,0	2,0	3,0	3,5	5,7	6,9	5,0	4,8	4,7	8,0	11,3	10,0	
Lebensmittel u. Getränke	—	73,2	61,2	52,0	46,4	43,8	46,2	36,7	39,9	48,1	40,0	40,6	35,3	36,2	33,9	
Rohstoffe u. halbfertige Waren	—	249,2	239,5	233,2	248,7	223,6	220,8	199,9	236,4	187,2	199,0	185,3	195,3	208,1	176,4	
Fertige Waren	—	923,1	850,7	775,3	795,2	755,9	833,5	734,4	813,3	669,9	706,9	740,1	762,4	817,4	711,0	
<b>Großbritannien</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. £	110,3	108,2	106,4	101,9	88,2	93,4	83,9	91,0	83,4	85,2	79,9	78,7	90,9	79,4	89,6
Nahrungsm., Getränke u. Tabak	—	51,2	48,5	46,6	42,9	37,3	40,0	36,7	39,6	37,7	39,2	37,2	36,7	44,1	40,6	
Rohstoffe u. halbfertige Waren	—	27,3	30,0	31,2	30,1	24,0	24,1	20,7	23,1	20,4	19,1	17,5	16,5	18,1	16,5	
Fertige Waren	—	30,2	28,2	27,8	28,0	26,9	28,1	25,6	27,7	24,4	26,0	24,2	24,6	27,7	21,6	
Ausfuhr: Gesamt	—	64,6	63,1	58,4	58,3	51,9	53,6	46,9	51,0	42,8	50,7	42,8	42,7	46,9	44,1	
Nahrungsm., Getränke u. Tabak	—	5,4	5,7	4,9	4,6	3,7	4,0	3,6	3,2	4,4	4,0	4,2	4,4	4,8	3,5	
Rohstoffe u. halbfertige Waren	—	7,1	6,9	6,2	6,8	5,8	6,6	5,4	5,8	4,7	5,2	4,4	5,0	5,3	4,7	
Fertige Waren	—	50,3	48,6	44,6	44,7	41,2	42,5	36,7	39,5	33,8	39,7	33,1	32,1	35,9	32,7	
<b>Frankreich</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fr	4 595,9	4 756,8	5 010,3	4 777,6	4 807,8	4 431,1	4 565,8	4 102,6	4 165,3	4 120,0	4 067,9	4 205,5	4 520,1	4 249,8	4 330,4
Nahrungsmittel	—	1 019,5	1 085,4	992,7	861,5	871,6	863,8	822,7	816,9	786,2	837,3	926,8	1 289,1	1 313,0	1 214,3	1 210,6
Rohstoffe	—	2 711,7	2 803,6	3 094,0	2 967,5	2 948,5	2 527,2	2 696,0	2 476,5	2 419,0	2 263,3	2 297,2	2 044,2	2 208,7	2 186,4	2 244,2
Fertige Waren	—	864,7	867,9	923,6	928,1	987,4	1 040,0	1 047,1	809,5	960,1	1 0 9,4	843,8	872,2	993,4	849,1	875,6
Ausfuhr: Gesamt	—	4 386,8	4 267,6	4 478,9	3 714,5	4 017,6	3 958,4	3 887,8	3 733,0	3 351,8	3 529,7	3 108,3	3 358,5	3 502,5	3 440,8	3 226,9
Nahrungsmittel	—	553,6	569,1	578,4	514,6	578,2	508,8	473,1	523,9	555,4	526,9	873,6	405,0	464,0	503,9	453,3
Rohstoffe	—	1 062,0	1 036,7	988,5	892,7	954,2	912,7	896,6	916,0	779,9	821,5	743,2	764,3	771,1	824,8	722,8
Fertige Waren	—	2 771,2	2 667,8	2 912,1	2 307,1	2 485,1	2 537,0	2 518,0	2 293,6	2 016,5	2 181,3	1 991,5	2 198,0	2 267,3	2 111,8	2 050,3

<sup>1)</sup> Monatsende. — <sup>2)</sup> 92 Groß- und Mittelstädte (ohne Bremen, Essen, Hannover und Gera); die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand vor der kommunalen Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — <sup>3)</sup> Ohne Nürnberg. — <sup>4)</sup> F. W. Dodge Corporation; 37 öffentliche Staaten. — <sup>5)</sup> 122 Werke; etwa 50% der Gesamt-Produktion. — <sup>6)</sup> Durch Heiz- und Wasserkraft. — <sup>7)</sup> Bei den Arbeitsämtern verfügbare Arbeitsuchende, einschl. der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit befindlichen Arbeitsuchenden. — <sup>8)</sup> In % der Gewerkschaftsmitglieder (ohne Landwirtschaft). — <sup>9)</sup> Stichtag: Letzter Arbeitstag der letzten Woche im Monat. — <sup>10)</sup> Letzte Arbeitswoche im Monat. — <sup>11)</sup> Von der Versicherung anschlusslos sind die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter, ferner Hausangestellte und unter gewissen Voraussetzungen Eisenbahnarbeiter. Arbeiter in öffentlichen und Polizeidiensten, sowie Angestellte mit einem Einkommen von mehr als 250 £ im Jahr. — <sup>12)</sup> In % der Versicherten. — <sup>13)</sup> Durchschnitt aus Wochenendzahlen, einschl. versicherter Arbeitsloser. — <sup>14)</sup> Einschl. der vorübergehend Arbeitslosen und der Kurzarbeiter. — <sup>15)</sup> Mitglieder der Arbeitslosenregister.



	Einheit	1929			1930											
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>noch: Außenhandel<sup>1)</sup></b>																
<b>Belgien</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fr	3 208,8	2 841,3	2 906,3	2 934,5	2 699,1	2 887,7	2 844,7	2 860,5	2 486,8	2 543,9	2 326,0	2 378,7	2 520,2	2 139,6	—
Nahrungsmittel u. Getränke	..	710,4	604,6	644,9	610,1	542,1	589,5	553,4	589,4	517,6	547,3	561,1	553,1	618,1	523,7	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	1 618,6	1 423,0	1 474,7	1 429,2	1 289,8	1 375,7	1 378,9	1 368,3	1 206,5	1 106,1	1 030,0	1 109,0	1 112,3	980,8	—
Fertige Waren	..	870,5	804,1	774,7	881,0	850,0	907,0	898,6	886,7	745,0	784,1	716,5	694,8	734,7	621,0	—
Ausfuhr: Gesamt	..	2 766,0	2 514,6	2 758,2	2 205,9	1 810,1	2 760,1	2 539,0	2 291,5	2 012,8	2 276,3	1 940,6	2 223,6	2 218,5	2 014,6	—
Nahrungsmittel u. Getränke	..	215,0	206,5	227,7	167,3	126,3	155,7	137,8	108,4	174,9	140,8	165,9	156,5	165,2	—	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	889,9	792,4	835,2	644,9	542,2	880,4	773,7	738,6	688,1	734,2	613,3	689,6	692,4	613,9	—
Fertige Waren	..	1 669,0	1 504,7	1 689,7	1 384,3	1 135,9	1 651,8	1 597,0	1 400,7	1 142,6	1 350,1	1 175,2	1 352,4	1 354,4	1 223,6	—
<b>Niederlande</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fl	257,7	237,7	214,5	220,6	201,1	226,6	204,2	224,0	201,5	203,8	198,8	196,2	198,0	181,0	165,2
Nahrungsmittel u. Getränke <sup>2)</sup>	..	56,0	47,4	43,6	46,8	39,2	44,3	42,0	41,4	41,2	36,2	37,6	39,4	40,1	37,8	37,4
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	90,4	90,1	83,8	78,2	66,5	76,0	66,4	76,5	74,6	76,0	69,9	60,9	67,1	64,5	57,5
Fertige Waren	..	110,1	98,6	85,7	94,5	94,4	105,0	94,5	84,6	89,3	89,8	94,6	89,3	77,5	69,2	—
Ausfuhr: Gesamt	..	184,9	165,6	143,9	151,9	144,5	156,0	142,1	150,8	134,5	145,1	152,7	146,8	151,2	126,0	117,4
Nahrungsmittel u. Getränke <sup>2)</sup>	..	70,5	61,5	49,3	54,7	47,9	53,1	52,5	56,2	56,8	59,5	54,8	47,1	56,5	47,2	42,2
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	29,7	27,3	25,5	27,0	23,0	24,3	22,0	24,6	20,6	21,7	21,5	21,5	24,5	22,0	20,2
Fertige Waren	..	77,6	70,7	64,8	66,3	69,1	73,5	64,1	67,9	55,6	62,1	59,0	56,1	62,7	52,1	51,6
<b>Schweiz<sup>3)</sup></b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fr	244,1	260,0	268,3	208,2	205,0	227,4	233,8	211,3	200,8	238,4	240,3	221,8	251,2	210,6	217,1
Lebens- und Genußmittel	..	37	36	47	39	38	43	43	43	42	42	38	40	42	39	45
Betriebsmittel	..	20	17	18	17	14	14	14	16	17	22	21	20	19	18	15
Rohstoffe zur Verarbeitung	..	59	57	58	51	49	49	46	46	45	42	42	39	46	43	16
Fabrikate	..	53	50	49	47	49	58	55	52	45	48	46	49	51	45	46
Ausfuhr: Gesamt	..	200,0	183,9	177,8	147,1	157,4	157,9	161,7	163,3	136,7	138,1	130,4	143,8	149,0	142,2	140,1
Tierische Nahrungsmittel und Schokolade	..	17,9	14,0	11,4	12,3	11,1	11,5	14,1	14,1	13,7	14,9	12,7	14,5	14,5	11,4	10,3
Textilien	..	61,3	57,2	54,5	51,3	57,4	58,0	53,7	52,2	42,0	41,8	39,5	44,3	44,4	42,4	43,7
Metalle, Maschinen, Fahrzeuge, Apparate	..	45,0	41,8	43,5	40,5	39,1	38,2	39,8	42,7	35,6	37,2	34,8	35,7	35,1	36,1	33,3
Uhren	..	30,9	31,3	36,3	11,6	18,1	17,6	23,5	23,4	18,0	16,4	15,7	19,1	20,8	23,7	25,6
Drogen, Chemikalien, Farbstoffe	..	16,6	15,8	14,1	13,0	13,7	14,5	12,9	14,0	12,0	12,4	12,4	12,7	13,6	12,6	11,6
<b>Italien</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. L	1 579,4	1 530,4	2 069,1	1 505,5	1 494,6	1 504,8	1 570,9	1 489,6	1 984,3	1 078,7	1 161,6	1 281,9	1 339,2	1 300,7	1 635,0
Industrielle Rohstoffe	..	612,6	611,1	685,0	628,3	605,9	548,4	536,5	484,3	539,5	347,2	352,6	354,9	379,0	—	—
Industr. Halb- u. Fertigwaren	..	670,9	591,8	1 033,0	576,8	613,7	647,8	672,4	620,3	982,8	444,8	520,0	557,9	533,9	—	—
Nahrungsmittel <sup>4)</sup>	..	295,9	327,5	351,0	300,4	274,9	308,6	362,0	385,0	461,9	288,7	290,0	362,6	426,2	—	—
Ausfuhr: Gesamt	..	1 348,2	1 316,2	1 393,7	974,9	1 077,8	1 044,0	1 038,1	1 039,4	1 354,4	736,6	887,5	908,3	1 060,1	961,6	1 059,1
Industrielle Rohstoffe	..	136,5	144,5	148,8	115,0	116,7	107,3	106,5	106,9	140,2	60,9	70,7	66,0	77,4	—	—
Industr. Halb- u. Fertigwaren	..	755,2	782,6	891,0	614,9	698,3	671,9	649,8	661,1	886,8	462,9	533,6	577,8	614,9	—	—
Nahrungsmittel <sup>4)</sup>	..	466,5	388,5	356,9	245,0	262,8	264,8	281,8	271,4	327,4	212,8	263,3	264,4	367,8	—	—
<b>Österreich</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. S	286,1	292,0	314,9	207,6	227,0	228,1	235,7	233,3	249,0	217,7	201,8	221,5	215,5	223,1	235,2
Lebende Tiere	..	25,1	21,8	24,8	20,0	18,6	18,9	18,6	18,4	19,8	19,6	17,1	22,3	17,3	17,7	19,0
Nahrungsmittel u. Getränke	..	64,4	69,9	73,3	50,5	48,8	44,4	53,5	55,3	81,3	56,9	36,8	45,9	45,9	48,7	52,7
Rohstoffe u. halbf. Waren	..	78,9	85,5	91,6	64,9	61,3	66,6	63,5	62,6	61,0	58,2	62,6	59,4	59,4	64,1	73,1
Mineralische Brennstoffe <sup>5)</sup>	..	26,1	24,9	22,8	16,1	13,0	14,0	12,3	13,6	13,7	15,2	16,6	18,0	20,9	19,9	17,3
Fertige Waren	..	117,7	114,8	125,2	72,2	98,3	98,5	100,2	97,0	86,8	83,0	85,3	93,9	93,0	92,6	90,4
Ausfuhr: Gesamt	..	198,4	186,2	188,3	127,8	156,8	164,9	170,3	162,2	152,0	137,2	145,1	166,8	168,9	147,2	154,7
Nahrungsmittel u. Getränke	..	4,7	5,1	3,7	3,3	3,7	3,3	3,2	2,8	2,9	3,1	4,9	4,0	13,3	8,9	4,6
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	40,4	39,6	38,1	28,9	38,9	36,5	38,7	35,8	36,0	33,8	32,1	34,1	34,4	30,8	28,7
Fertige Waren	..	150,8	140,1	145,0	94,7	113,4	124,0	127,3	111,9	111,4	98,8	106,5	123,4	116,5	105,0	119,0
<b>Tschechoslowakei</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Kč	1 619,8	1 767,2	1 817,7	1 362,3	1 217,9	1 339,0	1 446,8	1 598,5	1 144,2	1 206,3	1 156,5	1 260,3	1 258,1	1 369,2	1 279,0
Nahrungsmittel u. Getränke	..	252,2	278,7	306,1	215,0	186,1	196,4	208,0	226,7	181,6	169,0	185,1	229,8	227,6	309,6	305,6
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	743,3	848,4	766,1	654,0	597,8	617,2	714,2	780,9	549,2	545,4	549,3	546,4	511,1	543,5	511,4
Fertige Waren	..	528,0	527,6	591,8	431,2	371,8	459,9	472,1	521,8	366,2	434,9	363,5	417,2	455,1	447,7	407,6
Ausfuhr: Gesamt	..	1 907,3	1 986,1	2 149,9	1 478,6	1 331,2	1 478,3	1 406,7	1 621,1	1 199,4	1 421,7	1 338,8	1 511,0	1 693,2	1 605,2	1 432,6
Nahrungsmittel u. Getränke	..	202,5	320,3	322,9	154,8	107,7	111,7	141,8	158,0	130,0	117,7	121,7	119,7	178,4	194,7	160,1
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	302,6	365,3	367,1	227,6	220,3	242,7	232,9	251,9	194,6	220,8	218,6	232,8	250,1	254,8	244,2
Fertige Waren	..	1 398,7	1 296,3	1 459,9	1 093,8	1 001,2	1 122,4	1 030,3	1 108,6	870,1	1 074,8	992,1	1 151,2	1 258,4	1 147,4	1 015,0
<b>Polen</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Zł	257,2	243,4	212,8	216,7	181,7	195,0	170,4	196,7	177,4	195,3	188,5	190,4	202,2	163,8	158,9
Nahrungsmittel u. Getränke	..	33,9	32,3	35,5	31,2	26,4	34,6	24,0	24,7	17,2	19,0	23,8	18,1	18,5	22,1	22,8
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	98,6	88,8	83,8	88,5	73,1	74,7	69,0	74,9	83,6	83,5	78,0	83,0	89,7	66,1	58,7
Fertige Waren	..	124,2	121,7	92,9	96,3	81,8	85,2	86,0	90,8	76,5	92,8	81,6	89,3	93,7	75,5	77,0
Ausfuhr: Gesamt	..	259,4	256,1	254,8	218,5	218,1	221,1	208,9	199,2	169,3	197,8	201,5	211,8	207,9	195,9	183,2
Lebende Tiere	..	21,5	15,7	13,4	12,8	19,3	18,2	11,2	10,7	12,7	13,6	15,9	18,8	20,9	17,1	16,6
Nahrungsmittel u. Getränke	..	69,9	72,8	80,8	63,4	53,2	59,8	68,1	58,2	45,8	56,8	62,0	61,4	62,1	55,9	45,1
Rohstoffe u. halbfertige Waren	..	114,9	121,5	105,8	96,5	97,1	94,6	83,6	87,1	74,1	83,5	79,4	88,0	81,6	81,5	78,3
Fertige Waren	..	52,9	46,1	54,6	45,7	48,5	48,4	46,0	43,4	30,7	40,8	44,2	43,6	43,3	41,3	43,1
<b>Vereinigte Staaten</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. \$	391,0	338,5	310,6	311,0	281,8	300,5	307,9	284,7	250,2	220,4	218,4	228,3	248,3	203,7	205,0
Rohstoffe	..	126,6	121,4	115,6	109,1	98,6	101,7	105,7	86,7	76,7	69,6	72,6	75,4	77,5	59,2	89,1
Halbfertige Waren	..</															



	Einheit	1929					1930										
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>Verkehr</b>																	
<b>Eisenbahnverkehr</b>																	
<b>Güterwagenstellung</b>																	
Deutschland	1000	4 454	4 131	3 431	3 281	2 989	3 416	3 218	3 577	3 162	3 449	3 333	3 479	3 788	3 317	2 761	
Belgien	"	776	744	651	697	636	670	647	648	590	611	606	615	659	599	597	
Tschechoslowakei	"	722	692	492	435	405	465	461	479	444	485	490	520	661	642	—	
Vereinigte Staaten	"	5 195	4 177	3 651	3 788	3 506	3 817	3 940	4 127	3 878	4 010	4 058	4 049	4 272	3 348	—	
Oesterreich (arbeitsmäßig)	Anzahl	7 463	7 072	6 231	5 753	5 725	6 157	6 627	6 772	6 004	6 189	6 036	6 621	6 608	5 804		
Polen (arbeitsmäßig)	"	21 327	20 661	17 000	13 640	13 156	13 304	12 639	13 206	13 748	15 228	15 434	17 239	18 695	17 567	15 243	
<b>Beförderte Gütermenge</b>																	
Deutschland	Mill. t	46,90	43,95	35,63	33,36	29,78	34,10	31,87	35,44	32,36	33,30	32,63	34,24	38,51	34,97	—	
Großbritannien	1000 t	30 441	29 973	27 738	29 973	27 535	28 551	25 909	27 230	22 556	24 792	22 861	24 995	28 722	—	—	
Italien	"	6 254	5 510	5 012	4 885	4 691	5 253	5 155	5 219	4 066	5 416	5 147	5 490	5 625	4 695	4 038	
Oesterreich	Mill. tkm	428,1	390,1	371,9	320,6	286,2	331,6	305,7	330,5	305,7	297,8	299,0	320,7	337,6	321,1	—	
<b>Schiffverkehr</b>																	
<b>Seeschifffahrt<sup>1)</sup></b>																	
Deutschland <sup>2)</sup>	1000 NRT	3 980	3 865	3 718	3 457	3 109	3 584	3 547	3 873	3 298	3 759	3 939	3 820	3 821	3 460	—	
Großbritannien <sup>3)</sup>	"	6 025	5 492	5 055	5 287	4 611	5 093	5 119	5 885	5 574	5 880	5 764	5 835	5 692	5 034	—	
Frankreich <sup>4)</sup>	1000 RT	4 834	4 640	4 109	4 228	3 746	4 414	4 817	5 097	5 029	5 042	5 004	4 738	5 304	3 899	—	
Belgien <sup>5)</sup>	1000 NRT	2 579	2 433	2 498	2 511	2 197	2 431	2 157	2 565	2 469	2 556	2 549	2 476	2 474	2 220	—	
Niederlande <sup>6)</sup>	1000 cbm	5 330	5 140	5 161	5 230	4 590	4 785	4 640	5 085	5 020	5 075	5 125	5 255	5 150	4 820	—	
Italien	1000 NRT	6 217	6 150	6 135	6 010	5 896	6 823	6 540	6 793	6 461	6 864	6 592	6 750	6 773	6 399	—	
Polen <sup>7)</sup>	1000 RT	147	129	123	164	133	128	127	163	171	199	217	200	204	169	—	
Danzig	"	369	348	331	364	278	312	314	301	347	392	365	369	371	350	—	
Vereinigte Staaten <sup>8)</sup>	1000 NRT	7 503	6 971	6 507	5 693	5 368	5 884	6 703	7 525	7 509	8 067	8 480	7 653	7 074	—	—	
<b>Kanalverkehr</b>																	
<b>Kaiser Wilhelm Kanal</b>																	
Schiffe	5 105	4 837	4 338	3 794	3 010	3 797	3 787	4 596	4 861	5 450	5 445	4 929	4 749	4 745	—		
1000 NRT	2 341	2 274	2 045	1 690	1 247	1 402	1 401	1 953	2 240	2 351	2 170	1 950	2 021	1 855	—		
<b>Panamakanal</b>																	
Schiffe	584	525	522	531	491	516	489	479	478	488	485	458	467	479	—		
1000 NRT	2 083	1 887	1 939	1 982	1 785	1 899	1 872	1 833	1 805	1 842	1 771	1 027	1 935	—	—		
<b>Suezkanal</b>																	
Schiffe	537	509	532	538	471	524	505	492	455	479	468	431	474	462	462		
1000 NRT	2 948	2 758	2 899	2 944	2 594	2 823	2 734	2 688	2 433	2 647	2 581	2 394	2 683	2 573	—		
<b>Binnenschifffahrt</b>																	
<b>Güterumschlag, Hamburg<sup>9)</sup></b>																	
Duisburg <sup>7)</sup>	1000 t	682,4	891,2	841,8	596,9	523,2	783,0	979,1	1 012,1	838,2	644,4	850,9	892,7	975,0	916,5	—	
	"	3 150,2	3 276,8	3 492,9	4 657,1	3 782,6	3 348,1	3 276,2	3 413,7	3 300,8	3 353,1	3 273,3	3 633,6	3 578,5	2 754,1	—	
<b>Frachtraten</b>																	
<b>Getreide (La Plata / Großbrit.)</b>																	
sh je ton	11,0	13,9	15,0	14,6	10,3	11,6	14,6	10,3	11,0	13,6	20,0	16,6	14,9	17,0	—	—	
<b>Getreide (Montreal / Großbrit.)</b>																	
cts 100 lbs	9,50	9,00	—	—	11,50	12,00	10,00	8,50	9,50	8,00	10,50	10,00	10,00	8,00	—	—	
<b>Zucker (Kuba / Großbrit.)</b>																	
sh je ton	16,6	15,8	17,6	15,6	14,6	14,3	14,3	12,9	11,6	13,0	14,0	14,0	14,3	—	—	—	
<b>Erz (Huelva / Rotterdam)</b>																	
"	6,3	6,4 1/2	5,10 1/2	6,7 1/2	5,0	5,1 1/2	5,0	4,10 1/2	4,8	4,7 1/2	—	4,6	5,3	7,0	—	—	
<b>Reis (Burmah / Großbrit.)</b>																	
"	28,6	—	—	20,0	17,6	18,0	18,0	17,6	—	—	—	20,3	22,1	19,0	—	—	
<b>Öl (Golf / Großbrit.)</b>																	
"	27,0	31,0	32,0	32,0	42,8	35,6	30,9	30,0	28,0	17,6	15,0	10,6	10,6	11,0	—	—	
<b>Holz D. B. B. (Südflinn. / London)</b>																	
sh je Stk <sup>8)</sup>	51,9	43,9	43,10 1/2	41,0	39,6	38,6	37,9	37,9	36,6	34,6	31,3	32,0	34,0	35,3	—	—	
<b>Index d. „Stat. Reichsamts“<sup>9)</sup> 1913=100</b>																	
Index d. „Economist“ <sup>10)</sup> : Gesamt	1898/1913	108,5	102,7	100,3	94,4	89,0	87,9	89,7	88,5	83,1	90,8	96,1	97,3	95,1	92,2	94,8	
England—Europa	= 100	130,4	124,9	117,3	104,2	98,1	96,3	94,4	95,1	91,3	86,3	86,7	87,3	91,1	89,5	89,7	
— Nordamerika	"	98,3	96,9	95,5	94,2	92,8	87,7	91,2	88,5	85,2	89,6	94,2	91,2	85,6	85,9	86,9	
— Südamerika	"	103,1	97,6	94,6	95,1	95,5	91,9	95,9	91,6	90,7	94,6	99,7	95,7	93,9	90,4	93,8	
— Indien	"	117,4	110,7	109,0	99,8	93,4	94,2	94,8	94,2	95,7	102,8	104,5	103,0	101,8	99,8	103,8	
— Fern. Osten u. Pacific	"	95,1	91,6	93,4	85,2	78,9	77,8	76,3	74,6	74,6	78,3	84,7	89,2	85,2	81,0	85,2	
— Australien	"	106,8	94,4	91,7	88,1	75,7	79,2	85,5	87,2	90,8	93,5	108,8	117,5	113,9	107,7	109,5	
<b>Preise und Löhne</b>																	
<b>Großhandelsindizes<sup>11)</sup></b>																	
<b>Deutschland (+)<sup>12)</sup>: Gesamt</b>																	
1928=100	98,0	96,8	95,9	94,5	92,4	90,3	90,5	89,8	88,9	89,4	89,1	87,7	85,9	85,8	84,1	81,1	
Agrarartstoffe	98,1	95,6	94,0	90,7	86,4	81,9	83,5	82,4	81,7	85,5	86,8	84,5	81,4	83,4	82,2	82,2	
Kolonialwaren	95,0	90,4	86,6	86,6	86,4	88,8	89,2	88,3	86,6	85,5	83,4	81,2	81,3	81,4	79,2	82,0	
Rohst. u. Halbfertigwaren	97,6	96,9	96,5	95,7	94,5	93,6	93,1	92,3	91,0	89,0	87,8	86,7	85,2	84,2	82,0	82,0	
Industrielle Fertigwaren: Gesamt	98,7	98,9	98,2	98,4	97,5	96,4	95,8	95,5	95,3	94,9	94,2	93,6	92,6	91,4	90,1	90,1	
Produktionsmittel	101,9	101,9	101,9	101,8	101,8	101,5	101,3	101,2	100,9	100,7	100,5	100,4	100,0	99,3	98,1	98,1	
Konsumgüter	96,9	96,7	96,5	96,3	95,0	93,4	92,5	92,2	92,0	91,4	90,5	89,6	88,3	86,7	85,1	85,1	
<b>Großbritannien (+)<sup>13)</sup>: Gesamt</b>																	
1928=100	97,0	95,5	94,4	93,4	91,1	88,7	88,2	88,8	86,0	85,0	84,0	82,3	80,6	79,7	77,6	77,6	
Nahrungsmittel: Gesamt	95,2	93,4	92,4	91,0	88,4	84,8	84,7	83,5	83,6	83,4	82,9	81,2	79,6	79,1	78,2	78,2	
Pflanzliche	92,2	88,7	88,5	86,5	81,3	76,5	78,5	76,7	74,5	72,6	72,5	70,2	66,6	63,6	61,7	61,7	
Tierische	105,1	106,7	112,1	109,4	107,6	102,7	100,2	98,5	96,0	96,4	97,9	98,0	96,7	99,0	94,9	94,9	
Industrielle Waren: Gesamt	98,0	96,7	95,5	94,5	92,6	91,0	90,0	88,6	87,2	85,7	84,5	83,6	81,8	80,7	78,4	78,4	
Eisen und Stahl	102,7	102,3	102,3	102,5	102,2	102,3	101,8	101,5	101,0	100,4	99,7	99,4	98,4	97,8	96,8	96,8	
Kohle	101,4	101,4	102,7	102,3	101,5	100,3	96,2	93,9	92,1	91,8	91,5	94,4	95,2	95,4	95,4	95,4	
Baumwolle	92,4	89,5	87,5	86,0	81,7	79,5	79,9	79,1	76,6	74,5	72,5	68,5	65,3	64,9	61,2	61,2	
Wolle	91,5	91,5	90,1	86,1	80,4	78,7	75,6	76,5	76,5	73,6	72,6	70,4	65,6	63,2	60,6	60,6	
<b>Frankreich<sup>14)</sup>: Gesamt</b>																	
1928=100	95,0	94,0	92,7	90,9	90,9	89,1	88,8	87,2	85,8	86,6	86,6	84,4	81,9	79,5	78,5	78,5	
Nahrungsmittel: Gesamt	95,1	94,5	93,0	89,6	90,1	89,1	89,1	88,1	88,1	92,3	92,5	91,7	89,4	87,9	86,4	86,4	
Pflanzliche	83,3	82,1	77,5	72,8	71,2	69,6	71,2	78,1	74,8	82,9	84,5	82,6	79,1	77,8	76,6	76,6	
Tierische	114,8	114,3	116,6	112,5	116,2	114,8	113,8	106,3	108,4	111,4	111,5	111,9	110,7	108,8	112,1	112,1	
Zucker, Kaffee, Kakao	82,9	83,5	81,6	81,4	81,1	81,0	80,4	79,2	77,8	76,1	78,7	71,8	71,8	69,6	66,9	66,9	
Rohstoffe: Gesamt	95,0	93,6	92,6	91,7	91,4	89,0	87,7	85,8	84,0	82,4	80,6	79,1	76,5	73,2	7		



	Einheit	1929			1930											
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>noch: Großhandels-Indizes</b>																
<b>Österreich<sup>1)</sup>: Gesamt</b>	1928=100	97,5	96,0	94,5	96,0	94,5	92,9	91,4	90,6	92,9	91,4	90,6	88,3	86,0	84,5	82,2
Nahrungsmittel		96,4	94,0	91,5	91,8	92,3	90,7	89,1	87,4	90,7	89,9	89,1	85,0	82,5	80,9	77,6
Industriestoffe		99,5	99,5	98,8	99,5	98,1	96,7	96,0	96,0	96,0	95,3	94,7	93,3	91,9	90,5	90,5
<b>Polen<sup>2)</sup>: Gesamt</b>		92,1	93,7	91,0	87,2	84,0	84,1	84,1	82,4	82,2	82,9	80,9	78,7	77,5	77,7	75,8
Inländ. pflanzl. Erzeugnisse		88,6	74,5	71,4	66,9	61,3	63,9	67,1	62,2	65,7	69,6	65,2	58,9	55,7	57,9	56,3
Tierische Erzeugnisse		104,8	107,0	100,3	93,1	87,4	86,1	82,7	82,8	78,5	79,7	77,6	80,7	83,6	85,2	79,3
Industriest.n.-erzeugn.:Gesamt		98,6	97,9	97,2	95,1	94,2	93,6	92,6	92,4	91,4	90,4	89,4	88,1	86,9	85,3	84,3
Holz		103,0	105,3	104,4	96,1	96,1	93,1	93,1	93,1	93,1	88,8	86,3	83,4	83,4	79,6	79,6
Textilien		83,6	87,3	85,6	82,1	80,1	80,5	80,5	81,2	78,9	78,1	76,2	73,6	72,2	68,8	68,8
Kohle		109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5
Metalle		102,3	100,7	100,3	99,9	99,9	96,9	95,1	93,8	93,1	92,7	92,2	91,8	89,2	89,8	88,6
<b>Vereinigte Staaten<sup>3)</sup>: Gesamt</b>		98,7	96,7	96,5	95,7	94,4	93,0	92,9	91,3	88,9	86,1	86,1	86,3	84,6	82,4	80,3
Landwirtsch. Produkte		98,2	95,6	96,3	92,5	92,6	89,5	90,5	87,9	84,0	78,5	80,2	80,6	78,1	75,0	71,1
Nahrungsmittel		100,4	98,0	97,8	94,4	94,7	93,2	93,8	91,3	89,8	85,6	86,4	88,5	87,9	85,0	81,2
Häute und Leder		90,8	89,1	88,2	86,4	85,4	84,8	84,4	84,3	84,1	82,7	81,9	81,4	79,3	77,2	74,9
Textilien		96,2	94,9	93,8	92,7	91,6	89,7	88,7	87,8	85,3	83,0	80,6	78,3	76,6	76,0	75,1
Heiz- und Leuchtstoffe		93,7	93,7	93,1	91,6	90,4	88,8	89,3	89,4	87,6	86,5	86,5	87,5	86,1	82,3	80,8
Metalle und Metallprodukte		104,1	102,8	102,6	101,7	101,4	101,1	99,3	97,3	95,9	94,8	93,2	92,3	90,9	90,7	90,5
Baumaterialien		104,4	102,5	102,7	102,7	102,1	101,8	101,1	99,1	98,1	94,9	93,8	92,2	91,6	91,4	90,1
Chemikalien und Drogen		98,6	98,4	98,0	97,4	96,6	95,5	95,3	94,1	93,1	91,9	91,4	90,7	90,1	89,2	88,8
<b>Lebenshaltungskosten-Indizes</b>																
Deutschland <sup>4)</sup>		101,3	100,9	100,7	100,0	99,1	98,1	97,2	96,7	97,3	98,5	98,2	96,9	95,8	94,7	93,4
Großbritannien <sup>5)</sup>		99,4	100,6	100,6	100,0	98,8	97,0	94,6	93,4	92,8	93,4	94,6	94,6	94,0	94,6	93,4
Frankreich (Paris) <sup>6)</sup>			108,9			108,9			110,2			107,1				
Belgien <sup>7)</sup>		110,6	110,6	110,1	109,0	113,6	110,5	108,1	106,8	107,0	108,2	109,1	109,9	109,7	109,2	—
Schweiz <sup>8)</sup>		101,2	106,6	100,6	100,0	99,4	98,8	98,1	98,1	98,1	98,8	98,8	98,8	98,1	97,4	—
Italien (Rom) <sup>9)</sup>		103,1	102,9	101,9	102,1	100,8	101,2	101,4	100,4	100,6	103,0	103,5	102,7	102,5	102,5	—
Österreich (Wien) <sup>10)</sup>		104,6	104,6	104,6	104,6	103,7	102,8	102,8	102,8	104,6	103,7	104,6	101,9	101,9	101,9	100,0
Polen (Warschau) <sup>11)</sup>		101,6	102,5	103,3	99,2	98,6	95,7	95,5	94,8	95,0	97,4	95,7	95,7	96,1	97,7	—
<b>Ernährungskosten-Indizes<sup>12)</sup></b>																
Deutschland		101,0	100,5	99,9	98,6	97,1	95,3	93,9	93,0	93,7	95,8	95,4	93,0	91,6	90,2	88,5
Großbritannien		99,4	101,3	101,3	100,0	98,1	95,5	91,1	89,2	87,9	89,8	91,7	91,7	91,1	91,7	89,8
Frankreich (Paris)			109,3			107,4			110,0		109,5					
Belgien		111,7	111,8	110,8	108,8	107,4	102,6	98,8	96,9	97,2	98,2	100,4	101,8	101,5	101,1	—
Italien (Rom)		103,0	103,0	101,2	100,6	98,0	98,8	99,0	97,8	98,2	102,3	101,8	99,8	100,4	100,6	—
Österreich (Wien)		102,5	102,5	102,5	103,4	100,8	100,0	99,2	98,8	101,7	100,0	100,0	97,5	95,8	95,8	93,3
Polen (Warschau)		97,4	99,0	100,8	91,1	87,1	85,3	84,8	83,2	83,6	88,4	85,0	85,0	85,4	88,8	—
<b>Löhne: Deutschland<sup>13)</sup></b>																
Stundenlöhne: gelernte Arbeiter	Rpf	111,7	111,8	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9
ungelernte Arbeiter		83,8	83,9	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0
Wochenlöhne <sup>14)</sup> : gelernte Arbeiter	RM	54,02	54,07	54,10	54,10	54,10	54,10	54,12	54,12	54,12	54,12	54,12	54,12	54,12	54,12	54,12
ungelernte Arbeiter		41,73	41,78	41,80	41,78	41,78	41,78	41,80	41,80	41,81	41,81	41,81	41,81	41,81	41,81	41,81
<b>Umsätze und Geschäftsgang</b>																
<b>Einzelhandelsumsätze</b>																
<b>Deutschland</b>																
Warenhäuser	% <sup>15)</sup>	100,1	102,1	94,2	96,5	113,4	81,0	117,7	89,4	92,7	92,2	94,5	98,5	91,8	86,0	—
Konsumgenossenschaften	RM	9,79	9,69	10,90	8,36	8,80	8,76	8,78	8,44	8,44	8,76	8,12	8,35	8,52	8,40	9,43
<b>Vereinigte Staaten</b>																
Warenhäuser <sup>16)</sup>	(1923/25=100)	112	108	108	107	108	110	105	105	108	100	102	99	102	98	—
<b>Abrechnungsverkehr</b>																
Deutschland <sup>17)</sup>	Mill. RM	11 149	9 646	9 562	10 589	9 122	9 775	10 142	10 358	9 565	11 161	9 294	10 098	11 212	8 684	9 447
Großbritannien (London town)	£	3 590	3 448	3 121	3 746	3 063	3 763	3 213	3 475	3 894	3 586	2 927	3 016	3 474	2 983	—
Frankreich <sup>18)</sup>	Fr	48 005	41 091	42 721	45 483	43 806	45 995	47 630	51 142	51 128	50 140	43 196	48 591	48 007	38 033	42 485
Belgien <sup>19)</sup>	Fr	44 328	39 103	40 024	39 271	35 053	37 649	40 391	41 909	36 003	38 549	34 954	38 114	42 069	34 110	35 941
Schweiz <sup>20)</sup>	Fr	1 214	1 152	1 184	1 242	1 068	1 168	1 058	1 077	1 099	1 088	854	932	1 050	955	1 010
Italien <sup>21)</sup>	L	66 565	56 425	62 776	55 439	51 252	53 261	58 275	51 688	56 925	62 519	48 840	51 655	51 537	55 532	65 522
Tschechoslowakei (Prag)	Kč	8 922	7 804	7 825	8 754	6 052	7 257	7 375	6 553	5 852	5 838	5 579	5 779	5 855	5 782	6 830
Österreich <sup>22)</sup>	S	362	361	441	421	361	408	337	362	358	348	279	311	318	279	387
Vereinigte Staaten <sup>23)</sup>	\$	76 371	63 842	51 716	49 043	41 132	50 592	50 191	48 031	49 136	46 461	38 391	39 911	44 983	35 757	41 872
<b>Postscheckverkehr (insgesamt)</b>																
Deutschland	Mill. RM	13 878	12 740	12 824	13 249	11 032	11 551	12 146	12 067	11 146	12 608	11 267	11 148	12 478	11 018	11 746
Belgien	Fr	31 384	28 591	29 011	30 201	27 342	28 408	29 071	30 032	26 449	29 366	25 912	25 713	28 906	24 894	28 376
Tschechoslowakei	Kč	20 644	23 146	23 299	22 466	18 885	19 001	19 897	19 861	18 257	20 490	18 751	19 542	20 710	—	—
Österreich	S	2 235	2 235	2 311	2 271	1 943	2 006	2 097	2 202	2 011	2 295	2 133	2 042	2 471	2 224	—
Polen	Zł	2 247	2 233	2 142	2 086	1 825	2 048	1 997	1 990	1 822	2 029	1 919	2 035	2 118	1 916	2 379
<b>Konkurse</b>																
Deutschland, Konkurse	Anzahl	840	813	881	1 106	1 103	1 142	1 008	1 062	853	977	810	759	843	829	850
Vergleichsverfahren		350	394	459	521	576	692	703	702	647	695	591	508	494	467	477
Großbritannien		410	393	338	407	397	406	367	367	295	406	317	304	375	—	—
Frankreich		529	580	528	658	516	582	507	593	518	540	402	326	462	558	591
Niederlande		247	271	247	273	244	251	250	241	240	255	214	262	278	280	—
Italien		1 178	1 180	1 230	1 214	1 148	1 270	974	1 254	1 156	1 373	1 035	1 452	1 785	1 634	1 494
Tschechoslowakei		57	45	66	69	61	72	74	72	76	66	71	70	75	98	—
Vereinigte Staaten <sup>24)</sup> Konkurse		1 822	1 796	2 037	2 769	2 282	2 347	2 198	2 179	2 026	2 028	1 913	1 993	2 124	2 031	2 525
Verbindlichkeiten	1000 \$	31 314	52 046	67 465	61 185	51 326	56 846	49 059	55 541	63 131	39 828	49 181	4			



	Einheit	1929			1930											
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Geld- und Kapitalmarkt</b>																
<i>Diskontsätze d. Zentralbanken<sup>1)</sup></i>																
Deutschland <sup>2)</sup>	% p. a.	7,5	7	7	14,6	6,5	5,6	5	5	20,4	20,4	4	4	4	5	5
Großbritannien <sup>3)</sup>	"	6	5,5	5	5	3	3	3,5	3,5	1,3	3	3	3	3	3	3
Frankreich <sup>4)</sup>	"	8,5	8,5	8,5	20,3	3	3	3	3	1,2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Belgien <sup>5)</sup>	"	14,4	4,5	4,5	2,3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	1,3	3	3	3	3	3	3
Niederlande <sup>6)</sup>	"	5	4,5	4,5	16,4	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Schweiz <sup>7)</sup>	"	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3	3	3	3	3	3	3
Italien <sup>8)</sup>	"	7	7	7	7	7	7	7	7	19,5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Tschechoslowakei <sup>9)</sup>	"	5	5	5	5	5	5	5	5	24,4,5	25,4	4	4	4	4	4
Österreich <sup>10)</sup>	"	8	7,5	7,5	25,7	11,6,5	31,6	31,6	31,6	31,6	31,6	31,6	31,6	31,6	31,6	31,6
Ungarn <sup>11)</sup>	"	8	7,5	7,5	25,7	18,6,5	29,6	29,6	29,6	30,5,5	30,5,5	30,5,5	30,5,5	30,5,5	30,5,5	30,5,5
Polen <sup>12)</sup>	"	9	8,5	8,5	31,8	8	8	14,7	7	7	7	18,6,5	6,5	6,5	6,5	7,5
Rumänien <sup>13)</sup>	"	9,5	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
Schweden <sup>14)</sup>	"	5,5	5,5	5,5	1,4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Norwegen <sup>15)</sup>	"	6	5,5	5,5	5	5	5	5	5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Dänemark <sup>16)</sup>	"	5	5	5	5	5	5	5	5	4	4	4	4	4	4	4
Vereinigte Staaten (New York) <sup>17)</sup>	"	5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	1,3	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Japan <sup>18)</sup>	"	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48
<i>Notenumlauf d. Zentralbanken</i>																
Deutschland <sup>19)</sup>	Mill. RM	4 494,9	4 493,9	4 723,9	4 319,4	4 318,6	4 415,2	4 472,1	4 384,6	4 393,7	4 320,6	4 346,2	4 377,3	4 336,4	4 264,8	4 437,3
Großbritannien <sup>20)</sup>	£	360,7	356,5	369,4	355,8	347,3	350,0	359,4	356,4	360,4	365,0	365,8	359,5	357,2	354,2	368,9
Frankreich <sup>21)</sup>	Fr	16 992,1	17 021,0	17 478,9	16 407,3	16 822,6	17 188,8	17 122,7	17 820,3	17 143,8	17 070,3	17 070,3	17 888,1	17 888,1	17 888,1	17 888,1
Belgien <sup>22)</sup>	Blg	2 688,0	2 682,6	2 680,4	2 760,8	2 768,5	2 789,1	2 885,7	2 905,1	2 907,4	3 023,9	3 060,1	3 064,9	3 128,1	3 147,4	3 180,9
Niederlande <sup>23)</sup>	Fl	828,0	843,9	836,9	812,4	797,0	810,1	820,0	830,4	823,5	818,9	810,3	822,6	825,0	837,7	833,3
Schweiz <sup>24)</sup>	Fr	899,3	895,2	932,8	871,0	844,1	864,1	878,6	868,0	878,6	889,2	898,8	927,6	942,9	938,1	988,1
Italien <sup>25)</sup>	L	16 829,4	16 793,2	16 648,3	16 375,9	16 965,5	16 038,2	16 008,1	15 796,7	15 750,1	15 959,2	16 035,9	16 044,4	15 887,8	15 644,2	—
Tschechoslowakei <sup>26)</sup>	Kd	7 205,0	7 272,7	7 541,8	6 759,1	6 837,9	6 489,9	6 482,2	6 394,1	6 671,2	6 549,9	6 601,9	6 698,7	6 671,9	6 718,3	7 221,6
Österreich <sup>27)</sup>	S	1 000,8	994,7	1 034,8	932,5	899,9	908,2	910,0	913,2	948,4	951,9	946,9	939,1	944,5	961,1	1 028,0
Ungarn <sup>28)</sup>	P	453,8	448,7	445,9	424,2	418,2	399,6	431,5	409,0	407,0	410,3	413,6	398,7	420,9	420,5	416,0
Polen <sup>29)</sup>	Zl	1 325,8	1 387,8	1 295,8	1 207,8	1 218,4	1 256,4	1 283,4	1 283,1	1 281,6	1 268,1	1 296,2	1 310,9	1 345,4	1 298,8	1 279,4
Rumänien <sup>30)</sup>	Lei	21 718,5	21 725,4	21 395,3	19 767,4	19 613,9	20 054,6	19 845,8	18 890,3	18 880,0	18 445,3	19 015,5	19 450,7	19 186,1	18 883,2	—
Schweden <sup>31)</sup>	Kr	522,5	539,5	532,8	494,6	494,7	520,5	517,3	524,9	540,1	521,4	537,4	549,3	438,2	518,5	540,2
Norwegen <sup>32)</sup>	Kr	305,6	298,4	315,7	299,2	291,9	295,4	309,9	303,7	307,9	314,7	309,6	304,2	309,0	299,4	310,0
Dänemark <sup>33)</sup>	Kr	371,9	369,8	367,6	346,8	352,3	356,8	362,0	371,1	365,6	347,2	349,8	344,5	369,7	354,2	360,2
Vereinigte Staaten <sup>34)</sup>	\$	1 861,7	1 927,7	1 940,0	1 794,0	1 664,8	1 601,8	1 550,1	1 476,7	1 431,6	1 382,6	1 333,2	1 354,0	1 367,5	1 384,9	1 561,2
Kanada <sup>35)</sup>	\$	185,1	187,0	175,5	164,1	158,6	162,9	154,7	164,7	166,0	162,2	166,2	163,5	160,0	159,2	—
<i>Gold u. Devisen d. Zentralbanken</i>																
Deutschland <sup>36)</sup>	Mill. RM	2 571,6	2 615,5	2 659,6	2 687,4	2 777,4	2 815,3	2 910,0	2 910,4	3 048,7	2 881,0	2 957,4	2 851,8	2 413,8	2 614,9	2 727,6
Großbritannien <sup>37)</sup>	£	2 698,5	2 723,4	2 852,3	3 065,0	3 096,7	3 126,3	3 290,2	3 272,0	3 105,9	3 162,1	3 140,2	3 187,5	3 225,2	3 236,9	3 075,2
Frankreich <sup>38)</sup>	Fr	6 558,3	6 671,9	6 802,3	7 018,9	7 059,6	7 008,7	6 963,9	7 108,4	7 227,4	7 352,7	7 760,7	7 858,8	8 242,1	8 476,6	8 721,6
Belgien <sup>39)</sup>	Blg	927,1	958,0	991,8	1 019,8	999,6	1 097,5	1 047,8	1 085,2	1 119,8	1 171,5	1 209,7	1 223,6	1 259,9	1 281,0	1 364,6
Niederlande <sup>40)</sup>	Fl	1 089,1	1 110,5	1 125,3	1 120,2	1 087,3	1 074,5	1 081,9	1 122,8	1 129,8	1 089,3	1 057,2	1 061,1	1 121,1	1 141,1	1 186,8
Schweiz <sup>41)</sup>	Fr	639,0	665,2	718,8	763,6	741,9	730,9	754,8	770,6	743,9	740,9	781,7	791,9	812,0	818,9	831,4
Italien <sup>42)</sup>	L	2 284,8	2 301,8	2 285,0	2 243,0	2 224,3	2 232,9	2 249,6	2 289,2	2 238,8	2 249,6	2 277,4	2 272,8	2 244,8	2 205,3	—
Tschechoslowakei <sup>43)</sup>	Kd	370,3	388,7	420,2	424,3	405,8	397,4	389,8	402,6	423,2	435,3	450,9	472,6	477,8	478,6	490,1
Österreich <sup>44)</sup>	S	223,6	225,4	233,8	222,9	212,0	224,1	230,8	240,5	252,7	259,0	260,7	256,5	256,2	247,1	244,2
Ungarn <sup>45)</sup>	P	146,7	147,4	148,1	131,1	137,6	127,8	125,7	129,6	139,1	142,9	150,9	141,8	130,5	130,4	136,9
Rumänien <sup>46)</sup>	Lei	381,3	395,6	398,1	356,6	332,5	299,7	289,2	272,4	265,5	271,3	271,2	272,2	273,4	275,2	—
Schweden <sup>47)</sup>	Kr	451,7	465,9	505,1	392,7	479,8	488,7	531,9	607,7	617,9	609,4	592,2	605,2	651,6	639,9	640,0
Norwegen <sup>48)</sup>	Kr	220,4	224,8	222,3	205,9	197,2	202,4	211,7	208,5	213,1	195,7	189,9	193,4	198,8	203,4	204,9
Dänemark <sup>49)</sup>	Kr	288,6	275,1	281,9	309,4	334,7	303,8	287,4	303,9	256,6	264,2	270,8	280,6	292,6	283,2	287,2
Vereinigte Staaten <sup>50)</sup>	\$	12 640,6	12 686,3	12 238,6	12 348,6	12 508,5	12 721,4	12 739,4	12 886,5	12 873,4	12 688,2	12 885,3	12 025,7	12 582,4	12 692,2	12 481,9
Kanada <sup>51)</sup>	\$	390,1	473,1	369,1	338,7	340,7	343,0	350,8	336,7	324,4	341,4	362,1	363,0	354,9	474,4	—
Argentinien <sup>52)</sup>	Arg.	1 834,8	1 778,1	1 701,1	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 782,1	1 745,7	—
Brasilien <sup>53)</sup>	Br.	635,3	635,8	631,8	584,1	531,8	531,3	377,7	377,7	375,7	329,9	288,8	271,7	—	—	—
Japan <sup>54)</sup>	Yen	2 222,2	2 226,4	2 243,1	2 182,5	2 002,5	1 902,1	1 860,2	1 822,6	1 822,6	1 845,6	1 816,3	1 816,3	1 740,9	1 713,7	—
<i>Bankenstatistik</i>																
<i>Deutschland<sup>55)</sup></i>																
Debitoren	Mill. RM	7 358,3	7 506,5	—	—	7 729,8	7 778,7	7 886,4	7 808,3	7 790,8	7 898,2	7 895,1	8 038,2	7 948,4	7 833,7	—
Wechsel u. Schecks <sup>56)</sup>	"	3 329,8	2 863,0	—	—	3 011,5	3 000,4	2 897,7	2 940,6	2 939,8	2 936,4	2 600,2	2 215,4	2 288,4	—	—
Warenvorschüsse	"	2 194,4	2 248,3	—	—	2 224,3	2 220,0	2 204,1	2 172,5	2 157,9	2 115,5	2 091,6	2 138,6	2 267,3	2 319,7	—
Reports	"	399,3	317,6	—	—	319,3	331,4	350,1	369,9	297,4	244,5	250,1	223,3	204,3	196,1	—
Kreditoren	"	14 284,0	14 235,1	—	—	14 504,7	14 755,1	14 780,6	14 780,8	14 813,6	14 585,1	14 314,0	14 203,3	13 550,5	13 404,4	—
<i>Großbritannien<sup>57)</sup></i>																
Depositen	Mill. £	1 802,5	1 789,0	1 810,7	1 805,0	1 751,1	1 719,3	1 749,7	1 779,8	1 829,4	1 830,9	1 803,8	1 800,7	1 827,7	1 838,0	1 875,8
Vorschüsse	"	990,0	989,6	989,1	985,4	983,9	990,8	984,3	972,4	977,1	966,7	950,7	941,9	938,8	935,4	928,7
Wechselbestand	"	229,3	233,2	229,0	245,2	220,4	183,6	209,6	248,0	273,3	286,4	281,2	285,7	297,9	3 14	321,5
Wertpapierbestand	"	255,0	249,2	250,2	247,9	244,0	240,4	240,4	246,8	248,0						



	Einheit	1929						1930								
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>nach: Bankenstatistik</b>																
<b>Vereinigte Staaten</b>																
<b>Bundesreservebanken<sup>1)</sup></b>																
Kredite, gesamt	Mill. \$	1 450	1 631	1 643	1 357	1 181	1 095	1 072	996	1 000	1 003	998	1 016	1 020	1 033	1 273
Diskontierte Wechsel		885	953	803	501	378	274	231	247	251	226	214	189	196	21	338
Angekaufte Wechsel		337	296	320	314	286	246	266	182	141	154	153	197	185	184	257
Regierungssicherheiten		154	315	446	485	480	540	530	529	571	583	599	597	602	599	644
Depositen, gesamt		2 438	2 577	2 438	2 403	2 362	2 373	2 408	2 418	2 458	2 477	2 448	2 452	2 464	2 488	2 467
Guthab. d. Mitgliedsbanken		2 386	2 521	2 395	2 349	2 305	2 330	2 350	2 356	2 392	2 417	2 392	2 397	2 407	2 433	2 416
<b>Mitgliedsbanken<sup>2)</sup></b>																
Effektenkredite		8 098	8 249	7 968	7 794	7 671	7 964	8 270	8 312	8 568	8 398	8 357	8 890	8 243	7 897	7 774
Andere Kredite		9 608	9 792	9 478	9 027	8 871	8 781	8 631	8 513	8 480	8 508	8 481	8 489	8 591	8 776	8 558
Anlagen		5 418	5 623	5 567	5 548	5 541	5 607	5 759	5 837	5 977	6 194	6 291	6 361	6 575	6 782	6 784
<b>Spareinlagen<sup>3)</sup></b>																
Deutschland <sup>4)</sup>	Mill. RM	8 723	8 827	9 016	9 359	9 548	9 637	9 714	9 836	9 912	10 008	10 094	10 148	10 191	10 272	—
Frankreich <sup>4)</sup>	Fr	288	321	463	836	988	636	432	438	291	271	349 <sup>25)</sup>	108 <sup>25)</sup>	65 <sup>25)</sup>	46 <sup>25)</sup>	164
Niederlande <sup>5)</sup>	Fl	578,7	578,0	581,0	587,8	595,0	599,1	595,7	598,1	600,8	604,6	611,6	610,9	613,9	—	—
Italien <sup>6)</sup>	L	24 748	24 802	25 469	25 911	26 009	26 050	26 054	26 114	26 099	26 331	26 402	26 449	26 430	25 506	—
Österreich <sup>6)</sup>	S	1 321	1 328	1 367	1 474	1 509	1 528	1 541	1 551	1 565	1 572	1 585	1 595	1 582	1 580	1 593
Polen <sup>7)</sup>	Zl	161	163	173	180	190	201	210	217	221	229	234	230	232	236	254
Vereinigte Staaten <sup>8)</sup>	\$	4 372	4 333	4 392	4 416	4 436	4 509	4 507	4 505	4 559	4 672	4 591	4 662	4 658	—	—
<b>Emissionen</b>																
Deutschland <sup>9)</sup> : Gesamt	Mill. RM	102	98	127	319	277	355	369	272	247	378	329	168	168	163	—
Aktien <sup>10)</sup>		36	39	29	163	34	23	45	27	21	94	27	30	46	15	—
Festverzinsl. Werte <sup>11)</sup>		66	59	98	156	243	332	324	245	226	284	302	138	122	148	—
Im Ausland aufgen. Anleihen		27	3	2	3	159	95	104	49	508	41	210	1	12	0	—
Großbritannien <sup>12)</sup> : Gesamt	1000 \$	11 510	12 945	5 283	16 025	26 155	26 384	21 271	37 899	32 225	16 432	6 560	5 039	30 497	10 910	15 862
Inland		7 455	6 273	4 046	11 337	7 905	16 948	11 890	17 816	7 703	13 108	3 454	2 469	12 763	11 516	10 447
Brit. Reich		483	3 149	716	2 903	10 619	5 716	117	15 689	4 647	299	2 655	2 122	13 413	7 604	4 282
Ausland		3 572	3 523	521	2 685	7 571	3 720	9 264	4 394	876	3 025	451	608	4 321	790	1 153
Frankreich, inländ.: Gesamt	Mill. Fr	2 293	1 493	1 490	1 313	3 261	2 354	872	1 210	2 601	980	887	1 351	3 650	1 134	2 311
Aktien		671	668	507	286	471	440	258	513	786	355	152	233	508	181	213
Obligationen		1 622	761	983	1 027	2 790	1 914	614	697	1 835	625	735	1 118	3 142	959	2 088
Niederlande <sup>13)</sup> : Gesamt	Mill. Fl	63,0	46,8	17,3	42,1	58,7	52,9	49,9	37,8	57,2	35,0	18,2	17,6	11,4	72,5	—
Inland		60,0	45,3	11,7	37,5	17,4	33,1	12,4	6,0	24,9	17,5	14,1	16,9	7,5	72,5	—
Ausland		3,0	1,4	5,5	4,6	41,3	19,8	37,5	31,8	32,3	17,5	4,0	0,7	3,9	—	—
Aktien u. Vorzugsaktien		49,8	29,4	2,4	6,3	0,2	1,0	4,7	3,0	1,3	0,1	0,2	0,7	1,0	0,1	—
Anleihen		13,3	17,4	14,8	36,8	58,5	52,0	45,2	34,8	55,9	34,9	18,0	17,0	10,4	72,4	—
Schweiz <sup>14)</sup> : Gesamt	Mill. Fr	63,0	19,6	33,1	78,3	297,7	56,1	122,7	231,4	110,7	80,9	45,6	249,1	143,0	158,2	19,3
Inland		63,0	19,6	33,1	68,8	278,0	23,5	101,1	160,1	43,2	46,2	45,6	216,2	108,3	117,8	19,3
Ausland		—	—	—	9,1	21,3	28,7	14,9	71,3	67,5	34,6	—	32,9	34,7	40,6	—
Aktien		11,8	16,4	4,1	0,5	0,4	4,0	6,8	4,2	5,1	1,0	0,6	—	—	—	6,1
Anleihen		52,0	3,1	29,0	77,9	297,3	52,1	105,9	227,2	105,5	79,9	44,9	249,1	143,0	158,2	13,2
Vereinigte Staaten <sup>15)</sup> : Gesamt	Mill. \$	880,9	298,0	650,5	824,2	621,4	821,1	957,8	1 178,6	772,8	583,2	290,5	494,6	459,3	267,5	394,9
Konversionen		34,2	16,8	84,6	78,9	29,7	22,2	54,7	70,3	68,6	28,8	86,1	115,5	64,9	9,9	9,4
Neues Kapital		846,7	281,1	665,9	747,3	591,6	799,0	903,1	1 109,3	704,2	554,5	204,4	379,1	394,4	257,5	385,5
Inland		793,6	255,0	521,2	718,2	465,5	658,0	728,6	989,7	527,8	477,4	165,9	376,6	294,9	250,6	369,9
Ausland		53,0	26,1	44,8	29,1	126,1	141,0	174,5	119,6	176,4	77,1	38,6	8,5	99,6	7,0	20,5
Aktien u. Vorzugsaktien		443,0	122,1	127,4	128,8	155,3	123,0	261,4	424,1	152,4	70,4	56,3	61,8	21,6	18,4	73,5
Anleihen		403,7	158,3	438,6	620,4	436,4	676,0	641,7	685,1	551,8	484,0	148,1	317,3	372,8	239,1	312,0
<b>Börse</b>																
<b>Kursindizes</b>																
Deutschland (+) <sup>16)</sup> : Gesamt	1928=100	84,0	80,7	77,6	80,9	81,3	80,2	82,8	82,0	78,4	74,1	69,6	64,6	64,6	62,2	53,8
Bergbau u. Schwerindustrie		91,4	87,3	85,5	91,0	91,5	89,8	92,1	91,1	87,2	81,9	75,7	75,1	70,2	66,5	61,9
Verarbeitende Industrie		77,8	74,5	71,2	74,0	73,9	72,7	75,4	75,5	71,7	67,1	62,4	61,5	57,2	55,1	51,9
Handel u. Verkehr		88,8	85,7	81,9	84,0	85,2	84,1	85,6	85,0	82,3	78,9	75,9	75,5	71,5	69,6	67,1
Großbritannien <sup>17)</sup> : Gesamt		100,1	96,0	98,0	98,6	96,7	97,9	98,6	96,7	94,4	95,5	93,7	94,7	93,3	92,7	90,8
Aktien		104,2	95,3	95,3	95,1	94,6	94,2	95,9	93,1	87,8	88,9	84,9	87,2	82,3	81,1	76,8
Festverzinsliche Werte		97,3	96,6	96,6	97,6	98,0	100,4	100,4	99,2	98,0	100,0	99,6	99,7	100,7	100,4	100,2
Frankreich <sup>18)</sup> : Gesamt		117,8	111,1	111,6	119,5	115,4	115,2	117,1	111,3	105,3	106,0	102,2	102,4	95,2	91,1	84,1
Banken		108,0	104,0	105,0	112,4	106,2	106,8	108,4	105,0	100,3	100,6	97,5	98,8	92,6	90,0	85,4
Kohlenbergwerke (nördl.)		176,6	167,0	167,8	174,0	167,3	164,0	161,7	152,9	148,8	151,5	144,7	144,7	139,0	131,9	112,9
Chemische Industrie		121,2	112,5	112,3	115,6	110,4	108,7	110,6	105,2	95,8	97,8	92,0	94,1	84,2	80,2	72,2
Textilindustrie		100,9	95,9	96,1	101,2	96,6	94,4	94,2	89,4	83,7	82,8	76,7	74,1	68,5	63,4	58,0
Elektrizitätswerke		130,0	119,8	121,8	135,3	136,7	137,2	141,4	136,5	129,8	131,9	126,9	128,1	118,1	113,5	106,9
Festverzinsliche Werte <sup>20)</sup>		106,9	108,3	113,1	120,4	118,9	118,3	117,9	117,7	118,3	118,1	119,3	119,0	117,8	116,9	116,2
Niederlande: *) <sup>21)</sup> Gesamt		97,0	85,8	85,8	85,8	86,7	84,1	85,8	80,7	73,0	69,5	66,1	63,5	63,5	60,9	55,8
Petroleumgesellschaften		127,5	113,0	113,9	113,9	112,1	111,2	118,4	115,7	111,2	112,1	108,5	104,9	96,7	88,6	85,0
Indische Gesellschaften		93,5	84,8	80,8	80,1	82,8	78,7	79,4	74,0	67,3	66,6	60,6	58,5	58,5	60,6	55,2
Niederländ. Gesellschaften		96,9	85,0	85,6	86,5	87,5	84,7	86,5	80,9	73,4	69,6	68,8	64,9	64,0	59,3	54,6
Banken		107,3	101,9	101,9	102,8	103,7	101,9	101,0	100,1	98,3	97,4	95,6	92,0	89,3	90,2	86,6
Belgien <sup>22)</sup> : Gesamt		77,4	74,0	65,5	64,8	65,5	57,0	62,9	64,6	61,2	56,9	53,6	52,7	51,5	44,2	47,6
Banken		62,7	60,2	55,3	55,3	53,6	49,5	52,8	52,8	50,3	46,2	44,5	46,2	45,4	39,6	42,1
Metallurg. Industrie		88,5	80,3	69,7	68,4	71,5	62,1	65,9	65,3	59,6	55,2	54,0	54,6	51,5	45,2	47,7
Kohlenbergwerke		128,2	113,7	102,8	102,1	96,3	84,0	78,9	84,0	82,6	81,8	8				



	Einheit	1929			1930											
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>noch: Kursindizes</b>																
<b>Italien<sup>1)</sup>:</b>																
Aktien <sup>2)</sup> : Gesamt	1928 = 100	100,1	99,0	96,2	97,1	109,3	97,7	96,4	97,1	95,0	91,2	88,6	87,4	85,1	83,9	79,2
Banken		90,6	93,5	93,5	95,4	93,6	97,3	95,0	96,4	95,4	93,2	92,1	91,1	89,7	89,4	87,4
Textilindustrie		63,6	61,8	55,7	56,0	56,2	51,9	60,6	60,1	55,9	52,2	49,8	47,1	45,6	46,3	41,4
Miner., Metall. u. mech. Ind.		99,3	97,5	91,7	94,9	99,2	96,4	92,9	93,8	88,3	84,9	81,3	80,7	78,6	78,3	73,3
Elektrizitätsindustrie		104,2	102,2	99,1	95,5	102,8	100,5	98,5	99,2	95,8	92,5	90,8	89,9	86,6	85,8	79,1
Festverzinsliche Werte <sup>3)</sup>		96,7	97,1	97,0	97,7	98,3	98,6	99,0	99,9	100,3	100,3	99,1	99,4	99,5	99,9	99,4
<b>Vereinigte Staaten<sup>4)</sup>:</b>																
Aktien <sup>5)</sup> : Gesamt		134,8	100,7	102,7	104,1	110,7	114,7	120,7	114,1	102,1	99,4	98,7	99,4	85,4	78,1	72,7
Eisenbahnen		122,2	105,1	105,8	106,6	111,3	111,3	110,5	105,8	97,3	96,5	94,2	95,7	86,4	79,4	73,2
Öffentl. Werke		186,0	131,0	135,0	140,4	155,1	162,5	177,3	167,9	150,4	144,4	143,0	145,1	125,6	112,2	106,1
Industriegesellsch.		125,7	94,0	95,3	96,6	101,1	105,6	110,8	103,7	92,7	90,7	90,1	90,1	76,5	70,6	66,1
Festverzinsliche Werte <sup>6)</sup>		93,9	94,5	95,3	95,3	95,2	96,6	96,7	96,7	97,0	97,5	98,4	98,8	93,7	97,9	90,6
Schweden: Gesamt <sup>7)</sup>		101,3	97,3	96,0	102,2	102,7	106,2	104,9	100,4	94,2	94,2	89,3	87,9	85,3	84,4	—
<b>Rendite festverzinslicher Werte</b>																
Deutschland <sup>8)</sup> : Durchschnitt	% p. a.	8,34	8,30	8,39	8,35	8,26	8,23	8,08	7,93	7,91	7,85	7,88	7,93	8,10	8,11	8,16
5 % Werte		6,56	6,60	6,59	6,53	6,50	6,50	6,39	6,31	6,27	6,25	6,25	6,28	6,35	6,35	6,39
6 %		7,75	7,78	7,81	7,76	7,67	7,64	7,47	7,25	7,20	7,15	7,19	7,25	7,44	7,49	7,51
7 %		8,61	8,64	8,70	8,61	8,44	8,37	8,10	7,84	7,83	7,70	7,76	7,84	8,19	8,15	8,21
8 %		8,90	8,94	8,99	8,95	8,84	8,79	8,57	8,40	8,37	8,27	8,33	8,40	8,65	8,65	8,69
10 %		9,85	9,86	9,87	9,92	9,84	9,84	9,86	9,86	9,86	9,87	9,87	9,88	9,95	9,84	9,90
Frankreich <sup>9)</sup>		4,80	4,62	4,25	3,73	3,77	3,81	3,81	3,86	3,82	3,81	3,74	3,76	3,87	3,90	3,95
Niederlande <sup>10)</sup>		4,79	4,82	4,75	4,71	4,71	4,67	4,68	4,64	4,58	4,56	4,52	4,49	4,46	4,51	4,50
Belgien <sup>11)</sup>		4,52	4,52	4,52	4,49	4,26	4,29	4,17	3,87	3,92	3,86	3,90	3,82	3,80	3,82	3,79
Schweiz <sup>12)</sup>		4,44	4,34	4,29	4,25	4,25	4,20	4,26	4,22	4,12	3,89	3,97	3,90	3,94	3,95	3,91
Italien <sup>13)</sup>		6,53	6,34	6,30	6,36	6,32	6,32	6,24	6,07	6,06	6,17	6,25	6,27	6,29	6,22	6,25
Vereinigte Staaten <sup>14)</sup>		4,61	4,54	4,44	4,45	4,49	4,44	4,41	4,40	4,39	4,35	4,30	4,23	4,20	4,29	4,40
<b>Börsenumsätze</b>																
Zürich <sup>15)</sup>	Mill. Fr	678,0	532,1	398,9	626,3	572,1	656,6	741,7	630,3	601,2	508,2	448,0	531,9	596,7	444,8	414,4
New York, Aktien	Mill. Stck	141,7	72,5	83,9	62,3	68,7	96,6	111,0	78,0	76,6	47,7	39,9	53,5	65,5	51,9	58,8
Festverzinsliche Werte	Mill. \$	315,6	290,7	277,1	207,7	020,6	348,1	267,6	221,5	226,1	190,8	169,7	226,4	267,7	187,2	265,6
<b>Staatsfinanzen *)</b>																
<b>Deutschland:</b>																
Einnahmen <sup>16)</sup>	Mill. RM	1 072,3	694,3	577,5	1 155,5	651,4	536,5	828,7	440,7	432,4	1 242,2	850,1	685,8	1 147,4	713,8	—
Ausgaben <sup>16)</sup>		995,9	775,9	845,3	1 022,6	884,5	982,9	712,8	613,7	600,1	1 044,6	807,4	1 096,0	1 041,8	879,3	—
Schulden <sup>17)</sup>		8 905,2	9 018,2	9 851,1	9 388,5	9 412,8	9 628,8	9 863,9	9 400,7	11 123,3	10 903,7	10 669,3	11 029,9	10 939,5	11 543,8	11 295,3
<b>Großbritannien:</b>																
Einnahmen	Mill. £	13,2	7,7	10,3	25,5	28,0	31,2	9,6	8,7	8,5	11,8	7,8	10,6	10,7	7,9	12,0
Ausgaben		9,8	11,8	14,0	10,0	11,1	21,7	8,4	10,2	15,2	15,8	9,7	15,6	24,3	11,3	17,4
Schwabende Schuld		8 25,6	826,1	857,6	773,7	709,2	637,4	614,7	926,6	691,3	695,4	679,8	690,1	703,2	716,1	767,2
<b>Frankreich<sup>18)</sup>:</b>																
Einnahmen	Mill. Fr	7 017	5 056	4 904	5 293	3 884	3 880	4 403	4 106	4 085	6 456	4 230	4 269	6 423	4 941	—
<b>Niederlande:</b>																
Einnahmen	Mill. Fl	44,2	46,4	46,8	44,5	39,9	40,8	44,1	50,8	39,7	41,8	38,0	40,8	41,1	40,6	—
Schwabende Schuld		277,9	269,4	246,0	293,1	260,0	272,0	250,0	251,0	204,0	177,0	206,0	235,0	289,0	306,0	274,0
<b>Vereinigte Staaten:</b>																
Einnahmen: Gesamt	Mill. \$	176,0	143,9	742,9	151,2	138,5	674,9	159,1	173,2	803,5	138,7	127,4	—	147,8	120,4	717,1
aus Zöllen		57,6	44,1	39,3	41,3	35,9	42,6	41,1	51,7	72,2	28,2	32,1	—	39,3	36,4	30,8
Ausgaben		364,7	218,4	443,2	347,4	238,7	362,2	414,1	231,0	416,8	284,3	224,1	—	375,2	244,7	364,5
Nettoschulden		16 621,3	16 678,8	16 245,5	16 429,1	16 511,7	16 129,6	16 363,4	16 405,7	15 985,4	16 099,2	16 834,8	15 864,3	16 106,9	—	—
<b>Wanderungsbewegung</b>																
<b>Einwanderung</b>																
Vereinigte Staaten	Anzahl	26 740	21 522	17 842	14 767	13 585	19 759	22 261	19 414	14 944	13 323	14 816	17 792	13 942	9 209	—
Kanada		8 817	7 286	4 944	3 366	3 963	14 576	19 309	17 410	13 171	8 393	10 576	—	—	—	—
Frankreich <sup>19)</sup>		25 803	12 064	9 945	8 118	8 868	11 804	16 304	23 296	15 342	26 722	14 290	30 697	26 969	7 841	—
<b>Auswanderung</b>																
Deutschland (Übersee) <sup>20)</sup>		3 624	2 935	2 005	2 807	2 985	4 232	3 399	3 964	2 030	2 277	2 671	4 460	4 068	2 175	—
Großbritannien (Übersee)		13 663	10 831	5 230	7 064	6 691	10 938	12 214	11 911	7 273	6 376	7 718	7 566	—	—	—
Polen		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kontinent		10 498	7 987	5 020	5 517	6 287	30 862	43 570	23 249	15 109	11 912	8 530	9 307	7 498	6 446	—
Übersee		5 120	6 070	4 299	5 320	4 992	7 371	4 473	5 668	3 761	3 392	2 935	2 243	2 893	1 981	—
<b>Italien:</b>																
Kontinent		1 906	2 104	2 042	1 782	1 657	1 664	1 649	1 618	1 248	1 240	1 703	899	1 829	2 122	—
Übersee		4 640	3 813	3 038	3 024	3 080	3 738	3 464	3 545	3 109	3 429	3 723	2 540	3 581	3 194	—
Frankreich <sup>21)</sup>		3 481	2 770	3 063	5 652	2 935	3 174	4 054	2 796	2 304	3 104	2 650	2 692	3 934	3 548	—
Griechenland (Übersee)		4 555	3 452	2 302	1 899	1 930	2 891	2 871	3 570	3 645	5 130	5 016	5 130	—	—	—

Welthandelswaren

Förderung	1000 t	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Deutschland: Kohle, gesamt <sup>22)</sup>	1000 t	18 376	17 600	16 860	17 511	14 895	15 051	13 887	14 690	13 415	14 328	14 224	14 578	15 137	13 414	14 114	
Kokserzeugung		3 379	3 282	3 336	3 299	2 598	3 117	2 783	2 785	2 611	2 692	2 668	2 513	2 499	2 321	2 274	
Saargebiet <sup>23)</sup>		1 249	1 144	1 166	1 210	1 190	1 150	1 133	1 114	1 058	1 129	1 053	1 090	998	1 026	—	
Großbritannien <sup>23)</sup>		23 358	22 613	21 764	24 150	22 066	22 784	20 023	21 683	17 225	19 163	18 199	19 878	21 376	20 139	18 772	
Frankreich <sup>24)</sup>		4 896	4 637	4 397	4 922	4 514	4 730	4 493	4 558	4 155	4 530	4 390	4 543	4 718	4 319	4 400	
Belgien <sup>25)</sup>		2 280	2 306	2 237	2 489	2 274	2 333	2 258	2 290	2 054	2 212	2 223	2 293	2 486	2 195	2 291	
Polen <sup>24)</sup>		4 403	4 117	4 025	3 808	2 992	2 829	2 644	2 672	2 592	2 977	3 063	3 418	3 663	3 480	—	
Tschechoslowakei <sup>25)</sup>		2 399	2 516	2 320	2 202	1 882	1 877	1 833	1 742	1 641	1 814	1 877	2 005	2 057	2 023	—	
Vereinigte Staaten: bituminöse Anthrazit		47 098	41 989	42 460	45 158	35 884	32 453	32 532	32 617	30 585	31 493	32 351	35 046	40 052	34 884	36 030	
		7 559	5 481	6 947	6 385	5 586	4 129	4 460	5 395	4 702	5 193	5 615	4 802	6 873	4 724		



	Einheit	1929					1930										
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>noch: Kohle</b>																	
<b>Preise</b>																	
Deutschland <sup>1)</sup> .....	RM je t	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,89	16,89	16,89	16,89	16,89	16,89	16,89	16,89	15,40
Großbritannien <sup>2)*)</sup> .....	sh je lgt	19,9	19,11	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	19,11 <sup>1/4</sup>	19,10 <sup>3/10</sup>	19,10 <sup>1/2</sup>	19,10 <sup>1/2</sup>	19,10 <sup>1/2</sup>	19,11 <sup>3/10</sup>	19,11 <sup>1/4</sup>	19,11 <sup>1/4</sup>	
Frankreich <sup>3)</sup> .....	Fr je t	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	127,00	
Vereinigte Staaten (bituminöse)	\$ je sht	1,91	1,87	1,88	1,88	1,79	1,75	1,70	1,67	1,66	1,71	1,68	1,75	1,81	1,77	1,77	
<b>Einfuhr</b>																	
Frankreich: Gesamt <sup>4)</sup> .....	1000 t	2 644,0	2 610,9	2 757,2	2 945,6	2 918,7	2 220,3	2 861,3	2 590,3	2 338,3	2 396,4	2 432,2	2 516,6	2 522,5	2 381,2	—	—
aus Deutschland <sup>5)</sup> .....	"	782,2	786,3	845,8	845,8	886,6	725,1	884,3	714,2	628,1	696,4	684,1	672,8	702,7	588,9	—	—
Niederlande <sup>6)</sup> .....	"	838,2	858,9	878,9	959,7	818,4	757,8	686,0	766,1	759,1	787,0	745,3	734,7	811,0	775,0	658,5	—
Schweiz <sup>6)</sup> .....	"	188,3	152,2	199,8	175,6	158,9	152,2	168,0	163,0	158,8	182,1	167,8	170,0	186,3	168,4	168,3	—
Italien: Gesamt <sup>7)</sup> .....	"	1 302,8	1 048,0	907,4	915,2	828,2	817,8	875,8	888,2	1 052,8	875,7	906,0	859,2	877,0	—	—	—
aus Deutschland <sup>8)</sup> .....	"	285,2	275,1	291,4	187,3	292,4	265,9	267,2	188,0	205,0	137,4	156,2	172,1	200,0	—	—	—
Tschechoslowakei <sup>6)</sup> .....	"	200,5	218,2	210,7	17,4	124,1	142,7	106,6	162,5	152,6	184,4	143,2	187,4	179,2	164,1	—	—
Belgien: Gesamt <sup>7)</sup> .....	"	1 410,0	1 215,3	1 389,7	1 419,9	1 217,1	1 196,1	1 014,0	1 135,8	989,6	1 139,7	1 076,8	991,0	1 017,3	1 062,5	—	—
aus Deutschland <sup>5)</sup> .....	"	668,1	611,1	704,9	760,3	627,5	610,8	521,3	531,8	473,3	611,3	550,7	516,4	508,2	458,8	—	—
<b>Ausfuhr</b>																	
Deutschland <sup>9)</sup> .....	1000 t	2 215,1	2 106,7	2 811,4	2 557,1	2 057,1	2 029,2	1 729,9	2 062,0	1 938,4	2 062,0	1 821,4	2 087,1	2 302,1	1 934,2	1 807,5	—
Steinkohle <sup>10)</sup> .....	"	173,7	200,6	203,5	181,4	132,8	120,7	150,7	192,2	190,6	160,1	161,5	173,4	203,2	174,4	193,2	—
Steinkohlenbriketts <sup>11)</sup> .....	"	1 001,4	971,9	894,0	904,4	708,7	718,9	619,8	603,5	578,0	647,7	685,0	699,8	685,9	575,4	570,0	—
Koks.....	"	5 853,1	5 481,2	5 068,1	5 581,6	4 811,7	4 880,2	4 498,8	5 137,2	4 122,4	4 728,3	3 996,8	4 707,0	4 874,2	4 119,9	4 315,1	—
Großbritannien <sup>6)</sup> .....	"	1 204,7	1 395,0	1 102,2	1 181,1	1 022,4	742,3	836,4	927,7	896,0	1 052,0	1 113,0	1 233,8	1 188,9	1 895,5	—	—
Polen <sup>12)</sup> .....	"	173,3	169,1	215,2	116,8	119,2	137,6	140,6	145,1	131,1	145,1	180,5	150,6	163,4	159,2	—	—
Tschechoslowakei <sup>6)</sup> .....	"	1 836,3	1 510,1	1 101,0	968,2	848,0	737,9	871,6	1 512,1	1 416,3	1 611,3	1 456,4	1 456,1	1 337,9	1 907,7	—	—
Vereinigte Staaten: bituminöse Anthrazit.....	"	402,5	271,2	318,1	275,2	266,2	150,9	124,9	188,5	145,9	131,1	207,8	201,4	256,2	185,4	—	—
<b>Rohisen</b>																	
<b>Produktion</b>																	
Deutschland.....	1000 t	1 158	1 091	1 100	1 092	965	1 008	901	880	787	770	789	658	637	637	615	145
Saargebiet.....	"	179	169	173	174	162	182	168	178	158	160	157	147	146	138	145	—
Großbritannien.....	"	700	642	653	660	617	677	630	624	572	494	423	432	422	390	355	—
Frankreich.....	"	887	852	877	875	815	898	854	901	840	861	845	800	827	781	800	—
Belgien.....	"	361	340	340	343	316	342	313	300	285	280	247	251	248	239	270	—
Polen.....	"	58	59	46	51	43	44	38	41	37	38	38	38	39	37	35	—
Vereinigte Staaten.....	"	3 646	3 232	2 889	2 873	2 884	3 298	3 233	3 285	2 981	2 682	2 564	2 313	2 200	1 897	1 692	—
<b>Preise</b>																	
Deutschland <sup>13)</sup> .....	RM je t	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00 <sup>24)</sup>	83,87	83,00	83,00	83,00	83,00	83,00	83,00	83,00
Großbritannien <sup>14)*)</sup> .....	sh je lgt	72,6	72,6	72,6	72,6	72,6	70,0	67,6	67,6	67,6	67,6	64,6	63,6	63,6	63,6	63,6	63,6
Frankreich (P. L. 3) <sup>15)</sup> .....	Fr je t	475,00	475,00	475,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	315,00
Vereinigte Staaten <sup>16)</sup> .....	\$ je lgt	18,33	18,36	18,24	18,19	18,02	17,75	17,73	17,80	17,48	17,16	16,90	16,70	16,31	16,20	15,95	—
<b>Einfuhr</b>																	
Deutschland.....	1000 t	21,2	17,6	19,0	21,9	18,5	16,4	11,6	15,9	13,6	14,6	12,5	14,0	15,4	11,0	10,1	—
Belgien.....	"	54,0	52,5	47,2	41,8	38,1	42,2	36,5	34,0	29,3	31,7	27,0	32,3	30,6	25,4	—	—
Italien.....	"	15,2	12,7	17,0	14,7	17,6	17,7	13,0	12,3	17,3	8,9	8,9	10,2	10,8	—	—	—
<b>Ausfuhr</b>																	
Deutschland.....	1000 t	31,1	37,9	28,3	29,6	20,1	21,9	17,0	20,8	17,6	14,8	11,4	11,7	14,2	12,6	10,3	—
Großbritannien <sup>17)</sup> .....	"	37,0	32,1	35,2	37,2	21,1	34,0	23,7	30,1	19,4	20,4	19,5	12,5	23,4	16,6	17,2	—
Frankreich.....	"	53,3	50,2	59,8	44,0	45,0	42,5	41,6	39,6	50,0	38,8	44,5	44,5	47,7	44,0	—	—
<b>Rohstahl</b>																	
<b>Produktion</b>																	
Deutschland.....	1000 t	1 378	1 287	1 156	1 275	1 177	1 202	1 033	1 034	859	906	893	814	858	739	744	149
Saargebiet.....	"	199	179	168	185	175	188	168	179	148	169	152	147	141	135	141	—
Großbritannien.....	"	904	828	672	783	789	839	707	704	610	631	459	590	521	441	343	—
Frankreich.....	"	850	786	812	800	772	848	787	855	753	790	775	767	790	706	756	—
Belgien.....	"	869	333	323	340	321	359	318	285	245	256	237	246	252	222	264	—
Polen.....	"	110	105	84	106	102	106	91	114	91	114	105	111	114	108	78	—
Vereinigte Staaten.....	"	4 607	3 578	2 950	3 857	4 144	4 389	4 221	4 089	3 495	2 980	3 145	2 914	2 764	2 270	2 040	—
<b>Preise</b>																	
Vereinigte Staaten <sup>18)</sup> .....	cts je lb	2,37	2,36	2,36	2,32	2,31	2,31	2,26	2,22	2,21	2,18	2,16	2,15	2,14	2,14	2,12	—
<b>Ausfuhr</b>																	
Frankreich.....	1000 t	122,0	116,2	112,8	111,5	132,0	122,0	128,7	120,4	94,7	117,3	119,5	93,7	114,9	147,0	—	—
Vereinigte Staaten.....	"	13,9	10,1	8,4	12,0	8,2	10,0	11,6	8,0	7,4	4,8	4,9	3,8	5,3	3,4	—	—
<b>Kupfer</b>																	
<b>Produktion<sup>19)</sup></b>																	
Deutschland.....	1000 t	10,5	11,9	11,2	10,1	9,1	10,3	10,2	10,3	10,3	10,3	10,2	4,8	5,5	5,8	5,3	18,9
Peru u. Chile.....	"	28,3	24,5	24,7	24,0	19,2	19,4	19,1	20,2	20,9	21,2	24,4	23,9	25,3	20,5	54,5	—
Vereinigte Staaten.....	"	88,4	86,1	81,5	73,9	65,4	71,2	69,7	68,9	62,7	61,4	60,5	62,1	63,9	58,8	8,6	—
Kanada.....	"	6,6	6,6	7,3	7,3	6,1	7,6	6,9	8,0	10,0	10,7	11,7	11,0	7,8	7,0	4,2	—
Mexiko.....	"	4,5	4,4	4,7	4,6	4,2	4,4	4,0	4,8	4,9	4,5	4,4	4,6	4,9	3,6	—	—
<b>Preise</b>																	
Deutschland <sup>19)</sup> .....	RM je dz	170,44	170,10	169,90	170,34	170,42	170,52	154,28	124,76	118,28	109,72	105,19	103,36	95,10	102,61	104,63	71,0
Großbritannien <sup>20)*)</sup> .....	£ je lgt	83,19	82,0	82,10	83,5	83,10	83,7	73,18	80,11	57,11	53,5	51,5	50,1	46,6	49,10	50,7	—
Vereinigte Staaten <sup>21)</sup> .....	cts je lb	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	15,62	12,76	12,05	11,02	10,89	10,31	9,60	10,11	—	—
<b>Einfuhr</b>																	
Deutschland.....	1000 t	13,6	14,5	9,4	11,8	9,6	10,7	9,5	12,2	18,8	14,0	18,6	14,6	15,7	15,8	19,1	—
Belgien.....	"	12,5	10,8	7,3	6,7	5,2	4,3	9,9	9,6	5,7	6,4	2,5	11,9	15,2	9,3	—	—
Großbritannien.....	"	14,9	11,6	13,9	9,1	10,9	10,2	11,4	10,9	15,3	13,9	12,5	14,0	16,7	11,1	11,2	—
Frankreich.....	"	8,4	10,0	8,6	11,9	13,4	10,3	15,1	8,9	10,3	10,4	10,2	10,5	11,0	9,5	—	—
Italien.....	"	4,5	4,6	5,2	4,2	3,4	3,5	4,3	2,7	3,7	4,3	3,9	6,8	4,8	—	—	—
Vereinigte Staaten <sup>22)</sup> .....	"	32															



	Einheit	1929			1930											
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Zinn</b>																
<b>Produktion<sup>1)</sup></b>																
Bolivien .....	t	3 500	4 682	4 682	4 200	3 200	2 500	3 600	3 600	2 900	2 650	2 200	3 700	3 750	1 800	3 500
Malaien-Staaten .....	"	6 275	6 412	6 137	6 443	4 989	6 052	5 715	6 331	5 865	5 774	4 384	4 232	5 041	5 008	5 210
<b>Preise</b>																
Deutschland <sup>2)</sup> .....	RM je dz	412,00	386,00	380,00	362,00	380,00	340,00	337,0	302,00	284,00	278,00	280,00	276,00	248,00	239,00	233,00
Großbritannien <sup>3)</sup> *) .....	£ je lgt	192.13.0	180. 3.9	180. 2.8	177. 9.0	175. 4.9	165. 2.8	165. 1.3	146.13.0	137.18.0	135.11.0	137.4.0	134. 9.0	118.13.0	115.19.0	111. 5.0
Vereinigte Staaten <sup>4)</sup> .....	cts je lb	42.29	40.21	39.74	38.85	36.68	36.80	36.68	32.11	30.34	29.82	30.04	29.65	26.80	25.90	—
<b>Einfuhr</b>																
Deutschland .....	t	1 541	1 917	2 114	1 517	1 589	1 109	1 001	1 220	1 350	1 462	1 132	1 387	1 016	871	1 010
Großbritannien .....	"	946	1 065	2 479	1 788	1 189	1 284	1 545	1 036	864	1 682	785	782	325	205	610
Frankreich .....	"	821	1 068	1 193	765	1 182	1 024	1 046	1 016	1 233	908	1 155	920	804	1 066	—
Vereinigte Staaten .....	"	6 301	5 911	5 537	7 193	5 547	8 727	8 341	8 971	3 911	5 344	6 075	5 612	6 024	6 574	—
<b>Ausfuhr</b>																
Großbritannien .....	"	1 948	3 883	1 513	1 437	2 233	2 697	2 013	2 130	1 320	1 589	1 447	1 058	2 216	3 499	1 643
<b>Zink</b>																
<b>Produktion<sup>5)</sup></b>																
Deutschland .....	t	9 011	8 359	8 651	9 053	8 298	9 322	8 809	9 179	8 486	8 316	8 163	7 263	7 309	7 199	7 301
Frankreich <sup>1)</sup> .....	"	7 850	8 410	8 630	8 222	7 718	8 983	8 375	8 590	7 404	7 360	7 065	6 384	6 677	7 000	—
Vereinigte Staaten <sup>6)</sup> .....	"	46 211	43 200	44 080	46 387	40 754	43 158	39 082	39 908	39 437	38 322	37 177	36 654	37 140	29 048	29 649
Kanada <sup>1)</sup> .....	"	5 667	5 498	6 397	4 990	8 649	9 650	8 781	8 350	8 350	8 145	8 844	9 131	10 021	10 284	—
Mexiko <sup>1)</sup> .....	"	4 051	1 280	1 605	2 039	1 623	2 127	2 426	2 512	2 512	2 809	2 769	2 462	2 726	3 663	—
<b>Preise</b>																
Deutschland <sup>1)</sup> .....	RM je dz	46,09	42,16	40,32	39,08	38,23	36,69	35,78	33,11	32,75	32,41	32,11	30,92	28,73	28,76	26,93
Großbritannien <sup>2)</sup> *) .....	£ je lgt	22.18. 9	20.10. 5	20. 3. 6	19.13. 9	19. 4. 1	18. 4. 4	17.14. 8	16.19. 2	16.16. 5	16. 8.11	16. 3. 2	15.19. 8	14.16. 5	15.0.10 <sup>1)</sup>	13.19. 2
Vereinigte Staaten <sup>3)</sup> .....	cts je lb	6,74	6,24	5,67	5,23	5,18	4,93	4,84	4,64	4,44	4,35	4,36	4,27	4,06	4,27	—
<b>Einfuhr</b>																
Deutschland .....	t	7 308	10 674	8 302	7 748	5 896	10 481	7 899	9 255	9 758	9 615	8 890	13 889	10 127	8 978	7 214
Frankreich .....	"	2 287	1 952	3 875	3 279	4 668	2 888	3 858	3 581	3 686	1 947	3 778	4 850	3 560	3 551	—
Großbritannien .....	"	10 997	9 324	14 948	13 199	11 655	12 588	10 659	13 710	14 319	13 741	11 965	7 471	10 387	8 238	9 827
Ausfuhr: Vereinigte Staaten .....	"	1 850	496	357	497	439	409	300	80	190	68	258	137	178	124	—
<b>Blei</b>																
<b>Produktion<sup>6)</sup></b>																
Deutschland .....	t	11 834	12 042	10 230	9 920	9 714	10 316	8 386	8 881	9 923	8 292	10 192	10 271	8 713	9 905	—
Vereinigte Staaten .....	"	61 813	54 213	49 918	43 821	46 595	51 293	46 960	48 676	48 013	46 755	48 063	43 990	45 724	41 207	—
Kanada .....	"	14 599	13 133	12 211	14 036	10 411	12 442	12 040	11 956	11 602	11 853	12 068	11 719	12 014	11 557	—
Mexiko .....	"	23 246	20 918	14 948	20 855	18 478	21 408	20 473	20 128	19 151	20 558	20 469	21 583	21 145	21 017	—
Australien .....	"	18 296	16 620	15 468	14 604	12 690	14 742	13 824	13 658	13 556	13 814	13 827	13 643	14 022	13 708	—
<b>Preise</b>																
Großbritannien <sup>10)</sup> *) .....	£ je lgt	23. 5. 3	21. 6.10	21. 9. 2	21.11. 3	20.15.11	18.15. 0	18. 9. 3	17.12. 8	17. 19. 1	18. 1. 8	18. 5. 2	17.18. 5	15.12. 6	15.19. 3	15. 6.10
Vereinigte Staaten <sup>11)</sup> .....	cts je lb	6,67	6,14	6,10	6,10	6,09	5,54	5,43	5,41	5,31	5,15	5,34	5,35	5,00	4,95	—
<b>Einfuhr</b>																
Deutschland .....	t	10 463	11 252	6 402	7 287	9 043	8 879	5 190	9 412	5 720	5 590	6 126	8 824	5 382	7 780	6 868
Großbritannien .....	"	20 625	31 087	30 081	36 444	21 619	26 811	31 420	28 373	28 364	20 973	22 936	32 348	28 491	31 436	26 153
Frankreich .....	"	10 375	7 451	5 602	11 027	14 257	10 271	9 973	13 074	12 488	7 237	9 762	11 137	13 085	11 538	—
Ausfuhr: Vereinigte Staaten .....	"	4 583	2 723	4 036	5 927	3 488	4 830	4 057	5 699	4 899	3 711	3 530	2 547	2 481	1 448	—
<b>Gold</b>																
<b>Produktion</b>																
Südafrika .....	1000 oz fine	888,7	861,6	851,1	892,8	818,2	889,4	868,6	916,2	887,9	912,7	921,1	903,2	926,6	884,5	908,5
Kanada .....	"	181,4	149,9	168,6	154,1	145,4	163,8	169,2	168,3	175,5	170,3	169,6	177,8	186,4	—	—
Rhodesien .....	"	46,9	46,2	46,8	46,1	43,4	45,5	45,8	47,6	45,2	45,8	46,2	46,2	45,0	44,4	—
Britisch Indien .....	"	30,5	29,9	32,7	24,9	28,4	28,7	14,9	14,9	27,8	27,5	29,9	29,3	30,8	—	—
Belgisch-Kongo .....	"	11,9	11,8	13,2	12,3	11,4	11,9	11,2	11,3	11,4	11,1	11,6	12,8	13,8	14,6	11,8
Preise: Großbritannien <sup>12)</sup> *) .....	sh je oz f	84.11 <sup>1/2</sup>	84.11 <sup>1/4</sup>	84.11 <sup>1/2</sup>	84.11 <sup>1/2</sup>	84.11 <sup>1/2</sup>	84.11 <sup>1/2</sup>	84.10 <sup>1/2</sup>	84.11 <sup>1/2</sup>	85. 0	85. 0 <sup>1/4</sup>	85. 0	85. 0 <sup>1/4</sup>	84.11 <sup>1/2</sup>	85. 0 <sup>1/4</sup>	85. 1 <sup>1/2</sup>
Ausfuhr: Großbritannien <sup>13)</sup> .....	1000 £	3 906,3	2 267,8	2 569,2	3 530,7	3 575,8	3 234,1	2 615,0	3 465,5	2 246,1	3 999,4	2 995,1	3 693,8	4 148,5	5 564,7	5 742,0
<b>Silber</b>																
<b>Produktion</b>																
Mexiko .....	1000 oz fine	11 934	10 305	11 122	5 877	12 717	8 844	7 514	9 080	10 276	7 905	7 755	—	—	—	—
Vereinigte Staaten .....	"	5 004	5 854	4 592	4 753	5 161	4 998	4 627	4 293	3 969	3 551	3 835	3 717	—	—	—
Kanada .....	"	1 865	1 487	2 192	1 719	1 842	1 815	2 568	2 185	3 104	1 999	2 036	2 644	1 989	—	—
Südafrika .....	"	87	86	81	88	79	87	85	88	85	90	94	89	94	—	—
<b>Preise</b>																
Großbritannien <sup>12)</sup> *) .....	d je oz f	23,04	22,39	22,40	20,98	20,00	19,41	19,55	18,84	16,00	15,94	16,34	16,77	16,53	16,68	15,22
Vereinigte Staaten <sup>14)</sup> *) .....	cts je oz f	49,92	49,57	48,68	45,09	43,09	41,88	42,41	40,55	34,76	34,35	35,50	36,41	35,98	36,09	32,72
Einfuhr: Großbritannien <sup>13)</sup> .....	1000 oz	6 259,9	5 826,3	8 886,0	10 904,2	9 971,6	10 384,2	5 129,3	7 284,6	3 822,5	10 620,4	4 076,4	4 565,7	2 105,9	6 692,8	9 678,0
Ausfuhr: Vereinigte Staaten .....	1000 \$	7 313,6	8 678,1	6 389,9	5 892,0	5 331,0	5 818,4	4 647,0	4 976,0	3 536,0	3 709,0	4 543,0	3 903,0	4 424,0	4 102,0	3 472,0
<b>Petroleum</b>																
<b>Produktion</b>																
Polen .....	1000 t	57	57	56	56	59	54	54	54	53	56	57	57	56	57	—
Rumänien .....	"	436	417	438	448	417	494	514	536	518	537	420	456	388	428	535
UdSSR .....	"	1 245	1 225	1 288	1 248	1 142	1 376	1 476	1 556	1 486	1 604	1 650	1 660	1 725	1 750	—
Vereinigte Staaten .....	1000 hl	140 059	124 258	127 715	126 732	118 024	123 361	122 711	127 720	122 291	121 696	118 994	112 832	115 566	103 374	—
Mexiko .....	"	6 383	6 133	6 242	5 912	5 196	5 549	5 277	5 329	5 230	5 462	5 486	—	—	—	—
Venezuela .....	"	18 428	17 890	19 368	18 318	17 238	18 952	17 050	17 359	18 061	18 479	18 088	17 981	18 734	17 344	—
<b>Preise</b>																
Großbritannien <sup>15)</sup> *) .....	sh je gal	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Vereinigte Staaten <sup>16)</sup> *) .....	\$ je bbl	1,4 <sup>1)</sup>	1,42	1,41	1,39	1,24	1,18	1,23	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,18	0,95	0,93
Vorräte Vereinigte Staaten .....	Mill. hl	611,2	604,7	606,3	613,9	615,8	613,9	613,5	612,1	610,8	611,3	606,7	598,1	596,9	594,5	—
Verbrauch Vereinigte Staaten .....	"	106,1	100,2	101,6	100,9	87,6	99,7	100,5	104,3	101,1	98,6	99,1	99,4	93,3	87,7	—

1 lgt (long ton) = 1,016 048 metr. t; 1 lb (pound) = 0,4536 kg; 1 oz. (ounze) fine = 31,1035 gr; 1 bbl (barrel = 42 gallons, amerik.) = 158,97 l.

\*) Durchschnitt aus Donnerstagnotierungen. — 1) Nach Berechnungen der Metallgesellschaft. — 2) Hamburg. Banka Zinn. — 3) English Ingots. — 4) Straits, prompt New York. — 5) Belgien und Polen geben seit Anfang 1930 die Produktion nicht mehr bekannt; der monatliche Durchschnitt für 1929 betrug 16 782 t für Belgien und 14 086 t für Polen. — 6) Nach Berechnungen des American Bureau of Metal Statistics. — 7) Hamburg, roh. — 8) Ord. foreign. — 9) Prime western, St. Louis. — 10) Soft foreign. — 11) Common, St. Louis. — 12) London. — 13)



	Einheit	1929			1930												
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>noch: Petroleum</b>																	
<b>Einfuhr</b>																	
Vereinigte Staaten <sup>1)</sup>	1000 hl	9 186	7 209	9 358	8 664	6 870	7 675	9 190	7 923	5 044	9 343	8 043	9 233	8 048	7 101	—	
Italien	t	20 080	14 986	12 426	11 007	9 198	8 921	11 604	10 106	13 187	10 855	18 333	16 589	19 629	—	7 782	
Großbritannien	1000 hl	8 596	7 028	6 958	9 592	7 206	9 379	8 250	11 063	10 020	12 112	8 349	9 480	9 289	6 588	—	
<b>Ausfuhr</b>																	
Vereinigte Staaten <sup>2)</sup>	1000 hl	20 814	14 966	18 654	17 745	14 946	18 052	18 474	13 890	21 035	16 382	18 301	13 134	17 030	11 426	—	
Rumänien	t	70 830	60 449	66 956	54 052	60 152	61 113	77 771	72 174	81 312	94 842	99 687	—	—	—	—	
UdSSR <sup>3)</sup>	"	68 480	61 825	72 370	65 200	65 200	65 200	65 200	65 200	65 200	65 200	65 200	63 280	48 340	74 400	64 500	48 803
<b>Gummi</b>																	
<b>Preise</b>																	
Deutschland <sup>4)</sup>	RM je kg	1,78	1,60	1,50	1,52	1,55	1,52	1,45	1,41	1,27	1,17	1,17	1,01	1,08	1,15	1,10	
Großbritannien <sup>5)</sup>	d je lb	9,80	8,88	8,50	8,25	8,36	8,69	8,44	8,00	7,25	7,00	6,63	6,13	5,63	6,03	6,15	
Niederlande <sup>6)</sup>	Fl je kg	1,06	0,90	0,86	0,84	0,86	0,82	0,80	0,76	0,66	0,60	0,52	0,44	0,44	0,48	—	
Vereinigte Staaten <sup>7)</sup>	cts je lb	19,41	16,49	16,01	15,06	15,74	15,31	14,94	14,10	12,24	11,15	9,96	8,11	8,10	9,01	8,92	
<b>Einfuhr</b>																	
Deutschland	t	3 611	4 175	3 189	4 265	3 954	4 775	5 064	4 902	4 320	4 014	3 931	4 690	4 306	3 708	3 493	
Großbritannien	"	21 037	17 500	15 677	16 187	14 893	16 041	16 070	14 162	13 289	10 780	10 535	19 167	17 213	14 223	14 927	
Frankreich	"	5 492	6 142	5 102	5 046	5 569	5 329	6 037	6 298	5 382	4 055	4 739	6 307	8 791	15 988	—	
Vereinigte Staaten <sup>7)</sup>	"	39 072	44 606	43 927	48 673	43 639	45 980	46 382	43 684	22 392	35 993	37 246	36 357	47 119	30 211	—	
<b>Ausfuhr</b>																	
Britische Malaien-Staaten	t	47 937	46 279	48 513	53 378	49 753	48 079	44 506	49 803	37 194	41 807	37 240	40 398	30 012	24 016	28 191	
<b>Baumwolle</b>																	
<b>Preise</b>																	
Deutschland <sup>8)</sup>	RM je kg	1,87	1,78	1,76	1,74	1,59	1,54	1,64	2,05	1,47	1,39	1,29	1,16	4,09	1,12	1,04	
Großbritannien <sup>9)</sup>	d je lb	10,14	9,58	9,50	9,42	8,59	8,29	8,61	8,57	7,87	7,60	6,87	6,22	5,85	6,01	5,49	
Vereinigte Staaten	cts je lb	18,46	17,53	17,27	17,22	15,82	15,18	16,42	16,43	14,47	13,11	12,03	10,96	10,62	10,94	10,01	
Verbrauch: Vereinigte Staaten	1000 bales	640,8	541,2	453,9	577,2	495,2	503,6	632,4	473,9	405,2	378,8	352,3	394,3	444,5	414,9	406,2	
<b>Einfuhr</b>																	
Deutschland	1000 t	38,9	58,0	47,5	43,9	37,7	29,8	29,7	24,5	18,9	19,4	20,9	27,8	47,7	44,9	33,8	
Großbritannien	"	59,5	86,9	88,8	78,0	56,6	41,5	34,4	46,2	28,4	18,6	22,2	26,0	48,4	61,9	86,8	
Frankreich	"	28,8	38,8	47,8	45,2	31,8	34,8	29,8	23,9	17,6	16,6	13,8	18,5	42,5	47,7	—	
Italien	"	18,0	20,7	23,6	26,7	22,2	23,3	19,5	18,1	18,3	11,8	8,4	8,6	11,4	—	—	
Tschechoslowakei	"	7,6	10,7	11,1	11,9	10,3	9,2	8,6	10,5	7,3	6,2	6,9	8,5	9,3	10,4	—	
Belgien	"	6,8	5,9	9,8	8,4	5,8	8,3	8,6	8,6	8,1	6,1	5,9	6,0	7,0	4,7	—	
<b>Ausfuhr</b>																	
Brit. Indien	1000 t	31,9	37,6	54,0	82,1	69,5	92,3	77,1	62,0	44,4	47,0	48,5	52,0	40,6	41,2	—	
Vereinigte Staaten <sup>10)</sup>	"	301,0	254,0	219,7	176,6	96,1	116,9	85,6	62,4	45,7	43,9	90,9	218,7	242,4	223,6	—	
<b>Wolle</b>																	
<b>Preise</b>																	
Deutschland, Inlandspreis	RM je kg	7,67	7,40	7,22	7,00	6,43	6,19	5,99	6,04	6,27	6,17	6,00	6,00	5,59	5,33	5,12	
Kammzug <sup>11)</sup>	"	4,89	4,50	4,46	4,13	3,47	3,24	3,19	3,33	3,37	3,33	3,38	3,28	3,20	3,05	2,67	
Großbritannien <sup>12)</sup>	sh je lb	1,3	1,4	1,5	1,5	1,2	1,09/4	1,01/2	1,04/2	1,18/16	1,1	1,01/2	1,01/2	1,01/2	1,0	0,101/2	
Vereinigte Staaten <sup>13)</sup>	cts je lb	88,0	85,8	81,8	78,4	73,7	70,1	66,6	63,7	63,8	64,3	64,6	64,5	62,8	61,9	60,8	
<b>Einfuhr</b>																	
Deutschland <sup>14)</sup>	1000 t	5,5	5,5	10,7	19,6	13,0	12,0	14,7	13,5	17,9	14,7	13,4	7,9	10,7	6,7	12,5	
Großbritannien <sup>15)</sup>	"	10,0	22,1	35,3	43,3	37,2	45,6	38,8	41,0	32,3	22,3	17,7	11,6	13,2	18,3	34,1	
Frankreich <sup>16)</sup>	"	11,4	15,2	23,8	37,3	35,0	24,6	28,4	26,3	30,4	22,6	32,7	15,4	13,7	16,0	—	
Italien <sup>14)</sup>	"	2,1	1,5	2,9	4,8	7,0	4,5	5,5	6,0	6,9	2,3	3,5	3,3	2,1	—	—	
Vereinigte Staaten <sup>17)</sup>	"	8,8	8,9	9,2	12,0	8,4	9,1	8,1	7,0	2,9	4,0	4,6	4,0	4,1	3,9	—	
<b>Ausfuhr</b>																	
Großbritannien <sup>15)</sup>	1000 t	11,4	6,1	13,3	14,2	14,6	7,7	15,3	12,4	19,3	8,2	8,7	3,3	13,5	5,0	8,0	
<b>Jute</b>																	
<b>Preise</b>																	
Großbritannien <sup>18)</sup>	£ je t	32, 60	31, 00	31, 26	31, 20	30, 10,0	29, 6,3	29, 5,0	29, 2,0	27, 12,6	25, 5,6	23, 17,6	16, 8,0	16, 6,0	16, 5,0	16, 2,6	
<b>Einfuhr</b>																	
Großbritannien	1000 t	16,9	30,0	35,2	36,3	23,0	13,0	5,6	9,3	5,8	4,1	5,0	4,5	7,7	8,8	15,7	
Vereinigte Staaten <sup>19)</sup>	"	21,9	31,2	30,7	46,3	43,0	32,8	32,4	25,0	8,8	28,8	18,5	19,5	18,2	19,7	—	
<b>Ausfuhr</b>																	
Brit. Indien	1000 t	110,9	139,0	93,6	75,4	58,6	45,5	43,6	42,2	42,2	31,6	25,1	37,1	67,1	80,1	—	
<b>Automobile</b>																	
<b>Produktion</b>																	
Vereinigte Staaten	Stck	318 462	167 846	91 011	236 145	296 461	335 720	374 913	362 522	289 245	222 458	187 037	175 311	112 208	97 528	122 610	
Personenwagen	"	60 687	48 081	27 513	38 657	49 457	64 204	67 560	54 370	45 773	39 664	35 748	41 157	37 244	31 300	31 530	
Lastwagen	"	8 975	7 137	4 426	8 856	13 021	17 165	20 872	21 251	12 194	8 556	6 946	5 623	3 206	3 527	—	
Kanada	"	5 548	2 270	1 069	1 532	2 527	3 565	3 385	3 421	2 896	1 632	2 846	2 334	1 335	1 680	—	
Personenwagen	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Lastwagen	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
<b>Einfuhr</b>																	
Deutschland, Personenwagen <sup>20)</sup>	"	1 906	462	282	1 295	565	885	922	432	501	460	198	495	228	194	795	
<b>Ausfuhr</b>																	
Großbritannien	"	2 178	2 719	2 125	1 872	1 653	1 571	1 497	1 885	1 085	1 855	1 240	1 079	1 844	1 935	1 710	
Personenwagen	"	154	182	142	258	310	448	408	582	245	355	192	122	188	270	330	
Lastwagen <sup>21)</sup>	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Frankreich <sup>22)</sup>	"	2 994	2 430	2 924	2 530	3 089	2 776	2 380	1 507	1 302	2 331	1 233	1 173	85	1 528	—	
Personenwagen	"	852	951	1 193	888	727	821	879	376	203	595	245	270	262	244	—	
Lastwagen	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Chassis	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Italien <sup>23)</sup>	"	1 763	1 455	1 282	1 348	2 309	2 596	2 682	2 802	2 337	2 070	1 110	1 059	956	—	—	
Vereinigte Staaten	"	19 931	13 933	13 831	15 293	18 732	22 129	23 777	16 876	10 101	7 825	7 956	8 125	7 136	6 036	—	
Personenwagen	"	11 512	11 886	10 908	12 878	6 750	8 961	11 461	9 666	5 336	4 042	6 318	5 312	4 079	5 636	—	
Lastwagen <sup>21)</sup>	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

1 gal. (gallon, engl.) = 4,536 l; 1 lb (pound) = 0,4536 kg; 1 bale (500 lbs) = 226,8 kg.

<sup>\*)</sup> Durchschnitt aus Donnerstagnotierungen. — <sup>1)</sup> Rohöl. — <sup>2)</sup> Raffiniertes Öl. — <sup>3)</sup> Außenhandel der UdSSR über sämtliche Grenzen. — <sup>4)</sup> Hamburg, fine para hard. — <sup>5)</sup> London, para hard, spot. — <sup>6)</sup> Hevea, smoked heets. — <sup>7)</sup> Rohnkautschuk. — <sup>8)</sup> Bremen, amerikanische. — <sup>9)</sup> Liverpool, americhan middling. — <sup>10)</sup> Einschl. Linters. — <sup>11)</sup> Buenos Aires, loco Lagerort, Leipzig. — <sup>12)</sup> London, Victoria, good average. — <sup>13)</sup> Fairchild average. — <sup>14)</sup> Gewaschene und ungewaschene Wolle. — <sup>15)</sup> Schafwolle. — <sup>16)</sup> Einschl. der mit Wolle bedeckten Häute. — <sup>17)</sup> Einschl. Mohair. — <sup>18)</sup> London, first marks. — <sup>19)</sup> Einschl. burlaps and butts. — <sup>20)</sup> Personenwagen, einschl. Chassis mit Motor, Omnibusse und Karosserien; ab Januar 1930 ohne Karosserien. — <sup>21)</sup> Einschl. trucks. — <sup>22)</sup> Bis April 1930 Personen- und Lastwagen einschl. Chassis; ab 1. Mai 1930 neuer Zolltarif. — <sup>23)</sup> Personen- und Lastwagen. — <sup>24)</sup> Nur 1.—17. Juni. — <sup>25)</sup> Durchschnitt aus den Monaten Januar bis Juli. — <sup>26)</sup> Vorläufige Zahl.



Berliner Börsenkurse vom 29. Januar bis 4. Februar 1931 (Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Main table containing various market data sections: Heimische Anleihen, Ausländische Anleihen, Bank-Werte, Bahnen-Werte, Schiffahrts-Werte, Automobil-Werte, Chemische Werte, Elektrizitäts-Werte, Kali-Werte, Lokomotiv- und Wagon-Fabrik-Aktien, Maschinen- und Metallwaren-Fabrik-Aktien, Montan-Werte, Textil-Werte, Sonstige Werte. Each section lists securities with columns for Dividends and prices on different dates.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Berlin-Wilmersdorf. - Für die Inserate: i. V. E. Schepke. - Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131, Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. - Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. - Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. - Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck Berlin Nr. 149 296



# DRESDNER BANK

Direktion: Berlin W 56, Behrenstraße      Eigenkapital RM 134 000 000

Niederlassungen in rund 100 Städten

Amsterdam: Proehl & Gutmann

Genossenschafts-Abteilungen Berlin—Frankfurt a. M.

Inkassodienst für 3000 Plätze

Reisekreditbriefdienst

Überweisungsverkehr

Zentralkreditinstitut der genossenschaftlichen Volksbanken

## Aufforderung an die Aktionäre

des  
Köln-Neuessener Bergwerksvereins, Essen-Altenessen,

und der  
Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Aktiengesellschaft, Dortmund,

zum Umtausch ihrer Aktien in Aktien der

Hoesch-Köln Neuessen, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb,  
Dortmund

In den ordentlichen Generalversammlungen des Köln-Neuessener Bergwerksvereins und der Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. in Dortmund vom 22. Dezember 1930 ist die Verschmelzung beider Gesellschaften beschlossen worden, dergestalt, daß das gesamte Vermögen des Köln-Neuessener Bergwerksvereins als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation gemäß §§ 305/306 HGB. mit Wirkung vom 1. Juli 1930 ab auf die Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. übertragen wird. Zum Zwecke der Durchführung der Verschmelzung hat die Generalversammlung der Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. unter anderem ferner beschlossen, das Grundkapital um nom. RM 71 050 000,— neue Stammaktien unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen und den bisherigen Firmennamen abzuändern in

**Hoesch-Köln Neuessen, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Dortmund.**

### I.

Nachdem diese Beschlüsse in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir hiermit die Aktionäre des Köln-Neuessener Bergwerksvereins auf, ihre Stammaktien mit laufenden Gewinnanteilscheinen und Erneuerungsschein

bis spätestens zum 15. Mai 1931 einschließlich

- bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Köln,
- bei dem Bankhaus A. Levy, Köln,
- bei dem Bankhaus Leopold Seligmann, Köln,
- bei dem Bankhaus I. H. Stein, Köln,
- bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, Aachen, Dortmund, Düsseldorf, Essen (Essener Credit-Anstalt), Frankfurt a. M.,
- bei der Commerz- und Privat-Bank A.-G., Berlin, Aachen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Köln,
- bei der Dresdner Bank, Berlin, Aachen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Köln,

unter Beifügung eines mit zahlenmäßig geordneten Nummernverzeichnis versehenen Anmeldescheines, der bei den Umtauschstellen erhältlich ist, während der üblichen Geschäftsstunden zum Umtausch in neue Stammaktien der Hoesch-Köln Neuessen, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, einzureichen. Der Umtausch erfolgt nach Maßgabe der nachstehenden Bedingungen:

1. Für je nom. RM 300,— bzw. RM 600,— bzw. RM 900,— bzw. RM 1000,— Stammaktien des Köln-Neuessener Bergwerksvereins mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 werden neue Stammaktien unserer Gesellschaft in Höhe des gleichen Nennbetrages mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 ausgereicht.

Dortmund, den 28. Januar 1931.

**Hoesch-Köln Neuessen**

Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb.

Der Vorstand.

2. Für je nom. RM 3000,— Stammaktien des Köln-Neuessener Bergwerksvereins mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 werden außerdem je nom. RM 300,— Stammaktien unserer Gesellschaft mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 ausgehändigt. Soweit sich bei dieser im Verhältnis von 10 : 1 in Aktien zu gewährenden zusätzlichen Vergütung Beträge ergeben, die nicht in Aktien zu RM 300,— darstellbar sind, werden die Stellen diese Spitzen bestmöglichst regulieren.

3. Die Ausgabe der neuen Aktienurkunden erfolgt sofort nach Fertigstellung; bis dahin werden den Aktionären nicht übertragbare Kassenquittungen ausgehändigt.

Die Abführung von Börsenumsatzsteuer aus Anlaß des Umtausches kommt nicht in Frage.

4. Der Umtausch erfolgt provisionsfrei, sofern die umzutauschenden Aktien an den zuständigen Schaltern der Einreichungsstellen eingereicht werden; andernfalls wird die übliche Provision berechnet.

5. Diejenigen Stammaktien des Köln-Neuessener Bergwerksvereins, die nicht

bis spätestens zum 15. Mai 1931 einschließlich zum Umtausch eingereicht sind, werden gemäß § 290 HGB. für kraftlos erklärt werden. Die an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien auszugebenden neuen Aktien unserer Gesellschaft werden bestmöglichst verkauft. Der Erlös wird abzüglich der entstehenden Kosten zur Verfügung der Beteiligten gestellt werden.

### II.

Ferner fordern wir die Aktionäre der Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. in Dortmund auf, ihre noch auf die bisherige Firma „Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Aktiengesellschaft in Dortmund“ lautenden Stammaktien zum Umtausch in neue auf den jetzigen Firmennamen lautende Stammaktien-Urkunden

bis zum 15. Mai 1931 einschließlich

bei den obengenannten Stellen einzureichen. Für je nom. RM 600,— bzw. RM 900,— bzw. RM 1000,— Stammaktien der Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 werden neue auf die Firma „Hoesch-Köln Neuessen, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb“, lautende Aktien-Urkunden in Höhe des gleichen Nennbetrages mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 ausgehändigt.

Dieser Umtausch ist in allen Fällen provisionsfrei.

Nach Ablauf der obigen Frist kann der Umtausch nur noch bei dem

A. Schaaffhausen'schen Bankverein Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Köln, erfolgen. Es empfiehlt sich, den Umtausch tunlichst innerhalb der Frist vorzunehmen, weil alsdann die Lieferbarkeit der alten Stammaktien der Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. an den in Frage kommenden Börsen aufgehoben werden wird.

### Geschäftliche Mitteilung.

Einem Teil der vorliegenden Ausgabe dieses Heftes liegt ein Prospekt bei, in dem der beeidigte Bücherrevisor Dr. A. Berliner, Berlin W 50, Rankestr. 20, seine Adressenänderung bekanntgibt.

### Finanzanzeigen in diesem Heft:

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft: Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.  
Iduna Transport- u. Rückversicherungs-Aktiengesellschaft: Bilanz.  
Fried. Krupp Aktiengesellschaft: Bilanz.  
Hoesch-Köln Neuessen, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb: Aufforderung an die Aktionäre zum Aktienumtausch.



# IDUNA

Transport- u. Rückversicherungs-Aktiengesellschaft

Vermögensrechnung per 30. Juni 1930.

Vermögen:	RM
Verpflichtung der Aktionäre .....	750 000,—
Grundbesitz und Grundstücksbeteiligungen .....	3 145 064,72
Hypotheken .....	111 163,59
Wertpapiere und Beteiligungen .....	402 578,95
Bank- und Postscheck-Guthaben .....	102 683,60
Kasse .....	293,09
Guthaben bei anderen Versicherungs-Unternehmungen .....	127 650,33
Außenstände bei Vertretern .....	239 716,16
Prämien-Überträge i. Händ. der Zedenten .....	5 888,35
Rückständige Mieten .....	2 026,90
Inventar .....	6 884,96
Sonstige Aktiva .....	254 765,38
	<b>5 148 816,03</b>
Verbindlichkeiten:	RM
Aktienkapital .....	1 000 000,—
Überträge und Reserven .....	463 334,81
Guthaben anderer Versicherung-Unternehmungen .....	89 548,02
Guthaben der Vertreter .....	55 380,54
Grundschulden .....	2 935 010,—
Rückstellungen .....	18 008,08
Sonstige Passiva .....	572 914,—
Gewinn .....	14 630,56
	<b>5 148 816,03</b>

## Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft.

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung am 26. Februar 1931, vormittags 10.30 Uhr, in Berlin, Friedrich Karl-Ufer 2-4.

### Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes, der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1. Oktober 1929 bis 30. September 1930.
2. Beschlussfassung über Genehmigung der Bilanz, Erteilung der Entlastung und Verwendung des Reingewinnes.
3. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.

Aktionäre, die das Stimmrecht ausüben wollen, müssen ihre Aktien oder Hinterlegungsscheine einer Effekttengirobank eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes oder eines deutschen Notars mit doppeltem Nummernverzeichnis spätestens am 20. Februar 1931 bei unserer Hauptkasse oder folgenden Stellen hinterlegen:

- |  |               |
|--|---------------|
| Berliner Handelsgesellschaft,<br>Bankhaus S. Bleichröder,<br>Delbrück, Schickler & Co.,<br>Hardy & Co. G. m. b. H.,  | } in Berlin,  |
| Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien,<br>Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft,<br>Dresdner Bank,<br>Bankhaus Gebrüder Arnhold in Berlin und Dresden,<br>Bankhaus E. Heimann in Breslau,<br>Bankhaus Gebrüder Sulzbach in Frankfurt a. M.,<br>Bankhaus M. M. Warburg & Co. in Hamburg,<br>Bankhaus A. Levy,<br>Sal. Oppenheim jr. & Cie., |               |
| Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig,<br>Bankhaus Hardy & Co.,<br>Merck, Finck & Co.,   | } in München, |
| Schweizerischer Bankverein in Basel, Zürich, Genf.<br>Schweizerische Kreditanstalt in Zürich, Basel, Genf.   |               |

Die Hinterlegung kann auch derart erfolgen, daß Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer Bank bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.  
Berlin, im Januar 1931.

## Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat:  
Cari Fürstenberg.

# Berliner Handels-Gesellschaft

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien  
G e g r ü n d e t 1 8 5 6

BERLIN W8

Behrenstraße 32-33

Telegramm-Adresse: „Handelschaft“

An- und Verkauf von Effekten  
Devisengeschäfte / Umwechslung  
fremder Banknoten / Annahme  
von Depositengeldern / Stahl-  
kammer mit Privattresor

Stadtbüro für den Berliner Geschäftsverkehr

Berlin W8, Charlottenstraße 33



Sie werden als unser Versicherter vollkommen als

## Privatpatient

behandelt. Ein Krankenschein ist nicht erforderlich, dementsprechend kommt auch eine Gebühr für einen Krankenschein nicht in Frage.

## Vereinigte Krankenversicherungs-Akt.-Ges., Berlin

Verlangen Sie Auskunft von unserm Vertreter

hier ausschneiden

An die

Generaldirektion der  
Vereinigten Krankenversicherungs-A.-G.

BERLIN W50

Neue Ansbacher Straße 7

Ich bitte um unverbindliche Zusendung Ihres Prospektes bzw. unverbindlich bei mir vorzusprechen.

Name:

Adresse:

M. d. W.



# DEUTSCHE BANK UND DISCONTO - GESELLSCHAFT

*Aktienkapital und Reserven 445 Millionen Reichsmark*

**HAUPTSITZ BERLIN**

Schnelle und zuverlässige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte wie An- und Verkauf von Effekten, Devisen, ausländischen Geldsorten / Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren / Vermietung von Schrankfächern in unserer Stahlkammer / Aufbewahrung verschlossener Depots

*Über 280 Niederlassungen im In- und Auslande / Korrespondenten an allen bedeutenden Plätzen der Welt*

## FRIED. KRUPP Aktiengesellschaft, ESSEN.

Vermögens-  
bestandteile

**Bilanz zum 30. September 1930.**

Verbindlichkeiten  
und Reinvermögen

Grundeigentum und Werksanlagen Werksgüter und Beförderungsmittel	197 731 542,99	Grundkapital . . . . .	160 000 000,—
Vorräte, halb- und ganzfertige Waren	67 719 809,89	Gesetzliche Rücklage . . . . .	16 000 000,—
Gewerbliche Schutzrechte . . . . .	1,—	Sonderrücklage . . . . .	10 000 000,—
Kasse, Reichsbank- und Postscheck- Guthaben . . . . .	11 319 504,24	Deckung f. Schäden u. Verpflichtungen	17 714 759,46
Wechsel und Schecks . . . . .		Sonstige Rückstellungen . . . . .	27 959 256,47
Wertpapiere und Beteiligungen:		Guthaben der Hilfskassen, Stiftungen u. dgl. . . . .	1 254 142,11
Beteiligungen		Guthaben von Werksangehörigen bei der Firma u. bei der Spareinrichtung	8 919 283,18
bei Tochtergesellschaften . . . . .	25 600 000,—	Anleihen . . . . .	82 937 639,40
Andere Beteiligungen und Wert- papiere ohne festen Zinssatz . . . . .	53 861 316,03	Hypotheken und Restkaufgelder . . . . .	2 706 002,68
Festverzinsliche Wertpapiere . . . . .	2 510 354,14	Anzahlungen . . . . .	16 019 917,54
Bankguthaben . . . . .	13 042 514,92	Waren- und sonstige Gläubiger . . . . .	35 712 786,52
Guthaben bei öffentlichen Sparkassen	5 059 937,26	Bankgläubiger . . . . .	30 763 978,32
Waren- und sonstige Schuldner . . . . .	60 638 790,64	Laufende Akzeptverbindlichkeiten . . . . .	110 292,23
Schuldner aus Werksgemeinschafts- verrechnung . . . . .	21 767 256,29	Gläubiger aus Werksgemeinschafts- verrechnung . . . . .	33 306 664,76
Sicherheitswechsel und Bürgschaften RM. 21 929 842,10		Rückständige Löhne, Gehälter, Provi- sionen, Steuern, Frachten, Zölle usw.	18 427 798,98
Verlust aus 1929/30 . . . . .	4 450 656,12	Sicherheitswechsel und Bürgschaften RM. 21 929 842,10	
ab: Gewinnvortrag aus 1928/29 . . . . .	1 919 111,87		
	2 531 544,25		
RM.	461 832 571,65	RM.	461 832 571,65

### Ausgaben Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1929/30. Einnahmen

Stouern . . . . .	16 466 433,71	Gewinnvortrag aus 1928/29 . . . . .	1 919 111,87
Angestellten- u. Arbeiterversicherung	12 612 960,50	Betriebsüberschuß . . . . .	31 843 787,85
Freiwillige Wohlfahrtsausgaben . . . . .	5 695 510,80	Zinsen, Ertrag aus Beteiligungen und versch. Einnahmen . . . . .	5 138 465,10
Zinsen, Bergschäden, Patentabgaben, Lizenzgebühren, Abschreibungen auf Wertpapiere u. dgl. und versch. Ausgaben . . . . .	6 657 999,06	Verlust aus 1929/30 . . . . .	4 450 656,12
		ab: Gewinnvortrag aus 1928/29 . . . . .	1 919 111,87
			2 531 544,25
RM.	41 432 909,07	RM.	41 432 909,07